



Politische Berichte

In dieser Ausgabe: Linke Liste/PDS gewinnt Profil
 * CSFR: Havel fördert klerikale Reaktion *
 Gesamtberliner Landtags- und Bundestagswahlen
 * Tarife im Einzelhandel in Bayern * Aufmarsch am
 Golf: Terror gegen das kurdische Volk

Nummer 20 / 11. Jahrgang

28. September 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

Vorteile des „2+4-Vertrags“

2 + 4-Vertrag enthält gewisse Einschränkungen gegen deutschen Expansionismus

Die Bundesregierung hebt vor allem hervor, daß alle Besatzungsrechte und -vorbehalte jetzt abgelöst seien und das „vereinigte Deutschland“ keinerlei Einschränkungen seiner Souveränität mehr unterliegen werde. Diese Einschränkungen waren im Potsdamer Abkommen enthalten und standen unter dem generellen Motto, daß von deutschem Boden nie wieder Faschismus und Krieg ausgehen dürfe.

Sind diese Beschränkungen, die in einer mehr als vierzigjährigen Nachkriegsepoche wirksam waren, nun gefallen, nachdem das realsozialistische Lager in einer großen Krise steckt und die Fähigkeit, deutschem Expansionismus auch militärisch entgegenzutreten, deutlich reduziert erscheint? Nicht ganz. Für die Beute DDR mußte die BRD vertraglich ein paar Zugeständnisse machen.

Der „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“, kurz: 2 + 4-Vertrag, zwischen den vier Alliierten Siegermächten, der BRD und der DDR schreibt die Grenzen des durch die DDR-Annexion entstehenden völkisch-deutschen Staatsgebildes fest. Der Vertrag enthält ein Verbot für revanchistische Bestimmungen in der künftigen Verfassung. Ausdrücklich verlangt er, die Bestimmungen, die in Artikel 23 und 146 des Grundgesetzes enthalten sind (Beitritt zur BRD), zu streichen. Damit verbleibt immer noch die Bestimmung über die deutsche Volks- und Staatsangehörigkeit (Artikel 116), die Einmischung in andere Staaten erlaubt. Aber das Anschlußverfahren, wie es gegenüber der DDR praktiziert wurde, ist nicht möglich gegenüber jenen Teilen Polens, der UdSSR oder der CSFR, die einst zum Deutschen Reich gehörten — eine Einschränkung, die von den Revanchistenverbänden bitter beklagt wird.

Das Potsdamer Abkommen enthielt Bestimmungen gegen den deutschen Militarismus. Im 2 + 4-Vertrag findet sich wieder, daß die Verfassung des vereinten Deutschlands enthalten muß, daß „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker

zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar“ sind. Weiter muß das vereinigte Deutschland auf Herstellung, Besitz und Verfügung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen verzichten sowie die Truppen auf 370 000 Mann reduzieren. Damit sind gewisse Schranken gegen den Ausbau und die Verfügbarkeit des Militärapparates gesetzt. Die Opposition gegen die von Regierung und SPD gewünschte Verfassungsänderung über den Einsatzbereich der Bundeswehr wird sich darauf beziehen können.

Das Potsdamer Abkommen hatte Eigentumsmaßnahmen vorgesehen, die an die gesellschaftlichen Wurzeln des Faschismus und des aggressiven deutschen Imperialismus gingen. Durchgeführt wurde davon bekanntlich im Westen wenig, aber in der damaligen sowjetischen Besatzungszone wurden noch vor Gründung der DDR die Junker und großen Monopole enteignet.

Nicht im Vertrag selbst, aber in einem gemeinsamen Brief zum Vertrag erklären die Außenminister der BRD und der DDR, Genscher und de Maizière, die „Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949) sind nicht

mehr rückgängig zu machen“.

Schon seit längerem rechtfertigen Politiker und Gerichte die Duldung faschistischer Parteien mit der Hinfälligkeit des Artikels 139 Grundgesetzes. Dieser Artikel hält fest: „Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“ Das sei ein Relikt des Besatzungsrechtes. Nun enthält aber der schon erwähnte Brief zum 2 + 4-Vertrag eine Passage, die einer solchen Rechtsauffassung widerspricht. Genscher und de Maizière schreiben, daß auch im vereinten Deutschland die Verfassung den Bestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung schütze und dazu Parteienverbote zulasse. Weitergehend aber als im jetzt geltenden Grundgesetzartikel zu Parteien und ihrem Verbot heißt es: „Dies betrifft auch Parteien und Vereinigungen mit nationalsozialistischen Zielsetzungen.“ Die Opposition im vereinten Deutschland kann sich also beim Kampf gegen ein Viertes Reich auf eine internationale Opposition gegen großdeutschen Expansionismus stützen.

Vertragstext, Protokollnotiz und Gemeinsamer Brief in: Bulletin der Bundesregierung Nr. 109, 14. September 1990 — (alk)

Streiks und Proteste gegen Massenentlassungen



Mit Streiks und Protestaktionen wehren sich immer wieder Belegschaften von DDR-Betrieben gegen drohende Massenentlassungen. Die 2000 Beschäftigten im DDR-Flußpatbergbau

setzten nach mehrtägigen Hungerstreiks und Betriebsbesetzungen lediglich durch, daß die Regierung ihnen Abfindungen für den Fall ihrer Entlassung zusagte. — (rül)

Kundgebung zum 10. Jahrestag des Oktoberfest-Attentats

Nur etwa 250 Menschen nahmen am 25. 9. in München an einer Kundgebung der VVN zum 10. Jahrestag des faschistischen Oktoberfestattentats teil. Die Kundgebung wurde von einer Reihe von antifaschistischen Gruppen und Organisationen unterstützt. Es sprachen Redner aus der VVN, dem Anti-Strauß-Komitee/Stoppt die Erben und den Grünen. Die VVN wies einem Flugblatt auf die Zusammenhänge zwischen der militanten Neonazi-Szene und Republikanern, NPD, DVU sowie den Revanchistenverbänden hin. Ferner wurde die Einzeltäterthese des damaligen Innenministers Tandler (CSU) kritisiert. — (chl)

BRD: Künftig mehr Tiefflüge im Ausland

Die Bundeswehr wird vermehrt Tiefflüge im Ausland durchführen. Das teilte das Bundesverteidigungsministerium mit. Nach Angaben Stoltenbergs sollen die Übungen verstärkt nach Kanada, Sardinien und Portugal verlegt werden. Auch Luftkampfübungen sollen verstärkt im Ausland und über See stattfinden. In Kanada hatten die Übungsflü-

ge in der Vergangenheit zumeist über Indianergebieten stattgefunden, bis es diesen gelang, durch anhaltende Protestaktionen eine Einschränkung der Flüge zu erreichen. In Sardinien und Portugal verfügt die Luftwaffe über Auslandsstützpunkte, die nun vermehrt genutzt werden dürften. Ein weiterer Auslandsstützpunkt, den die Bundesluftwaffe zusammen mit anderen NATO-Staaten nutzen will, ist derzeit in Konya in der Türkei im Bau. — (rül)

BRD-Entwurf für eine EG-Verfassung

Eine Gruppe von Verfassungsrechtlern der BRD hat Ende September den Entwurf einer EG-Verfassung vorgelegt. Verfasser sind u. a. der Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, Prof. Weidenfeld, der ehemalige Innenminister Werner Maihofer (FDP), Prof. Bracher, Hermann Lübke u. a. Zwei Jahre hatten sie, finanziell unterstützt von der Bertelsmann-Stiftung, den Entwurf vorbereitet. Der Entwurf, der am 17. bis 19. Oktober auf einer Tagung in Rom unter der Schirmherrschaft des italienischen Präsidenten Cossiga und von Bundespräsident von Weizsäcker beraten wer-

den soll, sieht u. a. eine starke EG-Exekutive mit weitreichenden Zuständigkeiten für die Außen- und Sicherheitspolitik, innere Sicherheit und Währungspolitik vor. Die bisherigen EG-Ministerräte sollen zu einem „Rat der Union“ werden. — (rül)

Finnland: Keine Rüstungsbeschränkung mehr?

Die finnische Regierung hat am 22. September in Helsinki eine Erklärung veröffentlicht, in der sie vertritt, daß mit der bevorstehenden deutschen Vereinigung Teile des 1947 in Paris abgeschlossenen finnischen Friedensvertrags hinfällig würden. In der Erklärung heißt es, Teil drei des finnischen Friedensvertrages, der sich auf Deutschland beziehe, und andere die finnische Souveränität einschränkende Bestimmungen entsprächen nicht mehr dem Status des Landes als UN-Mitglied. Unter anderem gehört dazu die zahlenmäßige Beschränkung der finnischen Streitkräfte und das Verbot des Kaufs von deutschen Rüstungsgütern. Die Erklärung soll der Sowjetunion und Großbritannien als Vertragsparteien des finnischen Friedensvertrags bereits offiziell zugestellt worden sein. — (rül)

Sozialversicherungen: Kein passives Ausländerwahlrecht

Die Regierungsparteien wollen die Neuregelung des Wahlrechts zu den Sozialversicherungs-Vertretungen notfalls blockieren, um ein passives Wahlrecht von Ausländern zu den Vertretungsorganen der Sozialversicherungen zu verhindern. Bisher haben Ausländer bei den Sozialversicherungen nur ein aktives Wahlrecht, können also nicht selber als Versichertenvertreter bei den Entscheidungen der Vertreterversammlungen abstimmen. Bei der aus verschiedenen Gründen fällig gewordenen Neuordnung des Wahlrechts zu den Sozialversicherungen hatten die SPD-Länder auf Druck der Gewerkschaften im Bundesrat beantragt, auch das passive Wahlrecht für Ausländer zu den Sozialversicherungen in den Gesetzentwurf aufzunehmen. Die Regierungsparteien lehnten „aus grundsätzlichen Erwägungen“ ab. Notfalls werde man den Gesetzentwurf scheitern lassen und die Amtszeit der bestehenden Sozialversicherungsorgane um ein Jahr verlängern, um im nächsten Jahr — bei womöglich geänderten Bundesrats-Mehrheiten — erneut einen Gesetzentwurf vorzulegen, verlautet aus der Union. — (rül)

Postvertriebsstück G 7756 D
 Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Schwarze Listen

„Also doch! 8000 Stasi-Spitzel ab in den Knast.“ Mit dieser Schlagzeile hetzte „Bild“ am 20.9. Tags zuvor war der CDU/CSU-FDP-Antrag auf Straffreiheit für DDR-Beamte gescheitert, die im Ministerium für Staatssicherheit BRD-Spione geleitet haben. Damit gilt für Beamte des MfS in der DDR noch nicht einmal der Grundsatz, daß nur bestraft werden kann, wer in seinem Wohnsitzstaat gegen dort zum Zeitpunkt der Tat geltendes Recht verstieß. Stattdessen wird die Geltung von BRD-Recht für die DDR postuliert. Bei so viel Rechtsverstoßen und Hetze kann die Bundesanwaltschaft noch auf „gemäßigt“ machen: Man ermittle derzeit „nur“ in etwa 200 Fällen, verlaute aus Karlsruhe.

Rasant gegen Asyl

Mit dem veränderten Ausländergesetz, das am 1. Januar 1991 in Kraft treten soll, werden Flüchtlinge noch weniger Rechte haben als bisher. Besonders durch den Wegfall des Beschwerderechts soll bei angeblich „offensichtlich unbegründeten Asylanträgen“ durch ein verwaltungsrechtliches Eilverfahren die Aufenthaltsdauer zugunsten der Abschiebung auf ein Minimum gekürzt werden. Den Bundestagsfraktionen von CDU, CSU und FDP kann diese Aushöhung des Asylrechts nicht schnell genug kommen. Sie brachten einen Gesetzentwurf ein (Drucksache 11/7834), der darauf abzielt, daß diese Neuregelung bereits ab dem 15. Oktober in Kraft tritt. Vorwand dafür ist die Zahl von 120000 Asylanträgen in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres, was der Gesamtzahl von 1989 entspricht.

Keine Volksabstimmung

Im Artikel 146 des Grundgesetzes der BRD heißt es, daß dieses an dem Tag seine Gültigkeit verliert, „an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ Da die Herrschenden in Sachen Anschluß der DDR dies mißachten wollen, ist ihnen die Bestimmung ein Dorn im Auge. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Alfred Dregger griff am 23.9. in Bonn alle scharf an, die eine Volksabstimmung verlangen: sie wollten „eine andere Republik“. Die Mehrheit für den neuen Staat sei sowieso klar, „wir brauchen keine Volksabstimmung“. Das „Recht auf Arbeit und menschliches Wohnen“ könne es „in einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht geben“, gehöre daher nicht ins Grundgesetz.

Zivi-Beschwerde

Norddeutsche Zivildienstleistende haben in Karlsruhe eine Verfassungsbeschwerde eingereicht. Soldaten sollen künftig 12 Monate Dienstzeit haben, Zivildienstleistende hingegen 15. Dies wi-

derspricht der Festlegung im Grundgesetz, daß die Zivildienstdauer die Wehrdienstzeit „nicht übersteigen“ darf. Das Bundesverfassungsgericht entschied 1978 gegen diesen Gleichheitsgrundsatz wegen der Wehrübungen, dem Bereitschaftsdienst und dem „härteren Dienst“ für Soldaten. Diese Gründe werden nun von den Beschwerdeführern angefochten.

Umweltschutz

Am 12.9. gab es im Rechtsausschuß keine Einigung über die Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel ins Grundgesetz (für eine entsprechende Änderung wäre eine Zweidrittelmehrheit erforderlich). CDU/CSU und FDP beantragten die Einfügung eines Artikels 20a mit dem Wortlaut: „Die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen stehen unter dem Schutz des Staates. Das Nähere regeln die Gesetze.“ SPD und Grüne wollen alle Lebensgrundlagen geschützt sehen und lehnen den Gesetzesvorbehalt ab. Die Grünen fordern dazu den Umweltschutz als *Grundrecht*, was zur Folge hätte, daß es von einzelnen eingeklagt werden könnte.

Absahne

Das Eigentum der ehemaligen Blockparteien der DDR darf laut Einigungsvertrag nicht für Wahlkampfszwecke verwendet werden, alles „Unrechtmäßige“ soll gemeinnützigen Zwecken zugute kommen. Doch Christdemokraten und Liberale nutzen Gebäude, Einkünfte, Vermögen fast nach Belieben. Dazu kommen Millionen aus der Staatskasse, für die Liberalen mit 31,1 Mio. DM zehnmal soviel, wie ihnen an Wahlkampfkostenerstattung zustand.

DDR-Haushalt

Im Haushaltsausschuß berichtete die Bundesregierung am 12.9. über den DDR-Teilhaushalt für die Zeit vom 1.7.-31.12.1990. Demnach stehen 49,4 Mrd. DM Einnahmen Ausgaben in Höhe von 64,2 Mrd. DM gegenüber. Die eigene Kreditaufnahme der DDR betrage 10 Mrd. DM, und außerdem stünden „Anschubfinanzierung“ (2,75 Mrd. DM) und der „Fonds Deutsche Einheit“ (22 Mrd. DM) zur Verfügung. Das öffentliche Defizit betrage real 54 % gegenüber 8 % bei der Bundesrepublik.

Was kommt demnächst?

Am 27.9. beginnt in Berlin der zweitägige „Vereinigungs“-Parteitag von SPD der BRD und der DDR in Berlin. Am 29.9. folgt in Nürnberg der ebenfalls zweitägige FDP-Bundestag. Am 1. Oktober beginnt der „Vereinigungs“-Parteitag der CDU. Am 3. Oktober folgt die Annexion der DDR. Am 27. Oktober ist EG-Sondergipfel zur Währungsunion. Am 7. November berät der Haushaltsausschuß des Bundestags über die „Kosten der Einheit“.

EG-Zentralbank nach Frankfurt?

„Eurofed“ als „vierte Gewalt“ gegen die Lohnabhängigen

Mit einem Grundsatzpapier hat die Bundesbank ihre Position für die Verhandlungen um den Ausbau der EG-Währungsunion formuliert: Die angestrebte EG-Zentralbank

soll von parlamentarischer Kontrolle weitgehend freigehalten werden, um den Geldmarkt strikt nach den Wünschen der großen EG-Monopole zu regulieren.

„Der Gedanke, daß auf diese Weise eine ‚vierte Gewalt‘ ... außerhalb unmittelbarer parlamentarischer Kontrolle etabliert würde, bereitet insbesondere anderen EG-Mitgliedern Kopfzerbrechen“, schreibt die „Börsen-Zeitung“ am 6.9. Welche Macht die EG-Zentralbank „Eurofed“ (möglichst mit Sitz in Frankfurt) haben soll, ist derzeit noch Gegenstand von Verhandlungen.

Die Bundesbank strebt eine Zentralbank an, der sämtliche Währungsreserven der jetzigen EG-Zentralbanken übertragen werden, mithin auch sämtliche Forderungen dieser Zentralbanken an ausländische Schuldner. Dies schließt zahlreiche koloniale und neokoloniale Sonderrechte ein. Die französische Zentralbank etwa kontrolliert noch immer auch die Währungsreserven mehrerer afrikanischer Staaten. Auch die britische Zentralbank verfügt über zahlreiche Sonderrechte gegenüber Staaten des ehemaligen Empire. Würden diese Rechte und Schuldforderungen in einer EG-Zentralbank zentralisiert, so entstünde eine Bank, die an Finanzmacht, kolonialen und halbkolonialen Rechten

die US- und japanische Zentralbank weit in den Schatten stellt.

Diese Bank soll die Zins- und Spekulationswünsche der großen Monopole in der EG weltweit rigoros durchsetzen. Über die Kontrolle des Kurswerts einer EG-Währung würde sie zugleich bestimmenden Einfluß auf große Teile des Welthandels, insbesondere auf den Rohstoffhandel der dritten Welt mit EG-Konzernen ausüben. Hinzu käme die Stellung von „Eurofed“ im Innern der EG. Die Bank würde die Staatsschuld aller EG-Regierungen beeinflussen und deren Haushaltspolitik kontrollieren können.

Die nächsten Entscheidungen stehen Ende Oktober auf der Sondertagung der EG-Regierungschefs, spätestens aber am 14. Dezember auf dem nächsten regulären Gipfel in Rom an.

EG-Kommissionspräsident Delors hat vorgeschlagen, schon jetzt festzulegen, daß am 1. Januar 1993 die „zweite Stufe“ der EG-Währungsunion beginnen soll. Die Regierungen Belgiens, Frankreichs, Italiens und Dänemarks stimmen diesem Zeitplan zu, lehnen aber die von

der Bundesbank geforderte autokratische Macht von „Eurofed“ ab. Die Bourgeoisien dieser Länder fordern politische Kontrollen über die Bank. BRD-Außenminister Genscher stimmt dem Zeitplan Delors zu, lehnt aber politische Kontrollen ab.

Die Bundesbank dagegen lehnt jeden Zeitplan ab. In einer Stellungnahme hat sie Forderungen formuliert: „Eurofed“ dürfe auf keinen Fall verpflichtet werden, einzelnen EG-Regierungen Kredit zu geben. In allen EG-Staaten müsse die Inflation abgebaut und „die Haushaltsdefizite ... auf ein dauerhaft tragbares ... Maß reduziert sein“. Das richtet sich insbesondere gegen Spanien, Portugal, Griechenland und Italien. Geschlossener Angriff aller EG-Institutionen auf die Arbeiterbewegung in diesen Mittelmeer-Ländern, um einen profitablen und möglichst gewerkschaftsfreien „Südgürtel“ der EG zu errichten — darauf läuft das Memorandum der Bundesbank hinaus.

Quellen: „Handelsblatt“, 20.9.90; Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseberichten, Nr. 68, 69 und 70/90 — (rül)

BRD-Konzerne untergraben DDR-Industrie

Produktionskapazität wird vernichtet, Investitionen in untergeordnete Dienstleistungen

Die westdeutsche Propaganda gegen die DDR-Wirtschaft zeigt Wirkung. Viele Waren aus der DDR, darunter bekanntermaßen hochwertige, werden in der DDR zunehmend unverkäuflich. Die Industrieproduktion bricht ein: Im Juli lag sie um 42,1 % unter dem Stand des Vorjahres. Die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter mit null Stunden steigt rasant an. Besonders in der Industrie geht die Beschäftigung zurück. Um 11,1 % lag die Zahl der Beschäftigten in Industrie und Bauwirtschaft im Juli unter dem Vorjahr. (1) Ein Ende dieses Einbruchs ist nicht absehbar, im Gegenteil. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände meldet, daß die Unternehmen in der DDR durchschnittlich 31 % der Belegschaft entlassen wollen. Das DDR-Arbeitsministerium rechnet mit einem Rückgang der Industri Beschäf-tigten um eine Million. (2)

Umkehrung nach dem staatlichen Anschluß?

Keht sich diese Entwicklung um, wenn erst die DDR-Wirtschaft vollends am Boden ist oder wenn die Annexion der DDR durch die BRD erst einmal vollständig vollzogen ist? Die Unternehmerverbände und die Regierung jedenfalls behaupten, daß es vor allem der offiziellen staatlichen Vereinigung bedürfe, damit die Investitionen schwungvoll in Gang kämen. Nun gibt es gewiß etliche Unternehmen, die noch zuwarten und günstigere Bedingungen verlangen; sei es, daß sie sich von der Treuhandschaft nicht angemessen bedient fühlen, daß ihnen die Behörden der DDR noch nicht willfährig genug sind oder die Belegschaften noch nicht ausreichend „leistungsbereit“. Hier wird es noch Übernahmen und Neugründungen geben. Aber der Eindruck verdichtet sich doch immer mehr, daß es keine grundlegende Umkehr geben wird, daß der Einbruch in der industriellen Produktion und Beschäftigung geplant und gewollt ist; daß die maßgeblichen Konzerne der BRD die DDR gar nicht als fortgeschrittenen

Industriestandort haben wollen.

Darauf deutet nicht nur die Propagandakampagne gegen DDR-Waren hin, die diese Produkte in der BRD und erst recht in der BRD und auf dem Weltmarkt unverkäuflich machen und die Herstellerfirmen ausschalten will. Ganze eigenständige Industriebranchen werden beseitigt. Fast die ganze Nahrungsmittelindustrie der DDR soll vernichtet werden, die Belieferung soll aus dem Westen erfolgen. Auch in anderen Bereichen reduzieren oder beseitigen westdeutsche Konzerne Produktionskapazität in der DDR. Krupp zum Beispiel reduziert die Hochofenkapazität in Eisenhüttenstadt.

Investitionen kaum in Produktionskapazität

Die Investitionen westdeutscher Konzerne in Produktionsanlagen auf dem Gebiet der DDR halten sich in engen Grenzen. VW bereitet zwar eine PKW-Produktion vor. Dabei mag aber auch eine Rolle spielen, daß dieser Konzern schon vor Jahren ein Motorenwerk in der DDR installiert hat, das jetzt nutzbar gemacht werden soll. Größeres Interesse gilt aber bei VW inzwischen der angestrebten Übernahme der Skoda-Werke in der ČSFR und der Aufnahme der PKW-Produktion in Jugoslawien. Daimler-Benz hat den ursprünglich angekündigten Plan der Entwicklung eines Gemeinschafts-LKW zusammen mit dem Ifa-Kombinat fallenlassen. Aus den 20000 Beschäftigten, die Daimler-Benz ursprünglich übernehmen wollte, sind ein paar hundert geworden, die für Montagearbeiten in der DDR bzw. für Werke in der BRD vorgesehen sind. Bosch orientiert sich an den Automobilkonzernen und legt deshalb ein geplantes neues Werk in Eisenach mit 2500 Beschäftigten auch eher zurückhaltend aus.

Ausschaltung eigenständiger industrieller Basis

Durchweg gehen geplante Investitionen von Konzernen, aber auch von mittleren

und kleineren Firmen in der DDR wenig in Produktionsanlagen. Sie dienen mehr dem Aufbau von Einrichtungen für Vertrieb, Reparatur, Wartung und sonstige nachgeordnete Dienstleistungen. Das Ziel ist die Beherrschung der Märkte in der DDR von der BRD aus, die Ausschaltung von Konkurrenzfirmen in der DDR und die gleichzeitige Ausschaltung der dortigen Verbindungen in die osteuropäischen Länder. Die eigenständige industrielle Produktionskapazität auf dem Gebiet der DDR wird zugrunde gerichtet und gleichzeitig im Westen die Fertigungskapazität bis an die äußersten Grenzen ausgelastet und noch ausgedehnt. In der BRD hat die Auslastung der Produktionskapazitäten den Spitzenwert von 89 % erreicht, im Lauf des nächsten halben Jahres sollen sogar über 91 % erreicht werden. In der Autoindustrie soll im Herbst wieder Sonderschicht auf Sonderschicht folgen. In Umfragen stellen die Unternehmen weitere beträchtliche Investitionen in die Produktionskapazitäten in Aussicht — in den bestehenden Anlagen im Westen.

Nimmt man diese Eindrücke zusammen, so ergibt sich: In der Planung der Konzerne soll der Industriestandort DDR — immerhin die entwickeltste Industrie im Comecon — fallen und in eine untergeordnete, vom Westen aus beherrschte Volkswirtschaft verwandelt werden. Das erklärt auch die abschätzige Behandlung der jüngsten Leipziger Herbstmesse durch Unternehmen und Medien. Als Universalmesse zur Förderung einer eigenständigen Industrie auf dem Gebiet der DDR hat diese Messe im Kalkül der BRD-Konzerne nichts mehr zu suchen und ist deshalb einzuschränken oder ganz zu liquidieren. Der wirtschaftspolitische Kolonialismus würde entsprechende soziale Verhältnisse nach sich ziehen: Für viele gedrückte Lebensbedingungen, für wenige das Angebot, sich in untergeordneten Niederlassungen der Konzerne eine vergleichsweise bescheidene Karriereleiter hochzudenken. Die vorherrschende Reaktion aus den Gewerkschaften auf die krisenhafte Entwicklung ist die Forderung nach stärkerem Engagement von Konzernen und anderen Unternehmen in der DDR. Ob die Unternehmer nun Unternehmer seien oder Bedenkenträger, hat Heinz Meyer, der DGB-Vorsitzende, gefragt. Die Forderung nach mehr Engagement der Konzerne geht in die Irre. Ihre Bestrebungen dienen gerade nicht der ausgewogenen Entwicklung einer Industrie- und Wirtschaftsstruktur, sondern deren Unterminierung und Beherrschung. Sie führen zu einer krassen Differenzierung. Ohne Kritik an den Zielsetzungen der Konzerne und ohne Durchsetzung kommunaler Wirtschaftspolitik, die sich an den Bedürfnissen der arbeitenden Klassen orientiert, ist keine Aussicht auf eine Besserung.

Quellen: (1) Stuttgarter Zeitung 18.9.1990; (2) Die Quelle 8/90 — (rok/AGM)



Grüner Antrag zu Deserteuren

Fraktion verlangt Rehabilitierung und Entschädigung

Zum Antikriegstag hatte die Grüne Bundestagsfraktion einen Antrag gestellt, dessen Verhandlung vertagt ist: Sie verlangte die „Rehabilitierung und Entschädigung der unter der NS-Herrschaft verfolgten Kriegsdienstverweigerer, Deserteure und Wehrkraftzersetzer“. Beschlossen werden soll zum einen ein Gesetz zur Wiedergutmachung, zum anderen, daß „diejenigen, die sich den verbrecherischen Kriegen des NS-Regimes widersetzen und kriegsgerichtlich bestraft bzw. verfolgt wurden, als NS-Opfer anzuerkennen sind. In gleicher Weise gedenkt er (der Bundestag) den Opfern der Militärpsychiatrie, die als »Kampfunwillige« oder »Kampfunfähige« (psychiatrischen Sonderbehandlungen wie »Elektroschocks«) oder sogar der Tötung ... ausgesetzt waren.“ (1)

Der Antrag soll nicht nur die verschiedenen örtlichen Initiativen unterstützen, die um Gedenkstätten für Deserteure kämpfen. Materiell würde er bei Verabschiedung bewirken, daß Desertion und ähnlicher Widerstand nicht zur Kürzung von Renten und anderen Ansprüchen führen dürfen. Und dies sind — so läßt sich aus der Begründung des Antrags ablesen — weitaus mehr als bisher in der Öffentlichkeit bekannt war.

Auch wenn die genaue Zahl der De-

serteure nicht bekannt ist, u.a. weil die gegen Ende des Krieges von den Faschisten eingeführten Stand- und Schnellgerichte keine vollständigen Akten mehr geführt haben bzw. die Akten vernichtet haben, muß davon ausgegangen werden, daß allein etwa 30000 Soldaten wegen Fahnenflucht oder „Wehrkraftzersetzung“ zum Tode verurteilt worden sind, von denen mindestens zwei Drittel auch hingerichtet wurden (zum Vergleich: im ersten Weltkrieg ließen reichsdeutsche Militärgerichte 48 Todesurteile vollstrecken). Mehr als 25000 Wehrmachtangehörige wurden im Laufe der Kriegsjahre von den Nazi-Schergen in Lager im nördlichen Emsland deportiert, weil sie des Ungehorsams und zersetzender Äußerungen beschuldigt wurden. In diesen Lagern starben Tausende an den Folgen von Folter und Haftbedingungen. Weitere ca. 30000 Soldaten sind zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt worden wegen Verstoß gegen die faschistische Wehrmachtsordnung.

All diese Verfolgungsmaßnahmen gelten in der BRD als „rechtsstaatlich“. Der Antrag der Grünen wendet sich damit auch gegen die herrschende und auch für die Bundeswehr geltende Auffassung von Militärrecht.

(1) Bundestagsdrucksache 11 7754 — (rld)

Gesamtdeutscher Wahlkongreß

Linke Liste/PDS beschließt Wahlprogramm / Hart an der Spaltung vorbeigeschrammt

Am 15. und 16. September fand in Berlin (DDR) der gesamtdeutsche Wahlkongreß der Linken Liste/PDS (BRD), der PDS (DDR) und unabhängiger Linke aus der DDR statt. Ca. 600 Menschen nahmen stimmberechtigt an den Beratungen teil. Die PDS hatte ca. 350 gewählte Delegierte zu dem Kongreß entsandt. Für die LL/PDS in der BRD bestand die Möglichkeit, Delegierte zu wählen, in dieser Form nicht, weil dazu notwendige Strukturen noch gar nicht in allen Bundesländern bestanden, weil eine strenge Anwendung des Delegationsprinzips auch gegen die Intention gesprochen hätte. Partei nur insoweit sein zu wollen, wie es rechtlich geboten ist, politisch aber vor allem den Charakter einer Bewegung anzustreben. So wurde in der BRD die Anzahl der TeilnehmerInnen nach Bundesländern kontingentiert und versucht, innerhalb dieser Beschränkung eine möglichst offene Teilnahme unter Einschluss kritischer Positionen zu ermöglichen. Letzteres ist offensichtlich nicht überall gut gelungen, so daß im Vorfeld Vorwürfe erhoben wurden wegen mangelnder Transparenz und Demokratie. Die Diskussionen auf dem Kongreß waren aber so kontrovers, daß von einer systematischen Ausgrenzung kritischer Positionen sicher nicht gesprochen werden kann.

Eröffnungsreden wurden von Gregor Gysi, Walter Janka, Jakob Moneta und Jutta Dittfurth gehalten. Jutta Dittfurth sprach als Grüne, die auch für die Grünen in den Wahlkampf ziehen wird. Sie setzte sich sehr grundsätzlich mit dem Entwurf des Wahlprogramms der LL/PDS auseinander. Ihre überwiegend durchaus zutreffende Kritik machte deutlich, daß es auch bei den Grünen noch Linke gibt, die auch in der LL/PDS auf dem linken Flügel stünden, blieb aber die Antwort auf die Frage schuldig, warum es sinnvoll ist, mit diesen Positionen für eine Partei einzutreten, in der auch über die Ausgestaltung der Großmachttrolle des „neuen“ Deutschland politisiert wird.

Vor dem Einstieg in die Debatte des Wahlprogramms wurde eine Resolution zur Unterstützung der BesetzerInnen der Stasi-Zentrale verabschiedet, in der die wesentlichen Forderungen der BesetzerInnen ohne Einschränkung unterstützt werden. In der Resolution, die den BesetzerInnen von Gregor Gysi überbracht wurde, heißt es u. a.: „Die Auflö-

sung des MfS war eine der entscheidenden Forderungen des vergangenen Herbstes. Sie ist immer noch nicht abgeschlossen. Die dafür Verantwortlichen sind nicht in ihren Ämtern zu bestätigen, sondern zu entlassen.“ So weit, so gut. Aber wenige Tage zuvor hatte das Bündnis 90 in der Volkskammer die Entlassung eines Verantwortlichen verlangt. Die PDS-Fraktion unterstützte den Mißtrauensantrag gegen DDR-Innenminister Diestel nicht und stimmte in der geheimen Abstimmung offensichtlich uneinheitlich ab. Der Vorgang macht deutlich, daß der Erneuerungsprozeß der PDS in Wirklichkeit nicht so einheitlich abläuft, wie es eine praktisch einmütig angenommene Resolution vermuten lassen könnte.

Die wichtigsten Differenzen in der Programmdiskussion

In der ersten Plenumsdiskussion wurden in einer Reihe von Diskussionsbeiträgen, die sich auf den allgemeinen Charakter des Programmtextes bezogen, grundsätzliche Differenzen deutlich. Die wichtigsten Positionen seien kurz skizziert:

1. Aus Bremen kam der Antrag, auf die Verabschiedung eines detaillierten Wahlprogramms zu verzichten und stattdessen eine Erweiterung der Präambel zu diskutieren und zu beschließen. Dem lag offensichtlich die Auffassung zugrunde, eine grundsätzlichere Positionsbestimmung sei in der gegenwärtigen Krise der Linken wichtiger als die Vereinheitlichung auf ein konkretes Forderungsprogramm.

2. Relativ zahlreich waren Diskussionsbeiträge, die darlegten, der Programmtext enthalte zu wenig grundsätzliche Kapitalismuskritik bzw. monierten, daß auch nicht ansatzweise ein Gegenentwurf zur kapitalistischen Gesellschaft entwickelt worden sei. Diese Kritik galt dem Programmtext insgesamt, machte sich aber besonders am wirtschafts- und sozialpolitischen Teil fest.

3. In einer Reihe von Diskussionsbeiträgen wurde ein qualitativ größeres Gewicht der ökologischen Problemstellung gefordert bis hin zu der Forderung, daß alle anderen Politikfelder diesen „Globalfragen der Menschheit“ untergeordnet werden müßten.

4. Deutlich wurde, daß Frauen aus der BRD das Ziel der Feminisierung der Gesellschaft im Wahlprogramm veran-

kern wollten, während Frauen aus der DDR dem feministischen Ansatz überwiegend skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden und sich im Rahmen von Gleichstellungsforderungen bewegen wollten.

5. Die Formulierung des Entwurfs zum Ausstieg aus der Atomenergie war den Westlinken überwiegend zu schwammig, während andererseits klar war, daß die Debatte in der PDS noch deutlich hinter der Formulierung des Entwurfs zurückbleibt. In der PDS gibt es nämlich durchaus noch Positionen, die die Möglichkeit der sicheren Nutzung der Atomenergie behaupten.

Knackpunkt: Wirtschaftsteil

In der Arbeitsgruppe zum wirtschafts- und sozialpolitischen Teil des Entwurfs prallten die Widersprüche ziemlich unversöhnlich aufeinander. Christian Schmidt, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der Grünen, vor einiger Zeit aus den Grünen bzw. der GAL (Hamburg) ausgetreten, hatte zum entsprechenden Teil des Entwurfs einen Gegenentwurf erarbeitet, der aber den TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe erst zu recht fortgeschrittener Stunde schriftlich vorlag. Christian Schmidt war zunächst gezwungen, seine Konzeption mündlich zu erläutern. Dabei wurde zwar seine scharfe linke Kritik an dem entsprechenden Teil des Programmtextes deutlich, weit schwieriger war es aber, dem mündlichen Vortrag positiv eine Vorstellung darüber abzugewinnen, wie der Alternativvorschlag Christian Schmidts inhaltlich aussah. So entwickelte sich eine Debatte, in der über weite Strecken sämtliche Ladenhüter der Auseinandersetzung zwischen „Reformisten“ und „Revolutionären“ wieder aufgeföhren wurden.

Die Auseinandersetzung drehte sich vor allem um die Frage, was denn nun authentischer Antikapitalismus sei, kaum um die Frage, welche Interessen wie gefördert werden sollen. Es muß betont werden, daß die Verantwortung dafür nicht in den beiden Texten zu suchen ist. Der Text des Programmtextes, der maßgeblich von den Sozialistischen Studiengruppen (Zeitschrift „Sozialismus“) beeinflusst ist, beschönigt die kapitalistischen Verhältnisse keineswegs in der ihm unterstellten Weise. Das Problem liegt eher darin, daß er die Anhaltspunkte für die soziale Opposition nicht deutlich herausarbeitet, sondern es mehr

oder weniger den LeserInnen überläßt, aus den aufgestellten Forderungen zu schließen, was denn an den bestehenden Verhältnissen wohl alles als kritikwürdig befunden wird.

In der Herausarbeitung dieser Anhaltspunkte der Opposition liegt die Stärke des Entwurfs von Christian Schmidt. Sein Alternativentwurf läßt sich auch keineswegs als „konsequenzlose antikapitalistische Propaganda“ abtun. Es geht sehr wohl um die Formulierung von Interessen, und in den konkreten Forderungen sind beide Texte nicht sehr weit auseinander. Der ursprüngliche Entwurfstext ist durch den Versuch geprägt, nicht nur gewerkschaftliche Forderungen „aufzugreifen“, sondern auch die politischen Bedingungen betrieblichen und gewerkschaftlichen Handelns zu reflektieren. Zu diesen Handlungsbedingungen gehört das Bewußtsein auf Massenebene, zu dem die Linke sich nicht propagandistisch oder gar pädagogisch verhalten kann, sondern das vor allem als Resultat eines bestimmten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses begriffen werden muß. In diesem Zusammenhang von „sozialstaatlichem Kompromiß“ zu sprechen, halte ich inhaltlich für eine grobe Vereinfachung und bezüglich der politisch-ideologischen Signalwirkung für einen derben Mißgriff. Die Kritik daran muß aber hohl bleiben, wenn sie sich auf die Analyse des zugrundeliegenden materiellen Kräfteverhältnisses überhaupt nicht einläßt.

Leider kam es zu dieser inhaltlichen Debatte so gut wie nicht. Schließlich war klar, daß die abstrakten ideologischen Durchstechereien jeden Konsens unmöglich machen würden. Es wurden bedauernde Menschen bestimmt, die über Nacht einen Kompromiß suchen sollten.

Gysi zieht die Notbremse

Zu Beginn des zweiten Konferenztages lag ein neuer Entwurf für die Präambel vor und „Material zum Wahlprogramm (AG Wirtschaft)“, das Grundlage für den gesuchten Kompromiß im wirtschafts- und sozialpolitischen Teil des Programms sein sollte. Der neue Vorschlag für die Präambel kommt linker Kritik des ursprünglichen Entwurfs insofern entgegen, als festgestellt wird: „Die Durchsetzung dieser Interessen führt in letzter Konsequenz zu antikapitalistischen Positionen.“ Der neue Prä-

ambeltext wurde mit einer Reihe von Ergänzungen und Änderungen — so wurde die Bedeutung des außerparlamentarischen Kampfes stärker unterstrichen — mit großer Mehrheit angenommen. Änderungen zu anderen Teilen des Programms wurden nicht im einzelnen abgestimmt. Man war übereingekommen, nur die wesentlichen politischen Dissenspunkte zu debattieren und die Einarbeitung nicht umstrittener Anträge einer zu Beginn der Konferenz gewählten Redaktionskommission zu überlassen.

Als die Debatte zum wirtschaftspolitischen Teil erneut eröffnet wurde, wurde schnell klar, daß der über Nacht ausgearbeitete „Kompromiß-Vorschlag“ nicht konsensfähig war. Er war unannehmbar für jene, die programmatisch eine Öffnung zum gewerkschaftlichen Milieu erreichen wollen. Trotzdem wurde dieser „Kompromiß-Vorschlag“ zunächst mit knapper Mehrheit angenommen.

Nach dieser Abstimmung war klar: Die Sozialistischen Studiengruppen würden auf dieser Grundlage wahrscheinlich aus dem Projekt aussteigen, auch anderen Kräften war mit dieser Entscheidung inhaltlich der Stuhl vor die Tür gesetzt worden, wenn mensch natürlich auch hoffen konnte, daß nicht alle ähnlich drastische Konsequenzen ziehen würden. In dieser Situation ergriff Gregor Gysi die Initiative. Für die PDS nahm er das Vetorecht wahr, das in der Geschäftsordnung der Konferenz für den Fall vorgesehen war, daß eine der drei beteiligten Gruppen (West-Linke, PDS, unabhängige DDR-Linke) überstimmt würde. Nach seiner Intervention erfolgte eine längere Auszeit, in der der Beirat der Linken Liste/PDS nach einem Lösungsweg suchen sollte.

Der „Königsweg“, der der Konferenz dann präsentiert wurde, sah vor, den Dissens im Programm selbst zu formulieren. Diese Lösung wurde, obwohl sie nicht völlig ausformuliert vorlag, von einer großen Mehrheit akzeptiert. Auch zur Frage der Feminisierung der Gesellschaft und zum Problem Ausstieg aus der Atomenergie werden unterschiedliche Positionen, die in der Linken Liste/PDS bestehen, im Programmentext festgehalten.

Danach stand einer Verabschiedung des Wahlprogramms mit überwältigender Mehrheit nichts mehr im Wege.

— (H.D.K., VSP)

Die Linke Liste/PDS (LL/PDS) kann wohl kaum dazu beitragen, daß für die Listenverbundung die wünschenswerten 5 Prozent Wählerstimmen zusammenkommen. Es fällt auf, daß die LL/PDS zum Kampf gegen den Anschlußchauvinismus, der breite Kreise der BRD-Bevölkerung erfaßt hat, kaum beiträgt. Stattdessen gefallen sich Führungskräfte der LL/PDS in herabsetzendem Gerede über den Läuterungsgrad der PDS der DDR und beanspruchen unmißverständlich die ideologische Führungsrolle im Wahlbündnis, ganz wie es im Verhältnis von CDU, CSU, FDP, SPD und vielleicht auch der Grünen zu den jeweiligen Ostblägern zu sehen ist. Zur Legitimation ihrer Führungsansprüche haben die Initiatoren der LL/PDS spezielle Ideologien ausgebildet, die es ihnen zu nehmend unmöglich machen, ihre Politik auf BRD-Linke zu stützen. Drei Hieb- und Stichworte dieser Spezialideologie schälten sich heraus.

1. Stalinismus

Die LL/PDS fordert von ihren Repräsentanten den Nachweis des Bruchs mit dem bzw. des Kampfes gegen den Stalinismus. Aus dem vollen Leben imperialistischer Medienmacherei gegriffen, bricht diese Begriffswahl die kritische Sichtung der realsozialistischen Gesellschaften ab. Der imperialistischen Propaganda dient der sorgfältig placierte Begriff des Stalinismus zur Rechtfertigung rigider Kampfmethoden in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Im berüchtigten Hitler/Stalin-Vergleich geht es z. B. um die Relativierung des Faschismus. In der jetzigen Stalinismustheorie geht es der BRD-Reaktion um die Legitimation einer Politik der gezielten Angstigung, der strafrechtlichen Bedro-

hung, des sozialen Druckes, dem Millionen der DDR-Bevölkerung ausgesetzt werden, um sie zur Umwertung ihrer Werte zu veranlassen. Was ginge der LL/PDS denn verloren, wenn sie versuchen würde, den von ihr geforderten Antistalinismus zu konkretisieren? Etwa durch die Feststellung, daß eine Legitimation des Staates, politische Willensbildung unter Einsatz von Machtmitteln zu betreiben, bestritten wird. Oder auch durch die Feststellung, daß die Mittel linker Politik zu den emanzipatorischen Zielen passen müssen.

Im ersten Falle geriet die LL/PDS in schroffen Gegensatz zu dem Kesseltreiben auf DDR-Linke, das Politik und Wirtschaft der BRD betreiben. Im zweiten Falle in einen ebenfalls schroffen Gegensatz zu den Methoden der Geheimbündelei, Ausgrenzung und Postenschieberei, vor denen die LL/PDS bislang nicht zurückscheute. Der Antistalinismus der LL/PDS müßte schon so formuliert werden, daß er auch für das eigene Verhalten Normen setzt. Wo das fehlt, geht es wohl ausschließlich darum, die Mitgliedschaft der PDS moralisch klein und politisch mundtot zu machen.

2. Kommandowirtschaft

Für die öffentliche Meinung der BRD steht fest, daß der jetzige Zustand der DDR-Wirtschaft Ergebnis einer so und so lange währenden Mißwirtschaft sei, die als Kommandowirtschaft bezeichnet wird. Daß Marktwirtschaft dieser Kommandowirtschaft überlegen sei, gilt als tiefe Wahrheit. Mit bemerkenswerter

Blindeheit geht diese Grundanschauung an dem praktischen Ergebnis vorbei, daß in den Ländern des östlichen Europas die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente wirtschaftliches Elend hervorbrachte und daß mit dem Anschluß der DDR auch das Hilfsargument abgewetzt ist, schuld an diesen Effekten sei Zaghaftheit bei der Einführung der Marktwirtschaft. Es ist die Marktwirtschaft, die ein großes Industrieland, wie es die DDR war, verödet hat. Wenn in der PDS der DDR unangebrachte Erwartungen in die Marktwirtschaft weihen bestehen mögen, kann das die Illusionsmacherei der LL/PDS nicht entschuldigen. Die LL/PDS steht in der BRD auf der Seite der Täter, die von der Annexion Vorteile haben und genommen haben. Ihr hätte es angestanden zu warnen. Nun ist der Boden nicht bereitet für die Aufnahme von Informationen über den Abgrund, in den die Gesellschaft der DDR gestoßen wird. Es ist gar nicht anders denkbar, daß der Widerstand und Protest in der DDR auf Erfahrungen und Einrichtungen aus der unvorsichtig pauschal diffamierten Kommandowirtschaft zurückgreifen wird, wenn auch nicht unverändert. Wo steht dann die LL/PDS, wenn es darum geht, Solidarität zu üben mit wirklichen Bewegungen, die ihre Ziele frei bestimmen, und nicht aus ARD und ZDF und den Privaten. Dies kann heute noch kein Mensch wissen.

3. Persönlichkeiten

Es ist ein bekanntes Anzeichen der Krise der bürgerlichen Gesellschaft, daß in

dieser Gesellschaft anerkannte Autoritäten von der erlaubten Kritik am Zustand der Herrschenden zur Kritik am herrschenden Zustand übergehen. Wer sähe das heutzutage nicht gerne? Die Initiatoren der LL/PDS haben sich in den letzten Monaten krampfhaft bemüht, eine solche Entwicklung der Öffentlichkeit vorzutauschen. Wer sollte nicht alles für die LL/PDS gewonnen werden! Wen hat man nicht alles ausgegrenzt, um die Berühmtheiten nicht abzustoßen! Was hat man nicht alles ideologisch geopfert, z. B. dem kleinen, feinen Unterschied zwischen Personen und Persönlichkeiten, zwischen Menschen und Autoritäten, zwischen aufgesetztem Medienrummel und schlichter Solidarität. Es ist ein Glück, daß der ursprüngliche Plan, auf ausführliche Wahlprogrammaussagen ganz zu verzichten und wesentlich durch das Persönlichkeitsprofil von Kandidaten zu wirken, scheiterte, so daß wenigstens Anhaltspunkte für eine sachliche Diskussion bleiben.

Was jetzt?

Die Wahlausausschreibung wird geführt, um dem Widerstand in der DDR Raum zu verschaffen und für seine selbstbestimmten Ziele Verständnis zu wecken. Die Initiatoren der LL/PDS sind, wie von vielen Gelegenheiten her erwiesen ist, unfähig, ein Verständnis zu wecken, das sie selbst nicht haben. Gleichzeitig gibt es in der Bevölkerung der BRD, besonders aber im gewerkschaftlichen und antifaschistischen Bereich, ein großes Interesse an authentischer Information über Ansichten und

Ziele der PDS und aller sozialistischen Kräfte in der DDR. Das Wahlprogramm, das die LL/PDS mit der PDS teilt, bietet in einer Vielzahl einzelner Punkte die Möglichkeit zur solidarischen Diskussion.

Verschiedene Mitglieder des BWK haben so wie viele andere auch in den letzten Monaten Zeit und Energie darauf verwendet, die LL/PDS als eine Vereinigung zu gestalten, auf die sich die linke Politik in der BRD positiv beziehen kann. Diese Bemühungen sind fast ganz gescheitert. Für die praktische Politik bleiben übrig ein paar Programmaussagen und die Hoffnung, daß die PDS der DDR an ihrer bisherigen Politik festhält, eine breit angelegte direkte Informationsarbeit zu fördern. Auf den von der LL/PDS angekündigten Medienwahlkampf würden wir gerne verzichten, die Aktivitäten, die die LL/PDS bis jetzt in die Presse brachten (Abwerbung, Postenverschiebung, Ausgrenzung usw.), waren nicht nach unserem Geschmack.

So wie es gegenwärtig aussieht, hat die Listenverbundung höchstens noch eine Chance, in den Bundestag zu kommen, wenn in der DDR drei Direktmandate erreicht werden. In diesem Falle könnten auch die Kandidaten auf den allerersten Plätzen in den größten Bundesländern wahrscheinlich noch irgendwie mitkommen, obwohl die 5 %-Marke verfehlt wäre. Den Bayern stellte sich folglich Frau Reymann aus Hamburg für Platz 1 der Landesliste zur Verfügung, für den Platz 1 der Landesliste NRW Frau Jelpke, auch aus Hamburg. Vielleicht tun diese Persönlichkeiten ja noch dar, was es nützt, wenn sie in den Bundestag mitgezogen werden, bis jetzt bleibt das ein Rätsel. — (maf, scc)

Internationale Umschau



Etwa 40000 Bergarbeiter eines Kohlebergwerks im Norden der Türkei haben am 14. September mit einem eintägigen Streik gegen die Weigerung der Bergwerksleitung protestiert, ihnen einen Lohnvorschuss für das Schulgeld ihrer Kinder zu zahlen. Eine ganze Schicht wurde nicht besetzt. Danach brachen die Arbeiter ihren Streik wieder ab. Die Reallöhne der türkischen Arbeiter — die Bergarbeiter verdienen umgerechnet zwischen 200 und 300 DM im Monat — sind in den letzten Monaten durch die anhaltende Teuerung weiter gefallen. Bild: Bergleute der Grube Yeni Celtek vor dem Militärputsch 1980. — (rül)

Griechenland: Weiter Streiks gegen Versicherungskürzungen

Mit anhaltenden Streiks versuchen die griechischen Gewerkschaften, das Inkrafttreten eines von der Regierung betriebenen Sozialversicherungsgesetzes zu verhindern, das die Renten kürzen und das Rentenalter und den Rentenbeitrag erhöhen soll. Das Gesetz soll am 28.9. im Parlament verabschiedet werden. Die Bankangestellten und die Angestellten der Elektrizitätswerke streiken seit zwei Wochen trotz gerichtlichem Streikverbot. Für diese Woche haben der Gewerkschaftsbund GSEE und die Gewerkschaft der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst (ADEDY) erneut zu Streiks aufgerufen. Empört berichtet die „FAZ“, BRD-Forschungsminister Riesenhuber habe wegen streikender Fluglotsen nicht landen können. — (rül)

Eritrea: Erfolge der EPLF

Die Eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF) hat nach eigenen Angaben eine Offensive der äthiopischen Regierungstruppen gegen ihre Stellungen gestoppt. 1000 äthiopische Soldaten seien bei den Kämpfen bei Asmara getötet worden, weitere 1900 Soldaten seien verwundet worden. Außerdem habe man drei Panzer und zahlreiche Waffen erbeutet. Die EPLF belagert seit Februar Asmara und den Flughafen der Stadt, um die äthiopischen Truppen auch aus dieser Stadt, die als Hauptstadt des von Äthiopien besetzten Eritrea gilt, zu vertreiben. — (rül)

Peru: Streiks gegen Regierungsprogramm

Mit anhaltenden Streiks versuchen die Lohnabhängigen in Peru, das brutale „Schockprogramm“ der Regierung Fujimori abzuwehren. Mitte September traten etwa 35000 Angestellte der zur Hälfte in Staatsbesitz befindlichen Banken in einen landesweiten Streik, um wenigstens nominelle Gehaltserhöhungen durchzusetzen. Die Inflationsrate in Peru beträgt derzeit bei einzelnen Produkten über 1000%, die Regierung hat alle Tarifierhöhungen bis Jahresende verboten und alle Beförderungen von Beschäftigten in den staatlichen Betrieben ausgesetzt. Andere Lohnabhängige wollen sich dem Aufruf der Bankengewerkschaften anschließen. Kurz vor Beginn des Bankenstreiks hatten bereits 20000 Arbeiter der staatlichen Ölfirmen und 3500 Bergarbeiter eines staatlichen Bergwerks gestreikt. Die Gewerkschaft der Verkehrsbetriebe in Lima kündigte ebenfalls einen Streik an. Die Regierung reagiert mit wildem Terror und macht landesweit Jagd auf „Terroristen“, die den „Leuchtenden Pfad“ (Guerillas der Kommunistischen Partei Perus) und andere Guerillagruppen unterstützen sollen. Allein in den letzten sieben Tagen sollen nach Meldungen der bürgerlichen Presse 25000 Menschen verhaftet worden sein. — (rül)

Pakistan vor einem Militärputsch?

In Pakistan mehren sich die Anzeichen für einen drohenden Militärputsch. Bei den Wahlen am 24. Oktober drohe ein „Comeback“ der gestürzten Regierungschefin Bhenazir Bhutto, schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“ am 23.9. Der Oberkommandierende der pakistanischen Armee (mit 500000 Berufssoldaten beansprucht sie fast 50% der pakistanischen Staatsausgaben), General Aslam Baig, hat bereits angekündigt, das Militär werde in „Prinzipienfragen“ niemals nachgeben. Von dem US-Botschafter in Pakistan, Oakley, von der pakistanischen Presse in Anspielung auf die frühere britische Kolonialmacht gelegentlich als „Vizekönig“ bezeichnet, ist bekannt, daß er für Pakistan ein „türkisches Modell“ wünscht, d. h. ein Militärregime nach dem Vorbild der türkischen Junta von 1980. In die Absetzung Benazir Bhuttos war Botschafter Oakley sichtlich eingeschaltet: Nachdem er am Vortag ihrer Absetzung mit dem Hauptquartier der Streitkräfte beraten hatte, weilte er am Tag ihrer Absetzung im Palast von Präsident Ishaq Khan, der die Absetzung verfügte. Pakistan ist mit insgesamt 33 Mrd. Dollar im Ausland verschuldet. Ein großer Teil dieser Schuldtitel liegt bei US-Banken und -Konzernen. Durch die Krise am Golf ist die strategische Bedeutung Pakistans z. B. als Zwischenstation für den Nachschub der Golf-Truppen für die USA weiter gestiegen. Das Militär hatte der Regierung Benazir Bhutto u. a. eine Gefährdung der Einheit und Sicherheit des Landes vorgeworfen, weil sie gegen Streiks von Lohnabhängigen und Proteste von Bauern nicht scharf genug vorgegangen sei. Zusätzlich hatte es Konflikte zwischen der Regierung Bhutto und der Generalität über personalpolitische Fragen, d. h. über die Vergabe von Pfründen gegeben.

Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 23./24. September — (rül)

El Salvador: Verhandlungen FMLN-Regierung abgebrochen

Die Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierung Cristiani in El Salvador und der Befreiungsbewegung FMLN sind am 18.9. in Genf ergebnislos unterbrochen und auf Anfang November vertagt worden. Damit ist der ursprüngliche Plan, noch Mitte September einen Waffenstillstand in Kraft treten zu lassen, endgültig gescheitert. Die Regierung hat den Vorschlag der FMLN, beide Armeen gleichzeitig aufzulösen, entschieden abgelehnt. Sie will offenbar versuchen, die Parlaments- und Gemeindewahlen im kommenden März zu nutzen, um ihre internationale Legitimation zu verbessern. Kurz vor Abbruch der Gespräche begannen erneut schwere Gefechte zwischen Regierungstruppen und Einheiten der FMLN. Am 16. September hatten über 40000 Menschen in der Hauptstadt des Landes, San Salvador, die Forderung der FMLN unterstützt. Auf einer Großdemonstration, zu der zahlreiche oppositionelle Parteien und Vertreter der Kirchen aufgerufen hatten, forderten sie eine „Entmilitarisierung der Gesellschaft“. — (rül)



In der thailändischen Hauptstadt Bangkok hat sich am 17. September der in Jakarta beschlossene „Nationale Rat“ für Kambodscha konstituiert. Dem Rat gehören sieben Vertreter der drei Widerstandsgruppen gegen das von Vietnam installierte Regime Hun Sen an und sieben Vertreter des Regimes. Den Vorsitz hat der Führer der Koalition der Widerstandsgruppen, Prinz Sihanouk. Wenige Tage zuvor hatte der UN-Sicherheitsrat den von den fünf ständigen Sicherheitsratsmitgliedern entwickelten Friedensplan für Kambodscha gebilligt. Bild: Guerillas der Widerstandsgruppen in einem befreiten Dorf, Anfang 1990. — (rül)

Kanada: Soldaten gegen Mohawk

Militärische Bedrohung in Oka hält an

Nachdem das Militär die Barrikaden räumte, die die Mohawk beim Reservat in Oka und auf der Mercier-Brücke bei Montréal errichtet hatten, ist die Auseinandersetzung keineswegs beendet. Allgemein wird davon ausgegangen, daß das Verhältnis zwischen Ersten Nationen und kanadischem Staat nie wieder sein wird wie vorher. Zahlreiche jahrelang von den Ersten Nationen vertretenen Rechtsforderungen werden in verschiedenen Provinzen plötzlich bewilligt. Aber auch die konkrete Auseinandersetzung geht weiter, da in der Kahnésatake-Siedlung im Reservat von Oka zwanzig Mohawk-Krieger zusammen mit etwa 30 Frauen und Kindern sowie mehreren Journalisten in einem Gemeindehaus von Hunderten Soldaten eingekesselt wurden. Die Mohawk haben nicht aufgegeben und widerstehen weiter der Aushungerungs- und Isolierungstaktik der kanadischen Armee.

Das kanadische Militär wendet während dieser Belagerung Methoden an, die Menschenrechte und die Pressefreiheit verletzen, was bereits zu zahlreichen Protesten geführt hat. Obwohl nachts Temperaturen von kaum mehr als null Grad herrschen, wurde der Transport von Decken, Mänteln, Stiefeln und Handschuhen zu dem Gemeindehaus nicht durchgelassen. Nahrungslieferungen werden nach Mitteilung des Militärs „rationiert“, Strom und Wasser wurden

abgestellt, das Telefon wurde stillgelegt, und die Funktelefone, die einige Journalisten dabei haben, um Nachrichten an die Außenwelt zu übermitteln, wurden mit technischen Mitteln gestört, wofür ein Gerichtsbeschuß erwirkt wurde. Beispielloos ist auch, daß die Polizei eine eigene Anzeigenkampagne plante, um die nach ihrer Ansicht einseitige Presseberichterstattung richtigzustellen.

Lange Wochen hindurch wurden alle Vorschläge der Mohawk zur Lösung der Krise von den kanadischen Behörden in den Wind geschlagen. Insbesondere beharrte das offizielle Kanada darauf, die Strafbehörden auf die Mohawk anzusetzen und nicht eine gemischte Kommission zu bilden oder sonst irgendwelche Zugeständnisse zu machen, die den besonderen Status der Ersten Nationen gegenüber dem kanadischen Staat berücksichtigen.

Ein Vorschlag, der am Freitag (21.9.) Aussicht auf Verwirklichung zu haben schien, nämlich die Aufstellung einer eigenen Polizeitruppe der Mohawk von etwa 40 Personen, die für das Reservat Kahnésatake zuständig sein soll, allerdings unter Aufsicht der Provinzpolizei von Québec, wurde am Montag von den Mohawk wieder verworfen. Mit dem Ende der Sommerpause ist jetzt auch die parlamentarische Debatte eröffnet.

Quelle: Radio Canada International bis 24.9. — (mif)

Krise im Bildungswesen dauert an

VR China: mehr Studienbewerber, immer schärfere Auslese

2,81 Millionen Schulabgänger haben sich in diesem Sommer um einen Studienplatz beworben — so viele wie nie zuvor und 150000 mehr als im vergangenen Jahr. Doch nur jeder fünfte Bewerber wurde angenommen, die übrigen wurden durch die extrem schwere Aufnahmeprüfung ausgesiebt.

Die weitere Verschärfung der Lage ist absehbar. Die Zahl der neuimmatrikulierten Studenten soll für mindestens fünf Jahre festgeschrieben werden. Die Regierung hat den Bau neuer Universitäten und Hochschulen gestoppt und will stattdessen, wie sie sagt, die Qualität der Hochschulausbildung heben. Doch ist nicht zu erkennen, daß diese Absicht eine Absage an den seit Mitte der 70er Jahre wieder verfolgten Kurs der Elitebildung ist. Seit 1978 konzentrierte die revisionistische Bildungspolitik die Mittel zu einem erheblichen Teil auf einige sog. Schwerpunkthochschulen zur Elitebildung, die Ausbildung in den anderen Hochschulen ist tatsächlich eher schlecht. Doch droht, wenn die Regierung nicht ganz andere Maßnahmen ergreift, sowohl die Konkurrenz an den Schulen um den Zutritt zum Studium sich zu verschärfen wie auch die Kluft

zwischen der Hochschulausbildung und vergleichsweise wenigen und der allgemeinen Schulbildung der Mehrheit der chinesischen Jugend weiter aufzureißen. Seit geraumer Zeit sinkt die Einschulungsquote, vor allem in den ländlichen Gebieten, und steigt die Zahl derjenigen, die die Grundschule ohne Abschluß verlassen. Die Quote der Schüler, die den Sprung von den unteren in die oberen Mittelschulen schaffen, sinkt.

Um so begehrt ist für die, die's schaffen, das Studium: Weg zur Karriere. Neben denen, die das Eingangsexamen bestanden, erkaufen sich Jahr für Jahr Zehn- und Hunderttausende, die dabei scheiterten, den Zutritt zu den Hochschulen, indem sie mindestens 80% der Ausbildungskosten selbst tragen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Kinder aus der städtischen Intelligenz. Nur wenige Arbeiter können die Kosten aufbringen, die Bauernmassen überhaupt nicht. Man kann feststellen, daß die Maßnahmen der Regierung, mit denen sie der anhaltenden Krise im Erziehungswesen zu begegnen versucht, eine weitere Differenzierung, hauptsächlich zwischen Stadt und Land, bewirken. — (sc)

Havel fördert klerikale Reaktion

CSFR: Bischöfe „entschuldigen“ sich bei „den Deutschen“

Wie seinerzeit berichtet, hatte der Papst im April d. J. die CSFR bereist, von Präsident Havel als „Bote der Liebe“ in dem „durch das Regieren von Ungebildeten verwüsteten Land“ empfangen. Auf dieser Reise berief der Heilige Vater für 1991 eine Sondersynode für Europa ein, in deren Mittelpunkt der Umbruch in Osteuropa stehen soll. Die Politik Havels und der Koalitionsregierung aus „Bürgerforum“, „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ und Christlich-Demokratischer Union fördert die reaktionäre klerikale Linie in besonderem Maße. Havel hatte dem Papst im Frühjahr nicht zu viel versprochen. Seit September ist der Vatikan in Prag erstmals wieder durch einen Botschafter, Erzbischof Giovanni Coppa, vertreten.

Der kam pünktlich, um Einfluß zu nehmen auf das ab dem neuen Schuljahr umgestaltete Schulwesen. Nach verschiedenen Meldungen werden bereits in diesem Schuljahr einige öffentliche Schulen unter erheblichem Einfluß von kirchlichen Schulen in deren Gebäude einquartiert. So hat z. B. der Orden von Vrsila Schulgebäude zurückerhalten, die er in den 30er Jahren zum Betrieb eines Mädchengymnasiums unterhielt — eine Prager Grundschule muß nun unter unmöglichsten räumlichen Bedingungen

ihren Lehrbetrieb unter der Fuchtel eines Doppel-Rektorats organisieren.

Rechtzeitig zum Eintreffen des heiligen Botschafters, am 19.9., haben die tschechischen und slowakischen Bischöfe auch einen Beitrag zur Neuschreibung der Geschichte geleistet, sehr christlich, sehr „mitteleuropäisch“, versteht sich — und unter Bruch des Potsdamer Abkommens, das in Abschnitt XII. ausdrücklich die Überführung zurückgebliebener deutscher Bewohner nach Deutschland beinhaltet. Die Bischöfe verurteilten — in Beantwortung eines Briefes der Deutschen Bischofskonferenz vom 8.3. — die „Vertreibung der Deutschen“, an der neben den unwissenden Schäffchen sogar Hirten selbst beteiligt gewesen seien. Sie bekennen Mitschuld und tiefe Dankbarkeit für all die Hilfen der vergangenen Jahre durch die Kirchen der BRD, denen es mit Geld und Bibeln in „ihrem Erfindergeist und ihrer Opferbereitschaft gelang, alle Barrieren zu überwinden“.

Die „Sudetendeutschen“ in der BRD, die jüngst ankündigten, ihre Arbeit in der CSFR wiederaufzunehmen, werden sich freuen.

Quellenhinweis: versch. Ausgaben Neues Deutschland und Frankfurter Rundschau, August-September 1990 — (uga)

Allein im Raum Neapel hat die Justiz in den letzten Jahren (selbst von der amtlichen Antimafia-Kommission als „sehr suspekt“ bezeichnet) mehr als 1500 schwerer und schwerster Delikte beschuldigte Angehörige der Camorra wegen „Herzkrankungen“ vom Haftvollzug befreit und lediglich unter Hausarrest gestellt. Salvatore Ricciardi, 49 Jahre alt, Ex-Militanter der römischen Kolonne der Roten Brigaden, im Zusammenhang mit der Moro-Entführung zu lebenslänglicher Haft verurteilt, kann von solch „humaner“ Justiz nur träumen.

Im März 1988 stellt ein Gutachten des Spezialisten De Lipsis vom römischen S. Spirito Hospital fest, daß der seit 1980 inhaftierte Gefangene an einem schweren Herzklappenfehler der Aorta leidet und ein unverzüglicher chirurgischer Eingriff zur Vermeidung irreversibler Schäden dringend erforderlich ist. Die sofortige Verlegung in die Cardiologische Abteilung einer Klinik wird empfohlen.



Nichts geschieht. Am 10. Oktober 1988 untersucht De Lipsis den nach wie vor in Rebibbia inhaftierten Ricciardi auf nachdrückliches Betreiben der Angehörigen erneut. Das neue Gutachten schließt Lebensgefahr nicht aus und dringt auf unverzügliche Einlieferung in eine Klinik.

In den italienischen Spezialgefängnissen: Todesurteil auf Raten für S. Ricciardi

Seit Jahren verweigert die italienische Justiz einem herzkranken Gefangenen die Operation

Die Spezialgefängnisse und -trakte von Trani, Nuoro, Cuneo, erneut Trani, dann Novara und schließlich das römische Rebibbia-Gefängnis, Zellen von durchschnittlich zwei mal vier Metern, in denen es nicht selten kalt und feucht ist — das sind die Stationen seines Lebens in den letzten zehn Jahren. Seit sechs Jahren, ab 1988 durch zahlrei-

che ärztliche Gutachten bestätigt, leidet Salvatore Ricciardi — nicht unwesentlich durch eben diese Haftbedingungen verursacht — an einer schweren Herzkrankung rheumatischen Ursprungs, die dringend einen operativen Eingriff erfordert. Bis heute verweigert die italienische Justiz die Operation. Todesurteil auf Raten für einen Lebenslänglichen.

Nichts geschieht. Am 25. November beantragt der Anwalt Salerno beim „Tribunale di Sorveglianza“ in Rom die Haftunterbrechung zur Durchführung der notwendigen Operation Ricciardis.

Diesmal reagiert die Justiz schnell. Bereits am 20. Dezember lehnt der Gerichtshof das Gesuch ab und ordnet die Untersuchung des Gefangenen durch

Rechtsmediziner Elio Nardecchia, bestätigt die Ergebnisse aller Vorgutachter in vollem Umfang. In seiner Stellungnahme spricht er von „extremem Ernst“ und „dramatischer Dringlichkeit“.

Am 15. Februar lehnt die für Haftsaachen zuständige Kammer des „Tribunale di Sorveglianza“ unter Vorsitz der Richter Rozella, Matarro und Castellano die Aussetzung der Haft für Ricciardi erneut ab. Tenor der Begründung: Das Befinden des Gefangenen mache derzeit weder eine chirurgische, noch eine medikamentöse Therapie erforderlich. Hierauf fordern die Angehörigen und die Anwälte, daß zumindest eine sog. „Eco-Doppler“-Untersuchung vorgenommen wird. Es handelt sich dabei um eine Ultraschall-Untersuchung, mittels derer festgestellt werden kann, wieviel Blut durch die Blutgefäße zum Herzen fließt und die zur Beobachtung der Veränderungen im Zustand des Patienten mindestens alle zwei Monate wiederholt werden muß.

Ein Vierteljahr später, Ende Mai 89, wird diese diagnostische Maßnahme endlich durchgeführt. Das Ergebnis: Selbst der Cardiologe der Krankenabteilung des Rebibbia-Gefängnis hält einen chirurgischen Eingriff für „dringend“ notwendig. Die Justiz schweigt. Vier Wochen später wenden sich Angehörige, Anwälte, Freunde des Gefangenen und eine Reihe von Abgeordneten nahezu quer durch die Parteien in einem offenen Brief an Justiz, Presse und Öffentlichkeit. Inzwischen befindet sich Ricciardi wegen drastischer Verschlechterung seines Zustandes in der römischen Poliklinik — jedoch nicht auf der cardiologischen Abteilung; dort ist kein Bett sofort verfügbar. Am 23. Juni wird er auf Betreiben der Justizbehörde wie-

der ins Gefängnis zurückverlegt.

Nichts mehr geschieht. Am 14. November 1989 schreibt der römische Herzspezialist Dr. Armando Colja in einem weiteren medizinischen Gutachten:

„Der Patient Salvatore Ricciardi benötigt zwei Arten medizinischer Intervention: Eine dauernde und routinemäßige Kontrolle, obligatorisch hierbei die „Eco-Doppler“-Untersuchung in akzeptablen Abständen ... Die zweite Art der Intervention ist eine Notfallintervention. Das Risiko des Patienten besteht im derzeitigen Zustand in einer überraschenden, schwersten Arrhythmie des Herzens ... Diese Form der Arrhythmie kann zum Tode führen, wenn sie nicht schnellstens behandelt wird. Die Möglichkeit eines solchen therapeutischen Eingriffs setzt einen sofortigen Alarm und einen schnellsten Transport in eine Intensiv- und Reanimations-Station voraus. Im Gefängnis ist diese Art medizinischer Intervention praktisch unmöglich. Das Eintreten einer Arrhythmie dieses Typs führt also unweigerlich zum Tod.“

Zum Zeitpunkt dieses Gutachtens haben seit Ricciardis Rückverlegung ins Gefängnis — also fünf Monate lang — keinerlei Kontrolluntersuchungen mehr stattgefunden. Und bis heute — mehr als zweieinhalb Jahre nach dem ersten dringlichen Gutachten — wartet Salvatore Ricciardi auf die „Gnade“ der Justiz, einen lebenserhaltenden chirurgischen Eingriff durchführen lassen zu können. Nach einer zwischenzeitlichen Verlegung ins Gefängnis Krankenhaus Pisa befindet er sich jetzt in der Krankenabteilung des römischen Regina-

Coeli-Gefängnisses. Sein Zustand verschlechtert sich zunehmend. Nach dem derzeitigen Stand der Dinge wird der Tod den unanfechtbar „letzten Beschluß“ in dieser Sache fassen.

Der „Fall“ Ricciardi ist kein Einzelfall. Die Vernichtung von Gefangenen durch Vorenthaltung medizinischer Behandlung hat Tradition in der italienischen Justizgeschichte. Nur die „spektakulären“ Fälle haben öffentliche Resonanz gefunden. So starb 1976 der BR-Militante Fabrizio Pelli an Leukämie, nachdem ihm bis zuletzt die erforderliche Behandlung und Strafunterbrechung verweigert wurde, bei Gefangenen der NAP (Nuclei Armati Proletari) wurde die Versorgung schwerster, lebensgefährlicher Verletzungen verhindert. Protesten und Forderungen von Angehörigen, eine Verlegung zumindest in ein Gefängnishospital vorzunehmen, begegnete die Justiz dadurch, daß über der Zelle eines Gefangenen ein Schild mit der Aufschrift „Krankenstation“ angebracht wurde. Der Gefangene starb.

Die „Außergewöhnlichkeit“ des „caso Ricciardi“ liegt allenfalls darin, daß es sich bei ihm seit geraumer Zeit um einen jener Gefangenen handelt, die den „Freunden der Amnestie“ à la Curcio-Moretti-Balzarani nahestehen. Doch offensichtlich ist es so, daß der Staat — nachdem sich sein ideologisches Befriedigungsprojekt der „politischen Lösung“ als Kuckucksei erwies und die Benutzbarkeit pragmatischer Entscheidungen gegenüber dissoziierten Gefangenen propagandistisch an Wert verloren hat — seine Interessen in probater und bewährter Weise neu definiert. So gesehen, wäre Salvatore Ricciardi gleich in zweifacher Hinsicht ein Opfer. Für die Komitees der „politischen Lösung“ und des „Kampfs für die Freiheit“, die allenthalben nur „veränderte Bedingungen“ und das „Ende des Notstands“ zu erkennen meinen, wäre dies sicher ein guter Grund zu kritischer Selbstreflexion. Denn wie viele Gefangene (für zigtausende von Proletariern ist der Moloch Gefängnis noch immer die letzte Station kapitalistischer Auspressung und Entmenslichung) leben — und sterben — wohl unter ähnlichen Bedingungen, ohne wohlmeinende „Lobby“ draußen (und damit ohne Öffentlichkeit) im angeblich „modernisierten Italien der erschöpften sozialen Widersprüche“? — (ms)

Wir wollen nationale Befreiung erreichen

Nothemba Mlonzi, Vertreterin der African Woman Organisation (AWO), auf einer Rundreise

Am 17.9.1990 begann Nothemba Mlonzi von der AWO eine BRD-Rundreise mit einer Veranstaltung in Hamburg. Diese wurde vom Arbeitskreis Azania, dem BWK und der MLPD durchgeführt. Die über 80 Anwesenden spendeten 1538,65 DM für die AWO und verfolgten mit großem Interesse die Ausführungen der Genossin Nothemba. Im folgenden nun Auszüge zu den Punkten Frauenpolitik und Gewaltfrage.

Gastgeber, Mitglieder des PAC, Freunde und Genossen. Ich möchte mich für die Art und Weise bedanken, wie ihr mich willkommen geheißen habt. Die AWO ist eine Organisation, die von afrikanischen Frauen gegründet wurde und ist zudem ein Flügel des PAC von Azania. In meiner Einführung wird es darum gehen, die Ziele der AWO zu beleuchten.

Wir wollen

1. Alle unterdrückten und entrechteten afrikanischen Frauen im besetzten Azania organisieren und vereinigen,

2. das nationale Bewußtsein der Frauen im nationalen Befreiungskampf erhöhen,

3. Frauen an AWO-Programmen beteiligen,

4. Frauen dazu erziehen, eine führende Rolle als Arbeiterinnen und Bäuerinnen im nationalen Befreiungskampf zu übernehmen,

5. bei den Frauen ein Vertrauen auf die eigene Kraft herstellen,

6. für ein nicht-rassistisches, nicht-sexistisches Afrika kämpfen und

7. schwesterliche Beziehungen mit anderen progressiven Organisationen in Azania und außerhalb herstellen.

Ich hoffe, durch meine Rundreise hier in Europa das letzte Ziel besonders Wirklichkeit werden zu lassen.

Die afrikanischen Frauen sind in erster Linie Bestandteil des Kampfes der

unterdrückten und ausgebeuteten afrikanischen Nation. Unser erstes und wichtigstes Ziel ist es, nationale und soziale Befreiung zu erreichen. D.h. durch Zerstörung des Unterdrückers wird eine neue soziale Ordnung geschaffen. Es geht jetzt aber auch um eine andere Art von Unterdrückung von Frauen und zwar von unseren männlichen Landsleuten, die aus überlebten traditionellen Praktiken stammen, und die der südafrikanische Kapitalismus fördert, und damit in unserem Lande eine sexistische Diskriminierung entstehen läßt. In der traditionellen afrikanischen Gesellschaft gab es keine nachweisliche vorsätzliche Unterdrückung der afrikanischen Frauen. Die Männer haben sich an die Gesetze und sozialpolitischen Bräuche gehalten. Es gibt keinen Nachweis, daß in der Gesellschaft jemand versklavt wurde. In dieser Gesellschaft gab es Gleichheit und eine klare Arbeitsteilung und soziale Stabilität. In der Tat haben Frauen höhere Positionen eingenommen, militärisch und strategisch. Es war erst nach der Einführung des römisch-niederländischen Rechts, daß Frauen den Status von Minderjährigen erhielten.

Gewaltfrage

Jetzt werde ich über den Aspekt der Gewalt sprechen. Die afrikanischen Gemeinden befinden sich in einem schrecklichen Gewaltzyklus. Ironischerweise ist das Opfer dieser Gewalt der unterdrückte Afrikaner, von dem Blut strömt. Er stirbt durch Benzinbomben, die vom eigenen Bruder, Vater oder Sohn geworfen wurden. Wir leiden und haben große Sorgen. Die Steigerung der Gewalt innerhalb des besetzten Azania hat ein Stadium erreicht, wo eine aktive und tatkräftige Mithilfe von allen Menschen gebraucht wird. Wie der PAC-Präsident Mthopeng erklärt hat: Die Lösung des Gewalt-Problems soll an erster Stelle

stehen — auch vor Verhandlungen mit der Regierung.

Um dieses Problem zu verstehen, brauchen wir eine kurze Analyse der Gewalt, wie sie von weißen Organisationen angewendet wird. Das weiche Verhalten von de Klerk hat radikale konservative weiße Bewegungen gestärkt. Afrikanische Widerstandsbewegung (AWB), Blanke Bewegung Bund (BBB) und die konservative Partei gehören dazu. Weiterhin führte die weiche Politik von der de Klerk Regierung dazu, daß angenommen wurde, die de Klerk Regierung meinte es ernst mit Reformen.

Aber die weiße Unterdrückergruppe ging so weit, ein Blutbad zu organisieren. Am hellen Tag schoß ein Rassist im Namen des Bürenvolkes in eine Menge und tötete sieben Afrikaner. Das Gewehr konnte er ungehindert offen in Pretoria herumtragen. Er wurde jedoch für diese Morde vom Gericht nicht zum Tode verurteilt, weil der Richter zur Erklärung seiner Tat psychologische Gründe anführte. Die Gewaltaktivitäten, die AWB und BBB ausüben, haben alarmierende Ausmaße angenommen. Der Höhepunkt kam, als der Kommandant Piet Skitsmen hunderte gefährlicher Waffen und Munition aus einer gutbewachten Militärbasis gestohlen hatte. 1988 wurden mit diesen Waffen Schulkinder auf ihrem Nachhauseweg erschossen. Die Drohungen, die AWB am 13.9.1990 ausgesprochen hat, müssen ernst genommen werden. AWB hat über die Zeitung Citizen erklärt, wenn die Regierung weiße Schulen für andere Rassen öffnet, wird AWB den afrikanischen Kindern den Krieg erklären. Die Gewalt dieser Organisationen wird durch die Regierung nicht gestoppt. Sie operieren offen und stehen über den Gesetzen. Es ist so, daß die Mitglieder von AWB und BBB in ihrer Mehrheit in der Polizei und der Armee arbeiten.



Die Veranstaltung am 17.9.1990 in Hamburg wurde von über 80 Leuten besucht.

Ethnische Gewalt

Die Gewalt zwischen Schwarzen hat nach der Freilassung von Dr. Mandela eine andere Dimension angenommen. Die Schreie der Sterbenden und die Toten können das furchtbare Abschachten nicht beschreiben, das einmalig ist zwischen schwarzen Organisationen. Dieses Abschachten hat unsere Revolution zurückgeworfen zu niederen Kämpfen zwischen ethnischen Gruppen und Tribalismus. D.h. dieser Kampf wird geführt als Kampf zwischen Zulus und Xhosas. AWO hat diese Gewalt mehrfach verurteilt.

Ein Stammesdenken jedoch, wie es von der Presse verbreitet wird, hat es in Südafrika nie gegeben. Die kolonialistische Regierung hat die künstliche Ein-

teilung in Stammesgebiete betrieben, um Voraussetzungen zu schaffen für Situationen, die im Moment im Lande stattfinden.

Und um zur Haltung des PAC zu Inkatha zu kommen folgendes: Wir befinden uns in einem intensiven Programm der Politisierung der Leute in Natal. Ich hoffe, ihr wißt, daß die Gewalt in Natal nachgelassen hat. Der Sprecher der Polizei in Natal sagte, es gibt eine ausgezeichnete APLA-Gruppe in Natal, dies wird deutlich durch den Tod vieler Armee-Angehöriger und nicht durch den Tod von Afrikanern. Sobald das Ziel der Auseinandersetzung die Armee war, hörte die Gewalt (zwischen den Schwarzen, d. Übers.) auf. Das ist die Position des PAC. — (obj)

Gesamtberliner Landtags- und Bundestagswahlen

Linksbündnis muß alle Kräfte des Widerstandes einbeziehen!

Nach dem Vollzug der Einverleibung der DDR und der Bildung von Bundesländern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erhalten jene neuen Bundesländer dem „Einigungsvertrag“ gemäß einen Status minderen Rechts. Sie sind der Zentralgewalt nahezu vollständig unterworfen. Der Charakter des Landes Berlin wird in Zukunft in jeder Hinsicht anders sein, sowohl bezogen auf Länder wie Niedersachsen, als auch bezogen auf Länder minderen Rechts, wie etwa Thüringen oder Sachsen. In Berlin findet, wenn man so will, eine echte Fusion statt.

Am 2. Dezember finden parallel zu den Bundestagswahlen auch Gesamtberliner Abgeordnetenhauswahlen statt. Das Wahlgebiet umfaßt also Westberliner und ehemaliges DDR-Territorium. Folglich stellen sich die Fragen der Zusammenarbeit und des Zusammenwirkens der Kräfte des Widerstandes aus Ost und West

mit ganz besonderer Dringlichkeit. Die PDS im Land Berlin mit Sitz im Ostteil der Stadt hat beschlossen, bei den anstehenden Wahlen 50 % der Listenplätze linken Kräften im Ost- und Westteil der Stadt anzubieten. Aus dem Ostteil der Stadt haben sich Kräfte aus „Die Nelken“, der KPD der DDR, der Vereinigten Linken u. a. entschlossen, das Angebot anzunehmen und mit der PDS zusammen zu kandidieren. Wer aus dem Westteil der Stadt zusammen mit der PDS kandidieren wird und wie, ist nach wie vor offen. Verschiedene Versuche sind unternommen worden, sogenannte prominente linke Persönlichkeiten für eine Kandidatur zu gewinnen, bisher ohne Erfolg. Die verschiedenen Kräfte des Widerstandes gegen die großdeutsche Annexionspolitik aus dem ehemaligen Westberlin streben ein gleichberechtigtes Bündnis mit der PDS an. Deshalb haben sie im Westteil der Stadt eine eigene Par-

tei, die Linke Liste/PDS, Landesverband Berlin, am 13./14. September 1990 auf einer öffentlichen Versammlung gegründet. Diese Partei ist nicht groß und umfaßt bei weitem nicht das gesamte Spektrum des Widerstandes. Gleichwohl bietet sie die Möglichkeit des Zusammenwirkens unterschiedlich geprägter Kräfte und will von ihrem Anspruch her niemanden ausgrenzen. Die nachfolgenden Auszüge aus Gründungsdeklaration und Satzung belegen dies. Das Projekt basiert auf der Erkenntnis, daß die verschiedenen linken Kräfte und Organisationen allesamt einen jeweils positiven Beitrag im Kampf gegen die Reaktion geleistet haben. Die angestrebte Form des Bündnisses mit der PDS soll dies zum Ausdruck bringen und dem möglicherweise aufkommenden Eindruck einer Unterordnung unter die PDS-Programmatik begegnen.

— (brr, har)



32 besetzte Häuser in Berlin-Friedrichshagen (Straßenfest).

Landessatzung der Partei LINKE LISTE/PDS

§ 2 Aufgaben der Partei

(1) Der Landesverband Berlin betrachtet es als Aufgabe, in Übereinstimmung mit dem Programm und der Satzung der Bundespartei Linke Liste/Partei des Demokratischen Sozialismus, auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung, u. a. durch Teilnahme an Wahlen, Einfluß zu nehmen.

(2) Er betrachtet es als einen wesentlichen Bestandteil seiner Tätigkeit, mit Menschen und Organisationen zusammenzuwirken, die sich als antifaschistisch, antimilitaristisch, antiimperialistisch, antipatriarchalisch verstehen, ebenso wie mit solchen, die sich im Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital auf die Seite der Lohnarbeit stellen, und solchen, die für ein neues ökologisches Verhältnis von Mensch und Natur eintreten ...

§ 6 Rechte/Pflichten der Mitglieder

(1) Jedes Mitglied hat das Recht auf Mitgliedschaft in einer Bezirksgruppe. Jedes Mitglied erklärt entsprechend dem Bereich wo es wohnt, arbeitet oder politisch tätig ist, seine Zugehörigkeit zu einer Bezirksgruppe.

(2) Jedes Mitglied hat das Recht, beim Bezirksgruppenvorstand Tagesordnungspunkte für Mitgliederversammlungen anzumelden und in Publikationen der Bezirksgruppe eigene Beiträge zu veröffentlichen.

(3) Jedes Mitglied hat das Recht auf Informationen über die Tätigkeit der Partei.

(4) Jedes Mitglied hat das Recht, sich an die Organe des Landesverbandes zu wenden und Gehör und Behandlung zu verlangen, wenn es der Auffassung ist, daß es innerhalb der Partei von einer Diskriminierung aufgrund besonderer persönlicher Verhältnisse (z.B. Einkommen, Ausbildung, Geschlecht, Familienstand, Alter, Religion, berufliche Tätigkeit, Staatsangehörigkeit) betroffen ist.

(5) Alle Mitglieder sind verpflichtet, gemeinsame politische Positionen durch Diskussion und solidarische Kritik im Sinne der Konsensfindung zu erarbeiten. Gelingt dies nicht, hat d. Minderheit sich an die Beschlüsse der Mehrheit zu halten.

§ 7 Rechte für Frauen

(1) Alle gewählten Organe, Gremien und Wahllisten sind zu mindestens 50 % mit Frauen zu besetzen. Die Wahl erfolgt aufgrund getrennter Wahllisten, wobei Männer nur auf den geraden Listenplätzen kandidieren dürfen.

(2) Für bezahlte Tätigkeiten müssen auf jeder Qualifikationsstufe mindestens 50 % Frauen gewählt bzw. eingestellt werden.

(3) In Fragen, die das Selbstbestimmungsrecht der Frauen berühren, darf kein Beschluß gefaßt werden, der dem Votum der Mehrheit der Frauen in dem

jeweiligen Gremium widerspricht.

(4) In allen anderen Fragen kann die Mehrheit der Frauen in dem jeweiligen Gremium durch ihr Votum eine Aufschubung der Entscheidung und erneute Behandlung bis spätestens 4 Wochen erwirken.

(5) Einzelheiten der Verfahren werden in einem Frauenstatut geregelt. Das Frauenstatut wird auf Antrag der Versammlung der weiblichen Mitglieder (Frauenplenum) von der Mitgliederversammlung beschlossen.

(6) Im Frauenstatut werden besondere Strukturen und Maßnahmen, die ein gleichberechtigtes Zusammenarbeiten von Frauen und Männern ermöglichen oder fördern sollen, festgelegt.

§ 8 Allgemeine demokratische Grundregeln

(1) Alle Sitzungen der Organe, Gremien und Arbeitsgruppen der Partei sind grundsätzlich öffentlich. Ausnahmen sind möglich, wenn 2/3 der anwesenden Mitglieder es beschließen.

(2) Mehrfachfunktionen in gewählten Parteiämtern sind unzulässig. Mandatsträger/Mandatsträgerinnen oberhalb der Bezirksebene dürfen kein Parteiamt wahrnehmen.

(3) Bei allen Personalangelegenheiten (Wahlen) ist die absolute Mehrheit (mehr als 50 %) der stimmberechtigten Anwesenden erforderlich.

Die Abwahl von Vorstandsmitgliedern ist möglich und bedarf ebenfalls der absoluten Mehrheit (mehr als 50 %) der stimmberechtigten Anwesenden. Die Abwahl muß vorher als Tagesordnungspunkt bekannt sein.

(4) Die Wahlen zu den Vorständen, der Delegierten zum Bezirksrat und der Bewerber/Bewerberinnen für parlamentarische Mandate sind geheim. Bei den übrigen Wahlen kann offen abgestimmt werden, wenn sich auf Befragen kein Widerspruch ergibt.

§ 9 Gliederung

(1) Der Landesverband gliedert sich in Bezirksgruppen.

(2) Die Bildung von Arbeitsgruppen ist jederzeit möglich.

§ 10 Organe und Gremien

Organe und Gremien des Landesverbandes Berlin sind:

— die Landesmitgliederversammlung (LMV)

— der Landesvorstand (LV)

— die Bezirksgruppenmitgliederversammlung (BMV)

— der Bezirksgruppenvorstand (BV)

— der Bezirksrat (BR)

— der Politische Beirat ...

§ 14 Der Bezirksrat (BR)

(1) Der Bezirksrat setzt sich aus den Delegierten der Bezirke sowie aus jeweils De-

legierten (ohne Stimmrecht) der Arbeitsgruppen zusammen. Die Delegierten werden für ein Jahr gewählt.

(2) Der Bezirksrat tagt mindestens monatlich. Zu seiner konstituierenden Sitzung wird er vom Landesvorstand einberufen. Er gibt sich eine Geschäftsordnung.

(3) Der Bezirksrat beschließt über die aktuellen Angelegenheiten des Landesverbandes zwischen den LMV. Er ist an die Beschlüsse der LMV gebunden. Er nimmt Anträge der Bezirksgruppen und der Arbeitsgruppen auf, koordiniert die gemeinsame Arbeit und bereitet die Landesmitgliederversammlungen vor.

(4) Der Bezirksrat trifft Personalentscheidungen, die nicht der LMV vorbehalten sind. Er beruft die Mitglieder des Politischen Beirats.

(5) Der Bezirksrat hat das Recht, Arbeitsgruppen zu legitimieren. Diese Arbeitsgruppen stellen Delegierte ohne Stimmrecht und haben Anspruch auf finanzielle Unterstützung. Ihre Delegierten haben Rede- und Antragsrecht.

(6) Mitglieder des Politischen Beirats haben Rede- und Antragsrecht im BR, aber kein Stimmrecht. Dies gilt auch für die Mitglieder des Landesvorstandes.

(7) Jeder Bezirk stellt unabhängig von der Mitgliederzahl 2 Delegierte im Bezirksrat. Hat ein Bezirk mehr als 200 Mitglieder, schickt er pro angefangene weitere 100 Mitglieder jeweils einen weiteren Delegierten in das Gremium.

§ 15 Der Politische Beirat

(1) Der Politische Beirat ist ein weitgehend unabhängig agierendes Gremium von bekannten Menschen des öffentlichen Lebens, das die Arbeit der Partei mit Vorschlägen, Rat und solidarischer Kritik begleitet.

(2) Erklärungen des Politischen Beirats haben den Charakter nachdrücklicher Empfehlungen, die die Partei beeinflussen, aber nicht binden. Organe der Partei haben keine Weisungsbefugnisse gegenüber dem Beirat.

(3) Der Politische Beirat besteht aus maximal 20 Personen, die nicht Mitglieder der Partei sein brauchen. Sie werden vom Bezirksrat (in Ausnahmefällen von der LMV) berufen. Vorschlagsrecht haben alle Organe des Landesverbandes ...

§ 20 Auflösung und Verschmelzung Über die Auflösung oder Verschmelzung des Landesverbandes Berlin mit einer anderen Partei beschließt die Landesmitgliederversammlung mit 2/3-Mehrheit. Ein solcher Beschluß wird erst wirksam, wenn eine vom Landesvorstand unverzüglich durchzuführende Urabstimmung unter den Mitgliedern des Landesverbandes ebenfalls eine 2/3-Mehrheit erbringt.

West-Berliner Plattform (Auszüge)

Selbstverständnis der Linken Liste/PDS Berlin

Die Partei LINKE LISTE/PDS Berlin versteht sich als ein plurales Bündnis von Einzelpersonen aus unterschiedlichen linken bzw. sozialistischen Zusammenhängen. Die neue Partei ist kein Zusammenschluß von Gruppen und Organisationen.

*

Die LINKE LISTE/PDS Berlin beabsichtigt, eine Listenverbindung mit der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) einzugehen, die ihrerseits über 'offene' Listen die Mitarbeit anderer linker Kräfte in den Ostberliner Stadtteilen gewährleistet. Alle zwischen den PartnerInnen der Listenverbindung gemeinsam zu treffenden Absprachen und Entscheidungen trifft ein wöchentlich tagender „Koordinierungsrat“ ...

*

Die LINKE LISTE/PDS Berlin wird ihr Aktionsfeld auf die Westberliner, die PDS auf die Ostberliner Bezirke beschränken. Trotz des engen Bündnisses mit der PDS betont die LINKE LISTE/PDS in den gegenwärtigen Prozessen ihre Eigenständigkeit und Unverwechselbarkeit, wie sie sich aus den besonderen West-Berliner Bedingungen und geschichtlichen Erfahrungen ergeben. Gleichzeitig verbinden viele Mitglieder mit der Gründung des Wahlbündnisses die Hoffnung, daß es sich hierbei nicht nur um ein Zusammengehen zum parlamentarischen Überleben bestimmter linker Kräfte handelt, sondern daß aus der politischen Zusammenarbeit in absehbarer Zukunft eine neuartige, plurale, sozialistische Organisationsform erwachsen könnte. Die Partei LINKE LISTE/PDS will all denen einen handlungsfähigen Diskussions- und Arbeitszusammenhang bieten, die Kritik und Alternativen zu den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen formulieren.

*

In die Partei bringen sich Menschen aus verschiedenen gesellschaftlichen Berei-

chen, wie z. B. aus der Ökologie-, der Friedens-, der Antifa-, der Frauen- und Gewerkschaftsbewegung, ein. Die Enttäuschung über die Politik des SPD-AL-Senats und der ihn tragenden Parteien, das Erschrecken über die Skrupellosigkeit, mit der die Konservativen und selbst die SPD gegen alle linken Ansätze (Wahlrechts-Manipulation, Vermögensenteignung) vorgehen, sowie Ansprüche aus revolutionären, sozialistischen Überzeugungen gilt es in unserer Zusammenarbeit zu bündeln ...

*

Fester und nicht zu verdrängender Bestandteil unseres Bündnisses sind auch Menschen, die in fundamentaler Opposition zum Kapitalismus stehen. Systemüberwindende und radikalreformerische Ansätze haben gleichberechtigt Platz in unserer Partei. Das gemeinsame Interesse, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen“ (K. Marx) ist, bedeutet für uns die Schaffung einer praktisch werdenden Zusammenarbeit über das Spektrum der bisherigen linken Strömungen hinaus.

Wir bewahren uns Utopien vom Sozialismus als einer Gesellschaftsform, in der Freiheit und persönliches Glück nicht auf der Ausbeutung anderer Menschen und der Natur aufbauen. Sozialismus bedeutet für uns ein sinnvolles, wirtschaftliches Planen von unten nach oben, das Selbstbestimmungsrecht der Frauen und den Abbau patriarchaler Herrschaftsstrukturen, das Eintreten für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der sog. III. Welt, der Kampf gegen jede Form des Nationalismus und er damit verbundenen Diskriminierung der ArbeitsmigrantInnen und die Schaffung sinnvoller Erwerbsarbeit, die kollektives, selbstbestimmtes Arbeiten garantiert, individuelle Freiheiten ermöglicht und die gesellschaftlich notwendige Arbeit auf Männer und Frauen gleichermaßen umverteilt ...



Volksentscheid für eine demokratische Verfassung/Unterschriftensammlung.

Forderungen zur Wahl

150 Teilnehmer bei der 13. Antifa-Landeskonferenz NRW

Detmold. Rund 150 Leute nahmen am 15.9. in Detmold an der 13. landesweiten Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW teil. Da die Konferenz ausdrücklich auf die Themen Anschlußpolitik der Bundesregierung gegenüber der DDR und Bundestagswahlen sowie einige regionale Fragen begrenzt war, ist diese Teilnehmerzahl eher gut. Die Durchführung der Konferenz einschließlich Werbung wurde von der Stadt Detmold auf Antrag der Grünen mit 8000 DM unterstützt.

Die Diskussion um die Veränderung der Bedingungen antifaschistischer Politik, wie sie durch den Anschluß der DDR und die 2+4-Vereinbarungen gegeben ist, kam im Plenum etwas zu kurz. Dies lag zum Teil an dem Versuch, der Konferenz feministische Strukturen zu geben, u.a. durch ein Frauenplenum, aber auch durch entsprechend vorbereitete lange Beiträge, die zum Thema nichts Neues beitrugen. Die Diskussion in den insgesamt zehn Arbeitsgruppen war da besser.

Die größte Arbeitsgruppe behandelte mit 30 Teilnehmern einen ausführlichen Forderungskatalog zu den Bundestagswahlen, der vom Abschlußplenum fast einstimmig angenommen wurde. In der Einleitung der Resolution heißt es:

„In der Folge der Anschlußpolitik gegenüber der DDR und der derzeitigen politischen Entwicklung in der BRD und der bisherigen DDR verschwinden zunehmend bisherige Abgrenzungen zu faschistischer, rassistischer und nationalistischer Ideologie. Völkerrechtliche Verurteilungen des Faschismus werden in geltendem deutschem Recht verwässert oder ganz aufgehoben. Gegen die Ansprüche der Konzerne, die DDR-Wirtschaft mithilfe staatlicher Absicherung und staatlichem Druck zu vereinnahmen, gibt es kaum Opposition ...

Wir sehen die Gefahr, daß — durch die Handhabung des neuen Ausländerrechtes der Bundesregierung und der tagtäglich stattfindenden Meinungsmache gegen Flüchtlinge, insbesondere derzeit gegen Roma und Sinti, Menschen zu Angehörigen einer Unterklasse stigmatisiert werden, denen keinerlei politische oder soziale Rechte zustehen und die willkürlichen Schikanen ausgesetzt werden können, weil sie nicht „deutsch“ sind. Schon einmal sind in diesem Land Menschen auf diese Weise zu Feindbildern aufgebaut worden!

— durch die Regelungen der Einigungsverträge, durch die Aktivitäten und Absichten der Konzerne die Menschen in der bisherigen DDR einem Sonderstatus als Deutsche zweiter Klasse ausgesetzt werden, indem ihnen soziale Härten bis hin zum Elendsdasein zugemutet werden, jede eigenständige politische Entwicklung und Willensbildung genom-

men wird und sie finanziell und politisch vom Westen abhängig gemacht werden; — durch die Offenhaltung der Vertretungsansprüche des Grundgesetzes (Art. 116 GG) und damit eines neuen Großdeutschlands gegenüber „deutschen Volksangehörigen“ in Polen, der Sowjetunion und anderen Staaten sowie der nach wie vor mehrdeutigen Auslegung der Anerkennung der polnischen Westgrenze nationalistische und imperialistische Ansprüche gegenüber fremden Staatsgebieten weiterhin geschürt werden können;

— durch die Zulassung faschistischer Organisationen und ihrer Legalisierung auch auf dem Gebiet der bisherigen DDR faschistische Kräfte erneut ermutigt und gestärkt werden.

Der Aufstieg Großdeutschlands zur Hegemonialmacht innerhalb der EG wird stattfinden auf dem Rücken der „Dritten Welt“. Innerhalb der EG bedingt diese Politik eine Begünstigung und Förderung nationalistischer Bestrebungen und die Verschärfung von Polizei- und Ordnungsgesetzen sowie die Einschränkung demokratischer Rechte nach Vorbild der BRD ...

Die folgenden Abschnitte der Resolution entwickeln Forderungen zu den Bereichen: Für die völlige politische und soziale Gleichstellung aller im deutschen Staatsgebiet lebenden Einwohnerinnen und Einwohner! Gegen die Schaffung eines kolonialen Status für die Einwohnerinnen und Einwohner der DDR! Für Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Frauen! Entschädigung aller Opfer des Nationalsozialismus! Für Frieden und Völkerverständigung — Gegen Nationalismus und Imperialismus! Gegen Gesinnungsstrafrecht, Berufsverbote und Beschneidung der politischen Meinungsfreiheit! Für die sofortige Auflösung faschistischer Organisationen — gegen staatliche Duldung und Förderung faschistischer Betätigung!

Ebenfalls verabschiedet wurden Resolutionen gegen das Zentrum der Nationalistischen Front bei Detmold und gegen rassistische Hetze und für das Bleiberecht für Sinti und Roma. Ein offener Brief an den DPWW verlangt erneut den Ausschluß der dort vertretenen völkisch-rassistischen Sekte „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft e. V.“

Die Vertreterin der Jusos, die vor kurzem aus dem Koordinationsausschuß der Konferenz zurücktrat, nahm trotzdem an der Konferenz teil und unterbreitete dem Koordinationsausschuß ein Angebot des Juso-Landesvorstandes für ein Gespräch. Die Konferenz beauftragte den Koordinationsausschuß ausdrücklich, dieses Angebot wahrzunehmen und Möglichkeiten einer weiteren Beteiligung der Jusos an der Konferenz zu suchen. — (ads, wof)

Revanchistische Patenschaft soll aufgehoben werden

Pinneberg. In einem Brief an den Vorsitzenden der revanchistischen Kreisgemeinschaft Fischhausen fordert der SPD Kreis-Vorsitzende Birke von den Vertriebenenverbänden ein klares Bekenntnis zur Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze. Gleichzeitig kündigte er an, daß er sich um eine Aufhebung der 1951 vom Kreistag beschlossenen Patenschaft mit dem ehemals ostpreussischen Kreis Fischhausen bemühen werde. Nach dem „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ und der somit erfolgten Klärung der Grenzfrage stehe für ihn auch die Patenschaft zur Disposition. Patenschaften mit Kreisen und Städten in den ehemaligen Ostgebieten gehören der Vergangenheit an. Jetzt gelte es insbesondere „mit dem polnischen Volk eine gute, freundschaftliche Nachbarschaft zu gestalten“. — (sip)

Kein Jubelläuten am 3. Oktober

Goslar/Bad Harzburg. Von allen Pastoren der Propstei Bad Harzburg wurde auf dem letzten Pfarrkonvent der Vorschlag von Bundeskanzler Kohl abgelehnt, am 3. Oktober aus Anlaß der DDR-Annexion die Kirchenglocken läuten zu lassen. Laut Goslarischer Zeitung vom 13. September fühlten sich mehrere der Theologen „zurückversetzt in die Zeit vor 1945, als zu jedem der Obrigkeit passenden Anlaß die Glocken ertönen mußten. Solche Anlässe sollen auch die Einverleibung von Gebieten ins Deutsche Reich gewesen sein, wie ein Pastor sagte. Das Wort vom ‚Annexions-Läuten‘ machte im Pfarrkonvent die Runde.“ Auch formale Gründe sprächen gegen das Glockenläuten, denn die Läuteordnung für evangelisch-lutherische Kirchen und Gemeinden sieht vor, daß die Glocken nur zu Gottesdiensten, Andachten oder anderen kirchlichen oder religiösen Zwecken ertönen dürfen oder wenn Katastrophen die Menschen bedrohen. — (suo)

Rock gegen RECHTS-Festival

Barmstedt. Das antifaschistische Jugendbündnis Barmstedt veranstaltete wegen Drohungen und brutaler Überfälle von Neonazis, aber auch wegen der Verstärkung der rassistischen, ausländerfeindlichen Haltung ein Rockfestival unter dem Motto „STOPPT den Rassismus“, das von 600 Leuten besucht wurde. Die Zusammenrottung von ca. 40 Neonazis wurde von Antifaschisten beobachtet. Die Polizei geleitete die Nazis vom Wohnort des Neonazis Klappmeier bis zum Marktplatz, von wo aus dann 33 Skinheads vorübergehend festgenommen wurden. Nach Feststellung der Personalien und nach Ende des Festivals wurden die Skins gegen Mitternacht wieder freigelassen. — (sip)

Kein Krieg am Golf! Abzug der BRD-Truppen!

München. Gegen das Eingreifen imperialistischer Mächte am Golf, vor allem aber gegen den Einsatz der Bundeswehr und gegen die beabsichtigte Verfassungsänderung zur Ausweitung des Einsatzbereiches bundesdeutscher Truppen hat sich ein breites Bündnis zusammengefunden. Vertreten sind u.a. DFG-VK, Pax Christi, FI Christen in der Region München, Selbsthilfe der Zivildienstleistenden, Palästina Komitee, AK Kurdistan, Verein zur Förderung ethnischer Minderheiten, Kurdistan-Komitee, Kurdistan-Informationszentrum, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Anti-Strauß-Komitee/Stoppt die Erben, BWK, Volksfront, Sozialistisches Bündnis, Münchner Jusos. Geplant sind vorerst eine Demonstration mit Kundgebung am 2.10., dem Vorabend der Wiedervereinigung. Der gemeinsame Aufruf stellt fest: ... In Wirklichkeit geht es um die Herrschaft über die Golfzone, um die weitere Ausbeutung der Erdölquellen. Mit seiner Aggression gegen Kuwait lieferte Saddam Hussein den erwünschten Anlaß, sich ein für allemal am Golf festzusetzen und den Zugriff auf die Ölquellen zu sichern. Dafür wird auch Krieg in Kauf genommen ... Das Bündnis einigte sich auf folgende Forderungen: Keinerlei militärisches Eingreifen am Golf! Keine Ausweitung des Einsatzbereiches von Nato und Bundeswehr, keine Verfassungsänderung dafür! Keine Steuermittel für das Golfabenteuer! Keine Militärmaßnahmen von deutschem Boden aus! Verbot aller Waffenexporte! Eine Lösung der Konflikte des Nahen Ostens im Interesse aller beteiligten Völker! Selbstbestimmungsrecht für das kurdische und palästinensische Volk! — (ecg)

Urteil gegen Nichtseßhafte

Mainz. Nach einem Urteil des OVG Koblenz ist die Stadt Mainz berechtigt, den Sozialhilfe-Regelsatz für Obdachlose um ein Viertel von bisher 447 DM auf 336 DM zu kürzen, weil bei einem „Nichtseßhaften, der in Wartehallen oder auf Parkbänken nächtigt“, keine Kosten entstünden, wie sie für einen Haushaltsvorstand berücksichtigt werden müßten, nämlich Kosten z.B. für „Kochfeuerung, Beleuchtung, Wohnungsreinigung, Betrieb elektrischer Geräte, kleinere Instandsetzungen von Hausrat, Neubeschaffung von Hausrat, Geschirrspülmittel, Reinigungsmittel und Scheuertuch“. Eine menschenverachtende Rechtsprechung, die den Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben beseitigt und Armut zum Normalzustand für Zehntausende von Menschen erklärt. (OVG Koblenz 12 A 93/89 — ulb)

Briten üben für Golf-Einsatz

Soltau. Die 7. britische Panzerbrigade, stationiert im Landkreis Soltau-Fallingb., bereitet sich auf intensiven Scharfschieß-Übungen auf dem Truppenübungsplatz Bergen auf ihren Einsatz auf der arabischen Halbinsel vor. Vorgesehen sind u.a. Schießübungen auch am Wochenende. Die Brigade soll noch im September verlegt werden. Es ist ein Hohn auf alle Hoffnungen der Bewohner des Landkreises, daß in der gegenwärtigen Lage die militärischen Belastungen zurückgenommen würden. Der Platzkommandant hatte aber schon Ende August Gästen aus den Platzrandgemeinden erklärt, daß weiter scharf geschossen würde. Nur sicherer und leiser solle es zugehen. — (sts)



Fürstenfeldbruck. 280 Offiziere der Nationalen Volksarmee nehmen derzeit an einem Kurs an der Offizierschule der Luftwaffe in Fürstenfeldbruck teil, um auf Aufgaben innerhalb der Bundeswehr vorbereitet zu werden. Thema unter anderem: Das Grundgesetz. Am 3. Oktober will Stoltenberg per Tagesbefehl das Kommando über die „Territorialtruppe Ost“ der Bundeswehr übernehmen. — (chl)

Schweigemarsch gegen Friedhofschändung

Kaum Kritik an den Ursachen des Antisemitismus

Ihringen. 6000 Menschen kamen am 8. September nach Ihringen am Kaiserstuhl, um durch einen Schweigemarsch gegen den faschistischen Anschlag auf den jüdischen Friedhof in Ihringen zwei Wochen davor zu protestieren.

Einige Jugendliche, die speziell für diesen Protestmarsch ein Transparent gegen Faschismus gemacht hatten, mußten es wieder einstecken, weil dies offensichtlich gegen das Schweigen verstieß.

Über die örtliche Presse hatten Polizei und staatliche Stellen versucht, die Legende vom psychopathischen Einzeltäter zu verbreiten. Abstruse Behauptungen über „Stasi-Leute“ und „Palästinaenser“, die ein Interesse am Anschlag gehabt haben könnten, machten die Runde. Gegen derartige Meinungen wurde in zwei Flugblättern während des Schweigemarsches Stellung bezogen, eins von der Antifagruppe Freiburg, das andere von Kühle Wampe Emmendingen, VVN Emmendingen und Volksfront, in dem es u.a. hieß:

„Wir sind nicht der Meinung, daß der Antisemitismus und derartige Anschläge das Werk von Verrückten sind. Der Hitler-Faschismus hat mit dem Mittel des Antisemitismus erfolgreich versucht, einen Großteil der deutschen Bevölkerung mit dem ekelregenden Feindbild von der ‚jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung‘ gepaart mit materiellen Versprechungen (Grundbe-

sitz, Karriere u.a.) dazu zu bringen, sich als Herrenmenschen gegenüber anderen Völkern aufzuspielen. Völkermord in nie gekanntem Ausmaß war das Ergebnis dieser brutal kalkulierten Ideologie. Insbesondere in Polen, der Sowjetunion und im übrigen Osteuropa gaben die Faschisten die Parole vom feindfreien Herrschaftsraum aus; Millionen Menschen in diesen Ländern waren die Opfer dieser Politik. Eine ganze Meute von Bevölkerungswissenschaftlern rechnete aus, daß die Vernichtung der armen Bevölkerung in Osteuropa notwendig sei, um die Ausplünderung dieser Länder effektiv zu gestalten. Unter den Millionen Ermordeten des Hitler-Faschismus befanden sich vor allem Juden. Für den Hitler-Faschismus waren Antisemitismus und Völkermord Bestandteil eines brutal kalkulierten Konzepts zur Lösung der sozialen Frage.“

Die evangelische Kirche dagegen predigte (unter Einschuß der Täter in das Gebet): „Wasche mich wohl von meiner Missetat, und meine Sünde ist immer vor mir. An dir (Gott) allein habe ich gesündigt und übel vor dir getan ... Siehe, ich bin in sündlichem Wesen geboren,

Das Schweigen galt allerdings nicht für die evangelische Kirche, die sich anmaßte, durch Verlesung des Bußgebets Davids für alle anwesenden Menschen zu sprechen, was bei vielen Anwesenden Unmut auslöste.

und meine Mutter hat mich in Sünden empfangen ... Entsündige mich mit Isop (Heilkräuter), daß ich rein werde“ usw. Der berechtigte Zorn, die Trauer und besonders das Verlangen der vielen Menschen nach Aufklärung v.a. der Ursachen für die Zunahme faschistischer Verbrechen — all das wurde in den Nebel der evangelischen Sündenlehre getaucht: Einzelne haben da gesündigt, Ver(w)irrte; Sünde ist der Widerspruch des Menschen gegen Gottes Allmacht; Sündenvergebung ist Buße des einzelnen, Gnadenerweise — fertig. Und die 6000 Menschen? Auch sie in Sünde geboren und aufgefordert: „Ich will die Übertreter deine (Gottes) Wege lehren, daß sich die Sünder zu dir bekehren.“ Und schon ist die Welt wieder in Ordnung?

Offensichtlich aber haben es weder interessierte Kreise im Staatsapparat noch die evangelische Kirche vermocht, die Einzeltäterthese öffentlich zu verankern. Die ersten Festnahmen von Skin Heads in Tübingen und Stuttgart deuten allzu deutlich auf organisiertes Vorgehen faschistischer Organisationen. — (ulb)

CDU hetzt: Abschiebung der Roma

NRW-Landesregierung nimmt deshalb ihre Zusagen zurück

Köln. Auf den Protestmarsch der Roma im Januar dieses Jahres hat die sozialdemokratische NRW-Landesregierung mit der Zusage geantwortet, ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu prüfen. Noch immer ist darüber nicht entschieden, von der Landesregierung haltlos mit „Komplikationen“ und Verzögerungen begründet. Und die Zeit drängt — aus verschiedenen Gründen. Zum einen ist jeder Tag, den die Roma in ungesicherten Verhältnissen leben müssen, unerträglich für sie. Zum anderen tritt am 1.1.1991 das neue Ausländergesetz in Kraft und damit verliert die Landesregierung ihre Möglichkeit, gegenüber den Roma überhaupt zu handeln, die Kompetenz für solche Flüchtlinge und Staatenlose liegt dann vollständig bei der Bundesregierung.

Der CDU ist diese Lage völlig bewußt und sie nutzt die Lage, um demagogisch die äußersten Rechten und faschistische Kräfte für die Bundestagswahlen zu gewinnen. CDU-Linssen drohte damit, die Landtagsfraktion der christlichen Partei werde eine Volksabstimmung für die Abschiebung der Roma in NRW durchführen. Die F.D.P.-Fraktion beantragte am 10.9. im Landtag, den sogenannten Duldungserlaß des Innenministers vom 1.2.1990 aufzuheben. Die Landesregierung reagierte prompt: Am 12.9. beschloß sie, die ursprüngliche Zusage

von Anfang dieses Jahres zurückzunehmen. Der Regierungssprecher teilte mit:

„Die Landesregierung hat ... die Situation beraten, die sich aus dem sprunghaften Anstieg der Flüchtlingszahlen in den letzten Monaten, insbesondere durch den Zuzug von Roma aus Ost- und Südosteuropa ergeben hat ... Diese Lage bestimmte auch die Beratungen über die etwa 5000 hauptsächlich aus Jugoslawien stammenden Roma, denen die Landesregierung im Januar 1990 eine Prüfung zugesagt hat, ob ihnen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht gewährt werden kann ... Die Landesregierung wird sofort einen Beauftragten nach Jugoslawien entsenden. Er soll ... Rückkehrmöglichkeiten für die Roma und die strukturellen Hilfen klären, die dafür aus Nordrhein-Westfalen erbracht werden könnten ... Sollte es kurzfristig nicht gelingen, eine Vereinbarung über die Reintegration des genannten Personenkreises in ihren Herkunftsländern zu erreichen, ist die Landesregierung zu einer einmaligen begrenzten humanitären Aktion bereit. Damit soll etwa 1000 Personen geholfen werden ...“

Damit ist die Abschiebung von mindestens 4000 Roma aus NRW noch 1990 beschlossene Sache. Die Roma und Cinti Union vertritt gegenüber der Landesregierung, daß die gemachten Zusagen weiter gültig sind. — (uld)

„Feuerwehrverträge“ abgelehnt

Lehrerbezirkspersonalrat will feste Personalreserve

Hannover. Seit Ende des letzten Schuljahres lehnt der Lehrerbezirkspersonalrat die Anträge auf Einstellungen für Vertretungslehrer, die sog. „Feuerwehrlehrer“ aus sozialen Gründen ab. Diese „Feuerwehrverträge“ waren befristet, lediglich Zweidrittelverträge und endeten grundsätzlich vor den großen Ferien. Im Durchschnitt wurden die „Feuerwehrlehrer“ nicht einmal ein halbes Jahr beschäftigt. Mit Beginn des Schuljahres lagen im Regierungsbezirk Hannover etwa 60 bis 70 Verträge auf Eis; sieben Fälle aus der Stadt Hannover. Wahrscheinlich ist diese Zahl inzwischen noch gestiegen. Die Schulen konnten Stundenpläne in den ersten Wochen nur tageweise erstellen und zahlreiche Stunden fielen aus, weil die Lehrer ihren Dienst nicht angetreten hatten. Der Lehrerbezirkspersonalrat fordert anstelle der „Feuerwehrverträge“ eine feste Personalreserve von zehn bis fünfzehn Prozent. Bei kurzfristigen Ausfällen könnten sich die Schulen zusammenschließen und gemeinsam für Reserven sorgen. Auch bei „Feuerwehrlehrern“, die bereits drei Jahre Schuldienst hinter sich haben und nun von der Landesregierung auf nachgeschobene, aber nicht ausgeschriebene Stellen gesetzt werden, lehnt der Personalrat ab und fordert öffentliche Stellenausschreibungen und „durchsichtige“ Einstellungsverfahren.

Die Landesregierung hat dazu Stellung genommen, daß beabsichtigt sei, im nächsten Jahr fast keine „Feuerwehrverträge“ mehr abzuschließen, daß man aber momentan noch nicht ohne sie auskomme. Nun wird ein Einigungsverfahren eingeleitet; danach würde der Lehrerhauptpersonalrat eingeschaltet.

Innerhalb der GEW gibt es Widerspruch gegen das Vorgehen des Lehrerbezirkspersonalrats. GEW-Mitglieder haben eine Aktion gestartet, die Gewerkschaftsbeiträge statt an die GEW auf ein Sonderkonto zur Unterstützung der betroffenen, nun arbeitslosen „Feuerwehrlehrer“ zu zahlen. Zwar seien befristete Verträge für arbeitslose Lehrer im höchsten Maße unsozial, aber man protestiere gegen die Mittel.

Die SPD-Landesregierung hatte zu Beginn der neuen Legislaturperiode gerade in Bezug auf die Lehrereinstellungen nicht mit Versprechungen gespart und wußte bereits seit Monaten, wie schwierig die Situation in den Schulen ist. Deshalb ist das Vorgehen des Lehrerbezirkspersonalrats konsequent und geeignet, die Landesregierung zu zwingen, nun auch Nägel mit Köpfen zu machen! Auch für die betroffenen Lehrer ist eine feste Einstellung wichtiger, da sie durch die „Feuerwehrverträge“ tatsächlich an den Rand des Existenzminimums gedrängt wurden. — (jbm)

Ist länger arbeiten günstiger?

Durch eine Bedeutungsveränderung des Begriffs „günstig“ trägt das BAG dazu bei, kollektiv abgesicherte Mindestgrenzen zugunsten fragwürdiger Individual-„rechte“ aufzuweichen (GS 3/85 v. 7.11.89). Kann per Betriebsvereinbarung das Ende des Arbeitsverhältnisses auf den 65. Geburtstag, im konkreten Fall also ein halbes Jahr früher als im Arbeitsvertrag, festgesetzt werden? Das BAG: Dadurch werde der Zeitraum, in dem der Beschäftigte durch eigene Kündigung frei über die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses entscheiden könne, verkürzt. Jede Verkürzung der Wahlmöglichkeit sei aber ungünstiger. Damit werden langfristige Ansatzpunkte geschaffen, auch andere kollektiv geltende Tarifrechte durch individuelle Regelungen zu unterhöhlen.

Quelle: Handelsblatt 11.9.90 — (erh)

Senioren protestieren gegen mangelhafte soziale Sicherung

München. „Was hat das Schuftengedächtnis? Kaputte Knochen, frühes Altern, kleine Renten!“ Rund 2000 Senioren und Behinderte demonstrierten am 14.9. auf dem Marienplatz in München gegen die katastrophale staatliche Versorgung alter und kranker Menschen. Im Mittelpunkt stand die Forderung nach einer soliden Absicherung des Pflegefallrisikos. Nichts geht mehr, beklagten die Redner der Verbände, die Sicherstellung hilfloser alter Menschen dürfe aber nicht von der Haushaltslage abhängig gemacht werden. „Wo wären denn die Leute, die heute Milliarden verteilen, wenn es unsere Generation nicht gegeben hätte“, so Ruprecht Bold vom Seniorenbeirat. — (ecg)

Hudson behindert Betriebsratsneuwahl

Westberlin. Am 13.9. sollte die Wahlanfechtung von vier Arbeiterinnen und einem Arbeiter gegen die Betriebsratswahl vom März des Jahres erneut verhandelt werden. Ein Vertreter der Betriebsratsmehrheit erschien nicht und auch die Vertreter der Arbeitgeber blieben aus, so daß vertagt wurde. Tatsächlich haben die Geschäftsleitung des Spandauer Textilwerkes und der jetzige Betriebsratsvorsitzende geringe Chancen, im Prozeß zu siegen und man muß befürchten, daß sie wie im Fall BMW die Angelegenheit über Jahre verschleppen und diese Zeit zur Einschüchterung nutzen wollen. Die Wahlanfechtung richtet sich gegen Wahlbeeinflussung durch den Arbeitgeber und Manipulationen bei den Briefwahlstimmen. In der Verhandlung im Juli hatte der Arbeitsrichter bereits festgestellt, daß auch aus der Darstellung der Betriebsratsmehrheit und der Betriebsführung unzweifelhafte Verstöße gegen die Wahlordnung hervorgingen. Deshalb schlug das Gericht vor, der Betriebsrat solle freiwillig zurücktreten und den Weg für Neuwahlen freimachen. Der Betriebsratsvorsitzende lehnte dies ab.

Inzwischen ist eine seit neun Jahren bei Hudson beschäftigte Wahlkampfleiterin gekündigt worden, zehn Unterzeichner der Minderheitsliste, die fünf von elf Betriebsratssitzen erhielt, sind gekündigt worden, meist mit Fehlzeiten begründet. Der Listenführer der Minderheitsliste Celal Kaya ist seit der Wahl mit sechs Abmahnungen terrorisiert worden und ist mit Zustimmung der Betriebsratsmehrheit in Dauernachtschicht versetzt worden.

Quelle: Presseinformation von Prof. Dr. B. Zeuner. — (chk)

Einzelhandel Bayern: Strukturanhebungen nötig

Beratung der Großen Tarifkommission Einzelhandel für 1991

München. Die Entwicklung der Mieten und Preise, die größer werdende Lohn- und Gehaltsdrift in den Ballungsräumen, führt auch im Einzelhandel in den Großstädten zu Diskussionen in Richtung Ballungsraumzulagen. Die

Hauptgemeinschaft des Einzelhandels will offensichtlich die bestehenden zwei Ortsklassen um eine dritte erweitern, und damit die Differenzierung innerhalb der Branche weitertreiben.

Das erste Halbjahr 1990 entwickelte sich für den Einzelhandel so gut wie selten: Umsatzzuwachs nominal 7,9 %, real 6,1 %, für die Warenhäuser real 7,3 %. Das sind die höchsten Umsätze nominal seit 1977, real seit 1971.

Von den 312 000 Beschäftigten im Einzelhandel Bayerns sind etwa 70 % in der Beschäftigungsgruppe II eingruppiert. Die Einkommen sind in 6 Berufsjahre gestaffelt, vom 1. Berufsjahr 1 646 DM bis zum 6. Berufsjahr 2 337 DM. Dazu gibt es noch Einkommensgruppen für Ungelernte, die im 1. Jahr 80 %, im 2. Jahr 85 % und im 3. Jahr 90 % der Beschäftigungsgruppe II haben (2. Berufsjahr); des weiteren Jugendlichenabschlüsse für Beschäftigte, die ihre Tätigkeit vor Vollendung des 18. Lebensjahres aufnehmen. Ein breit differenziertes Tarifgefüge drückt so die Einkommen in Bayern.

Ein weiteres Mittel der Differenzierung ist die Praxis der übertariflichen Zahlungen, die vor allem im vergangenen Jahr zu einer schroffen Spaltungslinie zwischen länger dem Betrieb angehörenden und neu eingestellten Beschäftigten geführt hat. Vor allem in den Bal-

lungsräumen München und Nürnberg ist es Praxis, daß eine Verkäuferin mit etwa 2 400 DM eingestellt wird, das ist die im Tarif vorgesehene Endstufe. Dazu kommen die Prämien- und Provisionssysteme, die bei einem Teil der Beschäftigten (Elektro-, Elektronik- und Möbelbereiche) zu Einkommen führt, die im Tarif nicht mehr vorgesehen sind — für einen großen Teil der Beschäftigten aber natürlich nicht gelten. In einem Warenhaus gibt es Einkommen z.B. in der Lebensmittelabteilung nahe den schlechten Tarifen, bis Einkommen doppelt und dreifach so hoch wie die Tarife. Auf dieser Grundlage ist Tarifpolitik schwierig. Die Tarifkommission des Bayerischen Einzelhandels hat deshalb erstmalig beschlossen, sich um objektive Daten zu bemühen. In den Betrieben der Mitglieder der TK wird eine Erhebung durchgeführt, wie die Einkommen tatsächlich jetzt strukturiert sind, wie die Prämien und Provisionen sich auswirken, wie hoch die übertariflichen Zulagen sind bei kürzer oder länger Beschäftigten, wie sich die Belegschaften zusammensetzen. Auf dieser Grundlage soll ein Tarifmodell entwickelt werden, daß die

Anpassung des Tarifvertrags an die Effektivereinkommen ermöglicht. Die Richtung soll etwa sein: Weitere Reduzierung der Berufsjahre, so daß etwa drei Stufen in der Beschäftigungsgruppe II erreicht werden. Anfangsstufe 2 000 DM, 2. Stufe 2 400 DM, Endstufe 2 800 DM und dann Durchlässigkeit in Beschäftigungsgruppe III, was bisher ausgeschlossen war. Wegfall des Jugendlichenabschlusses, Verbesserung der Ungelernten-Eingruppierung, die übrigens aktuell an Bedeutung gewinnt, weil in bestimmten Bereichen immer häufiger Arbeitslose aus der DDR eingestellt werden. Der Wegfall der Ortsklasse II, 95 % der Ortsklasse I.

Umstritten ist die Forderung Fixum gleich Tarif, wobei es so ist, daß ein Überblick über die leistungsbezogenen Entgelte im Augenblick nicht da ist.

Offensichtlich ist, daß die Struktur des Tarifvertrags den tatsächlichen Verhältnissen nicht mehr entspricht und den Einzelhandelskapitalisten viel Raum gibt, die Löhne und Gehälter so zu gestalten, wie sie wollen. Über eine neue Tarifstruktur wird in der HBV in mehreren Bereichen diskutiert. — (dar)

Arbeitszeitmodell 4 mal 9 abgelehnt

Ulm. Der Geschäftsleitung von Kässbohrer reicht die Produktionskapazität im Omnibuswerk in Ulm trotz Dauerüberstunden (mit Freizeitausgleich) nicht aus, um mit Fehlteilwartzeiten, vermehrtem Arbeitsaufwand für Dreiaxler und wachsendem Auftragsvolumen fertig zu werden. Sie hat für den Omnibusrohbau beantragt, als „Pilotprojekt“ für das im Bau befindliche neue Werk jetzt schon eine rollierende Arbeitszeit von vier mal 9,25 Stunden oder auch vier mal neun Stunden zwischen Montag und Freitag einzuführen. Der Betriebsrat hat die Einführung dieses neuen Arbeitszeitmodells, bei dem für die Belegschaft der Frühschlußfreitag wegfallen würde, vorläufig abgelehnt, unter anderem deshalb, weil die Firma auch dann nicht garantieren wollte, daß zukünftig Überstunden ausgeschlossen werden. — (elr)

Verbesserungen für untere Lohngruppen gefordert

Hannover. Zu den Verhandlungen zur Eingruppierung der Arbeiterinnen und Arbeiter im Öffentlichen Dienst schrieben die Vertrauensleute und ÖTV-Personalräte der Tierärztlichen Hochschule Hannover folgenden Brief an die Große Tarifkommission: „Wir, die Vertrauensleute der Tierärztlichen Hochschule Hannover, lehnen auf das entschiedenste das unsoziale Angebot der Arbeitgeber zur Eingruppierung ab. Wieder einmal soll für die unteren Lohngruppen nichts drin sein. Schon der Tarifvertrag zur Allgemeinen Zulage brachte für die unteren Lohngruppen weniger als für die höheren. Dabei ist doch klar, daß jede Vertueuerung der Lebenshaltungskosten vor allem die am wenigsten Verdienenden trifft: sie können nur einsparen am Lebensnotwendigsten — beim Essen, bei der Kleidung für die Kinder usw. Wir fordern die ÖTV-Mitglieder in der Tarifkommission auf: Kein Abschluß ohne spürbare Verbesserung für die unteren Lohngruppen!“ — (mpu)

Gehring: Nacharbeit umstritten

Esslingen. Bei der Maschinenfabrik Gehring in Ostfildern bei Esslingen hatte sich an einzelnen Anlagen in der Fertigung befristete Dreischichtarbeit gehäuft. Anträge beim Betriebsrat kamen regelmäßig zu spät. Daraufhin hatte der Betriebsrat Ende August rechtzeitige Beantragung — nicht unter einer Woche — verlangt und Nacharbeit wegen der gesundheitlichen, familiären und sozialen Belastungen kritisiert. Kurz darauf brachten Vorgesetzte für eine neuerliche dreiwöchige Nachschicht die Mindestbesetzung von zwei Leuten nicht zusammen. Daraufhin wurde das Vorhaben aufgegeben und stattdessen eine früher vorgenommene Personalreduzierung rückgängig gemacht. — (rok)

BIG Heimbau bald AG?

Aufsichtsrat und Vorstand treiben Umwandlung voran

Kiel/Elmshorn. Die BIG-Heimbau e.G. ist mit über 8 700 Wohnungen und rund 12 000 Genossenschaftsmitgliedern die größte Wohnungsbaugenossenschaft in Schleswig-Holstein. Sie ist kerngesund und hat im letzten Geschäftsjahr einen Überschuß erwirtschaftet.

Ende Juni flatterte den Mitgliedern der Wohnungsbaugenossenschaft ein Brief ins Haus, in dem angekündigt wird, daß Vorstand sowie Aufsichtsrat einstimmig beschlossen haben, „der BIG-Heimbau-Vertreterversammlung die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft (AG) zu empfehlen. (1) In dem Brief wird die Aufhebung der Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen durch das Steuerreformgesetz zum 31.12.1989 als Begründung für diesen Schritt vorgegeben. Nach Überprüfung der bisherigen Unternehmens- und Betriebsstrukturen sollen wesentliche Gründe aus unternehmerischer Sicht für eine Umwandlung sprechen.

Mit fadenscheinigen Gründen soll bei den Mitgliedern der Eindruck erweckt werden, daß eine Umwandlung auch in ihrem Interesse ist. Denn, so im Brief: „An den bestehenden Mietverhältnissen ändert sich dadurch nichts; die geschlossenen Verträge gelten unverändert fort“. (1) Wohl wahr, daß sich am Mietverhältnis nichts ändert, aber gerade die Umwandlung macht es möglich, die Miete dann bis zu 30 % in drei Jahren zu erhöhen, um die Wohnungen wie angekündigt „zu angemessenen Preisen“ zu vermieten. Und da die Dividenden nur über die Mieten erwirtschaftet werden können, liegen Mieterhöhungen nahe.

Vorstand sowie Aufsichtsrat verfolgen mit der Umwandlung in eine AG das Ziel, die Aktienmehrheit in wenige Hände zu bekommen und damit das Sagen und die Verfügung über die Wohnungen zu erlangen. So malen sie düster aus, daß nach der Umwandlung die Geschäftsanteile der Mitglieder, die dann in Aktien umgewandelt werden, einen niedrigeren Preis haben können. Um dieses „Risiko zu verhindern“ bietet der Vorstand gütig wie er ist an, diese „Geschäftsguthaben im Wege einer freien Vereinbarung bis zum 20.7.1990 auf die BIG Bau-Investitions-Gesellschaft mbH (zu) übertragen“. (1) Für diesen Zweck stellt die GmbH einen Betrag von bis zu 10 Mio. DM zur Verfügung.

Diese GmbH ist eine Obergesellschaft der BIG Bau-Unternehmensgruppe — ohne die BIG-Heimbau eG, weil dies wegen der Gemeinnützigkeit und der Genossenschaftsform nicht möglich war. Gesellschafter der BIG-Investitions-GmbH sind die BIG Heimbau e.G. (z.Z. 51 %, nach der Umwandlung 25 %) Landesbank, DG Bank, Wohnungsbaukreditanstalt des Landes S-H.

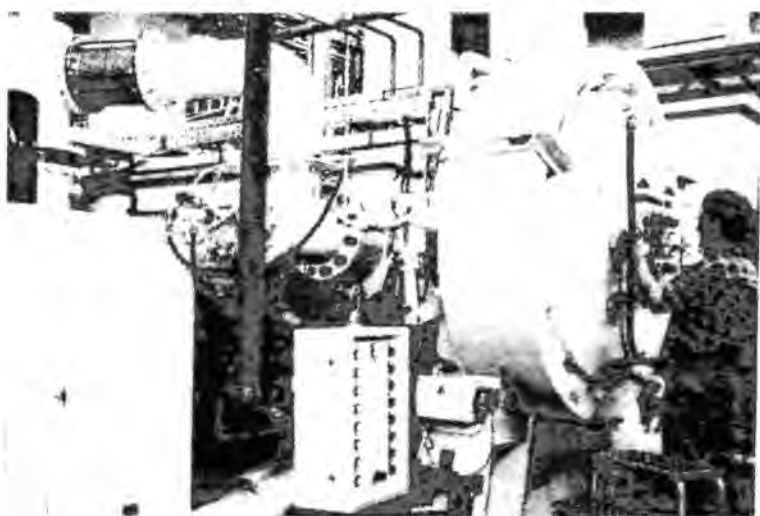
BIG-Immobilien GmbH + Co KG (Beteiligungsgesellschaft von BIG-Gesellschaftsführern, Vorstandsmitgliedern und Prokuristen) sowie dem Herrn Gerisch, Vorsitzender der BIG-Investitions-GmbH und des Vorstandes der BIG-Heimbau eG. Ihre düsteren Visionen vom Wertverlust der Einlagen hat gefruchtet. Nach Aussagen des Vorstandes „haben 6 556 Genossenschaftsmitglieder (sich) für ein Ausscheiden aus der Genossenschaft entschieden“ (1) — haben ihre Anteile an die BIG-Investitions-GmbH übertragen und wollen mit einer AG nichts zu tun haben.

Unterstützt vom Mieterbund wenden sich Mieter gegen die AG-Pläne. In einem Brief an die Mitglieder der Vertreterversammlung, die am 29.9. über eG oder AG entscheidet, empfiehlt der Deutsche Mieterbund, Landesverband S-H, dringend, „der Umwandlung der Genossenschaft eine Absage zu erteilen“. (2) Den Mitgliedern der Vertreterversammlung wird weiterhin ein Gutachten mitgegeben, in dem das Genossenschaftswesen verteidigt wird.

Im Kreis Pinneberg gibt es ca. 700 BIG-Heimbau-Wohnungen in Elmshorn und ca. 600 in Pinneberg. In Elmshorn organisieren die WGE/Die Grünen eine Informationsveranstaltung, zu der 120 Mieter kommen und auf der aufgefordert wird, gegen die Umwandlungsabsichten Widerspruch einzulegen. Weiterhin bringen die WGE/Die Grünen eine Resolution ins Stadtverordnetenkollegium ein. Die Stadt Elmshorn hält von rund 90 Sozialhilfeempfängern Abtreuungserklärungen von Genossenschaftsanteilen in Höhe über 180 000 DM in der Hand. Nach einer hitzigen Diskussion im Kollegium, in der CDU und FDP die Marktmechanismen und insbesondere die CDU die Wohnungspolitik der Bundesregierung verteidigt, wird mit den Stimmen der SPD und der WGE/Die Grünen der SPD-Antrag, der sich an den der WGE/Die Grünen lehnt, angenommen. Im Pinneberger Kreistag wurde gleichfalls von Grünen und SPD eine Resolution gegen die Umwandlung verabschiedet.

Mittlerweile haben über 400 Mitglieder — 100 hätten genügt — Widerspruch gegen die AG-Pläne des Vorstandes und Aufsichtsrates eingelegt. Jetzt müssen laut Satzung neun Zehntel der anwesenden Vertreter der Vertreterversammlung, mindestens die Hälfte der 62 Mitglieder muß anwesend sein, für die Umwandlung stimmen. Damit sind die Chancen, die vorgesehene Privatisierung genossenschaftlichen Eigentums zu verhindern, gestiegen.

Quellen: (1) Brief des BIG-Heimbau-Vorstandes an die Mitglieder; (2) Brief des Deutschen Mieterbundes LV S-H an alle Mitglieder der Vertreterversammlung der BIG-Heimbau. — (sip)



Essen. Die Jahresabschlußzahlung 1990 für die Beschäftigten der Krupp Widia GmbH steht fest: Alle Beschäftigten mit einer Betriebszugehörigkeit ab einem Jahr erhalten 500 DM zusätzlich zum tariflichen Weihnachtsgeld, Auszubildende 300 DM und unter einem Jahr Beschäftigte 100 DM. Der Betriebsrat hatte einen vollen Monatslohn (einschließlich der tariflichen Bestandteile) gefordert. Eine solche Regelung bestand bis 1986. (Bild: Schwere Arbeit am Hartmetalllofen in Contischicht) — (wof)



Stuttgart. In einem Antrag vom 11.9. fordert die Gemeinderatsfraktion der Republikaner, Asylbewerber verstärkt abzuschleppen, ihnen das Taschengeld um 10 auf 60 DM zu kürzen, sie zu Zwangsarbeit zu verpflichten und bei nicht nachweisbaren Fluchtgründen Strafanzeige wegen Betrugs zu erstatten. Durch große Öffentlichkeit bei der Gemeinderatssitzung sollte der Hetze entgegengetreten werden. Bild: Schönhuber im bayerischen Wahlkampf. — (rac)

Aus Ländern und Gemeinden

Senat säubert Sicherheitsapparat

Westberlin. Der Senat will nach dem 3. Oktober Polizei und Justiz des Ostteils zerschlagen und bundesdeutsches Recht schlagartig durchsetzen. Innensenator Pätzold regiert schon seit Monaten in die Ostberliner Polizei hinein. In öffentlichen Ausfällen (u. a. in der taz), kündigte er die Beseitigung der gesamten Ostberliner Polizeiführung (grundsätzlich belastet) an. Auf Klagen gegen ihre „Okkupation“, forderte er „anständige, einfache Polizisten“ zur Denunziation auf. Akten dürften nicht vernichtet werden, damit nach dem 3.10. effektiv gesäubert werden kann. Die Ostberliner Strukturen werden beseitigt. Die bestehenden fünf West-Polizeidirektionen werden um Teile Ostberlins vergrößert. So sollen gutwillige VoPo's mit bewährter Führung erzogen werden. Ab 3.10. werden die West-Gerichte für den Ostteil zuständig. Ost-Richter müssen durch eine Wahlausschuss-Prüfung. Alte Urteile werden auf BRD-Rechtsstaatlichkeit hin überprüft. Wiederverwendbare Richter werden drei Jahre zur Probe beschäftigt. Später sollen fünf (Ost-) Amtsgerichte neugebildet werden. — (ard)

SPD stimmt mit CDU für Daimler

Westberlin. Mit den Stimmen von SPD und CDU ist der Verkauf von 265000 Quadratmetern Grundstück in der Stadtmitte Berlins an den Daimler-Konzern gebilligt worden. Nur die 17 AL-Abgeordneten stimmten wie bereits die drei von ihnen im Senat gestellten Senatorinnen dagegen. Neben dem niedrigen Kaufpreis von ungefähr 92 Millionen DM wird abgelehnt, daß in dem Gebäude, das die Zentrale für den Dienstleistungsbereich des Konzerns wird, auch Zuarbeit für die Rüstungsproduktion betrieben wird. Durch den Verkauf wird die Innenstadt als Residenz für Konzerne verplant. Das widerspricht der mit der SPD vereinbarten Planung von AL-Senatorin Schleyer, die einen Grüngürtel im Innenstadtbereich vorsieht. — (chk)

IHK kritisiert geplante Abwassersatzung

Hannover. Die geplante neue Abwassersatzung für die Stadt Hannover, von DGB und Mieterverein ausdrücklich begrüßt, wurde von Vertretern der IHK und des Haus- und Grundeigentümervereins auf einer öffentlichen Anhörung scharf kritisiert, sie soll sogar gegen die Verfassung verstoßen. Erheblich verschärfte Grenzwerte für Schadstoffeinfleitungen, Betretungsrecht zum Zweck der Überwachung rund um die Uhr, Information der Betriebsräte der betroffenen Firmen über Verstöße. „So etwas gehört nicht in unsere Wirtschaftsordnung“, so IHK-Vertreter Bahlburg. Die „Unverletzlichkeit der Wohnung“ sieht der Haus- und Grundeigentümerverein durch das Betretungsrecht gefährdet. 4000 der 9000 hannoverschen Firmen leiten derzeit ihre Produktionsrückstände unkontrolliert ins Kanalnetz, das soll sich mit der neuen Satzung ändern. Eine Umrüstung auf die neuen Grenzwerte soll in den Betrieben „so schnell wie technisch möglich“ vorgenommen werden. Die IHK fordert längere Übergangsfristen, die Kosten würden sonst einige Firmen ruinieren. Haften sollen die Grundstückseigentümer. — (rec)

Voller Sozialhilfeszatz für Asylsuchende

München. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat entschieden, daß ein Asylbewerberin der volle Sozialhilfeszatz ausbezahlt ist und die gemäß den Richtlinien des Bezirks Oberbayern vorgenommene Kürzung um 15 % rechtswidrig ist (Az.: CE 90.016002). In einem Schreiben vom 13.8.90 forderte Bürgermeister Christian Ude den Regierungspräsidenten Eberle auf, diese rechtswidrige Praxis sofort einzustellen. Es sei unerträglich, daß die Stadt München gegen ihre eigene Rechtsauffassung mit Weisungen gezwungen werde, „gegen höchstgerichtliche Rechtsprechung zu verstoßen.“ Es stelle sich allmählich die Frage, „ob hier nicht vorsätzlich gegen Gesetz und Recht“ verstoßen werde. — (ecg)

Volksabstimmung über Expo gefordert

Hannover. Für einen Volksentscheid über die Expo am Tag der Kommunalwahl 1991 hat sich die GABL Hannover ausgesprochen. Die Landtagsfraktionen von SPD und Grünen werden aufgefordert, Verbandsklagen und Volksentscheide per Gesetzesänderung einzuführen. Außerdem soll eine öffentlich finanzierte Anwaltsplanung Bürgerinteressen vertreten, jedem soll das Recht auf Akteneinsicht in alle die Expo betreffenden Angelegenheiten gewährt werden. Die Stadtverwaltung plant dagegen die Einrichtung eines Ausschusses, der alle Entscheidungen treffen soll und somit keiner parlamentarischen Kontrolle unterworfen ist. — (rec)

20,4 % für linke OB-Kandidatin

Freiburg. Bei der OB-Wahl am 23.9. wurde der bisherige Amtsinhaber Böhme (SPD) mit 53,3 % zwar wieder zum OB gewählt. Berauschend ist dieses Ergebnis für Böhme allerdings nicht. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 50 % (fast 20 % weniger als vor acht Jahren bei Böhmes erster Wahl). Der Kandidat der CDU, Klaus Guggenberger, erzielte ein miserables Ergebnis von 24,3 %. Schon Wochen vor der Wahl hatten sich Teile der konservativen und die liberalen Kräfte in Freiburg im Verein mit der Badischen Zeitung zu einer Kampagne gegen Guggenberger entschlossen: CDU-(Halb-)Prominenz, die FDP und die Freien Wähler machten Stimmung für Böhme und kritisierten Guggenberger, weil dieser sich im Juli mit dem Rep-Vorstand getroffen hatte, ohne allerdings die faschistischen Inhalte anzugreifen. Diese Kampagne bewirkte offensichtlich eine niedrige Wahlbeteiligung von CDU-Wählern und den knappen Sieg von Böhme im ersten Wahlgang (in dem ein Kandidat mehr als 50 % benötigt, um gewählt zu werden). Erfreulich ist demgegenüber, daß die Kandidatin der Unabhängigen Frauen Freiburgs, Rechtsanwältin Maria Viethen, auf Anhieb 20,4 % der Stimmen erhielt. Sie wurde von den Grünen und der Linken Liste/Friedensliste unterstützt; in einigen Stadtteilen kam sie auf über 30 % der Stimmen, in der Altstadt, dort wo Böhme eine Kultur- und Tagungsstätte hochziehen lassen will und wo mitten durch Freiburg eine vierspürige Straße sowie ein neuer Bahnhof (Motto: Alles für die Wirtschaft) gebaut werden sollen, sogar auf 38 %. — (ulb)

Pilotprojekt ‚Elitegymnasien‘ in Ba-Wü

Verschärfung von Konkurrenz- und Leistungsdruck in den Schulen / Kritik schwach entwickelt

Stuttgart. Mit Beginn dieses Schuljahres sind an vier Gymnasien in Stuttgart, Rastatt, Meersburg und Kirchzarten (bei Freiburg, i.Br.) Elitezweige mit auf acht Jahren verkürzter Schulzeit gebildet worden. Die Schulkonferenzen der vier Gymnasien und die kommunalen Schulträger haben der Elitebildung mehrheitlich zugestimmt. Die Kollegien wurden z.T. damit unter Druck gesetzt, wenn sie ablehnten, sei der Klassen- und Personalbestand ihrer Schule gefährdet.

In den einschlägigen Stiftungen und Arbeitskreisen von BDA und BDI wird die Elitebildung ab Ende der 70er energisch gefördert. 1979 verlangte die von der BDA gegründete Walter-Raymond-Stiftung, die Schule müsse künftig „ihren erzieherischen Beitrag zur Elitebildung bewußt leisten.“ Für die Eliten sei eine „verstärkte Förderung besonders Begabter“ einzurichten, sowie spezielle Langzeitstudiengänge. Und an die damaligen reformerischen Kräfte gerichtet: „Die Bildungspolitik muß aufhören, die Fortsetzung gescheiterter Gesellschaftspolitik mit anderen Mitteln zu sein. Die Institutionen des Bildungswesens haben unserer *real existierenden* Gesellschaft zu dienen und nicht nach eigenem Belieben utopische Gesellschaften als Kolonien in Schulen und Hochschulen zu gründen.“ (1)

Um die Akzeptanz der Elitebildung an den Schulen zu testen, richtete das baden-württembergische Kultusministerium vor fünf Jahren spezielle Arbeitsgemeinschaften (v.a. an Gymnasien) ein, in denen bei hervorragender Ausstattung mit Lehrpersonal (Schüler-Lehrer-Verhältnis 1 : 8, kooperativen Lernformen (Teamarbeit), vom Land bezahlten mehrtägigen Seminaren und fächerübergreifenden Lerninhalten 1989/90

bereits 5000 Schüler in 600 AGen rekrutiert werden konnten. Bei Schülern und Lehrern kommt — nach Umfragen — das Unternehmen angesichts der o.a. Rahmenbedingungen wesentlich besser an als der graue Schulalltag. Eine Verallgemeinerung der personellen, sächlichen und finanziellen Ausstattung sowie der Lernformen wird von den Schulbehörden jedoch strikt abgelehnt.

Auf die gymnasialen Elitezweige kommen nur solche Viertklässler, die ein „überdurchschnittliches Leistungsprofil“ erkennen lassen und eine „anspruchsvolle Eingangsprüfung“ bestanden haben. (2) Ein Mitglied der Regionalen Schülervertretung (RSV) Karlsruhe bemerkt dazu u.a.: „Das wird das Abgehoben-Sein der ‚Auserwählten‘ noch weiter vergrößern. Ich kann mich erinnern, daß in meiner Grundschule schon die zukünftigen GymnasiastInnen arrogant rumliefen — so wird ein ‚Ich bin Elite, die anderen nicht oder andersherum-Denken‘ gefördert. Verschärfter Leistungsdruck und die Angst vor dem Sitzenbleiben, was eine Degradierung auf ein normales Gymnasium bedeutet, werden einiges dazu beitragen, Ellbogenmentalität und Konkurrenzdenken zu fördern. Sitzenbleiben und das Wechseln auf eine andere Schule bedeuten gerade für Kleine mehr schmerzlichen Verlust von Freunden und Bezugspersonen. Dies sind die Umstände, unter denen EliteschülerInnen aufwachsen sollen — Leistung ist hier die Kurzformel für die Anforderungen der Schule an das Individuum.“ (3)

In den Elitegymnasien beginnt künftig der Unterricht in der zweiten Fremdsprache bereits in der sechsten Klasse, die dritte wird ab Klasse 8 unterrichtet. Im zentralen Abitur werden die Prüflin-

ge in vier Fächern auf Leistungskursniveau geprüft (bisher in zwei). Die Lehrpläne sollen neue Schwerpunkte enthalten wie Teamarbeit, fächerübergreifender Unterricht, selbständiges und methodenbewußtes Arbeiten. Das Lehrer-Schüler-Verhältnis wird bei 1 : 10 liegen, die Elitezweige erhalten zusätzliche Mittel für die Ausstattung mit Räumen, Geräten, Lernmaterial, Tagungsgeldern.

Die Landtagsopposition hatte im März 1990 eine parlamentarische Diskussion und Entscheidung über diesen „Rückfall ins vorige Jahrhundert“ (SPD) verlangt und kritisiert, das Elitegymnasium „gefährde die verfassungsrechtlich gewährleistete Chancengleichheit unserer Schülerinnen und Schüler... Derartige Entwicklungen gehen zu Lasten aller anderen Gymnasien, die den Stempel der Zweitklassigkeit aufgedrückt erhalten... Wir brauchen Schulen, in denen jeder nach seiner Begabung und nach seinen Interessen die optimale Förderung erhält.“ (4)

Von Schülerseite ist bisher die Aktion der RSV Karlsruhe bekannt geworden, die am 19.5.90 in der Karlsruher Innenstadt eine Demonstration „Gegen Elitebildung und Leistungsdruck“ durchführte. Eine Kritik, die ausgeht von der Gleichheit der Menschen und entsprechend den nativistischen Begabungsbe-griff und den damit gerechtfertigten, mehrgliedrigen Staatsschuleselektionsbetrieb aufs Korn nimmt, ist marginal. Die GEW geht davon aus, daß der vorerst einjährige Versuch eine Seifenblase ist.

Quellenhinweis: (1) Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 18 „Bildung und Beruf“, Köln 1979; (2) Kultus und Unterricht, 6/1990, N 32 f.; (3) „Vorderlader“, Pres-seorgan der RSV Karlsruhe, Mai 1990; (4) Aktueller Pressedienst der SPD-Fraktion im Land-tag, 22. März 1990 — (zem)



Kapital fordert Sparhaushalt trotz „Hamburg Boom“

Die Kapitalisten wollen Infrastruktur-Investitionen für ihre Ostexpansion

Hamburg. Im Juli dieses Jahres hatte der Hamburger Senat einen Haushaltsentwurf für 1991 vorgelegt, als dessen Schwerpunkte im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen „Wohnen und Mieten, Zukunftschancen für Kinder und Schüler, soziale Gerechtigkeit für die ältere Generation, Arbeit, Umwelt, Verkehr und deutsche Einheit“ in der Öffentlichkeit herausgestellt wurden. Doch hält der Haushaltsentwurf keineswegs, was er verspricht. So sind sich Schüler, Eltern und Lehrer einig, daß sie ihre Zukunftschancen schon selbst erkämpfen müssen.

Die ersten Aktionen an den Schulen haben stattgefunden und für den 4. Oktober planen die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Schüler und Eltern einen gemeinsamen Aktionstag. Die Verlogenheit der oben zitierten Haushaltscharakterisierung wird schon darin deutlich, daß man feststellen kann, daß für 440 zu schaffende Stellen in „Prioritätsbereichen“ gerade 28 Millionen DM aufgewandt werden sollen, von denen 25 Millionen DM durch Stellenstreichungen anderswo finanziert werden sollen.

Demgegenüber stehen 214 Millionen DM für Investitionen im Hafen, 42 Millionen DM für den Ausbau der TU Harburg, 66 Millionen DM für die Umgestaltung der Kunstin-sel und 500 Millionen DM bis 1995 für den Bereich „deutsche Einheit“ zur Verfügung.

Hinter der Finanzplanung „Deutsche Einheit“ verbirgt sich z.B. die vom Hamburger Senat finanzierte „Umschulung“ von DDR-Schulrätinnen für Mecklenburg/Vorpommern, in deren Gefolge dann noch in diesem Jahr weitere 500 Lehrer den Segen der westlichen Pädagogik eingepfimpft bekommen werden in den Fächern Politik/Geschichte, Fremdsprachen, Informatik und Betriebswirtschaftslehre. Propagadamaterial in zig-tausend Auflage ist im Druck.

Hatte die Finanzplanung des Senats von 1989 noch mit wachsenden Haushaltsdefiziten in Milliardenhöhe in den folgenden Jahren gerechnet und damit die Notwendigkeit von rigiden Einsparungen im Sozialbereich begründet, so möchten SPD und FDP sich jetzt für die Wahlen mit einigen Brosamen und kosmetischen Zugeständnissen günstige

Ausgangspositionen verschaffen. Dazu soll ein kleiner Teil der infolge der Konjunktur stark angestiegenen Steuereinnahmen verwendet werden.

Der größte Teil der Mehrausgaben im Betriebshaushalt ergibt sich allerdings aus Tarifierhöhungen, steigenden Sozialhilfeausgaben etc., auf die der Senat keinen direkten Einfluß hat. Weit stärker als die laufenden Ausgaben (12,6 %) sollen im Ansatz des Senats die Investitionen steigen (16 %).

Den Kapitalisten ist dies aber nicht genug: Zur wirtschaftlichen Expansion nach Osteuropa wollen sie Infrastrukturinvestitionen für Bahn, Straßen, Wasserwege und Luftverkehr in Milliardenhöhe.

Die Handelskammer Hamburg kritisiert in ihrem Propagandaorgan am Haushaltsplan, daß „die Ausgaben... auf ganzer Breite gesteigert werden sollen... Nach wie vor wäre äußerste Aufgabenbeschränkung notwendig, gerade um neue Aufgaben anpacken zu können.“ Jeder Pfennig, der nicht der profitablen Verwertung ihres Kapitals dient, ist ihnen zu viel. — (ulj, mek)

Die Gefahr einer direkten und großangelegten militärischen Konfrontation zwischen den westlichen imperialistischen Truppen am Golf und den Truppen des Irak hat in den letzten Tagen weiter zugenommen. Der imperialistische Aufmarsch hat inzwischen ein Ausmaß angenommen, daß auch die imperialistische Presse unverhohlen von einer „angriffsfähigen Streitmacht“ (1) spricht und keineswegs von Truppen zur Verteidigung Saudi-Arabiens oder der anderen Staaten am Golf, wie es anfangs hieß. Zusätzlich zu den US-Truppen, deren Zahl die 100 000 weit überschritten haben dürfte, hat Großbritannien seine 7. Panzerbrigade der Rheinarmee mit 6 000 Mann, 120 Panzern, 21 Selbstfahrgeschützen, 13 Kampfhelikoptern usw. nach Saudi-Arabien verlegt. Italien hat weitere Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge an den Golf verlegt. Der französische Staatspräsident gab die Entsendung von ca. 4 200 Mann bekannt (darunter ca. 1 000 Fremdenlegionäre), die u. a. mit 48 AMX-10-Panzern, 30 Kampfflugzeugen, Fernlenkraketen und Kampfhubschraubern ausgerüstet sind. Schon vorher waren ca. 300 Mann in Saudi-Arabien und den Emiraten stationiert worden.

Auch die arabischen Staaten verstärken ihre Truppen. So hat Ägypten inzwischen ca. 20 000 Mann an der saudisch-irakischen Grenze stationiert.

Die mit dieser Armada durchgesetzten Sanktionen treffen den Irak schon jetzt hart. Fünf Wochen nach Beginn der Blockade hat die Regierung in Bagdad am 16. September eine weitere Einschränkung der ohnehin rationierten Le-

Golf: Schluß mit dem Militäraufmarsch!

Der imperialistische Aufmarsch bedroht alle fortschrittlichen Bewegungen in der Region

bensmittel verfügt. Danach stehen pro Person nur noch drei Weißbrote zu rund 100 Gramm täglich oder sechs Kilogramm Mehl pro Monat zur Verfügung. Jede Familie darf pro Monat nur noch 1,5 kg Reis beziehen, die Rationen für Zucker wurden auf 1 kg je Familie im Monat, bei Speiseöl auf 500 Gramm und bei Tee auf 100 Gramm im Monat verringert. Die Strafen für Wucher wurden auf bis zu 15 Jahre Gefängnis erhöht. (2)

Währenddessen laufen auf imperialistischer Seite die Vorbereitungen für einen Angriff auf den Irak zügig weiter. Nach Berichten der US-Presse bereiten die USA einen Angriff an vier Fronten auf den Irak vor: Im Norden durch die Türkei, die ihre Truppen entlang der Grenze auf über 100 000 Mann verstärkt hat, im Westen und Südwesten sowie von Süden her. Die Kommandeure der im Persischen Golf stationierten WEU-Marineeinheiten (Italien, Frankreich, Großbritannien und Niederlande) trafen sich am 17. August auf der französischen Fregatte „Dupleix“ im Golf. Sie legten ihre wechselseitigen „Patrouillengebiete“ im Golf fest und vereinbarten, sich gegenseitig logistisch zu unterstützen. Auch spanische Kriegsschiffe sind inzwischen im Golf eingetroffen. Am gleichen Tag, an dem sich die Flottenkommandeure im Golf trafen, vereinbarten die Außen- und Verteidigungsminister der WEU in Paris eine Koordinierung des Einsatzes ihrer Luft- und See-

streitkräfte. (3) Wenige Tage danach teilte der britische Verteidigungsminister mit, die britischen Einheiten würden im Kriegsfall US-amerikanischen Oberkommando unterstellt. Das wäre ein weiterer Schritt zur Vorbereitung einer direkten Aggression gegen den Irak.

Ermutigt durch die offensichtlich erreichten Fortschritte bei der militärischen Koordinierung, schwärmt Lothar Rühl, bis vor kurzem noch Staatssekretär im Verteidigungsministerium, bereits unter der Überschrift „Ein europäisches Oberkommando wird möglich“ vom glauerhaften Ausbau der WEU zu einem europäischen Militärpakt für neokoloniale Interventionen in aller Welt: „Die WEU könnte gemeinsame Organe wie ein Komitee der Generalstabschefs der Mitgliedsstaaten mit einem ständigen Sekretariat des WEU-Ministerats mit einer organischen Verbindung zur EG-Kommission und zum Nato-Generalsekretariat bilden. Eine gemeinsame Leitstelle — später ein Oberkommando — für bestimmte See-Luft- und Landstreitkräfte-Komponenten, die für gemeinsame Aktionen bereitgestellt (sind) ... könnte in Brüssel geschaffen werden ... Eine WEU-Luftlandedivision und -Seelandedivision mit Lufttransportverbänden und amphibischen Flottillen, eine ständige europäische operative Flotte aus Fregatten und anderen Kriegsschiffen, eine Standardisie-

rung der Ausrüstung von Flugplätzen und die Anlage logistischer Depots für die Verlegung von Luftstreitkräften nach Südeuropa in den Mittelmeerraum könnten eine westeuropäische Eingreifsfähigkeit zur internationalen Krisenbeherrschung schaffen.“ (4)

Währenddessen liefert die BRD bereits beträchtliches Kriegsmaterial. Für etwa eine Milliarde DM sagte Kanzler Kohl US-Außenminister Baker modernes Rüstungsmaterial wie Radfahrzeuge, Funk- und Pioniergerät, Generatoren, mobile Kräne und ABC-Schutzausrüstungen zu. Hinzu kommen etwa 60 ABC-Spürpanzer des Typs Fuchs, mit deren Transport nach Saudi-Arabien bereits begonnen wurde. Sie sollen „einzigartig“ bei der Aufspürung von irakischem Giftgas sein — nicht ganz verwunderlich, wenn man bedenkt, daß auch das irakische Giftgas offenbar in Anlagen „Made in Germany“ fabriziert wird.

Über andere Bestandteile des militärischen Aufmarsches gegen den Irak herrscht derweil Schweigen. Kaum ein Wort hört man beispielsweise von den NATO-Manövern in der Türkei und im östlichen Mittelmeer, kaum ein Wort von Minensuch- und Minenlegerverband der Bundesmarine im Mittelmeer. Vor allem aber sind die Nachrichten über die — in der jetzigen Situation doch so wichtigen — defäistischen und Widerstandsaktionen in den imperialisti-

schen Ländern gegen den Truppenaufmarsch am Golf äußerst spärlich.

Die folgenden Dokumente, Berichte und Pressemeldungen sind weitgehend der neuesten Ausgabe des „Kurdistan-Rundbriefs“ entnommen. Sie dokumentieren, gegen wen sich dieser imperialistische Aufmarsch von Anbeginn gerichtet hat und wen er auch jetzt schon trifft, ohne daß bislang auch nur eine einzige Kugel von imperialistischer Seite auf den Irak abgegeben wurde: gegen die Völker des Nahen und Mittleren Ostens, insbesondere gegen das kurdische und das palästinensische Volk, deren Befreiungskampf von der Armee der Imperialisten und ihrer Hilstruppen erwürgt, erstickt, mit äußerster Brutalität niedergeschlagen werden soll, um so allen antiimperialistischen Bestrebungen und Kräften in der Region einen schweren Schlag zu versetzen und die imperialistische Kontrolle über die Reichtümer der Region, insbesondere über die Ölreserven, möglichst auf Jahre und Jahrzehnte hinaus wieder aufzurichten. Diese Befreiungskämpfe versuche zu unterstützen, ist deshalb die andere wichtige Aufgabe für alle antiimperialistischen Kräfte in der BRD wie in den anderen Staaten der NATO.

Quellen: (1) Neue Zürcher Zeitung, 15.9.90; (2) Neue Zürcher Zeitung, 18.9.90; (3) Neue Zürcher Zeitung, 20.9.90; (4) Die Welt, 20.9.90 — (rül)

Spendenkonto für die Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes: Beate Berg (KontoinhaberIn), Hamburger Sparkasse, Konto Nr. 10 42 80 22 21, Bankleitzahl 200 505 50.

Staatsterror im Schatten der Golfkrise: Kolonialterror gegen das kurdische Volk

Beispielloser Militärterror / Ständig Morde und Folterungen / 1 000 Verhaftungen täglich

Seitdem im April d.J. das bestehende Ausnahmerecht in Nordwest-Kurdistan, dem türkisch besetzten Teil Kurdistans, noch einmal verschärft wurde, haben die Nachrichten über grösste Verletzungen der Menschenrechte des türkischen Staates nicht aufgehört. Jetzt mit dem Ausbruch der Golfkrise Anfang August hat sich die Lage um ein Vielfaches verschlechtert. Die Türkei nutzt ihre „strategisch wichtige Rolle“ in der Region und die Unterstützung durch die westlichen Staaten aus, um sich in aller Stille ihres eigenen „Kurdenproblems“ zu entledigen. Die türkische Armee, entlang der irakischen Grenze auf über 100 000 Mann verstärkt, entfaltet einen selbst für kurdische Verhältnisse unerhörten Terror. Wenn man ihn nur ließe, wie er wolle, werde in Kurdistan bald kein Gras mehr wachsen, hatte vor Monaten ein türkischer General gedroht. Diese Losung scheint jetzt in die Tat umgesetzt zu werden.

Inzwischen werden jede Woche über 1 000 Menschen festgenommen, wahllos Menschen angegriffen und ermordet. Das Embargo gegen den Irak wird genutzt, um den Menschen in der Region die ökonomische Basis zu nehmen und auf diese Weise zur Migration zu zwingen. Die Vorräte der

kurdischen Bauern werden systematisch zerstört, ihr Vieh weggetrieben oder erschossen, Brunnen zerstört oder vergiftet. In den Städten wie z. B. Cizre, vor Monaten eines der Zentren des Aufstandes (Serhildan) gegen die türkische Kolonialmacht, aber auch in anderen kurdischen Städten, droht eine Hungersnot. Kurdistan wird menschenleer gemacht, die Türkei betreibt unverfroren eine Politik der verbrannten Erde, in dem viele hundert Quadratkilometer Wald und Berghänge abgebrannt werden. Das ist Völkermord — und die Welt sieht zu, oder besser: schaut weg.

Eine ähnliche Haltung der Weltöffentlichkeit gegenüber dem damals „guten“ irakischen Regime hat das Giftgas-Massaker in Halabja im März 1988 mit vorbereitet. Die TR kann und wird nicht davor zurückschrecken, diesen Völkermord weiter fortzusetzen. Im folgenden dokumentieren wir einige Berichte über die wichtigsten Vorgänge der letzten Wochen, über das Vorgehen der türkischen Armee und den kurdischen Widerstand dagegen sowie Presseberichte über die Absichten der Türkei bei ihrem Vorgehen in den kurdischen Gebieten. Alle Berichte sind dem „Kurdistan-Rundbrief“ Nr. 20/90 entnommen.

Massenfestnahmen in Kurdistan

Ein Teil der Terrorkampagne des türkischen Staates gegen das kurdische Volk und seinen Widerstand sind die erneuten Massenverhaftungen. Um den Guerillakampf und die Massendemonstrationen in den Städten zu behindern, ist der türkische Staat zu Massenverhaftungen der Mitglieder und Sympathisanten der ERNK übergegangen. Den Nachrichten zufolge, die uns aus verschiedenen Gebieten erreicht haben, sind die Verhaftungen seit Anfang September auf durchschnittlich 1 000 pro Woche gestiegen.

Alle Festgenommenen werden ohne Ausnahme gefoltert, die meisten bleiben verhaftet, einige Menschen werden auch durch die Folter ermordet oder bleiben behindert. Unter den Festgenommenen gibt es auch Frauen, Kinder und alte Menschen. Zum Beispiel ist unter den im Dorf Sirvan-Sirt Verhafteten ein 10 Jahre altes Kind. Die meisten in Van festgenommenen Patrioten werden schwer mit Strom gefoltert. Im Dorf Eruh-Terhem ist, nachdem ein Agent getötet worden ist, das ganze Dorf einschließlich des Bürgermeisters gefoltert worden. Der Patriot Mahmut Akan aus dem Dorf Nusaybin-Mendeliye (Colova) ist infolge schwerer Folter behindert.

Durch die Massenfestnahmen sind, wie von den Kolonialisten beabsichtigt, vor allem in den letzten Monaten große Massen aus den Dörfern in die Städte migriert. Das Aufstandspotential in den Städten wächst. Während die Koloniali-

sten beabsichtigt hatten, ihren Einflußbereich auf das Land auszuweiten, wollen sie die gegen sie in den Städten sich entwickelnde Gefahr dort auch durch Terror abwenden. Aus diesem Grund verhaften sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit möglichst viele Patrioten. Auf der anderen Seite entwickeln sich in den Städten und den umliegenden Dörfern sehr schnell die Bedingungen für neue Aufstände, das nationalbefreiende Bewußtsein der Menschen wächst. Die Kolonialisten verhaften aus Angst vor dieser Entwicklung ihnen als Aktive bekannte Kurden und Kurden mit dem Ziel, sowohl diese dadurch, daß sie enttarnt und besonders beobachtet werden, von weiteren Aktivitäten abzuhalten, als auch, die patriotischen Massen einzuschüchtern.

Weitere Beispiele des kolonialfaschistischen Terrors

1. Eruh

Am 6.9.90 fuhr ein Landwirtschaftsfahrzeug auf der Straße zwischen Serhata (Dagdüsü) und Resina (Dikbogaz) auf eine vom türkischen Militär gelegte Mine. Bei der Explosion des Fahrzeugs starben der Fahrer Sakir Kacan und der neben ihm sitzende Mehmet Yıldiz, die anderen drei Bauern erlitten verschiedene Verletzungen.

2. Sirnak

Sirnak steht an der ersten Stelle bei den Dorfdeportationen. Der neue Gouverneur kam am 17. August nach Sirnak. Seitdem werden Tag und Nacht Dörfer,

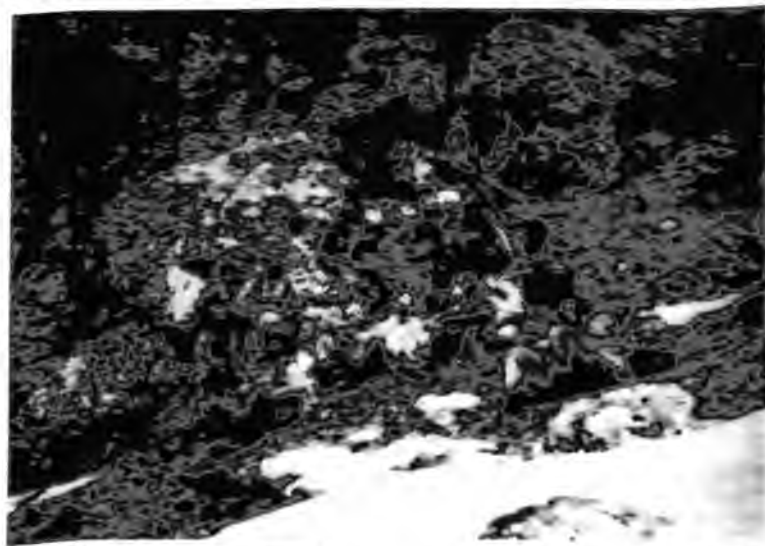
Saatgut, Obstbäume und Wälder zerstört und niedergebrannt. Anstelle der ausgedehnten Wälder von Besler gibt es jetzt dort große Aschehaufen, die aufsteigenden Feuersbrünste waren tagelang zu sehen.

Die Bevölkerung der in Sirnak entleerten Dörfer bekam vom Gouverneur zu hören: „Macht, was der Staat von euch verlangt, nehmt die Waffen an. Wenn ihr das nicht tut, seid ihr gegen den Staat. Dann wird der Staat machen, was er will, ihr müßt dann eure Dörfer verlassen. Es ist uns vollkommen egal, wohin ihr geht und von was ihr lebt.“

Die Bevölkerung von 16 geräumten Dörfern zwischen Sirnak und Eruh lebt in Zelten am Straßenrand. Zuletzt sind in Eruh die Dörfer Nivlan (Cizmeli) und Gidavan (Ormanardi), in Sirvan die Dörfer Iskambo (Ormangabi) und Hevkiz (Kirazli), in Siirt die Dörfer Semse (Güresli) und Muvel (Kelekci) und weitere drei Dörfer, deren Namen noch nicht festgestellt werden konnten, teilweise oder ganz geräumt worden.

3. Yüksekova

Der Stamm Diri hat dem Druck, Waffen des Staates anzunehmen, nach vier Jahren, in denen ständig versucht wurde, durch Entführungen, Folterungen und Erpressung durch die Armee sie zur Annahme der Waffen zu zwingen, nicht mehr standgehalten und nun 1 000 Waffen angenommen. Bei der Waffenverteilung sagte der Militärkommandant zu den Bauern: „Ich weiß, daß ihr diese Waffen eines Tages gegen uns richten werdet, aber jetzt müßt ihr sie annehmen.“



ARGK-Guerillaeinheiten in Nordwest-Kurdistan



Links: Der Chef der türkischen Landstreitkräfte, General Dürs. Mitte: Generalstabschef Torumtay

4. Van

Nachdem am 29. Juli in der Nähe des Dorfes Gurzuva ein Militärkonvoi der kolonialistischen Armee von einer ARGK-Einheit in einen Hinterhalt gelockt und zerstört worden ist, befinden sich Bauern der Dörfer Hol (Inciler) und Kal (Ulus), die sich unter den in Pervari geräumten und niedergebrannten Dörfern befinden, in einer schlimmen Lage. 142 Menschen von 28 Familien dieser beiden Dörfer leben in Van in Zelten, darunter 42 alte Frauen, die anderen 100 sind Kinder. Jeweils zwei oder drei Bauernfamilien müssen mit ihren Kindern in einem Zelt zusammenleben.

Sie leben dort unter Bedingungen, die nicht einmal Tieren zugemutet werden. Die Kinder sind hungrig und barfuß. Da alles, was die Bauernfamilien besessen haben, beschlagnahmt worden ist, tragen sie nur noch ihre zerrissene Kleidung auf dem Leib, leiden Hunger und es besteht die Gefahr, daß ansteckende Krankheiten ausbrechen.

Zuerst sind ihre Häuser niedergebrannt worden, dann ihr Vieh getötet und die Wälder niedergebrannt worden. Die Bauern wurden einschließlich der Frauen, Kinder und alten Menschen eine Zeitlang in Osyan (Doganköy) gefangen gehalten und dann nach ihrer Freilassung sich selbst überlassen. Ein Teil von ihnen ist in Osyan geblieben, mindestens 20 Frauen und Männer haben sich der ARGK-Guerilla angeschlossen, die restlichen 28 Familien sind nach Van migriert. Da der Staat keinerlei Vertrauen in die Bevölkerung dieser beiden Dörfer hat, sind sie nicht einmal, wie sonst üblich, aufgefordert worden, „Dorfschützer“ zu werden.

5. Cizre

Der am 6./7.9. verhaftete Abdurrahman Tanribilir aus dem Dorf Husur ist am 9.9. durch Folter ermordet worden.

Am 20.8. haben Spezialteams im Stadtzentrum von Cizre auf einen alten Mann namens Gürgün das Feuer eröffnet und ihn ermordet.

Vier Tage später, am 24.8. wurde ebenfalls im Zentrum von Cizre der Geistliche Melle Abdulrahman aus Xurse von den Schüssen eines Spezialteams schwer verletzt.

6. Uludere

Der Bauer Halit Benik ist am 4. September in dem Dorf Hilal von „Dorfschützern“ ermordet worden.

7. Dicle

Am 5.9.1990 wurde um 21.30 Uhr in dem Dorf Kurudere der Bauer Hüseyin Akaslan 200 Meter von seinem Haus entfernt von Soldaten der türkischen

Armee durch Schüsse ermordet. Das Fernsehen hat den getöteten Akaslan in den Nachrichten als PKK-Militanten dargestellt. In Wirklichkeit war Akaslan jedoch kein PKK-Militant, sondern ein Kranker, dem in einem Attest der psychiatrischen Klinik vom „Ministerium für Gesundheit und soziale Hilfe“ von Elazig Schizophrenie bescheinigt wurde und der außerdem halb gelähmt war und sich nur noch mit Krücken fortbewegen konnte.

Demonstrierende Schüler bestraft

Zu Beginn des neuen Schuljahres mußten 273 der knapp 600 Schüler des Gymnasiums von Cizre erfahren, daß sie nicht versetzt werden. Bei vielen von ihnen handelt es sich um Schüler, die sich an dem Volksaufstand im Frühjahr aktiv beteiligt haben. Die Schüler haben eine Delegation gewählt, die sich beim Ausnahmezustandsgouverneur beschwert. Bei den verantwortlichen Lehrern handelt es sich mit einer Ausnahme um Berufsoffiziere, die für den Unterricht an der Schule freigestellt worden sind.

Staatsanwalt fordert Todesstrafe für zwei Parlamentsabgeordnete

Das DGM (Staatssicherheitsgericht) Ankara hat beim Parlamentspräsidenten die Aufhebung der Immunität zweier Abgeordneter beantragt. Die Staatsanwaltschaft beschränkte sich nicht nur auf die Beantragung der Aufhebung der Immunität, sondern will auch ein Verfahren wegen „separatistischer Propaganda“ gemäß § 145 des Strafgesetzbuches der TR gegen die beiden Abgeordneten eröffnen. Auf diese „Straftat“ steht die Todesstrafe. Den beiden Abgeordneten der Partei HEP (Partei des werktätigen Volkes, eine Abspaltung der sozialdemokratischen SHP) Ahmet Türk und Mehmet Ali Eren wird zur Last gelegt, bei einer Veranstaltung in Hamburg im Frühjahr dieses Jahres über die PKK und den Volksaufstand in Kurdistan gesprochen zu haben.

Polizeiangriff auf Petrolarbeiter in Nusaybin

In der Nacht vom 15. auf den 16. September kam es in der Kreisstadt Nusaybin zu Übergriffen der Polizei gegen 18 Mitglieder der Gewerkschaft Petrol-Is. Nach Aussagen der Gewerkschafter drang die Polizei in das Gewerkschaftslokal ein und forderte die Gewerkschafter mit vorgehaltener Waffe auf, ihre Ausweise vorzuzeigen. Zwei gebürtige Istanbuler wurden so ausgesondert. Alle anderen, die einen kurdischen Geburtsort vorwiesen, wurden der Reihe nach

geprügelt und an Haaren und Schnurrbart durch den Raum geschleift.

Als der Gewerkschaftsvorsitzende Ahmet Timurtas am folgenden Tag gegen den verantwortlichen Kommissar Anzeige erstatten wollte, hieß es, „die Arbeit der Polizei in der Region sei mit so großem Streß verbunden, daß es zu solchen Kurzschlußhandlungen kommen könne“. Timurtas bezeichnete den Vorfall als Ausdruck der Strategie, die willkürlichen Übergriffe, denen kurdische Dorfbewohner seit Jahren ausgesetzt sind, nun auf die Stadt, vor allem auf die Arbeiter auszudehnen. Timurtas erklärte, daß es das erste Mal ist, daß es zu einem Zusammenstoß in der Stadt ohne jeden Anlaß gekommen ist.

Brand auf Militärflughafen

Auf dem Militärflughafen von Batman kam es am 13. September zu einem Brand und zu einer Explosion der dort gelagerten Raketenköpfe mit chemischen Kampfstoffen, die an den Kriegsfeldzeugen montiert werden sollten. Bei diesem Brand, der erst einen Tag später gelöscht werden konnte, wurde ein Großteil der chemischen Kampfstoffe vernichtet. 15 Soldaten erlitten durch die giftigen Gase Vergiftungen und wurden in ein Krankenhaus eingeliefert. Es gab noch weitere Verletzte und auch Tote, deren Anzahl wegen der Nachrichtensperre der Kolonialisten jedoch nicht bekannt ist. Ebenso ist die Brandursache bisher noch nicht bekannt. Es steht zu befürchten, daß auch die in der Umgebung des Flughafens lebenden Menschen und die Umwelt durch die giftigen Gase in Gefahr sind.

Widerstandsaktionen

Batman: Am 9. September beteiligten sich mindestens 4000 Kurden und Kurden, hauptsächlich Jugendliche, an einer Demonstration anlässlich der Beerdigung von Mehmet Bilen, einem der beiden in Diyarbakir gefallenen ARGK-Kämpfer. Polizeikräfte schnitten den Demonstranten den Weg ab. Nachdem sie die Polizeisperre durchbrechen konnten, griffen schließlich Spezialteams ein und verhinderten die Fortsetzung der Demonstration. Daraufhin unternahmen die Demonstranten einen Sitzstreik aus Protest gegen die Spezialteams und die kolonialistische Barbarei. Sirnak-Uludere-Silopi: In den Cudi-Bergen und in Uludere kam es zu langandauernden Gefechten. Bei den Gefechten in Uludere erlitt die kolonialistische Armee einen Verlust von mindestens 30 getöteten Soldaten. Die Gefechte in Uludere, die an drei verschiedenen Punkten begannen, dauerten vom 13. bis 16. September. Die ARGK-Guerilla erklärte,

„Die Landkarte wird sich verändern“

„Frankfurt, 17. September. Die Türkei ist nach den Worten ihres Staatspräsidenten Özal bereit, schnell auf Veränderungen in der Golfkrise zu reagieren, um, wie es hieß, „nationale Interessen zu schützen“. Özal äußerte sich, wie Agenturen berichteten, in der vergangenen Woche über die jüngste Entwicklung in der Region und sprach dabei die Überzeugung aus, „daß sich die Landkarte des Nahen Ostens nach der Krise dramatisch verändern wird“. Der Staatspräsident glaubt offenbar, daß die Unruhe am Golf am Ende zu einer Umgestaltung der gesamten Staatenwelt im Nahen Osten führen könnte, bei deren Neuordnung die Türkei dann ein Mitspracherecht beanspruchen werde. Diese Auffassung wird von vielen Beobachtern geteilt. Nationalistische Zeitungen der Türkei haben in den letzten Wochen immer wieder ägyptische Presseberichte kolportiert, in denen es angeblich geheißen hatte, nach einem durch Krieg verursachten Zusammenbruch des Regimes in Bagdad unter Saddam Hussein werde die Türkei möglicherweise durch Ge-

bietsabtretungen „belohnt“ werden. Dieses unverantwortliche Spiel der Nationalisten soll Stimmung für ein direktes Eingreifen türkischer Truppen im Norden des Iraks machen, falls es zu einem Krieg kommen sollte. Dies gilt vor allem für die Städte Mossul und Kirkuk, Hauptzentren der Erdölförderung des Irak.

Auch das Kurdenproblem trägt dazu bei, daß die Türken mit verstärktem Interesse auf die Vorgänge im Irak wie im Persischen Golf blicken: Kurden im Südosten der Türkei, teilweise unterstützt von ihren Brüdern im Nordirak, führen seit 1984 einen blutigen Kampf gegen die Zentralregierung in Ankara. Dies gilt vor allem für die „Partei der Arbeiter Kurdistan“ (PKK). Es ist schwer vorstellbar, daß der türkische Generalstab dem tatenlos zusehen würde. Eine „Lösung“ der Kurdenfrage mit militärischen Mitteln erschien vielleicht manchem verlockend. Die Türkei hat jetzt knapp hunderttausend Mann an der Grenze zum Irak stationiert.

Quelle: FAZ, 18.9.90

daß bei diesen drei Gefechten keine Guerilleros gefallen sind. Die kolonialistische Armee machte keine Angaben über ihre Verluste.

Ende August haben sich mindestens 15 neue Kämpfer von Uludere der ARGK angeschlossen, und die Volkskomitees haben erklärt, daß regelmäßig Jugendliche für die Guerilla vorbereitet werden.

Mardin-Diyarbakir: Sechs Polizisten wurden von einer ARGK-Einheit auf der Straße zwischen Diyarbakir und Mardin in einen Hinterhalt gelockt und getötet. Kerboran: In Kerboran sind drei ARGK-Kämpfer, sehr wahrscheinlich aufgrund einer Denunziation, bei einem Gefecht mit kolonialistischen Armee-Einheiten, die sie umzingelt hatten, gefallen. Nachdem die Kolonialisten die Leichen der gefallenen Befreiungskämpfer dem Volk nicht übergeben wollten, wurde vom Volk von Kerboran mit einem Aufruf des Regionalkomitees der ERNK eine Rolladen-Schließungsaktion für den 14. September beschlossen. Am Morgen des 14. blieben die Werkstätten und Läden geschlossen, und die Kolonialisten umzingelten die Umgebung Kerborans mit ihren Einheiten und massierten Spezialteams im Zentrum, so daß die Anzahl der Soldaten die der Bevölkerung weit übertraf. Mit Gewalt öffneten sie die geschlossenen Geschäfte und verhafteten vier der Besitzer.

Maras-Antep-Malatya: In der Nacht vom 16. August griff eine ARGK-Einheit mit Raketen ein Militärgebäude in der Stadt Nurhak in Maras an, wobei mindestens sieben Soldaten der kolonialistischen Armee schwer verletzt worden sind.

Bei einem Gefecht zwischen der kolonialistischen Armee und einer ARGK-Einheit am 31. August in der Nähe von Narli sind zwei Befreiungskämpfer gefallen.

Am 2. September wurde eine Militärpatrouille, die eine nach Iskenderun führende Ölleitung bewachen sollte, von einer ARGK-Einheit in einen Hinterhalt gelockt, wobei der kolonialistischen Armee ein Verlust von neun verletzten und getöteten Soldaten zugefügt wurde. Bei einem ähnlichen Angriff in Araban ist ein Befreiungskämpfer gefallen.

Außerdem haben ARGK-Einheiten eine Lagerhalle der Forstverwaltung und in Malatya einen Transportzug der Armee angegriffen und zu großen Teilen zerstört.

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntägig. Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) 5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226 Tel.: 0221/21 64 42.

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Deljen, Martin Fochler, Christiane Schneider. Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 1658. Konten: Postgironummer Köln, BLZ 370 10050, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 3600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52 DM. Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Deljen, für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann, für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux, für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation: Spezialberichte: Alfred Küster. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGME, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1 — Beilagenhinweis: Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntägig:

Nachrichtenhäfte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S., 1,20 DM AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226 GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76 GNN Verlagsgesellschaft Westberlin Czerninski Str. 5, 1000 Westberlin 62 GNN Verlag Niedersachsen/Bremen Große Düwelsr. 55, 3000 Hannover 1 GNN Nordrhein-Westfalen Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1 GNN Verlag Hessen Postfach 110822, 6000 Frankfurt 11 GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1 GNN Verlagsgesellschaft Bayern Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM. Jahresabo: 30 DM

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 0,80 DM. Halbjahresabo 26 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ 10 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).
- ☐ im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo).
- ☐ Zahle nach Rechnungserhalt.

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Senden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

20/90



Reichweite der von Flugzeugträgern startenden US-Kampfflugzeuge, ohne Auftanken. Aus: Europäische Wehrkunde 9/90, S. 523.

Walter Benjamins fünfzigster Todestag Vom Wind der Weltgeschichte

Das Werk Walter Benjamins ist der Linken weitgehend verschlossen geblieben



Als ob es kein Zufall sei, fällt der Todestag Walter Benjamins, der vor fünfzig Jahren am 27. September 1940 an der spanischen Grenze auf der Flucht vor Faschismus und KZ zum Selbstmord getrieben wurde, zusammen mit einer Gegenwart, die im Golf zum Krieg drängt, die den Sozialismus besiegt zu haben glaubt, die den Kapitalismus als Ende der Geschichte installieren will, die dem Menschen Wohlstand verspricht, ihn aber rückhaltlos denn je ausbeutet und unterdrückt. Als ob es kein Zufall sei deshalb, weil Benjamin ein Erbe hinterlassen hat, mit dem sich auch heute noch die Situation der Zeit erfassen ließe, ohne in Resignation oder utopische Schwärmerei zu verfallen. Sieht man einmal von einer Benjamin-Rezeption Anfang der siebziger Jahre während der Studentenbewegung ab, so ist das Werk Benjamins der Linken doch weitgehend verschlossen geblieben. Zu schnell wurde er vom Wissenschaftsbetrieb zum Heiligtum erklärt, dem sich nur im universitären Ästhetik-Seminar genähert werden darf. Natürlich: Der Schriftsteller und Kulturkritiker Benjamin hinterläßt ein umfangreiches Werk, welches zudem so dicht an Material ist, daß es den Leser zunächst erschlägt. Benjamins Werk ist aber nicht stumm; gerade durch den fragmentarischen Charakter, den seine Schriften haben, wird sein Schaffen erst beim Lesen lebendig. Obwohl er kein Soziologe und kein Historiker ist, findet man bei Benjamin soziologische Analysen und geschichtstheoretische Untersuchungen, die an Schärfe von einer quantitativen Soziologie nicht einzuholen sind. Das liegt nicht zuletzt daran, daß Benjamin immer der Politik, immer auch den Unterdrückten, dem Proletariat sich nah fühlt. Ähnlich wie Brecht, mit dem ihn eine enge Freundschaft verband, glaubte Benjamin nicht den Zerfall der bürgerlichen Kultur und Gesellschaft bedauern zu müssen, sondern sah darin die Chance des grundlegend Neuen.

Benjamin zählt zum Kreis des Frankfurter Instituts für Sozialforschung und steht damit in der Tradition der von Horkheimer dargelegten Kritischen Theorie. Obwohl Benjamin, im Gegensatz zu Adorno, Horkheimer oder Marcuse, immer der Außenseiter der Kritischen Theorie blieb, ist sein Werk doch oftmals näher am Programm Kritischer Theorie als die Schriften der anderen Frankfurter. Während Adorno und Horkheimer sich immer mehr von Alltagsanalysen abwenden und schließlich mit der *Dialektik der Aufklärung* eine pessimistische Geschichtsphilosophie vorlegen, die nur noch die totale Naturbeherrschung des Menschen registrieren kann, die in der Kulturindustrie den Ausdruck der verwalteten Welt und des totalen Verblendungszusammenhangs sieht, aus dem es kein Entkommen gibt, fehlt bei Benjamin dieser generöse Handstreich einer Verfallsgeschichte der Menschen. Im Gegenteil: Gerade die Formen der Kultur, an denen Adorno und Horkheimer den Massenbetrug festmachen — Film, Jazz, Schlagermusik, Rundfunk —, sind für Benjamin Ausdruck für emanzipatorische Momente in der Gesellschaft. Benjamin sieht hier einen Ablösungsprozeß in der Kunst vom bürgerlichen Kulturverständnis. Nicht mehr ist es eine Aura, die ein Kunstwerk — etwa wie die einzigartige Mona Lisa — umgibt und der sich der Betrachter durch Kontemplation

nähert, sondern durch die Reproduzierbarkeit der Kunstwerke wird diese Aura zerstört und eine Kunst freigegeben, die sich der Wahrnehmungsweise der Massen des Kapitalismus adäquat zeigt.

Benjamin zielt mit diesem Ansatz über Marx hinaus, wenn er sagt, daß sich nicht nur die Wahrnehmung selbst geschichtlich ändert, sondern auch die Art und Weise, wie sie sich organisiert, ihr Medium. Das Medium der Wahrnehmung ist im Kunstwerk nun nicht allein inhaltlich zu suchen, sondern weitgehend auch durch Apparatur und Technik der Werke bestimmt. So schreibt Benjamin zum Beispiel: „Eine Film- und besonders eine Tonfilmaufnahme bietet einen Anblick, wie er vorher nie und nirgends denkbar gewesen ist. Sie stellt einen Vorgang dar, dem kein einziger Standpunkt mehr zuzuordnen ist.“¹¹ Das heißt: „Die technische Reproduzierbarkeit des Kunstwerks verändert das Verhältnis der Masse zur Kunst. Aus dem rückständigen, z.B. einem Picasso gegenüber, schlägt es in das fortschrittlichste, z.B. bei Chaplin, um.“¹² Dieser Fortschritt besteht im politischen Charakter des Films; er wird zu einem politischen Ausdruck des Alltags der Proletarier. Benjamin sieht in dieser Theorie der Massenkunst die Möglichkeit zur „Formulierung revolutionärer Forderungen in der Kunstpolitik“ mit Begriffen, die „für die Zwecke des Faschismus vollkommen unbrauchbar sind“.¹³ Die von Benjamin ein-

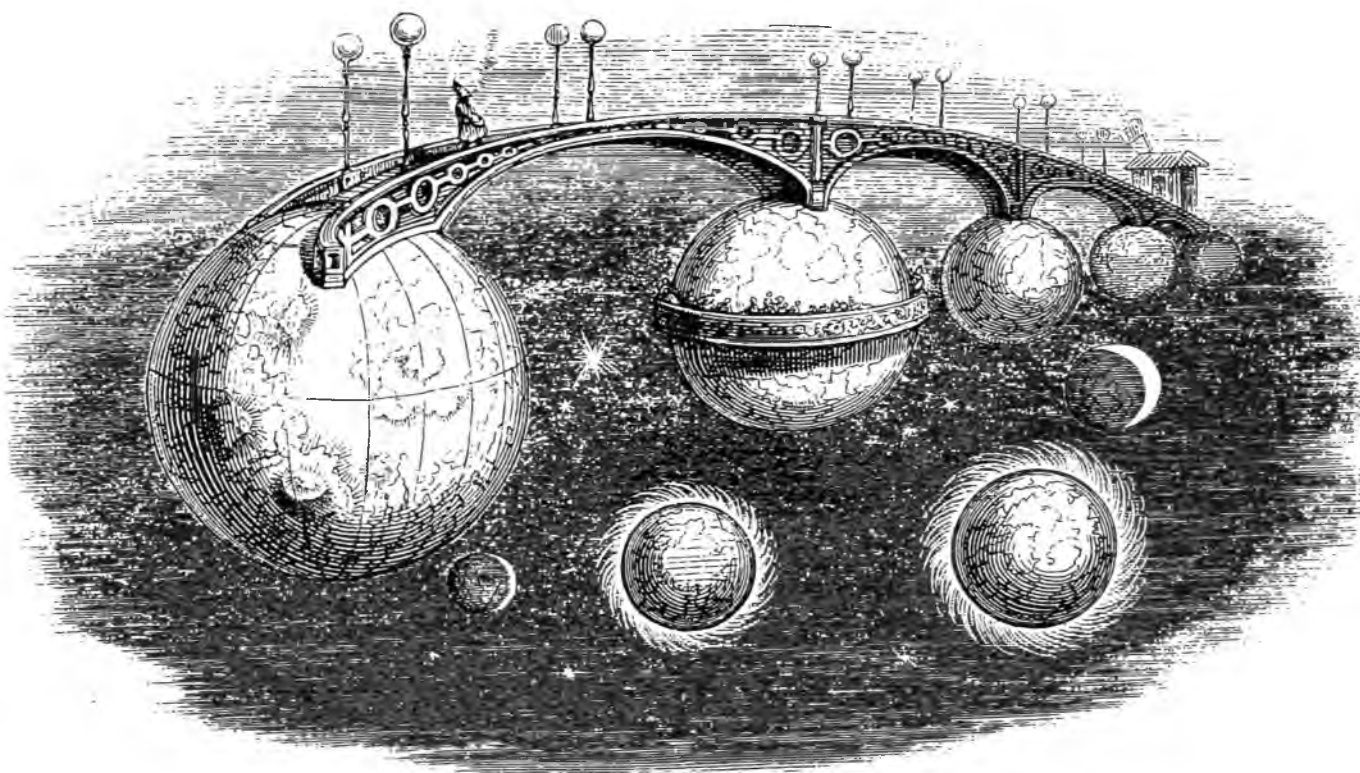
ne Strang betrifft die Wahrnehmung der Menschen. So wie Benjamin aus diesen Strängen am Beispiel des Films seine Kunsttheorie formuliert, gestaltet sich auch der Großteil seiner weiteren Schriften über diese Stränge. Im Zentrum von Benjamins Schaffen steht eine materialistische Geschichtstheorie, die er in *Über den Begriff der Geschichte* und dem *Passagen-Werk* darlegt. Diese Geschichtstheorie ist aktuell, weil sie Hilfen zur Erklärung der Gegenwart bietet, wo die bloße statistische Erhebung nicht mehr ausreicht. Benjamins Theorie ist jeder Faktenhuberei fern, keine Theorie, nach der sich die Wirklichkeit richten soll und nach der man aufhört, Politik zu machen, weil die Wirklichkeit sich nicht richten läßt. Benjamins Theorie ist kein holistisch systemischer Entwurf, sondern — wie er selbst seine Arbeit bezeichnet —: „literarische Montage. Ich habe nichts zu sagen. Nur zu zeigen.“¹⁴ Flüchtig notierte Fragmente und Zitate benutzt Benjamin dazu, um die Wirklichkeit zu kommentieren — passagenweise. Im Mittelpunkt stehen dabei die Passagen Paris, die den Blick auf die bürgerliche Gesellschaft freigeben.

Ein Zitat von Marx soll grob umreißen, was der marxistische Ausgangspunkt der Benjaminschen Theorie der Geschichte ist, die sich mit einer orthodox-marxistischen Geschichtstheorie so gar nicht recht vereinbaren läßt: „Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte

mit der er sich beschäftigt, nur Vorgeschichte derer, um die es ihm selber geht.“¹⁵ Und die, um die es geht, das sind die Unterdrückten, derer es sich aus dem Vergangenen heraus zu vergegenwärtigen gilt. Eine Arbeiterbewegung — wie in den bisherigen Revolutionen —, die „die Rolle der Erlöserin künftiger Generationen (spielt, durchschneidet) ... die Sehne der besten Kraft. Die Klasse verlernt ... den Haß und den Opferwillen. Denn beide nähren sich an dem Bild der geknechteten Vorfahren, nicht am Ideal der befreiten Enkel.“¹⁶ Benjamin geht es nicht um die emphatische Zukunft, nicht um den Fortschritt. „Der historische Materialismus muß das epische Element der Geschichte preisgeben. Er sprengt die Epoche aus der dinghaften „Kontinuität der Geschichte“ ab. Er durchsetzt sie mit ... Gegenwart.“¹⁷ Damit holt Benjamin theoretisch ein, was im Klassenkampf praktisch geschieht: „Das Bewußtsein, das Kontinuum der Geschichte aufzusprengen, ist den revolutionären Klassen im Augenblick ihrer Aktion eigentümlich.“¹⁸ Diese Aktion zu kommentieren ist die Aufgabe der historischen Materialisten; der historische Materialist aktualisiert die Geschichte und schreibt sie nicht über ihre Gegenwart hinaus. Geschichte ist nicht die Konstruktion aus homogener und leerer Zeit, sondern ist Jetztzeit, die aktualisiert werden muß. Es geht darum „nachdem das *Jenseits der Wahrheit* verschwun-

für Passagen, Ausstellungshallen und Bahnhöfe, sondern Eisen verkörpert sich auch in einer neuen Wahrnehmungsstruktur und korrespondiert mit der kapitalistischen Warenentwicklung. Es ist die Zeit der Erfindung des Schaufensters und der Weltausstellungen: „Das Eisen verbindet sich also sofort mit funktionalen Momenten im Wirtschaftsleben. Aber was damals funktional und transitorisch war, beginnt heute in verändertem Tempo formal und stabil zu wirken.“¹⁹ Die Stabilität der Eisenkonstruktion wird wiederum auf den Weltausstellungen präsentiert — so wie etwa der Eiffelturm. „Weltausstellungen sind die Wallfahrtsstätten zum Fetisch Ware ... Die Weltausstellungen bauen das Universum der Waren auf.“²⁰ Eisen beflügelte auch die Phantasien der Ingenieure und Schriftsteller, es ist die Zeit Grandvilles und Fouriers, die Zeit, in der sich der Fetischcharakter vollends in das

schichtliches Bewußtsein, welches vom Vergangenen sich nährt, nicht aus der ausgepinselten Utopie eines Zukünftigen. Aber es ist auch gerade Benjamins handlungsorientierte Theorie, die das Vergangene nicht so verstanden wissen will, daß man vor lauter Auschwitz-Gedenkveranstaltungen die aktuelle Politik vergißt, sondern daß in der Politik, die wir machen, das Vergangene gegenwärtig ist. Es gibt in *Über den Begriff der Geschichte* eine These Benjamins, in der er auf Grundlage von Klees Bild „Angelus Novus“ den Engel der Geschichte beschreibt. Er hat seinen Blick dem Vergangenen zugewendet; er möchte verweilen, aber ein Sturm vom Paradiese her hat sich in seinen Flügeln verfangen, der ihn unaufhaltsam weitertreibt. „Das, was wir den Fortschritt nennen, ist dieser Sturm.“²¹ Und auch für unsere Aufgabe hat Benjamin ein Bild, denn auch wir sind in diesem Sturm verfangen: „Für den Dialektiker kommt es darauf an, den Wind der Weltgeschichte in den Segeln zu haben. Denken heißt bei ihm: Segel setzen. Wie sie gesetzt werden, das ist wichtig. Worte sind seine Segel. Wie sie gesetzt werden, das macht sie zum Begriff.“²² — (rob)



In den Graphiken Grandvilles — unser Bild zeigt die Brücke der Planeten aus dem Jahre 1844 — zeigt sich für Benjamin der Zusammenhang von Eisen, Waren und Geschichte: „Die Weltausstellungen bauen das Universum der Waren auf. Grandvilles Phantasien übertragen den Warencharakter aufs Universum. Sie modernisieren es. Der

Saturnring wird ein gußeiserner Balkon, auf dem die Saturnbewohner abends Luft schöpfen ... Grandville dehnt ihren (d.i. Waren) Anspruch auf die Gegenstände des alltäglichen Lebens so gut wie auf den Kosmos aus. Sie steht im Widerstreit mit dem Organischen. Sie verkuppelt den lebendigen Leib der anorganischen Welt.“

den ist, die *Wahrheit des Diesseits* zu etablieren“²³, wie Marx schreibt. Für Benjamin realisiert sich dieses in Analysen des Alltags. Deshalb widmete er sich der Massenkunst oder, wie im *Passagen-Werk*, Paris als Hauptstadt des 19. Jahrhunderts.

Das Paris des 19. Jahrhunderts ist das Paris des Eiffelturms, des Eisenbaus. Eisen als der erste künstliche Baustoff in der Geschichte ist für Benjamins Geschichtstheorie so zentral wie Film und Fotografie für seine Kunsttheorie. Eisen, das ist nicht nur ein Produktionsmittel, nicht nur in Form der Maschine eine Produktivkraft, nicht nur Baustoff einer neuen Architektur

Bewußtsein des Menschen einschreibt. Es tritt der Flaneur auf, der durch die Passagen schlendert, es scheint sich die bürgerliche Gesellschaft als Endzeit eingerichtet zu haben. Dem setzt Benjamin seine Geschichtstheorie entgegen, er zeigt auf, wie die Unterdrückung als gegenwärtige und vor allem als vergangene immer wieder „vorbeisucht“, wie sie „aufblitzt“. Im Vergangenen wird der Funke Hoffnung entfacht.

Benjamin, der während des Faschismus den Tod fand, ist nach dem Faschismus aktueller denn je. Seine Theorie ist eine Theorie gegen das Vergessen; Benjamin erinnert uns an ein ge-

Anmerkungen: ¹¹ Walter Benjamin, *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit*, Schriften Bd. 1.2, Frankfurt 1982, S. 457; ¹² ebd. S. 459 (im Original hervorgehoben); ¹³ ebd. S. 435 (im Original hervorgehoben); ¹⁴ ebd. S. 435; ¹⁵ vgl. ebd. S. 469; ¹⁶ Walter Benjamin, *Das Passagen-Werk*, Schriften Bd. 5.1, a.a.O. S. 574; ¹⁷ Karl Marx, *Zur Kritik der politischen Ökonomie*, Vorwort, MEW 13, Berlin 1978, S. 9; ¹⁸ Walter Benjamin ebd. S. 593; ¹⁹ Walter Benjamin, *Über den Begriff der Geschichte*, Schriften Bd. 1.2, a.a.O. S. 700; ²⁰ Walter Benjamin, *Passagen-Werk* a.a.O., S. 592f; ²¹ Walter Benjamin, *Über den Begriff der Geschichte*, a.a.O., S. 701; ²² Karl Marx, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*, Einleitung, MEW 1, a.a.O. S. 379; ²³ Walter Benjamin, *Das Passagen-Werk* a.a.O. S. 216; ²⁴ Walter Benjamin, *Das Passagen-Werk* a.a.O. S. 50f; ²⁵ Walter Benjamin, *Über den Begriff der Geschichte*, a.a.O. S. 698; ²⁶ Walter Benjamin, *Das Passagen-Werk*, a.a.O. S. 591.

Literaturhinweise zur Einführung in Benjamins Werk:

Burghart Schmidt, Benjamin, SOAK-Einführungen, Hannover 1983. Etwas komplexe Einführung, die einiges voraussetzt. Im Anschluß ist ein sehr guter Beitrag Willem van Reijens zu Benjamins politischer Ästhetik. Willem Reijens, *Philosophie als Kritik*. Einführung in die kritische Theorie. Verlag Anton Hain. Königstein/Ts. 1984. Hier gibt es ein Kapitel über Benjamin, welches leicht verständlich in sein Werk einführt. Rolf Wiggershaus, *Die Frankfurter Schule*, dtv wissenschaft, Frankfurt 1988. Wiggershaus bietet einiges an interessantem Material zur Entwicklung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung und Benjamin.

Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken

Für die Beilage werden Beiträge aus dem Widerstand gegen den Imperialismus und die Herrschaft des Kapitals gesammelt. Sie ist aus dem Bedürfnis entstanden, unterschiedliche Ansätze und Positionen der Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft über die Grenzen der einzelnen Organisationen und Arbeitszusammenhänge hinaus zugänglich zu machen und zur wissenschaftlichen Klärung beizutragen. Die Beilage will damit auch die Zusammenarbeit erleichtern.

An dieser Ausgabe wirkten mit:

ERNK-Europavertretung: Erklärung zum Konflikt am Golf.....	Seite 1
PDS: Deutschland — einig NATO-Land?.....	Seite 1
Palästina-Solidarität Würzburg: Aufmarsch am Golf.....	Seite 4
VSP: Ansprache an den Linke Liste/PDS-Kongreß.....	Seite 5
DKP: Zum Herangehen der DKP an die Bundestagswahlen.....	Seite 6
Positionen der DKP zur Wahl am 2. Dezember 1990.....	Seite 6
BWK, DKP, VSP: Nächste Aufgaben und Ziele sozialistischer Bündnisse.....	Seite 7
Politische Erklärung: „Linke, sozialistische	
Kandidatur in Niedersachsen zu den gesamtdeutschen Wahlen“.....	Seite 8
GJA/R Hamburg: Die Linke zwischen „nationalem Taumel“ und geistigem Rauschen.....	Seite 9
Kommunistische Presse: Historiker, Propheten und die „entfesselte“ Bourgeoisie.....	Seite 10
Zuschrift: Wieder nur eine moralische Ehrenrettung Lenins.....	Seite 11
Aufruf zur Demonstration: „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“ (Paul Celan).....	Seite 12

Sie liegt folgenden Zeitungen bei:

Aufsätze zur Diskussion (Kommunistische Gruppen)
Politische Berichte (BWK)
Sozialistische Zeitung (VSP)

Erklärung der ERNK zum Konflikt am Golf

Verstärken wir den gemeinsamen Widerstand der Völker gegen die neue imperialistische Okkupation und die reaktionären Kriege!

Mit der Okkupation Kuwaits durch das kolonialfaschistische Saddam-Regime hat im Mittleren Osten eine neue Phase angefangen. Über den Völkern der Region ziehen sich die Wolken des Krieges zusammen, die von den imperialistischen Nato-Staaten hereingetragen werden. Die Stationierung von zunehmend mehr Militärkräften der imperialistischen Staaten, vor allem der USA und Englands im Persischen Golf und Saudi-Arabien, der Alarmzustand der militärischen Kräfte des zionistischen Israels und der faschistischen Türkischen Republik, die Fortsetzung des Wirtschaftsembargos und der Blockade gegen den Irak und der Provokationen und Expansionsabsichten des Saddam-Regimes haben den Mittleren Osten an die Schwelle eines regionalen Krieges gebracht. Die Völker der Region sind permanent durch die Finger der imperialistischen Henker und die chemischen Waffen in den Händen ihrer Marionetten in der Region bedroht.

Die Völker der Region werden entgegen ihrem Willen dazu genötigt, in einem reaktionären Krieg Stellung zu beziehen, der nicht ihren Interessen entspricht. Die eine Kriegspartei ist der von den USA angeführte imperialistische Block und ihre Marionetten wie Israel und die Türkische Republik, die andere Partei ist die blutige faschistische Diktatur Irak, die von den imperialistischen Kräften aufgezogen und zu einer Plage für die Völker der Region wurde.

Die Verantwortlichen für die aktuelle Situation im Mittleren Osten sind die imperialistischen Staaten!

Die imperialistischen Staaten, die die Landkarte des Mittleren Ostens nach dem letzten Aufteilungskrieg von 1939 bis 1945 gezeichnet haben, haben mit den von ihnen gebildeten künstlichen Staaten vor allem die kurdische und arabische Gesellschaft gespalten. Während Kurdistan und Palästina einer extremen kolonialistischen Herrschaft unterstellt wurden, sind viele Völker unter die Kontrolle von Agentenregimen des Imperialismus gestellt worden. Während die Völker des Mittleren Ostens massiver Unterdrückung und Ausbeutung durch die imperialistischen Staaten und ihre Lakaien in der Region, die Türkei, die iranische Monarchie, Israel und die reaktionären arabischen Regierungen ausgesetzt sind, fließen die natürlichen Reichtümer der Völker ununterbrochen in die imperialistischen Länder. Während die imperialistischen Länder die Quellen der Reichtümer, vor allem das Erdöl des Mittleren Ostens ausbeuten, schicken sie als Gegenleistung nur die gefährlichsten Waffen zur Vernichtung der Völker.

Jedes Mal, wenn die Völker der Region ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen wollten, richteten die „Apostel der Demokratie“, die imperialistischen Staaten, ohne zu zögern Todeswaffen gegen die Völker. Der Krieg um den Suez-Kanal 1956, den die fortschrittliche Menschheit verurteilte, war von dieser Art.

Seit 40 Jahren benutzen die imperialistischen Staaten der NATO das zionistische Israel als Schwert des Todes gegen die arabischen Völker. Dieselben Kräfte rüsten seit Jahren den türkischen, iraki-

schen und iranischen Staat mit Waffen gegen das kurdische Volk aus. Die imperialistischen Staaten, die Hauptverantwortlichen für die Versklavung des kurdischen Volkes, die USA, England und insbesondere die BRD und Frankreich ermöglichten den Völkermord an 5000 Kurden innerhalb eines einzigen Tages durch Lieferung von chemischen Waffen an den faschistischen irakischen Kolonialismus.

Es sind die imperialistischen Staaten selbst, die den Irak durch die Lieferung chemischer Waffen in ein explosives Pulverfaß verwandelt haben. Somit war es unumgänglich, daß der Irak, den die imperialistischen Staaten ausgerüstet und aufgehetzt haben, die Völker des Mittleren Ostens in einen Krieg hineinzieht, auch wenn es sein eigenes Ende bedeutet und zu einer Plage für die Völker der Region wird.

Wenn sich heute die imperialistischen Staaten darauf vorbereiten, den irakischen Diktator zu bestrafen, dann sicherlich nicht, weil sie an die Völker der Region denken. Die Losungen der imperialistischen Staaten wie „die Befreiung Kuwaits von der Besatzung durch den Irak“ und vom „Schutz der Golfstaaten vor der Okkupation durch den Irak“ sind nichts weiter als Lügen. Die Imperialisten wollen alle Initiativen unterdrücken, die den Status quo in der Region ins Wanken bringen, sich gegen die Ausbeutung des Erdöls wenden und ihnen Probleme bereiten, auch wenn diese von ihren eigenen Lakaien stammen. Die imperialistischen Staaten treffen Vorbereitungen, um unter dem Vorwand der Bestrafung Saddams die Region von neuem zu besetzen und einen noch repressiveren Druck über die Völker der Region zu errichten.

Des weiteren ist die Offensive des Saddam Hussein weder eine Offensive zur Bestrafung Israels, noch dient sie dem Schutz des palästinensischen Volkes; sie dient weder der Schaffung der arabischen Einheit, noch ist sie anti-imperialistisch. Die Offensive des Saddam Hussein gleicht dem Gebell eines Bluthundes gegen seinen Herren, der ihn über Jahre hinweg gefüttert und gezüchtet hat. Jetzt beißt er seine eigenen Herren.

Die imperialistischen Staaten wollen ihre eigene Züchtung zum Schweigen bringen und dies zum Vorwand nehmen, um die Region neu aufzuteilen. Die imperialistischen Kräfte, die bei der Erdrosselung der Völker der Region, bei der Besetzung der strategischen Golfregion und bei der Kontrolle der Erdölfelder gemeinsam vorgehen, benutzen diesen Eingriff auch dazu, um gegeneinander Vorteile zu erringen. Während England die USA aktiv unterstützen, versuchen die BRD und Frankreich, die Entlarvung der USA bei den Völkern der Region für sich auszunutzen.

Die imperialistischen Staaten, die die arabischen Regime pazifiziert haben, indem sie sich ihres kollaborierenden Charakters bedienen, versuchen, mit Hilfe der Türkei und Israels in der Region einen noch festeren Status Quo zu errichten und bereiten dies mit den Kriegsvorbereitungen vor. Die Kriegsvorbereitungen des faschistischen türkischen Staates dienen der

Eroberung Kurdistan und der Zerschlagung des nationalen Unabhängigkeitskampfes.

Mit Erlaubnis ihrer imperialistischen Herren bereitet sich der kolonialfaschistische türkische Staat als trojanisches Pferd in der Region mit aller Kraft auf den Krieg vor. Der türkische Staat, der das Regime im Irak mit aller Kraft gegen den Iran unterstützt hat, der Beihilfe bei

dem Massaker der faschistischen irakischen Diktatur gegen das kurdische Volk geleistet hat, geriet nach der Besetzung Kuwaits in Angst und Aufregung. Nachdem er sich allerdings mit den USA einigte, begann er mit kriegesischen Provokationen.

Der türkische Staat bereitet sich mit seiner Armee, seiner Regierung, seinem Parlament und seiner Presse auf den

Krieg vor. Die Airbase von Incirlik ist voll von US-Kriegsflugzeugen. Die türkische Luftwaffe ist auf die Militärflughäfen von Diyarbakir und Batman verlegt worden. Militärberater aus den USA sind überall in Kurdistan stationiert worden. Die Einheiten der türkischen Armee in Kurdistan werden verstärkt. Es wird eine geheime Mobilmachung

Fortsetzung Seite 2

Deutschland — einig NATO-Land?

Im Rahmen der zunehmende Kontakte zwischen Sozialisten aus der BRD und der DDR hatten Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft gegen Militarismus und Repression in der Volksfront Gelegenheit, mit einem ehemaligen Berufsoffizier der Nationalen Volksarmee und Mitglied der PDS über Militär- und Sicherheitspolitik zu diskutieren. Dabei wurde auch die Veröffentlichung eines Artikels in der Beilage und im NiD vereinbart, um die Einschätzungen, die es innerhalb der PDS und unter Angehörigen und ehemaligen Angehörigen der NVA gibt, auch in Westdeutschland einem breiteren Publikum bekanntzumachen. Eine Strategiediskussion, wie gegen die neue Großmacht BRDDR antimilitaristische Arbeit möglich ist und was ihre Schwerpunkte sein müßten, ist dringend geboten. Der im Anschluß dokumentierte Beitrag, für dem wir uns an dieser Stelle bedanken wollen, ist in diesem Zusammenhang zu sehen. — (chl)

Die erhoffte große Freude zum neuen Nationalfeiertag am 3. Oktober will sich bei vielen Passagieren im Zug der deutschen Einheit kaum einstellen. Nicht nur die Arbeitslosen und Kurzarbeiter in der dann einverleibten Ex-DDR, die nunmehr die Kehrseite einer sich keineswegs sozial anlassenden Marktwirtschaft als Realität vor sich haben, sehen wenig Anlaß zu pompösen Jubelfeiern. Auch manchem wachen Steuerzahler im alten Teil der Republik wird zunehmend klar, daß die Rechnung mit den Kosten für den Staatsakt nach Kanzler-Wunschprogramm noch längst nicht beglichen sein wird. An dieser Kohl-Suppe dürften Deutsche in Ost und West noch lange zu löffeln haben.

Auch wenn es mancher Bonner Minister oder Politclown in Berlin anders sieht: der Einheitsexpreß hat auf seiner Talfahrt weit mehr überrollt, als es der gewichtige Zugführer nebst Hilfspersonal zugeben wollen. Wer jedoch daran glaubt, daß die daraus entstandenen Deformationen und Zerstörungen auch nur teilweise ungewollt oder zufällig waren, muß schon über ein Höchstmaß an Naivität verfügen. Die Absicht wird in vielen Erscheinungen sichtbar, ganz deutlich auch dort, wo es um Streitkräfte und Rüstungen geht.

Wieder wurde eine Chance vertan

Mit dem Abschluß der 2 + 4 - Verhandlungen am 12. September in Moskau wurde eine Einigung über die äußeren Aspekte der deutschen Einheit erreicht, die selbst kühnste frühere Vorstellungen weit übertrifft. Zugunsten des geeinten Deutschlands verzichteten die Alliierten auf ihre Rechte und gestehen dem neuen Staatsgebilde seine sofortige volle Souveränität zu. Aber ein Wermutstropfen ist doch im Becher der Freude: mit dem schon vorab erteilten Einverständnis Gorbatschows zur Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO war die Ausweitung des Paktes bis an

Oder und Neisse de facto bereits sanktioniert. Die Völker Osteuropas haben ihren bisherigen politischen und militärischen Widerpart unmittelbar vor der Haustür.

Die Genugtuung der deutschen Verhandlungsführer beim Krimsekt im Kreml war nicht zu übersehen. Doch auch diese Freude dürfte recht einseitig sein. Nicht geteilt wird sie durch mehr als 85 Prozent der DDR-Bevölkerung, die sich in mehreren Befragungen dafür ausgesprochen haben, die Einigung Deutschlands als eine Chance für einen Neubeginn in der Sicherheits- und Militärpolitik in Deutschland und Europa zu nutzen. Ihnen klingen noch jene Wahlversprechen der Kohl, Genscher, Waigel und wie sie alle heißen in den Ohren, mit denen eine Ausgewogenheit des Prozesses der deutschen Einheit und der Einigung Europas beschworen wurde. „Was zusammengehört muß zusammenwachsen“, verkündete der Lockvogel der Sozialdemokraten, Altkanzler Willy Brandt als sein Credo. Nun wird unter kräftiger Mitwirkung seiner Parteifreunde zusammengepreßt, was (noch) nicht zusammenpassen will.

Von den Losungen des 90er Frühjahrs ist kaum etwas übrig geblieben. Die Einheitslokomotive hat auf ihre „demokratische“ Art alles überrollt, was der großdeutschen Konzeption zuwider läuft. Ist man dafür im Herbst '89 in Leipzig, Dresden, Berlin und anderswo auf die Straße gegangen? Wohl kaum!

Und was sagen die Bundesbürger dazu? In den großen Blättern, die gern die Wahrheit für sich gepachtet sehen, hält man sich bedeckt. Kein Handlungsbedarf oder schweigende Zustimmung, redaktionelle Gründe allein dürften wohl kaum den Ausschlag geben.

Sehen wir über den nunmehr etwas länger werdenden deutschen Gartenzaun hinaus, wird es erst recht differenziert. So ganz hellauf begeistert über den Machtzuwachs des schon bislang größten europäischen NATO-Partners schei-

nen selbst die eigenen Verbündeten nicht zu sein. Der Kotau gilt wohl eher dem Zweck, schon jetzt Wohlverhalten gegenüber dem neuen Großdeutschland zu demonstrieren, um sich auch fürderhin mit ihm gütlich arrangieren zu können. Deutsches Diktat könnte auch unter Freunden künftig entscheidendes Gewicht besitzen. Und ein gerüttelt Maß Achtung schwingt auch mit, bedenke man doch, mit welchem militärischen Aufwand sich das Empire dereinst einige Felsen im Südatlantik sichern mußte, wogegen die Einverleibung der DDR mit gut 16 Millionen Einwohnern ohne einen Schuß vonstatten geht. Deutsche Wertarbeit auf der ganzen Linie. Nur, die freundliche Einladung zur Vereinigungsfeier wurde nicht erhört. Sicher wird es gewichtige Gründe dafür geben.

Die Verunsicherung der kleineren Nachbarn im Osten verwundert kaum. Nur erscheint manche Reaktion seltsam. Die schon vor Monaten nach Austritt aus dem Warschauer Pakt schrien, entdecken plötzlich neue Sympathien für den Pakt. Durch die Deutschen werden sie offiziell beschwichtigt und inoffiziell melden Vertriebenenverbände, Heimatvereine und Traditionsbünde neben anderen fossilen Rechtsaußenseiter massive Forderungen an. Zweifel werden geäußert, wie und wie lange wird man sich wehren können? Das rechte Potential der Ossi-Seite, das nunmehr rabiat und unbefangen aus der Versenkung auftaucht, schiebt in Richtung Schlesien, Ostpreußen und Sudetenland manche Kohle ins Feuer. Offensichtlich haben diese keineswegs zimperlichen Brüder und Schwestern die vierzig Jahre gedachter Zwangsläuterung besser überstanden, als es möglich erscheint. Ihre ersten Auftritte zeigen jedenfalls, daß ihnen nichts suspekter ist, als Realismus und Verständigungswille. Was sie wollen, ist klar und eindeutig eine Umkehr bestehende Zustände. Das ist, so hart es auch klingen mag, Revanchismus reiner Machtart. Über diese Verstärkung freut man sich im Kreise Gleichgesinnter von Flensburg bis Oberstdorf doch wohl allemal.

Bleibt nur noch die Frage, was den ehemaligen „großen Bruder“ Ostdeutschlands veranlaßte, den Schlusstrich unter das „Kapitel DDR“ derart konsequent mitzuziehen.

Die prekäre innere Lage und die mit dem „Generalvertrag“ zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion

Fortsetzung Seite 2

Deutschland — einig NATO-Land . . .

verknüpften Hoffnungen könnten eine Antwort darauf sein.

Es ist wohl zuvorderst auch ein deutsches Interesse, das stark angeschlagene „Neue Denken“ im Sinne von Perestrojka und Glasnost überlebensfähig zu halten und einer Machtübernahme durch die Kräfte der harten orthodoxen Linie zwischen Brest und Wladiwostok entgegenzuwirken. Ob das mit den gewählten Mitteln bewerkstelligt werden kann, bleibt abzuwarten.

Wie weit die innere Kluft trotz erneuter Beschwichtigungsgeschenke aufgerissen ist, besagt die dpa-Meldung über mögliche Tendenzen der innenpolitischen Entwicklung in der Sowjetunion, die Gefahren eines Militärputsches beschreibt.

„Der militärisch-industrielle Komplex wird mit allen Computern alle Möglichkeiten durchrechnen und herausfinden, daß die sicherste und billigste Lösung jener Militärputsch ist, mit dem sich Politiker und Journalisten gegenseitig Angst machen und die Bevölkerung in Fieber versetzen“, wird die „Literaturnaja Gaseta“ zitiert. (1)

So gesehen klingen die Worte des Satelliten-Premiers de Maizièrre vom „deutlichen Schritt zur Befriedung in Mitteleuropa“ (2) wohl doch recht zweifelhaft, zumal seinem Zutun dafür doch recht harte Grenzen gesetzt waren.

Ein erstes Fazit. Von Einheit in Würde und Freiheit, einem aufrechten Gang der Menschen der kleinen DDR in das große Europa ist nur noch eine Fata Morgana geblieben, besser ein Wetterleuchten am Horizont, dessen sicherheitspolitische Auswirkungen schwer abwägar sind.

Der millionenfache Wunsch, mit einer formal auch noch so unstrittenen Vereinigung gesamteuropäischen Sicherheitsstrukturen zu dienen, wurde dem Ehrgeiz einer Politik geopfert, die im Vorfeld gesamtdeutscher Wahlen für unumstößliche Tatsachen sorgt.

Was sich da gegenwärtig vollzieht, haben die friedlichen Revolutionen in der DDR und den anderen Ländern Mittel- und Osteuropas nicht angestrebt und in keiner Weise legitimiert.

Herr Wörner sieht es anders

Gerade zum rechten Zeitpunkt wurde Manfred Wörner — Generalsekretär der NATO — zu Wort gebeten. In seinem Gespräch mit einer Gruppe von DDR-Journalisten im Brüsseler Hauptquartier

der Nordatlantischen Allianz (3) stellte er wieder einmal sein sprichwörtliches Stehvermögen unter Beweis, sofern es um einen Sicherheitsbeitrag der NATO (und auch der WEU) für heutige und künftige Entwicklungen geht.

Was liegt nun näher, als sich mit Herrn Wörners Gedankengängen und denen anderer Strategen aus seinem Dunstkreis auseinanderzusetzen, um den einen oder anderen Aspekt deutscher und atlantischer Sicherheitspolitik im Einigungsprozeß beleuchten zu können?

Das Feindbild ist weg. Was tut die NATO laut Wörner nun? Sie ist dabei, und das braucht wohl auch seine Zeit, ein neues Europa auf neuen Strukturen aufzubauen. Sie will „auf dem Feld der Abrüstung . . . neue Initiativen vorbereiten (welche alten hat sie vorzuweisen?)“. Sie ist „rein militärisch dabei, (die) Strategie umzustellen, etwa die Vorverteidigung aufzugeben und auch den Nuklearwaffen eine andere Rolle beizumessen.“ Der klare Verzicht auf den atomaren Erstschatz wird nicht definiert.

„Ein neutrales Deutschland wäre ein schlimmer Rückfall in alle Sünden der Vergangenheit. Die Zukunft liegt nicht in der Renationalisierung, sondern in der Zusammenarbeit. Deutschland neutralisieren hieße, es zwischen die Stühle zu setzen, die Struktur zu zerbrechen, auf der sich Sicherheit und Freiheit und Prosperität Europas gründet. Nicht einmal die Sowjets haben darauf bestanden. Wie sollten wir das, was die Sowjets akzeptiert haben, in Frage stellen?“

Das ist natürlich ein hervorragendes Argument, mit dem sich manche Frage von selbst zu erledigen scheint. Also läßt man sich erst einmal Zeit und sucht nach Varianten, um aus der neuen Konstellation den größten Vorteil zu ziehen.

Ohne große Öffentlichkeit wird indessen daran gegangen, die gemeinsamen deutschen Streitkräfte zu formieren. Zu deren künftigen Profil werden Vorstellungen unterbreitet, die zur Polemik herausfordern.

So äußerte sich jüngst Ex-General Schmücke, ehemals stellvertretender NATO-Oberbefehlshaber Europa, daß er für die Dreiteilung in eine Wehrpflichtarmee, eine Eingreiftruppe aus Berufssoldaten für Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes und eine Einheit für Umwelt- und Katastrophenfälle plädiere. Entsprechend seinen Vorstellungen solle die Eingreiftruppe um die 50000

Mann aus Armee, Luftwaffe und Marine umfassen und Teil eines NATO-Kommandos sein.

Hier ist nicht wenig Zündstoff angehäuft.

Das beginnt bei der Wehrpflicht, die nun zwar verkürzt ist, jedoch noch lange nicht außerhalb der Diskussion sein dürfte. Es liegt auf der Hand, daß schon die zu erreichende Personalstärke von 370000 Aktiven keine Zwangsrekrutierung mehr erfordert. An ihre Stelle sollte das Freiwilligkeitsprinzip treten, das den wehrfähigen Bürgern das Recht einräumt, Dienst für die Verteidigung des Staates zu leisten. Fest steht doch, daß mit der Begrenzung der Personalstärke trotz verkürzter Wehrpflicht nur ein Teil der zur Verfügung stehenden Jahrgänge gezogen werden kann. Damit sind Wehrpflicht und Wehrgerechtigkeit nicht auch nur annähernd in Übereinstimmung zu bringen. Für eine mit einem klaren Friedensauftrag versehene deutsche Armee dürften sich in einer demokratischen, verteidigungswürdigen Republik genügend Motive finden lassen, um die notwendige Anzahl von Staatsbürgern für einen freiwilligen Dienst zu gewinnen.

Um den Überschuß an jungen Männern, die nicht zum Bund gezogen werden, zu kompensieren, geistert die Idee eines „Pflichtjahres“ durch Hirne und Zeitungsspalten, die in gewissem Maße auch Berührungspunkte mit dem Konzept der Katastrophentruppe aufweist.

Welche Demokratieauffassung sich dahinter verbirgt, macht wohl bestens der historische Bezug zum Reichsarbeitsdienst des Dritten Reiches deutlich. Es hat den Anschein, daß eine solche Variante manchem Politiker willkommen wäre, Versäumtes durch billige und universal einsetzbare Arbeitskräfte ausbügeln zu lassen, und schließlich wäre es uneffektiv und unmoralisch, daß der Staat Bürger dienstverpflichtet und damit Arbeitsplätze zwangsbelegt, während Hunderttausenden ein Arbeitsplatz versagt bleibt.

Ein letzter, jedoch nicht minder bedeutsamer Aspekt wäre die Frage der Gleichstellung und Gleichbehandlung der Geschlechter. Auch noch ein Pflichtjahr für Frauen als Zugabe, oder . . . ?

Ein besonders heißes Kapitel wird einmal mehr mit der Forderung nach einer „Eingreiftruppe für Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes“ angerissen.

Es steht gerade in der Gegenwart in unmittelbarem Kontext zu den Diskussionen um den Einsatz deutscher Flot-

teineinheiten im Golf-Konflikt. Aus mancher Stellungnahme klingt die rigorose Forderung nach der Erweiterung der Möglichkeiten zum Truppeneinsatz über den Art. 87a Abs. 2 des Grundgesetzes hinaus, in anderen wird versucht, eine Rechtmäßigkeit durch die Hintertür herbeizureden, und Bundeskanzler Kohl bringt schließlich alles auf den Punkt: das gesamtdeutsche Parlament möge die Verfassung derart ändern, daß ausdrückliche Ermächtigungen für den Einsatz der Bundeswehr in solchen Situationen erteilt werden.

Auch dazu Herr Wörner: „Schlichtweg — es wird keinen Einsatz der NATO als solcher außerhalb ihres Bündnisgebietes in der derzeitigen Situation geben. Ob künftig deutsche Truppen außerhalb des Bündnisgebietes eingesetzt werden und in welchem Zusammenhang, ist eine Entscheidung, die nicht die NATO trifft, sondern die Deutschen selbst.“

Indem Saddam Hussein die Welt derart provozierte, brachte er auch die beiden Großmächte in Zugzwang, sich zu positionieren. Angesichts der massiven Herausforderung demonstrierten Bush und Gorbatschow unmißverständlich, wie sie in einer sich rasant verändernden Welt die Rolle als „Ordnungsmächte“ neu definieren. Den Vereinten Nationen gestehen sie dabei die entscheidende Rolle zu. Und in einer solchen Phase werden Stimmen nach einer Eingreiftruppe laut, die deutsche oder NATO-Interessen primärfunktional bedienen soll. Das paßt wohl nicht recht in die Zeit, denn einer Mitwirkung deutscher Kontingente im Rahmen von UNO-Sicherheitskräften mit dem Votum der Völker steht nichts im Wege. Für eine Änderung des Grundgesetzes oder die Aufstellung derartiger Einsatzkräfte in einer neuen deutschen Armee besteht kein Handlungsbedarf.

Es sei denn, Deutschland will sich nicht nur als wirtschaftliche Großmacht profilieren, sondern auch seine militärische Position entschieden ausbauen. So könnte sich die bisher vorgegebene Bedrohung in ihr Gegenteil umkehren. Dazu kommt, daß „außerhalb des NATO-Bereichs“ nicht nur den Osten impliziert. Wird da vielleicht Stoßrichtung Süden ins Auge gefaßt?

Man kann solche Aspekte nicht einfach hinwegschieben, die geschichtliche Entwicklung hat dazu Zeichen gesetzt, die nicht übergangen werden dürfen.

Man sollte sich daran erinnern, welche Bewertung die sogenannten „Militäreinsätze im Rahmen des proletari-

schen Internationalismus“ in der Weltöffentlichkeit und auch in der offiziellen Politik der Bundesrepublik erfahren haben. Die Intervention des Warschauer Vertrages in der Tschechoslowakei, der Einmarsch in Afghanistan oder auch die Rolle Cubas im südlichen Afrika haben genügend Stoff bis in die jüngste Zeit geliefert.

Ähnliche Aktionen von deutscher oder NATO-Seite im Nahen Osten wie auch in anderen Regionen der Welt waren ein Rückgriff auf Mittel, die als untauglich erklärt weltweit abgelehnt wurden und werden.

Nicht nur am Rande wird es in der Bundesrepublik Deutschland zugleich notwendig, auch in anderen Dimensionen über eine besonders unrühmliche Art „internationalistischer Hilfe“ nachzudenken. Die MBB-Affäre im Zusammenhang mit der Lieferung von Kampfhubschraubern und Ersatzteilen an den Irak und der immer wieder aufflackernde U-Boot-Skandal sind nur zwei Glieder einer unheilvollen Kette, mit der Westdeutschlands Militär-Industrie-Komplex seit Jahren für internationale Aufsehen sorgt. Dieser Art Weltaufmerksamkeit bedarf der neue deutsche Staat wohl keinesfalls.

Was er braucht, ist das Vertrauen der Völker Europas und der Welt. Man hat es ihm im voraus als Kredit gewährt, in der Hoffnung, daß die Deutschen aus der Geschichte ernste und tragfähige Schlüsse gezogen haben.

Wie Herr Wörner das einordnet, läßt noch einiges offen: „Natürlich hat die Gefahr militärischer Konfrontation in Europa drastisch abgenommen, natürlich ist die unmittelbare Bedrohung durch den Warschauer Vertrag oder die Sowjetunion selbst im Augenblick nicht existent. Nur, niemand weiß, was morgen und übermorgen sein wird . . .“

Mit einem solchen Herangehen wird den Forderungen nach konsequenter Abrüstung in Richtung einer Abschaffung der Streitkräfte der NATO und somit auch der Bundeswehr erneut ein Riegel vorgeschoben. Das kann nicht widerspruchsfrei hingenommen werden.

Hier eingeschlossen sind auch notwendige Konsequenzen im Zusammenhang mit der Modernisierung der Kampftechnik und Führungssysteme. Die Konzentration der Auseinandersetzung auf den „Jäger 90“ überdeckt die Sicht auf einen ganzen Komplex anderer Vorhaben, die trotz Personalabbau eine wesentliche qualitative Anhebung der Schlagkraft deutscher Streitkräfte bedeuten. (Fortsetzung Seite 3)

ERNK-Erklärung . . .

durchgeführt, neue Wehrpflichtige werden eingezogen, die Reservisten werden in Bereitschaft gehalten. Aus Vertretern der Regierung und des Oberkommandos der Armee ist ein Kriegsstab eingerichtet worden. Die faschistischen türkischen Generäle und Politiker sind schon jetzt im Siegesgeheul, als wenn sie Mossul und Kerkuk, die reichen Erdölgebiete schon erobert und schon gesiegt hätten. Die türkische Regierung hat sich vom Parlament eine „Kriegsvollmacht“ ausstellen lassen. Die türkische Presse provoziert die Bevölkerung mit Propaganda aus dem Amt für spezielle Kriegsführung und bereitet das Volk auf den Krieg vor.

In diesem Krieg hat der türkische Staat nur ein Ziel. Dieses Ziel ist, Süd-Kurdistan zu besetzen und den nationalen Unabhängigkeitskampf zu zerschlagen. Der türkische Staat möchte mit diesem Krieg seinen ewigen Traum verwirklichen, das Gebiet von Mossul und Kerkuk zu okkupieren, das er bis heute als Teil seines nationalen Gebietes betrachtet, und mit Hilfe des Krieges die nationalen und gesellschaftlichen Widersprüche zu ersticken und Kurdistan allein zu beherrschen.

Mit diesem Ziel hat der türkische Staat schon im April d. J. die Verfügung mit Gesetzeskraft Nr. 413 verkündet. Seit Juli ist die türkische Armee in Kurdistan in ständiger Operation. In Sirmak, Erüh, Uludere, Beytüşebap, Cukurca, Semdinli, Silopi und Catak werden Dörfer entvölkert und dem Erdboden gleichgemacht. Berge und bewaldete Gebiete werden bombardiert und abgebrannt. Gegen umzingelte Guerillagruppen werden chemische Waffen eingesetzt. Ganze Gruppen unschuldiger Bauern werden massakriert. Die Hälfte von Kurdistan ist zum Kriegsgebiet, zur verbotenen Zone erklärt worden. Verstärkte türkische Armee-Einheiten werden mit Geschützen ausgerüstet und in ständiger

Bewegung gehalten.

Die Interessen der Völker in der Region liegen im Widerstand gegen die imperialistische Okkupation und den reaktionären Krieg und in der Solidarität der Völker und dem gemeinsamen Widerstand!

Die Völker in der Region sind zum ersten Mal in ihrer Geschichte einer derartigen, Gefahr und Zerstörung bringenden Kriegsgefahr ausgesetzt. In diesem Krieg ist der Platz der Völker der Region weder an der Seite der imperialistischen Besatzer noch an der Seite der Saddam-Diktatur.

Wir müssen als Völker der Region zeigen, daß wir die imperialistischen Besatzer, die uns nichts weiter als Zerstörung, Schmerz und Sklaverei bringen werden, nicht akzeptieren.

Als Völker und revolutionär-patriotische Kräfte gibt es für uns nur einen Weg: Lassen wir nicht zu, daß die Imperialisten unsere Länder mit ihren schmutzigen Stiefeln beschmutzen. Erheben wir uns zum Widerstand gegen die Marionetten-Regime und imperialistischen Kräfte, die der imperialistischen Okkupation in der Region den Boden bereitet haben und uns zum Joch geworden sind. Vereinigen wir unsere Kräfte in diesem Widerstand. Wir müssen mit Widerstand und Volksrevolutionen für die Errichtung unserer eigenen Herrschaft in unseren Ländern kämpfen. Nur auf diese Weise können wir unsere Region vor imperialistischer Besatzung und reaktionären Kriegen schützen und einen Mittleren Osten schaffen, in dem Brüderlichkeit und Frieden Wirklichkeit sind.

Brudervolk der Türkei, Werktätige und revolutionär-demokratische Kräfte!

Der türkische Staat, der auch dein Blut aussaugt, dich unter faschistischer Repression hält, zieht dich in einen Krieg, der dir nur Zerstörung bringt. Vielleicht

gefallen einigen die Kriegsrufe der faschistischen Generäle, der Politiker und der Presse. Aber für dich kann dieser Krieg für die Interessen der Imperialisten und gegen die Völker der Region keinen Nutzen haben. Dieser Krieg, der für kolonialistische Ziele geführt wird, kann dir nur noch mehr Hunger und Tod und deinem Land nur Zerstörung bringen. Fallt nicht auf die kolonialfaschistische Propaganda herein. Wendet euch gegen den Krieg, unterstützt die Stimmen gegen den Krieg, stärkt die Antikriegsbewegung. Stellt euch gegen die Zerstörungen durch die kolonialistische Armee in Kurdistan und gegen die Okkupationspläne für Süd-Kurdistan. Unterstützt den Widerstand eurer kurdischen Schwestern und Brüder. **Revolutionäre und demokratische Kräfte der Türkei!**

Die Befreiung des Volkes von der chauvinistischen Kriegspropaganda und Organisation der Antikriegsbewegung ist eure Aufgabe. Vergeßt nicht, daß eines der Ziele der Kriegsvorbereitungen des türkischen Staates die Zerschlagung der revolutionär-demokratischen Bewegung der Türkei ist. Ihr tragt eine historische Verantwortung. Nur mit einem militanten Widerstand könnt ihr das Kriegsgeschrei der kolonial-faschistischen Bourgeoisie ersticken und die Offensive im Kampf für die Volksrevolution beginnen. Dafür ist eine eurer Hauptaufgaben die Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes des Volkes von Kurdistan, wo sich der Krieg konzentriert, und eine organisierte Kampfsolidarität mit ihm.

An alle sozialistischen, demokratischen und Anti-Kriegs-Kräfte in den imperialistischen Staaten!

Es kann keinen legitimen Grund für die Intervention eurer imperialistischen Regierungen in unseren Ländern geben. Sie haben nur ein Ziel, unsere Länder, unsere Reichtümer und unsere Menschen zu beherrschen. Die imperialistischen Regierungen sind die Hauptver-

antwortlichen für die Armut, den kolonialistischen Status quo und die Situation des permanenten Krieges im Mittleren Osten.

Fallt nicht auf die Demagogien der imperialistischen Regierungen herein. Denunziert ihre Morde an den Völkern der Region und die neuen Okkupationspläne und stellt euch gegen sie. Während eure Regime andere Völker massakrieren, könnt ihr nicht davon reden, daß ihr lebt. Denkt an die Geschichte. Der Imperialismus, der andere Völker massakriert, wird am Ende gegen euch vorgehen.

Eine eurer Hauptaufgaben muß es sein, sich gegen die imperialistische Okkupation des Mittleren Ostens und die reaktionären Kriege zu stellen und die Kämpfe der Völker der Region für ihre eigene Herrschaft in ihren Ländern zu unterstützen und euch mit diesen Kämpfen zu solidarisieren.

Patriotisches Volk von Kurdistan! Der faschistische türkische Kolonialismus steckt in den Vorbereitungen eines Krieges, den er jedem Augenblick beginnen kann. Beide Seiten dieses Krieges sind die Staaten Irak und Türkei, die dich kolonialisieren. Das Ziel dieses Krieges ist die Herrschaft über Kurdistan, um den Ruf nach Freiheit für unser Volk zu ersticken. Der Schauplatz dieses Krieges wird Kurdistan sein, und in diesem Krieg werden kurdische Menschen als Material eingesetzt werden. Unsere Feinde ziehen schon jetzt im Norden und Süden unseres Landes Kräfte zusammen. Beide Seiten stellen unsere Jugendlichen unter Waffen, um sie in den ersten Reihen in diesen Krieg zu führen. Unsere Dörfer werden entvölkert, unsere Berge und Wälder werden abgebrannt.

Arbeiter, Bauern, Intellektuelle, Jugendliche, Frauen, Händler, Gläubige, alle Patrioten Kurdistans!

Unsere kolonialistischen Feinde können uns nicht damit betrügen, daß sie die

Religion benutzen. Denn beide Seiten klammern sich an die Waffe des Islam und wollen Euch erdrosseln.

Laßt uns gemeinsam als Volk gegen die imperialistische Okkupation, die Herrschaft der kolonialistischen Kräfte in unserem Land und den neuen Aufteilungskrieg Widerstand leisten.

Verweigern wir den Militärdienst in den kolonialistischen Armeen, desertieren wir, überzeugen wir unsere Kinder. Ehemänner und Brüder davon, von der kolonialistischen Armee zu desertieren.

Wenden wir uns als Menschen aus Kurdistan in Europa mit Flugblättern, Protesten, Demonstrationen und Kundgebungen gegen den kolonialistischen Krieg.

In diesem Kampf werden nur die organisierten und Widerstand leistenden Kräfte siegen. Vereinigen wir uns aus diesem Grund in unserer Nationalen Befreiungsfront, der ERNK, schließen wir uns der Volksbefreiungsarmee, der ARGK, an.

Der Weg, den die PKK aufzeigt, ist der Weg der Freiheit für die Völker des Mittleren Ostens. Laßt uns mit dem nationalen Widerstand, den wir auf diesem Weg leisten, zum Vorbild für die Völker in der Region werden, veranlassen wir auch sie zum Widerstand.

Laßt uns als Volk unsere organisierten Kräfte stärken. Entwickeln wir unseren nationalen Befreiungskampf zum Aufstand für ein freies und unabhängiges Kurdistan und vereiteln wir so den imperialistisch-kolonialistischen Krieg!

Nieder mit dem imperialistischen und kolonialistischen Krieg!

Nieder mit dem faschistischen türkischen und irakischen Kolonialismus! Es lebe die Brüderlichkeit und der gemeinsame Widerstand der Völker des Mittleren Ostens!

Es lebe die PKK — ERNK — ARGK!

15. August 1990
Europavertretung der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)

Deutschland einig NATO-Land . . .

wirken könnten und aus denen der Militär-Industrie-Komplex weiter seinen Profit zu ziehen gedenkt. Für das Heer stehen die weitere Ausstattung mit dem Artillerie-Raketensystem MARS, die Übernahme der Panzerhaubitze 155-1 und die Umrüstung auf den Panzerabwehrhubschrauber PAH-2. Längerfristige Vorhaben sind konzipiert.

Für die Bundesluftwaffe geht es nicht nur um den „Jäger 90“, der als moderner Hochleistungsjäger mit der Fähigkeit zur gleichzeitigen Bekämpfung mehrerer Ziele das künftige Profil bestimmen soll. Als zwischenzeitliche Bedarfslücke wurde die Notwendigkeit postuliert, den mit der TORNADO-Beschaffung im Luftangriff erreichten hohen Leistungsstand durch Munition der 3. Generation noch wesentlich anzuheben.

Damit die Bundesmarine nicht zu kurz kommt, hat auch sie ihren Bedarf nach neuen U-Booten, Fregatten mit Bordhubschraubern sowie modernen Aufklärungs- und Jagdflugzeugen längst geltend gemacht.

Eine Einstellung dieser und anderer Rüstungsvorhaben ist nicht angekündigt, ebenso wie der Verzicht auf die Entwicklung der NATO-Abstandswaffen nicht ausgesprochen wurde.

Wie sagte Herr Wörner doch gleich?

„Nur, niemand weiß, was morgen und übermorgen sein wird.“ Also rüsten Deutschland und die NATO erst einmal weiter. Im Verschleudern von Milliarden, die seit jeder dem Steuerzahler aus der Tasche gezogen wurden, ist man bestens geübt.

Fazit Nummer zwei. Der Militarismus als Kultur der rohen Gewalt, wie ihn Wilhelm Liebknecht vor fast 120 Jahren bereits charakterisierte, ist nicht bereit, das Feld zu räumen. Mit einem neuen Denken im militärpolitischen Bereich wird wohl auch im vergrößerten NATO-Deutschland nicht zu rechnen sein. Man lebt sich in eine neue Weltmachtrolle hinein, die erschreckenderweise selbst durch Teile der Sozialdemokratie und der Grünen mitgetragen wird.

Das Nachdenken über zeitgemäße militärische Prinzipien hat noch nicht einmal richtig begonnen, „Vorneverteidigung“, basierend auf starken Anfangsschlägen, mit denen der Krieg sofort auf das Territorium der Gegenseite getragen werden soll, bleibt vorerst bestimmend. Die laufenden Rüstungsvorhaben sind darauf gerichtet, dieses oder ähnliche Konzepte auch weiter zu unterlegen.

Mit der Richtung auf Sicherung billiger Rohstoffe, ergiebiger Märkte und der Allgegenwart deutschen Kapitals werden die alten Ziele sichtbar.

Vom Ost-West-Konflikt nicht mehr belastet, bleibt trotzdem die Devise: Deutschland — starkes NATO-Land.

Die alte neue deutsche Armee

„Es ist vorstellbar, daß Deutschland de jure der NATO angehören kann, daß aber auf dem Gebiet zwischen Oder und Elbe weder ein NATO-Soldat noch ein Bundeswehrosoldat stehen kann, daß es also auf dem Gelände der DDR oder dann der ehemaligen DDR eine Nationale Volksarmee gibt, für meine Vorstellungen solange, wie es in Europa zwei unterschiedliche Bündnisse gibt, und nicht nur ein Sicherheitssystem.“ (4)

Mit diesem und in der Folge einer Vielzahl ähnlich klingender Sprüche führte sich der Ex-Pfarrer, frühere Wehrdienstverweigerer und, neuesten Anschuldigungen zufolge, auch ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit Rainer Eppelmann im April 1990 als Minister für Abrüstung und Verteidigung im Not- und Übergabe-Kabinett der Ostberliner großen Koalition ein.

Vom General bis zum Rekruten versprach er Fürsorge und Verständnis, weckte Hoffnungen und Zuversicht für die Zukunft der NVA und ihrer Angehörigen. Als es um die Wehrpflicht ging, erfuhr er, der anstelle der Kaserne eine Gefängniszelle vorzog, eine seltsame Sinneswandlung und verteidigte sie als Form der Demokratieausübung.

Ansonsten hat Herr Eppelmann weder etwas verteidigt noch abgerüstet.

Zunehmend klang die Diktion des Bundesverteidigungsministeriums durch, und was er am Tage der Einverleibung der DDR hinterlassen wird, ist bedenklich. Es ist eine arg gebeutelte Schar restlicher NVA-Soldaten, die fast orientierungslos der Dinge harren, die da kommen werden. Mehr Verängstigung als preußisches Trutzgehaben.

weniger gültige als außer Kraft gesetzte Vorschriften, in Vielem auch äußerlich des gewohnten Bildes beraubt.

In den Objekten der NVA befindet sich eine Waffenmenge unvorstellbaren Ausmaßes. Waffen und Gerät der NVA, ihrer Mobilisierungsreserven, der Grenzschutztruppen, der Staatssicherheit und der Kampfgruppen wurden hier eingelagert. Die etwa 500 000 Tonnen Munition und Sprengstoffe besitzen die Sprengkraft mehrerer Atombomben. Während man heute Mühe hat, die Kasernen, Parks und Lager auch nur notdürftig zu bewachen, liegen Stapel von Entlassungsgesuchen in den Personalstellen. Die auf der Grundlage bundesdeutschen Rechts in Erwägung gezogene Abschaltung der Hochspannungszäune um die Großlager am 2. Oktober würde einen sofortigen Mehrbedarf von 5000 Bewachungskräften erfordern.

Herr Eppelmann hat sie nicht und wird sie auch schwerlich bekommen.

Ordnet man die DDR-Armee in den Gesamtprozeß des Zusammenwachsens der deutschen Einheit ein, so ist ihr nichts wesentlich anderes widerfahren, als es zum Beispiel für die Industrie oder das Bildungswesen zutrifft.

der jede Diskriminierung ablehnt, der sagt, daß die Leute in der NVA die gleichen Chancen haben müssen.“ (5)

Wie „gleich“ diese Chancen sind, zeigten die nächsten Tage und Wochen. Auf sehr ernüchternde Weise.

Mit den Ministerbefehlen 26 und 28 kam der Radikalerlaß: alle ehemaligen Angehörigen der Politorgane wurden, teilweise ohne jegliche soziale Absicherung, auf die Straße gesetzt. Die Altersgruppe über 55 Jahre erhielt den Abschied in den Vorruhestand zu Bedingungen, die im deutsch-deutschen Vergleich ebenso lächerlich wie zugleich traurig anmuten.

Für weiteren Diskussionsstoff sorgt die Anlage 15 zum Einigungsvertrag, die das ostdeutsche Militär schließlich voll in das Abseits stellt. Wenn auch Minister Stoltenberg in diesem Zusammenhang von „sozialverträglichen Regelungen“ sprach, in der Praxis sieht es anders aus. So werden im Zusammenhang mit der Übernahme von Berufssoldaten in die Bundeswehr die §§ 9, 27 und 30 Soldatengesetz außer Kraft gesetzt. Die damit festgeschriebene Ausgrenzung und Diskriminierung der Betroffenen bedeutet, daß sie — mit einem neu festzulegenden Dienstgrad,

Bundeswehr und NVA gehörten seit ihrer Entstehung zwei grundverschiedenen Lagern an, waren Weltanschauungsarmeen und teilweise diametral entgegengesetzten Traditionen verpflichtet. Vorgebliche „Überparteilichkeit“ der einen (das stimmt, sofern das Kapital tatsächlich keine Partei ist) und das Einschwenken auf die SED als „Kraft und Quell der Sieghaftigkeit“ der anderen Armee prägten die Widersprüche entscheidend. Das unabdingbare Bekenntnis zum Atlantischen Bündnis und die Positionierung im Warschauer Vertrag unter der Losung „Von der Sowjetarmee lernen, heißt siegen lernen!“ bestimmte die Entwicklung der jeweiligen Armee.

Wenn man die Art und Weise der Liquidierung der NVA der DDR verfolgt, drängt sich der Eindruck auf, daß hier das alte Feindbild auf Seiten derer nachwirkt, die ihr nunmehr den Todesstoß versetzen.

Für eine, wenn auch nicht öffentlich eingeklagte Mitschuld an der gescheiterten SED-Politik werden Rechnungen beglichen.

Das geschieht beileibe nicht nur in Form personeller Konsequenzen. Bereits seit Wochen inspizieren Expertengruppen der Bundeswehr NVA-Objekte, um deren künftige Verwendung festzulegen, erfassen Bestände an Militärtechnik und Bewaffnung, die man später noch gebrauchen kann. Allein die letzte Position bezifferte Egon Bahr kürzlich auf eine Größenordnung von etwa 90 Milliarden DM, nicht einbezogen die Liegenschaften, Gebäude, technischen Anlagen und Infrastruktur.

Dies alles wurde mit den Steuergroschen der wahrhaftig nicht mit Reichtum gesegneten DDR-Bevölkerung finanziert. Nun wird es ohne Berücksichtigung der Interessenlage der ohnehin vom ersten Tag am Tropf hängenden künftigen neuen Bundesländer und finanziell ausgebluteten Kommunen zentralistisch beschlagnahmt.

Für den Fall, daß einer, wenn auch nur zeitweiligen zivilen Nutzung zugestimmt wird, sind astronomische Nutzungsentgelte angesagt.

Die Einteilung der Deutschen in solche 1. und 2. Klasse wird wohl in allen Bereichen, das Militär mit an vorderster Stelle, erst jetzt richtig beginnen. Wie skandierten die „Spätrevolutionäre“ um die Jahreswende? „Wir sind ein Volk!“

Wenn man nur genau wüßte, was die gemeint haben. Heute will es keiner gewesen sein.

Bleibt die Frage, was aus der bisherigen NVA unter künftigem Bundeswehrebefehl werden soll. Die offiziöse Argumentation dazu klingt, als ginge es um einen Ableger der Heilsarmee. Allein der damit verbundene Begriff „Territorialkommando Ost“ läßt Zweifel aufkommen. Sicher, es sollen Territorialstreitkräfte sein, die unter nationalem Befehl stehen und nicht in die NATO eingebunden sind. Um aber die Rolle dieser Kommandos zu definieren, muß man schon etwas weiter zurückblättern.

„Die Sicherung der Operationsfreiheit der unter NATO-Oberbefehl stehenden deutschen und verbündeten Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland ist vor allem Aufgabe der unter nationalem Befehl verbleibenden Kräfte des Territorialheeres. Dazu schützt das Territorialheer Räume und Objekte im rückwärtigen Gebiet, unterstützt Bewegungen über Gewässer, beteiligt sich an der Schadens- und Kampfmittelbeseitigung, übernimmt ABC-Abwehraufgaben und leistet Unterstützung für Verkehrs- und Transportaufgaben. Hinzu kommen Aufgaben der zivil-militärischen Zusammenarbeit, der psychologischen Verteidigung und des Sperrereinsatzes.“ (6)

Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als eine Verstärkung der operativen Reserven der NATO-Angriffsgruppierungen, um die nötige Überlegenheit an Truppen und Material als eine erstrangige Vorbedingung für den Erfolg der „Vorneverteidigung“ zu sichern.

Dem neuen Ostkommando sind noch einige Besonderheiten zugesprochen. So soll sein Auftrag — hauptsächlich auf den Schutz des Territoriums Ostdeutschlands bezogen — jederzeit verifizierbar sein, ebenso wie die entsprechende Struktur, Ausrüstung und Ausbildung. Ihm könnte im Auftrag der deutschen Regierung die Rolle eines Vermittlers zwischen der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte und den NATO-Streitkräfte-Kontingenten in Deutschland zukommen. Deutsche Standortkommandanturen als Organe des Kommandos sollen der Kontrolle

und Koordinierung der getroffenen Vereinbarungen zwischen der deutschen Regierung und der Regierung der UdSSR bezüglich der Westgruppe dienen.

Der ehemalige Verbündete, per Dekret zum Widersacher gewandelt, macht die Drecksarbeit und reglementiert den vielleicht neuen Feind.

Das war es wohl mit der NVA, die jetzt Bundeswehr wird. Die neue Uniform überdeckt trotzdem nicht alles.

Und noch ein Fazit. Bei allen „Altlasten“ hatte die Nationale Volksarmee der DDR auch manches Plus gegenüber der Bundeswehr. Bei aller Parteihörigkeit konnte in ihren Reihen jeder Staatsbürger ohne den Gewissenszwang Dienst tun, gegen seine eigenen Mitbürger vorgehen zu müssen.

Diese Armee hat sich nie in die geistige Nachfolge derer gestellt, die im Namen des deutschen Nationalstaates zwei Weltkriege anzettelten und schließlich verloren.

Nach der Wende zog in die Kasernen eine Demokratisierung ein, die der bis dahin geübten Ästhetik des Stückschritts völlig entgegengesetzt war. Mitbestimmung in Soldatenräten, streitbare Entscheidungsfindungen im „Rat der Kommandeure“ und Offenheit in Auseinandersetzungen ohne Reglementierungen einer Partei wurden Normalität.

All das paßt nicht in das Konzept der Bundeswehr.

Die neue deutsche Armee kann und darf nur die alte sein. Deshalb eine absolute Dominanz der Bundeswehr mit einem Ost-Ableger, der absolut kontrolliert und angepaßt wird, der trotz nomineller nationaler Unterstellung der NATO zugehörig ist und dem seine Herkunft absolut nichts mehr bedeuten darf.

Eine notwendige Nachbemerkung

Zu diesem Thema gibt es noch wesentlich mehr anzumerken. Die Zeit hat es mit sich gebracht, eine Zustandsbeschreibung vorzunehmen, ohne viel Platz für Wertungen zu lassen. Diese sind zu bedenken und zwingend nachzuerreichen.

Der Versuch, Fragen der Militär- und Sicherheitspolitik, die sich im Vereinigungstaumel aus neuen Sichten stellen, hier anzureißen, sollte als solcher betrachtet werden. Es wäre jedoch anzustreben, daß es nicht nur bei diesem Ansatz bleibt. Eigene Meinungen und Beiträge sind gefragt.

- (1) „Warnung vor Militärputsch“, in: Thüringer Allgemeine (dpa), Erfurt, 14.9.1990, S. 8
 - (2) Lothar de Maizière, Fernsehen der DDR, 12.9.1990
 - (3) „Ein neutrales Deutschland wäre ein schlimmer Rückfall“, in: Neues Deutschland, 14. September 1990, S. 11
 - (4) „Rainer Eppelmann am 18. April 1990, dem Tag seiner Amtsübernahme vor Journalisten und Soldaten“, in: pro, Zeitschrift des Verbandes der Berufssoldaten, Nr. 2/90, S. 3
 - (5) Deutschland braucht keine fremden Streitkräfte auf seinem Boden, in: Neues Deutschland, 10.8.1990, S. 10
 - (6) Weißbuch 1985 — Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr, Bonn 1985, S. 80
- (gras, PDS)

Wehrwissenschaftliche Rundschau European Defence Review

Das Heer in einer Phase des Übergangs



Historische Chancen der Neugestaltung

von Generalleutnant Henning von Ondarza, Inspekteur des Heeres

Titelbild der „Europäischen Wehrkunde“ Nr. 7/90

Vor den Wahlen wurde versprochen (und gelogen), was das Zeug hielt, bis zur Währungsreform wurde hingehalten und seitdem wird ernst gemacht. Die Konkursmasse wird auf den billigsten Preis getrimmt, die Gläubiger sind sich ihrer Sache sicher. Alles verläuft nach dem gleichen Szenarium.

Wie die Bundeswehr hat auch die NVA in der Phase des kalten Krieges zur Friedenssicherung beigetragen. Unter harten Bedingungen und bei einer wesentlich bescheidenen Besoldung aller Dienstgrade gab es auch hier eine Anknüpfung an progressive deutsche Soldatentugenden. Als eine gut ausgebildete und modern ausgerüstete Armee stellte sie sich in der Zeit der Wende auf die Seite des Volkes und ermöglichte in wichtigem Maße die friedliche Revolution. Im Gegensatz zur Bundeswehr hatte sie keinen durch Notstandsgesetze begründeten inneren Auftrag und ließ sich in keiner Phase gegen das Volk mißbrauchen.

So war es nicht unverständlich, daß vor allem die Berufssoldaten auf eine entsprechende Loyalität im Verhältnis Bundeswehr-NVA rechneten.

Darin wurden sie auch durch Eppelmanns Berater von der bundesdeutschen Sozialdemokratie, Egon Bahr, bestärkt.

„Ich kann keinen Offizier der NVA eine Einheit der Bundeswehr kommandieren lassen und umgekehrt. Strukturen, Erfahrungen, Technik, Kenntnisse, Sprachkenntnisse sind zu unterschiedlich . . . Das bedeutet für mich praktisch, die heutige NVA so zu reformieren, daß sie ein uneingeschränkter, undiskriminierter, ein gleichberechtigter Partner der Bundeswehr sein muß.“ Und über den Zeitraum befragt: „Drei bis vier Jahre, d.h. den gleichen Zeitraum, den der Abzug der sowjetischen Streitkräfte verlangt.“ Zur Frage, ob ein Zusammenwachsen ohne eine Art Radikalerlaß gemeint sei: „Ich bin da einer Meinung mit Staatssekretär Wimmer,

- nach den Besoldungsrichtlinien der NVA (30-40 % der Bundeswehr),
- ohne Inanspruchnahme der versorgungsrechtlichen Leistungen der Bundeswehr
- sich nach zwei Jahren einem „unabhängigen“ Personalgutachterauschuss zu stellen haben, der dann über die weitere Verwendung (oder das Abschieben) entscheidet.

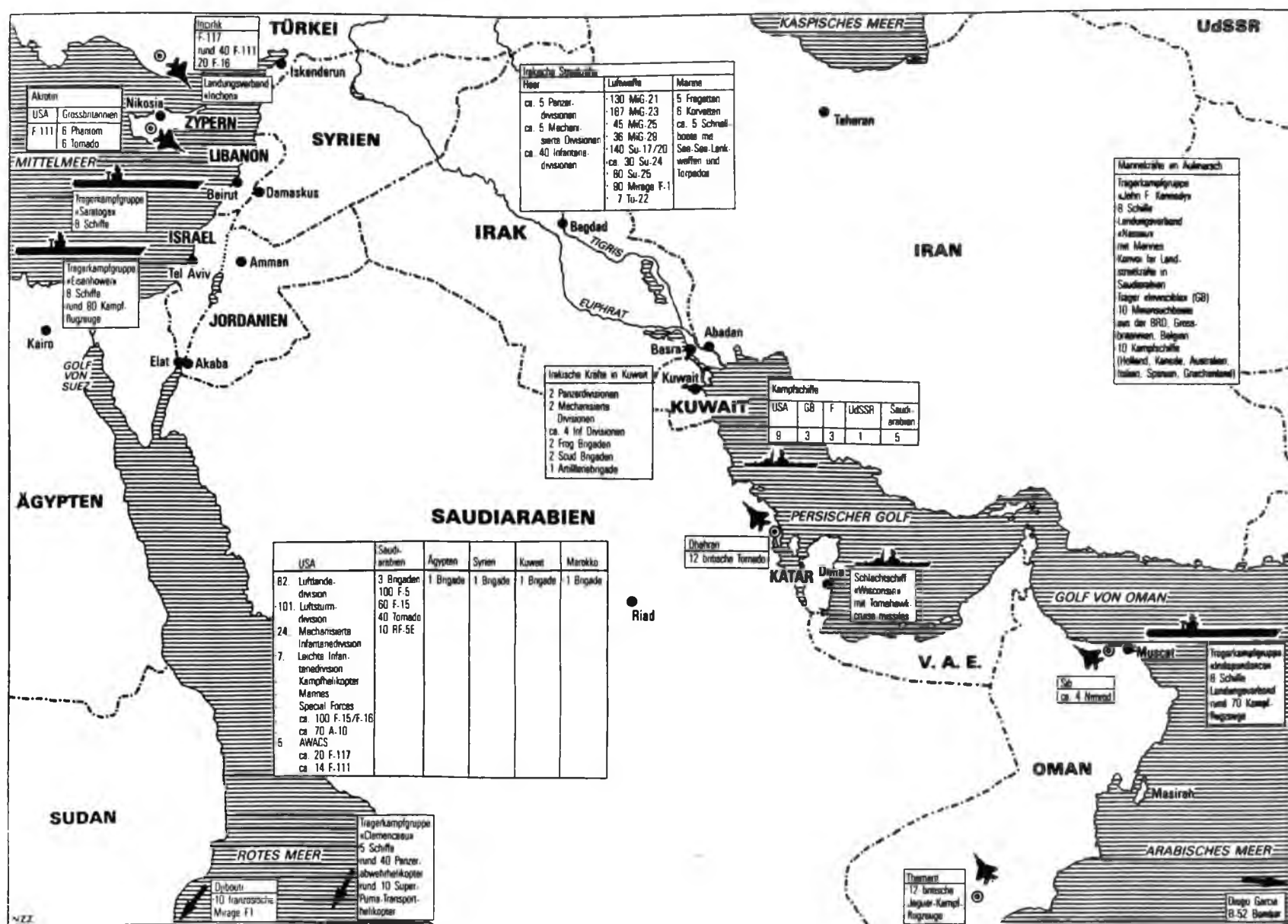
Völlig unklar bleiben Verfahrensregelungen zur Verwendung der Zivilbeschäftigten, zum Status und zur Versorgung der Reservisten und Soldaten a. D. Mit der altersmäßigen Begrenzung zur Übernahme in die Bundeswehr auf 40 Jahre und der Ablehnung zur Finanzierung von Umschulungen ist für einen großen Teil der Betroffenen die Arbeitslosigkeit vorprogrammiert.

Man könnte diese Aufzählung der Unterlassungen und Brückierungen in weit größerem Umfang fortsetzen. Doch die Beispiele genügen wohl, um auf den Kern der Sache zu kommen.

Im Gegensatz zu früheren blauäugigen Auffassungen wird all jenen, die Illusionen hegten, klargemacht, daß die neue deutsche Armee nichts anderes sein kann, als die alte deutsche Bundeswehr.

Die Gründe liegen auf der Hand. Eine Kompatibilität beider Armeen war von Grund auf auszuschließen, und der Mühe eines Zusammenwachsens nach dem Strickmuster von SPD-Bahr gedenkt man sich in Bonn keineswegs zu unterziehen. Im Spiel der Kräfte natürlich in über großem Vorteil, wird der eigene Faden fest gesponnen. Eine bereinigte Armee des ehemaligen feindlichen Lagers wird personell selektiv und materiell vollständig annektiert. Die Ursachen dieses rigorosen Vorgehens werden einzig und allein mit der Notwendigkeit der Gesamtreduzierung auf die bewußte Zahl 370 000 begründet. Das ist unverfänglich und legitimiert alles.

Um der Wahrheit willen sollte man doch etwas tiefer zu sehen versuchen.



Aufmarsch am Golf

Diskussionsbericht zur Situation in den arabischen Ländern

Der Einmarsch der irakischen Armee in Kuwait hat die bis dahin bestehenden politischen Bündnisse zwischen arabischen Ländern zerstört. Dieser Einmarsch stellt auch die Untersuchungen der imperialistischen Länder über die Zukunft ihrer Interessen in dieser Region auf eine Probe und schafft eine sehr gute Möglichkeit, ihre vorbereiteten Pläne in die Tat umzusetzen.

Nach der Neutralisierung der ägyptischen Armee durch das Abkommen von Camp David wurde die irakische Armee zur stärksten militärischen Kraft der arabischen Länder — besonders nach acht Jahren Krieg mit dem Iran. Die Imperialisten und Israel haben seit langem die irakische Armee als eine Gefahr für ihre Interessen angesehen. Z.B. bombardierten israelische Flugzeuge zu Beginn der achtziger Jahre das im Bau begriffene irakische Atomkraftwerk nahe Bagdad. Bereits Ende der 70er Jahre wurde bekannt, daß Israel selber über Atomwaffen verfügt. Für die Bevölkerung der arabischen Länder hat die irakische Armee die Bedeutung eines strategischen Faktors im zionistisch-arabischen Konflikt gewonnen.

Saddam Hussein hat die Besetzung Kuweits nach einem harten Krieg mit dem Iran als einen Spaziergang für seine Armee betrachtet, jedoch das Netz der Beziehungen zwischen den imperialistischen Ländern zu diesem Zeitpunkt und ihre Möglichkeiten zur Einflußnahme in den arabischen Ländern nicht beachtet. Die Imperialisten haben eine für sie einzigartige Situation genutzt für einen Militäraufmarsch zur Kontrolle der Ölquellen und konnten sich dafür sogar noch eine internationale Rückendeckung besorgen.

Die durch das Vorgehen Saddam Husseins ausgelöste Krise hat den arabischen Regierungen keine Möglichkeit gelassen, ihre Stellung in diesem Konflikt gegenüber ihrer Bevölkerung zu verschleiern. Für zwei Tage nach dem Einmarsch waren die Regierungen in den arabischen Ländern wie gelähmt. Am Ende dieser zwei Tage waren die vorsichtigen öffentlichen Reaktionen der arabischen Regierungen unterschiedlich. Mit der Entscheidung der USA zu militärischem Eingreifen ver-

stärkte sich der massive imperialistische Druck auf die arabischen Regierungen.

Ägypten

Der Hauptgrund für die ägyptische Parteinahme in diesem Konflikt auf der Seite der USA liegt in der wirtschaftlichen Krise. Durch diese Krise wird die Abhängigkeit von den USA verstärkt: z. B. 80 % des täglichen Verbrauchs von Weizen wird aus den USA importiert. Die Abhängigkeit von den USA zeigt sich auch in den bisherigen Versuchen der ägyptischen Regierung, Druck auf die Intifada und die PLO auszuüben, sich den israelisch-amerikanischen Forderungen zu unterwerfen als Bedingung für Frieden. Nach dem Einmarsch der irakischen Armee in Kuwait versuchte die ägyptische Regierung, ihre Loyalität zu den USA zu wahren, ohne die in den letzten sechs Jahren seit Camp David wieder verbesserten Beziehungen zu den arabischen Ländern zu gefährden. Aber schließlich mußte die ägyptische Regierung auf der Seite der USA ohne Einschränkung Position beziehen. Das war eine wichtige Flankensicherung für die Invasion in Saudi-Arabien.

In einem Kommentar der ägyptischen Regierungszeitung Al ahram wird diese Parteinahme gerechtfertigt: „Der Schlüssel für die Lösung liegt in den Händen von Bush.“

Jetzt zeigt sich die wirkliche Bedeutung der jährlich in den Wüsten Ägyptens stattfindenden gemeinsamen US-amerikanisch-ägyptischen Manöver. Die ägyptische Regierung hatte behauptet, sie würden zur Verstärkung der nationalen Sicherheit dienen. Die USA haben diese Übungen durchgeführt, um eigene Einsätze vorzubereiten und Ägypten in der Rolle des Hilfspolizisten auszubilden.

Der US-Botschafter in Kairo antwortete direkt: die USA würden sich um eine Regelung für die Zahlungsschwierigkeiten von Ägypten beim Internationalen Weltwährungsfond bemühen und eine Erleichterung des ägyptischen Schuldendienstes an die USA gewähren. Zuvor hatten die USA die wiederholten Bemühungen Ägyptens um eine Erleichterung seines Schuldendienstes stets zurückgewiesen. Dies hat die Situation Ägyptens weiter verschärft.

Saudi-Arabien

Die Reaktion der Herrschenden in Saudi-Arabien ist außer durch die Angst vor dem irakischen Regime bestimmt durch die Rolle Saudi-Arabiens in der arabischen Welt. Charakteristisch für diese Rolle ist die Bezeichnung der siebziger und achtziger Jahre als „saudi-arabische“ oder „Ölperiode“.

Diese „saudi-arabische Periode“ steht im Gegensatz zu insbesondere den Erfahrungen der sechziger Jahre: damals standen Widerstand gegen die USA und Israel im Zentrum der arabischen Politik. Auch Saudi-Arabien war unter dem Druck insbesondere der Politik Nassers gezwungen, diesen Widerstand zu unterstützen.

In den vergangenen zwanzig Jahren dagegen ist es der saudi-arabischen Politik gelungen, reaktionäre Bewegungen und Regimes in den arabischen Ländern zu stärken. Unterstützung erhielten z. B. die Moslem-Bruderschaften im arabischen Raum. Das Wirken der Moslem-Bruderschaften zielt darauf, den Islam als Lösung für alle Probleme zu erklären, besonders der wirtschaftlichen, kurz gesagt: materielle Not ist das Ergebnis der Entfernung vom Islam. International wurde das Interesse an einem Ausgleich mit den USA und Israel bestimmend.

Für diese Entwicklung des saudi-arabischen Einflusses sind Gründe zum einen der Ertrag der Ölquellen, zum anderen die Rolle Saudi-Arabiens für den Islam. Die heiligen Stätten dieser Religion liegen auf seinem Territorium und Saudi-Arabien gilt als Autorität in Bezug auf die Wahrung und Verkündung des Islam.

Aus dieser Position ergibt sich ein Unterschied zu der Situation des Kuwait. Die Herrschenden in Saudi-Arabien fürchten nicht den militärischen Angriff des Irak, sondern eine neue soziale Bewegung in den arabischen Ländern. Diese Bewegung würde unvermeidlich die Frage der gerechten Verteilung der Öleinnahmen stellen und insbesondere die Arbeiter in den arabischen Ländern auf den Plan rufen.

Diese Möglichkeit, daß die soziale Frage ins Zentrum der arabischen Politik gerät, verstärkt die Verbindung der

Herrschenden in Saudi-Arabien mit den USA für eine militärische Aktion gegen den Irak.

Jordanien

Jordanien ist dadurch bestimmt, nicht durch die gegeneinander wirkenden Mühlsteine zerrieben zu werden. Jordanien hat die Aktion des Irak nicht unterstützt, aber auch nicht verurteilt. Jordanien beteiligt sich nicht aktiv an der Blockade. König Hussein wünscht in jeder Situation „eine politische Lösung“. Die Gründe:

Die östliche Grenze teilt Jordanien mit dem Irak, die westliche mit Israel.

Irak liefert achtzig Prozent des jordanischen Ölbedarfs, kauft ein Viertel der jordanischen Exporte und unterstützt dessen militärische Ausbildung, z. B. die der Piloten. Die Unterbrechung der Beziehungen zwischen Jordanien und dem Irak hat über die wirtschaftlichen Probleme hinaus Unruhe in Jordanien zur Folge. Die Unterstützung für den irakischen Widerstand gegen die USA und Israel ist groß. Ende August haben sich bereits 80000 gemeldet, die bereit sind, als Freiwillige in die irakische Armee einzutreten. Hinzu kommt, daß ca. 60 % der Bevölkerung in Jordanien palästinensisch ist. Ihre Zukunft hängt ganz unmittelbar von der Stärke der anti-US und antizionistischen Politik in den arabischen Ländern ab.

Israel hat gedroht, auf das Auftreten auch nur eines einzigen irakischen Soldaten auf jordanischem Boden mit einer Besetzung Jordaniens zu antworten. Die Hoffnungen, die der jordanische König Hussein auf seine westlichen Freunde setzt, werden jedesmal dadurch zunichte, daß diese vollständig die Positionen Israels unterstützen.

Wie kann sich das Regime König Husseins halten zwischen seinem Alliierten (Irak), seinem Feinde (Israel), seinen westlichen Freunden (USA vor allen) und der Bevölkerung? Die Antwort hängt von der Kampfentwicklung ab.

Reaktionen in der arabischen Bevölkerung

Die Bevölkerung in Jemen, Jordanien und Palästina solidarisiert sich mit der irakischen Politik gegen die amerikanischen und westlichen Pläne zur Überwa-

chung und Kontrolle der Region durch den Aufmarsch in Saudi-Arabien und die Blockade Iraks. In der jemenitischen Hauptstadt Sanna haben mehrere Demonstrationen gegen den Aufmarsch imperialistischer Truppen und deren arabische Alliierte stattgefunden. Die Botschaftsgebäude von Saudi-Arabien und Ägypten wurden mit Steinen beworfen. Viele Freiwillige haben sich gemeldet, um im Irak gegen die imperialistische Aggression zu kämpfen.

In Jordanien, wo die islamische Bewegung eine Rolle spielt, wird der imperialistische Truppenaufmarsch an der Grenze zum Irak als neuer Kreuzzug gegen die Araber bewertet. Vertreter der islamischen Bewegung in Jordanien haben zum „heiligen Kampf“ gegen die ausländischen Aggressoren aufgerufen und dazu aufgefordert, die imperialistischen und zionistischen Agenten in den Regierungen zu bekämpfen (Ägypten, Saudi-Arabien, Kuwait und andere Golfstaaten). Außerdem haben die Vertreter der islamischen Bewegung die Bevölkerung in Jordanien aufgerufen, sich zum Guerilla-Kampf zu organisieren. Vor der Entscheidung der USA, militärisch zu intervenieren, befand sich die islamische Bewegung an der Seite Kuweits. Demonstrationen in verschiedenen Dörfern und Städten Jordaniens haben sich mit der irakischen Bevölkerung solidarisiert und das syrische Regime aufgefordert, den Irak zu unterstützen. Mit der Verstärkung der amerikanischen Truppen in der Region hat sich auch die Zahl der Freiwilligen-Meldungen in Jordanien verstärkt. Inzwischen gehören dazu auch Ärzte, Piloten, Ingenieure. Die Demonstranten riefen auch: „Wenn es noch ein Vietnam gibt, sind wir darauf vorbereitet.“

Im palästinensischen Besatzungsgebiet demonstrierten Tausende für den Irak. Sie erklärten, daß es die USA nicht vermocht hätten, dem israelischen Terror gegen die Intifada Grenzen zu ziehen, während die USA doch imstande waren, die ganze Welt in wenigen Tagen gegen den Irak zu mobilisieren. Wenn es einen Rückzug geben müsse, dann zu erst den Rückzug Israels von den besetzten Gebieten.

Obwohl die meistens Oppositionsparteien und auch die Parteien im Unter-

grund gegen den US-Aufmarsch Stellung nehmen, gibt es dagegen in der ägyptischen Bevölkerung positive Reaktionen: z.T. antiirakische Demonstrationen, eine geringe Zahl von Freiwilligen für Saudi-Arabien. Die Gründe: Die Regierungspresse vertritt die Ansicht, daß es keine Auflösung der Situation ohne die USA geben kann. Von den bisher etwa 2 Millionen ägyptischer Arbeiter in Irak und Kuwait mußten bisher bereits eine halbe Million zurückkehren nach Ägypten, ohne Arbeit und mit ungesicherter Existenz. Die Regierung bemüht sich darum, die Ansicht zu verbreiten, daß Ägypten immer für die arabischen Kriege bezahlen muß. 1948, 1956, 1967 und 1973 — jetzt durch Vergrößerung der Armut.

Für die arabische Bevölkerung im gesamten ist klar: ein ausländisches Eingreifen, wie es die USA in der Region betreiben, dient nicht den arabischen Interessen. Deshalb muß es zum Scheitern gebracht werden. Die Lösung, die die USA ermöglichen, bedeutet militärisches Eingreifen wie schon Grenada, Nicaragua und Panama oder wie auch früher in Vietnam. Jetzt wollen die USA dieses Vorgehen auch am Golf praktizieren.

Syrien

Die verschiedenen arabischen Reaktionen — besonders nach dem amerikanischen Aufmarsch — waren zu erwarten. Die syrische Reaktion dagegen kam für einige unerwartet: Syrien steht an der Seite Saudi-Arabiens und der arabischen Golf-Staaten gegen den Irak.

Die herrschenden Parteien Syriens und Iraks haben einen alten ideologischen Konflikt. Die zwei Parteien sind aus einer Spaltung der Sozialistischen arabischen Baath-Partei vor etwa 30 Jahren hervorgegangen. Hauptprogrammpunkt dieser Partei war die arabische Einigung und Entwicklung der Nation. Hauptstreitpunkt zwischen der irakischen und der syrischen Partei war und ist offiziell die Frage, was für eine Form von Sozialismus zu den Verhältnissen in den arabischen Ländern und zu ihrer Einigung paßt. Die Streitpunkte zwischen beiden Regimes sind jedoch inzwischen nicht mehr nur auf Propaganda beschränkt.

Zunächst befanden sich beide Länder vor allem im gleichen antiimperialistischen Lager, hatten gute Beziehungen zur Sowjetunion

und den staatssozialistischen Ländern. Beide befürworteten ein radikaleres Vorgehen gegen Israel. In diesem Lager gab es außerdem Algerien, Südjemen und Libyen. Letztere stehen jetzt auf der irakischen Seite und Syrien dagegen.

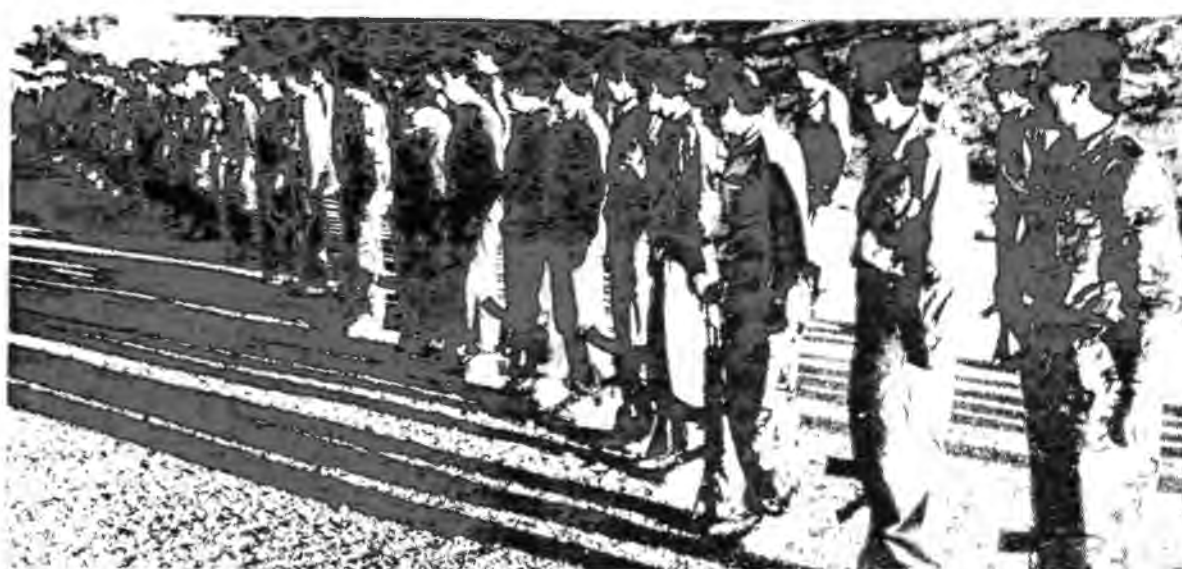
Während des Einmarsches und Eingreifens Syriens im Libanon unterstützte der Irak die antisyrische Khabib-Bewegung des mit dem Westen verbündeten General Aoun, um die syrische Beherrschung des Libanon zu verhindern. Auf der anderen Seite unterstützte Syrien den Iran im Krieg gegen den Irak.

Die syrische Wirtschaft befindet sich in einer Krise und ist abhängig von der wirtschaftlichen Hilfe der Golf-Länder, die unter verschiedenen Namen geleistet wird. Zweifellos bedeutet eine irakische Beherrschung der Golf-Länder das Ende dieser Hilfsprogramme für die syrische Wirtschaft.

Darüberhinaus verfolgt die syrische Regierung mit ihrer Unterstützung für Kuwait ein strategisches Ziel: ein Arrangement mit Israel. Der Weg dazu ist ein Kontakt mit den USA, um mit Hilfe der USA einen Ausgleich mit Israel zu erreichen. Nach dem 73er Krieg zielt die syrische Strategie auf einen Friedensplan. Im Gegensatz zu dem Weg eines Separatfriedens (Ägypten/Camp David) versucht die syrische Regierung mit Unterstützung der befreundeten Sowjetunion, eine Friedenskonferenz zur Lösung des Konfliktes mit Israel einzuberufen. Ein Erfolg dieser Strategie erscheint der syrischen Regierung jedoch inzwischen nicht mehr wahrscheinlich: das internationale Gewicht der Sowjetunion und der staatssozialistischen Länder ist gesunken; eine Annäherung zwischen der Sowjetunion und Israel findet statt; Juden aus der Sowjetunion wandern nach Israel ein. Dies veranlaßt die syrische Regierung, die Behauptung des früheren ägyptischen Präsidenten Sadat zu übernehmen: 99% der Spielkarten für die Lösung des Konfliktes mit Israel liegen bei den USA. Der Preis, den Syrien dafür zu bezahlen bereit ist, ist die militärische Beteiligung an der Allianz Saudi-Arabien-USA-Ägypten.

Irak

Nach acht Jahren Krieg gegen Iran überrascht die neue militärische Aktion des Irak gegen Kuwait. Das wirtschaftliche Interesse des Irak an diesem Kriegsabenteuer ist völlig klar. Der Irak hat eine



Guerillas der kurdischen ARGK im Ausbildungslager

wirtschaftliche Krise und viele Schulden. Kuwait besitzt sehr reiche Ölreserven.

Unsere These

Die industriellen Entwicklungspläne in den sog. unterentwickelten Ländern erreichen ihr Ziel überhaupt nicht. Der nationale Markt begrenzt die Entwicklungsmöglichkeiten der Produktivkräfte. Die industrielle Produktion kann sich auf dem internationalen Markt mit den Produkten der industrialisierten Länder nicht vergleichen. Für solche Länder bietet auch die landwirtschaftliche Überschussproduktion keinen Weg zur Entwicklung. Einmal braucht eine solche Produktion auch große finanzielle Mittel — z.B. für Bewässerung —, zum anderen verstehen es die imperialistischen Länder, den Ertrag solcher Überschüsse mittels des Weltmarktpreises auf ein Minimum zu senken. Aufgrund dieser Situation droht trotz fruchtbaren Bodens in diesen Ländern der Hunger. Unter diesen Bedingungen hat das Vorkommen von Bodenschätzen eine entscheidende Bedeutung zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung in den nicht industrialisierten Ländern. Dies erklärt das jüngste Vorgehen des Irak.

Das irakische Regime hat in der jüngsten Entwicklung der internationalen Situation eine Möglichkeit für ein Vorgehen, das Fakten schafft, gesehen. Zum einen hat die Sowjetunion keinen unmit-

telbaren Einfluß auf die Entscheidungen des Irak genommen. Zum anderen ist klar, daß die Inbesitznahme der kuweitischen Ölquellen durch den Irak nichts daran ändern würde, daß die industrialisierten bzw. imperialistischen Länder die Abnehmer dieses Öls sind bzw. bleiben. Dies läßt die Möglichkeit einer Anerkennung der geschaffenen Fakten durch diese Länder zu. Als Garant für eine solche Entwicklung steht die gut ausgerüstete und erfahrene irakische Armee, die einen militärischen Gegen-schlag schwer macht.

Der wirtschaftliche Boykott trifft die Lebensadern des Irak. Die herrschende Klasse im Irak wird einen Hungeraufstand im Irak nicht abwarten, sondern vorher für eine Abwechslung in der Regierung sorgen, um eine Möglichkeit für einen Handel zu finden.

Die ideologische Bedeckung Husseins ist vielseitig. Einmal appelliert er an die arabische Nation, ein anderes Mal gegen Israel, dann ruft er auf zum Schutz der heiligen Gebiete in Saudi-Arabien gegen den neuen Kreuzzug. Auch im Namen der hungrigen Leute gegen die Reichen spricht Hussein. Auch die Würde und Tapferkeit Nebuchs Nassr — eines Fürsten, der auf dem Gebiete des heutigen Irak erfolgreich in alter Zeit gegen Ägypten und Persien stritt — beschwört Hussein. Die Berufung auf all diese ideologischen Positionen setzt viele Kräfte in der Bevölkerung der arabi-

schen Länder in der Auseinandersetzung mit den USA in Bewegung. Dies macht eine militärische Zuspitzung zu einem Risiko für die USA.

Das Vorgehen des irakischen Regimes erscheint als ein Schritt der Verzweiflung in wirtschaftlicher Not. Es hat eine imperialistische Reaktion auf den Plan gerufen, die einen Gradmesser für die Unerträglichkeit der Verteilung von Reichtum und Armut zwischen den Imperialisten und dem Rest der Welt darstellt.

Bis jetzt: Gewinner Israel

Die jüngste Entwicklung im arabischen Raum gibt Israel eine Trumpfkarte. Zum ersten hat diese Entwicklung Schatten auf den Volksaufstand in den besetzten Gebieten und die israelische Aggression dagegen geworfen. Zum zweiten hat sie die Aufmerksamkeit abgelenkt von den israelischen Plänen zur Änderung der demografischen Situation durch die Einwanderung einer Viertelmillion Juden aus der Sowjetunion. Bis vor kurzem waren alle arabischen Regierungen, auch die ägyptische, besorgt wegen dieser Pläne. Das wichtigste für die israelische Situation: die mögliche Vernichtung der irakischen Armee als größter arabischer militärischer Reserve im israelisch-arabischen Konflikt, ohne daß Israel dafür auch nur einen einzigen Soldaten auf das Spiel zu setzen brauchte.

Palästina-Solidarität Würzburg

Dokumentiert: Ansprache an den Linke Liste/PDS-Kongreß

Im folgenden dokumentieren wir den Einleitungsbeitrag, den Jakob Moneta auf dem Linke Liste/PDS-Kongreß am 15.9. in Berlin (DDR) hielt. Lediglich die einleitenden Worte haben wir weggelassen. Ursprünglich hatten wir in dieser Ausgabe der „Beilage“ auch das Wahlprogramm der Linken Liste/PDS dokumentieren wollen. Bei Redaktionsschluß lag es aber noch nicht fertig vor.

Während uns am 3. Oktober wieder eine historische Stunde droht, lassen wir uns heute auf ein Wagnis ein, dessen Ausgang noch völlig ungewiß ist. Falsche Hoffnungen zu wecken, wäre verheerend für den „Anfang von vorn“. Noch schlimmer aber ist es, die Hoffnung zu verleumden, weil wir sie — zumindest zeitweilig — verloren haben.

Ich komme aus der Tradition der Arbeiterbewegung, die sich „Linke Opposition“ nannte. Ihre Gegnerschaft zur bürokratischen Gewaltherrschaft in der Sowjetunion mußte sie mit zehntausenden Opfern bezahlen. Heute, viele Jahre nach ihrer Ermordung, werden diese Opfer rehabilitiert. Aber ihre wahre Rehabilitation werden sie und die Opfer der anderen Opposition aus dem sozialistischen, kommunistischen und anarchistischen Lager erst dann erhalten, wenn wir uns wieder mit ihren Ideen, ihrer Kritik, ihren vorgeschlagenen Alternativen beschäftigen werden. Denn es ist die ewige Lüge aller konservativen Historiker zu behaupten, es habe alles so kommen müssen, weil es so gekommen ist. Es hat in der Geschichte immer eine Alternative gegeben, wenn Menschen den Mut hatten, für sie einzutreten und es verstanden, die Kräfte zu bündeln, die nötig sind, sie zu verwirklichen.

Das ist es auch, was die Linke Liste/PDS zumindest zu tun versucht. Sie will einen anderen Ausweg anbieten, als diejenigen, die im Zusammenbruch der bürokratischen Kommandowirtschaft vor allem eine Quelle für die Vergrößerung

ihrer Absatzmärkte und die Festigung ihrer herrschenden Stellung auf dem Weltmarkt sehen.

Denen, die ihre Hoffnungen, insbesondere in der DDR, auf den „real existierenden Kapitalismus“ setzen, müssen wir zwei wichtige Erfahrungen vermitteln:

Erstens: Die ungezügelten Marktmechanismen einer privaten Profitwirtschaft bringen der Mehrheit der Weltbevölkerung nicht Wohlstand, sondern Verelendung bis zum Massenhunger und millionenfaches Kindersterben — um nicht zu sagen Kindermord!

Zweitens: Nur dort, wo der soziale Kampf starker Gewerkschaften dem unersättlichen Hunger nach privater Bereicherung und Machtzusammenballung Widerstand entgegensetzte, konnte das Entstehen, was als soziale Marktwirtschaft propagandistisch vermarktet wird.

Wenn das aus vielfältigen Strömungen gebildete Bündnis Linke Liste/PDS als Opposition im Bundestag und in der Gesellschaft Glaubwürdigkeit erringen will, darf es sich nicht vom parlamentarischen Kretinismus einfangen lassen. Allein die Verbindung — das Bündnis — mit den außerparlamentarischen Kräften — angefangen von kämpferischen Gewerkschaften, der Frauenbewegung, der ökologischen, der antimilitaristischen, der antifaschistischen und antirassistischen Bewegung bis hin zu den Arbeitsloseninitiativen — als deren Fürsprecher die Vertreter der Linke Liste/PDS die parlamentarische Tribüne nutzen müssen, kann dieser Opposition Glaubwürdigkeit verleihen.

Nur so wird diese Opposition aus der Defensive herauskommen und offensiv werden können, um — wie der totesagte Karl Marx unsere Aufgabe in einem Satz umrissen hat, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“

Genau das ist der Weg, der zur gesellschaftlichen Alternative führt — zur sozialistischen Demokratie.

Alle die heute die Hymne des „Deutschland einig Vaterland“ und von „Wir sind ein Volk“ anstimmen, möchte ich daran erinnern, was lange vor der faschistischen „Volksgemeinschaft“ und der Teilung durch die Mauer Kurt Tucholsky gesagt hat: „Deutschland ist ein gespaltenes Land, ein Teil von ihm sind wir.“

— War Deutschland denn nicht gespalten in deutsche Bauern, die 1525 eine Revolution wagten, und deutsche Fürsten, die sie niedermetzten?

— In deutsche demokratische Barrikadenkämpfer 1848 in Berlin und königlich preußische Militärs, die sie niederknieten?

— In deutsche Arbeiter- und Soldatenräte im November 1918, die von deutschen Volksbrüdern niedergeschlagen wurden?

Und was geschah mit den Deutschen, die im November 1989 mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ demonstrierten, was doch wohl heißt: Wir, hier unten, sind das Volk, nicht ihr da oben seid es! Sie wurden von denen verdrängt, die jubelten: „Wir sind ein Volk!“

Begann aber damit nicht wieder die Ausgrenzung von ausländischen Bürgerinnen und Bürgern, von „Fremdrassigen“? Wurden hier nicht wieder Menschenrechte — deren Proklamation ein kostbares Erbe der bürgerlichen Revolution ist — auf Vorrechte für „deutsch-völkische“, angeblich Blutsverwandte, verengt?

Wenn der Kaiser nur noch Deutsche kennt, wenn die Einheit des gespaltenen deutschen Volkes beschworen wird, dann ist Gefahr im Verzug!

Ehe noch Helmut Kohls Jubelfeier mit Feuerwerk — ob mit oder ohne Glockengeläut — für das „einig Vaterland“ losgeht, werden bereits Gelüste geweckt

nach einer „Teilnahme“ des groß gewordenen Deutschland an „militärischen Aktionen“ im Golf-Konflikt. Das wird uns gar als „Solidarbeitrag“ an einer von den Vereinten Nationen beschlossenen Aktion schmackhaft gemacht.

Müssen wir nicht danach fragen, wann die UNO einen solchen Beitrag forderte, oder gar durchsetzte, wenn kleine Nationen von Großmächten vergewaltigt worden sind? Wenn Großmächte diesen ihren Willen aufzwingen? Wie war das denn mit Grenada, Panama, Nicaragua? Oder als der blutige Diktator Saddam Hussein hunderte Kurden mit Gas aus deutschen Landen erstickte?

Soll die UNO sich zu einer „Eingreiftruppe“ für Interessen der Großmächte entwickeln, denen sich nicht nur Helmut Kohl, sondern offenbar auch viele sozialdemokratische und einige grüne ParlamentarierInnen solidarisch verbunden fühlen?

Die Kriegsfrage ist in der deutschen Arbeiterbewegung — und nicht nur der deutschen — stets Lackmustest dafür gewesen, wer es ernst meint mit den Idealen des Sozialismus, und wer sie verrät.

Vielleicht werden manche darüber enttäuscht sein, daß ich nicht scharf genug vom Stalinismus abgegrenzt habe. Ich meine, daß nachdem ich ein halbes Jahrhundert den Stalinismus bekämpft habe, ich das nicht ausgerechnet nötig habe, wenn er dabei ist, von der Bühne der Geschichte zu verschwinden.

Aber laßt mich zum Schluß zitieren, was Eduardo Galeano, der unabhängige Theoretiker der Linken in Uruguay, Verfasser des erschütternden Buches „Die offenen Adern Lateinamerikas“, hierzu gesagt hat:

„... Vor drei oder vier Jahrhunderten verleumdete die Inquisitionen Gott,

wenn sie vorgaben, seinen Auftrag zu erfüllen. Ich denke, daß die Inquisition nicht das Christentum ist.

In unserer Zeit haben die Bürokraten die Hoffnung herabgewürdigt und das schönste der menschlichen Abenteuer in den Schmutz gezogen, aber ich glaube, daß Sozialismus nicht Stalinismus ist.

Jetzt muß man neu anfangen. Schritt für Schritt, ohne einen anderen Schild als den, den unser eigener Körper bildet.“

Jakob Moneta

PLATTFORM für die Zusammenarbeit von BWK und VSP



Verabschiedet 1989/1990 durch die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) und die Zentrale Delegiertenkonferenz der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP)

Zu beziehen über: GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicherstr. 7, 5000 Köln 1, Tel.: (0221) 21 1658. Preis: 1,50 DM.

Zum Herangehen der DKP an die Bundestagswahlen

Heinz Stehr (Sprecher-innen-Rat des DKP-Parteivorstands) antwortet auf Fragen der Redaktion der „Marxistischen Blätter“

MBI: Du hast am 28./29. 7. an der Kölner Konferenz teilgenommen, auf der sich mit der Linke Liste/PDS ein Personenbündnis konstituiert hat, das zu den ersten gesamtdeutschen Wahlen kandidieren wird. Wie beurteilst du als einer der Sprecher des Parteivorstands der DKP das Zustandekommen dieses Wahlbündnisses?

Stehr: Das Personenbündnis Linke Liste/PDS ist nach meiner Ansicht eine gute Lösung, um für parlamentarische Positionen zu kämpfen. Diese Lösung eröffnet potentiell größere Chancen für politische Breite, als dies andere Varianten könnten. Durch die Partnerschaft der PDS ist ein Faktor hinzugekommen, der Wählerstimmen, geistiges und politisches Potential einbringen kann. Das kann zu einer Stärkung der Linken führen.

Wahlbündnispolitik ist für die DKP nicht neu. Ich hoffe, wir können unsere Erfahrungen einbringen und dazu beitragen, daß in Partnerschaft ein gutes Programm entwickelt wird, daß gemeinsame außerparlamentarische Aktionen zustande kommen, z. B. für eine neue Verfassung oder eine Form der Sozialcharta.

MBI: Warum ein Personenbündnis und kein Bündnis verschiedener Organisationen?

Stehr: Ein Personenbündnis ist sicherlich der kleinstmögliche Nenner, auf den sich Linke in einem Wahlbündnis einigen können. Die politischen Realitäten lassen wohl einen größeren gemeinsa-

men Nenner gegenwärtig nicht zu. Aber man sollte auch die positiven Möglichkeiten dieser Herangehensweise sehen. Hier haben sowohl organisationsungebundene Linke ihren Platz als auch in Parteien, Organisationen, Initiativen Verankerte. Das kann zu einem fruchtbaren Diskussions- und Arbeitsprozeß führen. Ein Organisationsbündnis würde bereits eine andere Qualität der Zusammenarbeit linker Organisationen und Persönlichkeiten voraussetzen, als wir sie heute haben. Der Zeitfaktor ist nun einmal objektiv gegeben. Viele Aussagen in Köln deuteten freilich auch an, daß man dieses Personenbündnis als einen Beginn verstärkter und umfassender Zusammenarbeit begreifen kann. Wenn das Experiment gut ausgeht, sind in Zukunft auch Bündnisinformationen neuer Qualität durchaus drin.

MBI: Bisweilen wird die unzureichende Breite dieses Bündnisses bemängelt. Hältst Du eine solche Kritik für berechtigt?

Stehr: Ich habe auf der Kölner Konferenz gesagt, daß, wenn es den Zeitdruck nicht gäbe, wenn mehr Diskussionsmöglichkeiten gegeben wären, ich ein solches Wahlbündnis „Linke Liste“ für zu eng hielte. Meiner Ansicht nach ist der Kreis derer, die gegen die Anschließpolitik der „großen Koalition“ sind, wesentlich größer, als daß er mit dem Begriff „links“ voll zu erfassen wäre. Man sollte jetzt versuchen, darauf hinzuwirken, daß sich alle Kräfte in einer wahlpolitischen Allianz zusammen-

schließen, die gegen diesen Anschlußkurs sind und eine Alternative für eine neue, progressive Politik mittragen wollen. Auf alle Fälle müßte meiner Ansicht nach das Wahlbündnis eine solche Politik entwickeln, die sie zur wählbaren Alternative all dieser Menschen macht — zu einer Alternative, die nicht nur Ablehnung formuliert, sondern konstruktive Beiträge etwa zu einer neu zu erarbeitenden Verfassung oder für eine konstruktive Friedenspolitik leistet.

In Köln waren viele Bewegungen unseres Landes nicht repräsentiert, die etwa im Ökologie-Bereich, im Friedenskampf oder bei der internationalen Solidarität eine wichtige Rolle spielen. Hier ist sicherlich noch einiges zu tun.

MBI: Für viele kam die Kölner Konferenz ziemlich überraschend. Inwieweit war die DKP eigentlich in die Vorbereitung einbezogen?

Stehr: Die Kölner Konferenz war nach meinen Informationen bereits seit längerer Zeit vorbereitet, allerdings nicht mit dem Ziel, eine „Linke Liste/PDS“ zu gründen, sondern um politische Schlußfolgerungen aus dem Anschlußprozeß zu diskutieren. Wann diese Konferenz dann diesen neuen Inhalt bekam, wer das vorbereitet hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir saßen leider nicht mit am Tisch, und anderen linken Kräften ist das auch nicht anders ergangen. Aus meiner Sicht müssen solche Verfahrensweisen sehr schnell überwunden werden. Ausgrenzungen würden die Linke Liste von Anfang unglaublich ma-

chen und schwächen. Aller Persönlichkeiten, alle Organisationen, die auf der inhaltlichen Grundlage der Programmatik, die ja noch zu erarbeiten ist, bereit sind, die Linke Liste zu unterstützen, sollten konstruktiv einbezogen werden. Gregor Gysi und andere haben in Köln des öfteren betont, daß es keine Ausgrenzung geben wird. In der Praxis ist dieser Stand leider noch nicht erreicht. Wir werden jedenfalls in der Praxis unsere Linie deutlich machen, nämlich daß wir solidarisch und gleichberechtigt im Wahlkampf mit anderen zusammen tätig werden.

MBI: Wie muß die DKP an den Bundestagswahlkampf herangehen?

Stehr: Aus meiner Sicht muß die DKP die Linke Liste/PDS im Wahlkampf mit all ihren Möglichkeiten unterstützen. Dazu gehört auch die Unterstützung der PDS bei den jetzt stattfindenden Landtagswahlen in der Noch-DDR. Hierzu haben wir entsprechende Angebote an den Parteivorstand der PDS herangetragen. Ein gutes Wahlergebnis dort ist eine gute Voraussetzung für den gesamtdeutschen Wahlkampf.

Der eigenständige Wahlkampf der DKP sollte sich auf Schwerpunktprobleme orientieren und entsprechend unseren Kräften durch Öffentlichkeitsmaterial, Plakate und Veranstaltungen spezifische Positionen darlegen. Inhaltlich wären das für mich Forderungen, die sich aus der Klassenlage der arbeitenden Menschen ergeben, z. B. was Löhne und

Mieten, was die Rechte der Sozialhilfeempfänger und die Unterstützung der Arbeitslosenbewegung angeht. Es geht aber natürlich auch um die Forderung nach einer neuen Verfassung, um die Forderung nach Erweiterung demokratischer Rechte, um die Forderung nach Streichung des Paragraphen 218. Besonders wichtig wären meines Erachtens ferner Forderungen nach friedensvertraglichen Regelungen, die das neuerstarkte Deutschland in völkerrechtlich verbindlicher Form zu Abrüstung und Anerkennung der bestehenden Grenzen zwingen. Unsere Forderungen müssen eine antimonomopolistische und antiimperialistische Stoßrichtung haben und gegen die Rechtskräfte konzentriert werden.

Wir sollten große Anstrengungen unternehmen, um speziell aus den Bereichen Betriebe, Gewerkschaften, soziale Bewegungen insgesamt, aber auch aus der Friedensbewegung Mitstreiter und Unterstützer für die Linke Liste/PDS zu gewinnen bzw. Initiativen zu starten, die diese Liste unterstützen werden. Für uns ist der Wahlkampf natürlich auch eine Chance, den Erneuerungs- und Neuformierungsprozeß der Partei voranzubringen und ihre Handlungsfähigkeit zu stärken.

Aus Platzgründen fehlen Teile des Interviews. Das vollständige Interview ist abgedruckt in den „Marxistischen Blättern“ Nr. 4-90, S. 58f. zu beziehen über den Neue Impulse Verlag GmbH, Gathe 55-57, 5600 Wuppertal 1.

Positionen der DKP zur Wahl am 2. 12. 1990

Seit Monaten erleben wir einen systematisch betriebenen Prozeß der rücksichtslosen Einverleibung der DDR. Die westdeutschen Monopole haben die ökonomischen und sozialen Strukturen der DDR zerschlagen, das Volkseigentum ist beseitigt, das genossenschaftliche System zerstört, das Banken- und Versicherungswesen sowie der Energiesektor in westdeutsche Monopolhand übergegangen. Die Umstrukturierung aller Lebensbereiche auf kapitalistische Verhältnisse ist seit dem 1. Juli, dem Tag der Währungsunion, in vollem Gange.

Das Parteiensystem der DDR wurden dem herrschenden Bonner Muster angeglichen. Die politische Gleichschaltung der DDR mit dem herrschenden BRD-System steht vor ihrem Abschluß. Der formelle Anschluß wird in nächster Zeit vollzogen. Die Profiteure dieser Einverleibungspolitik im Eiltempo haben gut lachen. Die Zeche soll voll von den breiten Schichten der BRD- und DDR-Bevölkerung bezahlt werden.

Die Parteien der Bonner Rechtskoalition und ihre Juniorpartner in der DDR haben ganze Arbeit geleistet: das Deutschland der Monopole soll nun zur Großmacht werden.

Für diese deutsch-nationalistische Großmachtpolitik wollen CDU/CSU und FDP sich am 2. Dezember ein Mehrheitsvotum beschaffen.

Wesentliche Teile der SPD sind in den Schlüsselfragen voll und ganz an der kapitalistischen Rückeroberung der DDR beteiligt gewesen. Jetzt versucht Lafontaine, mit seinen Warnungen vor den sozialen Folgen der schnellen Anschlußpolitik am 2. Dezember Stimmen zu gewinnen.

Die Grünen waren bisher nicht bereit, sich mit den sozialen Folgen der kapitalistischen Anschlußpolitik auseinanderzusetzen. Aufgrund parteipolitischer Eigeninteressen lehnen sie ein gemeinsames Handeln linker Kräfte zu den Wahlen ab.

In dieser Situation unterstützt die DKP für die gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember die Listenverbindung PDS/Offene Liste — Linke Liste/PDS. Mitglieder der DKP unterstützen den Aufbau und den Wahlkampf des Personenbündnisses „Linke Liste/PDS“, bringen ihre Meinungen ein. Die Grund- und Kreisorganisationen der DKP werden mit eigenen Aktionen und Wahlaussagen als kommunistische Partei in den Wahlkampf für den Stimmenerfolg der im Bundesgebiet antretenden Linken Liste/PDS ihre politischen Kräfte mobilisieren.

So groß die objektiven und subjektiven Schwierigkeiten auch sein mögen,

ein aktives Eingreifen in den Wahlkampf zur Erringung parlamentarischer Positionen der Linken ist ein unverzichtbarer Beitrag, der Rechtsformierung Widerstand entgegenzusetzen. Es geht auch darum, den Wahlkampf zu nutzen, um außerparlamentarische Bewegungen zu entwickeln, die über den Wahltag hinaus wirken. Dies vor allem mit dem Blick darauf, daß der Ausgang der Wahlen nicht das Ende der politischen Auseinandersetzungen sein wird.

Die DKP ist Teil der gesamtdeutschen Linken und bezieht als solche in den Auseinandersetzungen politische Positionen.

Linke Kräfte dürfen sich gerade jetzt nicht zurückziehen, wenn sie rechten und schwankenden Positionen nicht das Feld überlassen wollen.

Es geht um kräftige Signale von links gegen den sozialfeindlichen, deutsch-nationalistischen Kurs.

Dabei bemühen wir uns als DKP, im Rahmen des Wahlkampfes vor allem die sozialen und politischen Interessen der arbeitenden Bevölkerung, der Jugend, der Intelligenz und ausländischen Bevölkerung, insbesondere der Frauen, zur Geltung zu bringen.

So wird es eine unserer wesentlichsten Ziele sein, gewerkschaftlich organisierte, sozialdemokratische und in ihrer Orientierung verunsicherte Teile der arbeitenden Bevölkerung und der Intelligenz für die Zustimmung zum Wahlbündnis Linke Liste/PDS zu gewinnen.

Dementsprechend wird die DKP ihre Wahlaussagen auf Arbeit und Soziales, Frieden und Abrüstung, Demokratie und Mitbestimmung im Gefolge der kapitalistischen Einverleibungspolitik der DDR konzentrieren — für eine sozial-ökologisch und friedensorientierte Politikalternative im Deutschland der 90er Jahre. Sie wird dabei zugleich für die Zielstellung einer grundlegenden sozialen Umgestaltung des neuen Deutschlands eintreten.

Aktuelle Forderungen der DKP für den Wahlkampf können sein:

Für das Recht auf Arbeit, für soziale Sicherung

- Für die Garantie des Rechts auf Arbeit
- Für die Sicherung und den Ausbau der Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltungen sowie Bildungseinrichtungen
- Für die freie Betätigung der Einheitsgewerkschaften
- Für uneingeschränktes Streikrecht
- Für das Verbot der Aussperrung bei Arbeitskämpfen
- Für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn-, Gehalts-

und Personalausgleich für alle.

- Für die Kontrolle wirtschaftlicher Macht und das Verbot wirtschaftlicher Konzentration ab einer bestimmten Unternehmensgröße

- Für Überführung von Unternehmen der Schlüsselindustrien und von Großbanken in demokratisch kontrolliertes gesellschaftliches Eigentum

- Für Verbot der Bodenspekulation
- Für die Auflösung von Großgrundbesitz, Sicherung des genossenschaftlichen Eigentums.

- Für gezielte wirtschaftliche Förderung strukturschwacher Betriebe, Branchen und Regionen

- Für Planung ein Einsatz der Mittel unter Kontrolle der Belegschaften und der Gewerkschaften sowie der öffentlichen Kontrolle in den Regionen

- Für die Sicherung und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für die arbeitende und lernende Jugend, für ihre ausbildungsgerechte Übernahme.

- Für das Recht auf Bildung
- Für die ökonomische, politische, soziale und kulturelle Gleichstellung von Frauen und Männern

- Für die Abschaffung des § 218. Streichung des § 175

- Gegen Massenbelastung in Form von Steuer- und Gebührenerhöhungen sowie gegen sonstige finanzielle Belastung der Bevölkerung unter dem Vorwand von sogenannten notwendigen Opfern für die Wiedervereinigung
- Für die Wiedervereinigung Erarbeitung und Durchsetzung einer Sozialcharta mit folgenden Schwerpunkten im Bereich der Versorgung mit Kindertagesstätten, der Niedrigtarife bei öffentlichen Verkehrsmitteln sowie einer angemessenen, qualifizierten sowie kostenlosen gesundheitlichen Versorgung und ärztlichen Betreuung

- Für einen qualifizierten Mieterschutz und die Verteidigung der Rechte der Mieter
- Recht auf ausreichend billigeren Wohnraum zu gesichertem Standard. Enteignung spekulativen Wohnraums. Erhalt und Ausbau gesellschaftlicher Einrichtungen (Kinderkrippen, -gärten usw.)

- Sicherung des Rentensystems
- Garantie einer ausreichenden Mindestrente

- Für eine sozial qualifizierte Versorgung der älteren Generation
- Gegen den EG-Binnenmarkt nach Kapitalinteressen sind wirkungsvolle Kartellgesetze, soziale Sicherungssysteme, demokratische Mitwirkungs- und Entscheidungsmöglichkeiten zu sichern. Die neue deutsche Bundesrepublik darf keine hegemoniale Stellung im EG-Bereich einnehmen.

Frieden und Abrüstung

- Für einen Friedensvertrag bzw. ein entsprechendes Vertragswerk zwischen den vier Siegermächten und dem vereinigten deutschen Staat bei Einbettung dieser Prozesse in den KSZE-Prozeß

- Für die sofortige und bedingungslose sowie völkerrechtlich verbindliche Anerkennung aller europäischen Grenzen, vor allem der polnischen Westgrenze
- Für die rasche schrittweise Entmilitarisierung des deutschen Gebietes mit dem Ziel, daß weder Deutschland noch andere Mächte von deutschem Territorium jemals wieder einen Krieg auslösen können

- Für die nachprüfbar und international kontrollierbare Veränderung der Militärdoktrin der NATO mit dem Ziel der Auflösung beider Militärsysteme NATO und Warschauer Pakt innerhalb der mit der Sowjetunion vereinbarten Übergangszeit für den Abzug der sowjetischen Truppen vom Gebiet der bisherigen DDR

- Für eine drastische Reduzierung des Rüstungshaushaltes

- Für Verringerung der Personalstärke aller deutschen Streitkräfte auf höchstens 200 000 Mann

- Für den sofortigen und öffentlich kontrollierten Abzug aller atomaren, chemischen und biologischen Massenvernichtungsmittel

- Für ersatzlose Auflösung des Bundesgrenzschutzes und militärischer Sondereinheiten — Die Bundeswehr darf keine Einsätze leisten, die die Krisen und Kriegsgefahr in Regionen dieser Erde zusätzlich verschärfen. Rüstungsexporte sind sofort und umfassend zu stoppen.

- Für Beiträge der Bundesrepublik Deutschland zur Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die insbesondere den Ländern der 3. Welt echte Entwicklungschancen gibt.

- Für Entwicklungsprogramme, die den betroffenen Ländern mittelfristig eine eigene Entwicklungsperspektive sichern helfen.

Demokratie und demokratische Mitbestimmung

- Für die Aufhebung der Notstandsbestimmungen im Grundgesetz

- Für volle Garantie des Brief- und Telefongheimnisses sowie der Unverletzlichkeit der Wohnung

- Für die Einführung des reinen Verhältniswahlrechts

- Für die Abschaffung der undemokratischen 5-Prozent-Klausel bei Wahlen

- Für Abschaffung der staatlichen Parteienfinanzierung

- Für Aufhebung des KPD-Verbotes und Rückgabe des KPD-Vermögens

- Für die Rehabilitierung und Entschädigung aller Opfer des kalten Krieges in der BRD, vor allem der Opfer des KPD-Verbots, der Opfer der Berufsverbote und der inhaftierten und kriminalisierten Friedensdemonstranten

- Für sofortige und öffentlich kontrollierte Auflösung des Verfassungsschutzes, des Bundesnachrichtendienstes, des Militärischen Abschirmdienstes und der Politischen Polizei sowie die Vernichtung aller personenbezogenen Daten und Informationen.

- Für das Verbot aller faschistischen, militaristischen, revanchistischen und nationalistischen Organisationen und Verbände und deren sofortige Auflösung

- Für gleiche Rechte für alle in der Bundesrepublik Deutschland arbeitenden und lebenden Menschen

- Für ein uneingeschränktes Asylrecht
- Für die Ausarbeitung einer demokratischen deutschen Verfassung unter breiter öffentlicher Beteiligung und Verabschiedung in einer Volksabstimmung

- Für die großzügige Förderung demokratischer, antifaschistischer und humanistischer kultureller Aktivitäten und Möglichkeiten der arbeitenden Bevölkerung in allgemeiner Hinsicht (Theater, Kinos, Museen, Literatur, Kulturwerkstätten und weiteren kulturellen Einrichtungen, Zeitungen und Zeitschriften u.a.m.) sowie speziell in Betrieben und auf dem Land

Ökologie

Es sind Voraussetzungen zu schaffen, um wichtige industrielle Bereiche nach ökologischen Gesichtspunkten umzubauen. Dazu gehört die Chemieindustrie, Automobilindustrie, Energieerzeugung.

Für den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie in beiden Teilen Deutschlands.

Unverzüglich sind umfassende Maßnahmen möglich, um Nord- und Ostsee zu retten.

Die neu entstehende deutsche Bundesrepublik muß einen wirksamen Beitrag zur Lösung der Probleme wie Ozonloch, Vernichtung der Regenwälder und anderer akuter Umweltgefahren leisten.

Ein Alternativprogramm zum Individualverkehr mit Autos ist dringend nötig. Ziele dieses Programms müssen sein: Einschränkung des Automobilverkehrs, Abbau der Belastung der Umwelt.

Beschluß der 5. Tagung des Parteivorstandes der DKP vom 24. 8. 1990

Nächste Aufgaben und Ziele sozialistischer Bündnisse

Beiträge von BWK, DKP und VSP zu den Erfahrungen mit und künftigen Erwartungen an die „Roten Tische“

Roter Tisch — erste Erfahrungen, Perspektiven

Beitrag der DKP

Die „Runden Tische“ der DDR waren Geburtshelfer bei der Idee. „Rote Tische“ oder „Linke runde Tische“ als neues Forum der Linken zu versuchen. Der Hintergrund war klar: Der Zusammenbruch des Sozialismus besonders in der DDR, das Aufwerfen umfassender theoretischer Grundfragen, nicht zuletzt die Fragestellung nach der Perspektive einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse führten zu dem Schluß, daß jetzt ein verstärkter Dialog notwendig ist. Dieser Dialog hat vor allem auch das Ziel, linke Organisationen und Personen aus der DDR und der Bundesrepublik an einen Tisch zu bekommen. Da absehbar war, daß die bisherige DDR demnächst ein Bestandteil der kapitalistischen Bundesrepublik sein würde, galt es, sich schnell auf die neue Situation einzustellen. Dabei ging es um Meinungs- und Erfahrungsaustausch, aber natürlich auch um Überlegungen, wie man gemeinsam oder parallel eingreifen kann, z. B. auch bei Wahlen. Es ging damit nicht um das Zusammenzimmern von

wahlpolitischen Alternativen, sondern zunächst um Diskussionen.

Bisher positive Bilanz

Regional gab es schon Dialogrunden, regionale Wahlbündnisse, linke Runden oder rote Tische. Zentral fand der „Rote Tisch“ zum ersten Mal am 23./24. Juni und zum zweiten Mal am 4./5. August 1990 statt. Das dritte Treffen ist für den 20./21. Oktober geplant. Aus unserer Sicht hat die Zusammenarbeit am „Roten Tisch“ in Leverkusen viele positive Ansätze entwickelt. Dazu einige Beispiele:

1. Es gab einen gründlichen Dialog zur Einschätzung der neu entstandenen Lage nach dem faktischen Anschluß der DDR und erste Ansätze in der Diskussion, wie man sich gemeinsam dagegen wehren könne.

2. Es gab erste Kooperationen in der Zusammenarbeit. So wurde beschlossen, den Verfassungsentwurf des „Runden Tisches“ der DDR gemeinsam mit Stellungnahmen der teilnehmenden Or-

ganisationen zu veröffentlichen. Als weitere Zielstellung der kollektiven Erarbeitung wurde angeregt, eine Sozialcharta zu entwickeln und in der Pressearbeit zusammenzuarbeiten.

3. Es gab wahlpolitische Überlegungen, mit welchen Inhalten man gemeinsam in der Noch-DDR und -BRD in den Wahlkampf eingreifen könnte. Parallel zur Herausbildung der Linken Liste/PDS wurden erste Meinungen über die Möglichkeiten von Wahlbündnissen diskutiert.

4. Das konstruktive Klima zeigte, daß es möglich ist, in einer neuen Qualität die Zusammenarbeit zwischen linken Organisationen und Einzelpersonen weiterzuentwickeln.

5. Der „Rote Tisch“ nahm sich vor, über prinzipielle Grundfragen und Einschätzungen aus marxistischer Sicht diskutieren zu wollen. Das kann den notwendigen Dialog der Linken befördern.

„Rote Tische“ und Linke Liste/PDS

„Rote Tische“, bestehende regionale Wahlbündnisse aller Art, Diskussionsforen sind natürlich nicht auf die gesamtdeutschen Wahlen, auf den 2. Dezem-

ber, fixiert, aber sie bringen sich selbstverständlich in die wahlpolitischen Auseinandersetzungen ein. Zum Beispiel durch die oben genannte Veröffentlichung der Verfassung des „Runden Tisches“ der DDR und den Versuch, eine Sozialcharta zu entwickeln und weiteres Material zu erstellen. Die beteiligten Personen arbeiten sehr oft in der Linken Liste/PDS mit bzw. unterstützen teilnehmende Organisationen die Linke Liste/PDS im Wahlkampf. Im Rahmen des zweiten „Roten Tisches“ wurde dann auch kritisch die mangelnde Transparenz und Überschaubarkeit des Prozesses der Herausbildung der Linken Liste/PDS diskutiert und gegen Ausgrenzungsbeispiele protestiert. Diese notwendige Kritik gehört aus unserer Sicht zur Solidarität und zur Zusammenarbeit. Sie dient dem Ziel, die Linke Liste/PDS in einem erfolgreichen Wahlkampf zu unterstützen. Dabei ist auch nicht zu übersehen, daß unterschiedliche Haltungen zu dem Gesamtprojekt Linke Liste/PDS am „Roten Tisch“ vorhanden sind.

Perspektiven

In der 4. und 5. Parteivorstandstagung

wurde jeweils auch kurz über die „Roten Tische“ informiert. Wir bewerten die bisherigen Ergebnisse vorwiegend positiv und regen überall dort, wo es möglich ist, regionale und örtliche Dialogtische, ob rot oder rund oder eckig, an. Diese „Roten Tische“ werden selbst beraten und beschließen, in welche Richtung sie arbeiten wollen. Aus unserer Sicht wären vor allen Dingen folgende Überlegungen interessant:

a) den Dialog über Grundfragen gesellschaftlicher Zielvorstellungen zu beginnen;

b) nach dem Konsensprinzip zu politischen Ereignissen aktuell Stellung zu beziehen;

c) zu prüfen, inwieweit Aktionseinheiten zu bestimmten Themen stattfinden können;

d) den notwendigen Dialog linker Kräfte aus dem bisherigen Gebiet der DDR und der BRD zusammenzuführen.

Dabei streben wir an, zusätzlich zum bisherigen Teilnehmerkreis vor allem auch linke Kräfte aus dem sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und grünen Spektrum zusätzlich zu gewinnen.

Heinz Stehr, Mitglied des Sprecher-innen-rates der DKP

Die Zusammenarbeit entwickeln!

Bericht über die Diskussion im BWK-Bundesvorstand

Die Roten Tische bzw. Sozialistischen Bündnisse haben sich — auf Initiative der DKP — aus Anlaß der ersten gesamtdeutschen Wahlen gebildet. Die beteiligten Organisationen haben sich in der Absicht zusammengefunden, der Anschluß- und Expansionspolitik der BRD gemeinsam entgegenzutreten, und zwar auch im parlamentarischen Kampf. Zu diesem Zweck haben wir uns für die Bildung eines linken, sozialistischen Wahlbündnisses unter Einschluß der PDS eingesetzt.

Ein solches sozialistisches Wahlbündnis, das alle interessierten Organisationen und Personen einbezieht und ihren Diskussions- und praktischen Zusammenhang vor allem auf Landesebene organisiert, ist nicht zustande gekommen. Gleichwohl bleiben den Roten Tischen — unabhängig von der direkten Mitarbeit einzelner Teilnehmer in der Linken Liste/PDS — wichtige Aufgaben im Wahlkampf.

Mit der Vorlage des Wahlprogramm-Entwurfs ist deutlich geworden, daß die Kandidatur der Linken Liste/PDS entgegen den ersten Äußerungen ihrer Initiatoren nun doch zu einer Programm-Kandidatur werden wird. Das ist begrüßenswert. Das Wahlprogramm ist reformorientiert und, wahrscheinlich unter dem Einfluß der PDS, stark auf die praktische Politik bezogen. Es wendet sich gegen negative Folgen des Anschlusses und formuliert positive Ziele, darunter auch etliche, die in der Diskussion der Roten Tische wichtig sind, im Gründungsprogramm der Linken Liste/PDS dagegen keine Rolle spielen (z. B. Forderungen gegen die Verankerung der Expansionspolitik in Verfassung und Gesetzen, etwa nach Streichung des Artikels 116 GG). Jedoch enthält das Wahlprogramm keine Erklärungen. Analyse und Kritik sind fast nicht entwickelt.

Für die Roten Tische und die an ihnen beteiligten Organisationen bietet das Wahlprogramm eine Reihe von Anhaltspunkten. Nach unserer Auffassung bietet es uns die Möglichkeit, Propagandaschwerpunkte, die uns wichtig sind, auf ein politisches Ziel hin zu formulieren und zu entwickeln. Das gilt für den BWK, der sich auf seiner Herbst-Delegiertenkonferenz unter verschiedenen Gesichtspunkten mit dem Wahlprogramm und seinen einzelnen Abschnitten auseinandersetzen wird, das gilt aber auch für andere Organisationen und für die Zusammenarbeit im Rahmen der sozialistischen Bündnisse.

Ein zweiter Gesichtspunkt ist nach unserer Auffassung für die weitere Arbeit der Roten Tische wichtig. Die Zielsetzungen des reformorientierten Wahlprogrammes der Linken Liste/PDS stoßen in vielen Punkten an die BRD-Verfassung an. Umgekehrt plant die Reaktion

Verfassungsänderungen, will sie Hindernisse für ihren Expansionsdrang aus dem Grundgesetz beseitigen (Stichwort weltweiter Einsatz der Bundeswehr) und neue antiemanzipatorische, Rechte des Individuums unterdrückende Bestimmungen im Grundgesetz verankern (Stichwort „Lebensschutz“). Unvermeidlich entwickelt sich eine Verfassungsdebatte. Ein Verfassungskonflikt entsteht.

Nach unserer Auffassung können sich die Roten Tische und Sozialistischen Bündnisse aus der Verfassungsdiskussion nicht heraushalten, auch wenn verschiedentlich vertreten wird, daß eine Verfassungsdiskussion das letzte sei, was man wünsche, weil sie für den politischen Kampf gegen die Anschluß- und Expansionspolitik der BRD ohne Belang sei. Das übersieht, daß die entgegengesetzten Versuche, den Rahmen der bestehenden Verfassung zu sprengen — seitens der Bourgeoisie, bisherige Grenzen staatlichen Handelns einzureißen und die zum Faschismus tendierende Allmacht des Staates festzuschreiben, seitens der Reformbewegungen, die Grenzen für staatliches Handeln enger zu ziehen — wahrscheinlich als Anzeichen für eine sich anbahnende tiefe Krise der BRD zu verstehen sind. So deutet der Verfassungskonflikt auf große gesellschaftliche Auseinandersetzungen. Deren Verlauf wird wesentlich davon abhängen, ob Zielsetzungen gegen das freie Schalten und Walten der Konzerne und des Staatsapparates, gegen die Spaltung und gegen die politische Entrechtung der arbeitenden Menschen verankert werden können, Zielsetzungen, die die Selbstbefreiung der Unterdrückten fördern. Das wäre unsere Aufgabe, auch und nicht zuletzt in der beginnenden Verfassungsdiskussion.

Die Existenz der Roten Tische und Sozialistischen Bündnisse, die sich bilden konnten, weil die DKP ihre Politik der Linksabgrenzung aufgegeben hat und für eine Politik der gleichberechtigten Zusammenarbeit eintritt, hat die Verhältnisse in der sozialistischen Linken verbessert. In etlichen Orten kommt hier fast die ganze zerstrittene sozialistische Linke zusammen und kann in einigen Fragen eine positive Politik entwickeln. Diese Entwicklung sollte dazu führen, daß die jahrzehntelange Zersplittertheit der westdeutschen sozialistischen Linken aufgehoben oder doch zumindest wesentlich eingeschränkt wird, ohne daß die Vielfalt verloren geht. Es wäre nach unserer Auffassung auch zu prüfen, welche sachlichen Hindernisse Vereinigungen im Wege stehen. Die Zusammenarbeit im Rahmen der Roten Tische und Sozialistischen Bündnisse schafft Bedingungen, solche Hindernisse auszuloten und anzugehen.

scc für den Bundesvorstand des BWK

Wie weiter mit dem Roten Tisch?

Beitrag der VSP

Nachdem die Linke Liste/PDS zustande gekommen ist, sehen wir im Roten Tisch keine Einrichtung mehr, die spezielle Aufgaben in Richtung der kommenden Reichstagswahlen hat. Das Wahlbündnis steht, und die verschiedenen am Roten Tisch beteiligten Organisationen haben kein Interesse daran, als eine Art Fraktion innerhalb der die Kandidatur tragenden oder unterstützenden Kreise zu wirken. Hierfür fehlt auch eine durchgehende gemeinsame Haltung zu den Problemen der Linken Liste/PDS.

Weiterhin lehnen wir den Ausbau des „Roten Tisches“ zu einer Art Organisationskartell, das Schritt für Schritt zu einem Dachverband linker Organisationen wird, mit örtlichen Strukturen, mit Landesstrukturen, mit einer Art „Leitung“ (zentraler Roter Tisch) ab. Eine Perspektive des Aufbaus einer neuen gemeinsamen Organisation aus den Organisationen des Roten Tisches ist für uns nicht absehbar — sei es, weil sie zu exklusiv wäre, sei es, weil die inhaltlichen Gemeinsamkeiten dafür nicht ausreichen.

Der Rote Tisch sollte sich am besten als das verstehen, was er tatsächlich ist: Ein Treffen von Vertreterinnen und Vertretern verschiedener linker Organisationen mit antikapitalistischem, anti-imperialistischem, sozialistischem Anspruch. Eine Möglichkeit, sich auszutauschen, gemeinsame Diskussionsprozesse und gemeinsames Handeln zu begünstigen.

In diesem Sinne sehen wir eine Perspektive für den Roten Tisch und treten dafür ein, daß die Treffen weiter stattfinden, und daß die gemeinsame Tätigkeit ausgebaut wird.

Für diese gemeinsame Tätigkeit können wir uns im wesentlichen zwei Bereiche vorstellen: Eine gemeinsame Beilage zu den Zeitungen für die Diskussion und die Koordinierung für praktische Aktion.

Gemeinsame Beilage

Es gibt bislang eine gemeinsame Beilage zur SoZ, zu den „Politischen Berichten“ und zu den „Aufsätzen zur Diskussion“. Eine gemeinsame Beilage zu den Publikationen aller am Roten Tisch beteiligten Organisationen (und vielleicht darüber hinaus!) wäre ein Fortschritt. Zugleich könnte die Debatte in einer solchen Beilage — bisher wurden jeweils verschiedene Themen behandelt — konzentrierter geführt werden.

Es gibt Themen, die die sozialistische und kommunistische Linke insgesamt angehen und bewegen, deren gemeinsame Diskussion dringend erforderlich ist. An erster Stelle ist die Sozialismus-Debatte selbst zu nennen.

Nicht nur im Sinne der Aufarbeitung der Vergangenheit, sondern auch im

Sinne unserer Zielvorstellungen. Wir schlagen vor, die ersten Ausgaben einer gemeinsamen Beilage zu den Publikationen der Organisationen des Roten Tisches (und womöglich darüber hinaus) auf die Diskussion dieses Themas zu konzentrieren. Ohne eine solche Debatte und einen Annäherungsprozeß der Beteiligten zu diesen Fragen sind weitergehende Einigungsprozesse ohnehin nicht vorstellbar.

Wir befürworten eine gemeinsame Beilage, und nicht die Institutionalisierung gemeinsamer Seiten oder Beiträge in den Zeitungen der beteiligten Kräfte.

Konkrete Aktionen

Neben Problemen im Zusammenhang mit der gemeinsamen Beilage halten wir die Besprechung möglicher gemeinsamer Aktivitäten für die wichtigste Aufgabe bei der Fortführung der Treffen des Roten Tisches — der auch für andere, bislang nicht beteiligte, Organisationen offen bleiben sollte.

Eine Reihe von Mobilisierungen stehen an, in erster Linie gegen den An-

schluß der DDR und seine Folgen, gegen Rassismus und Nationalismus, gegen die bundesdeutsche Beteiligung am imperialistischen Eingreifen im Golf — aber auch Aktivitäten zu einer Vielzahl anderer antifaschistischer, demokratischer, internationalistischer, sozialer und klassenpolitischer Themen. Es wäre sinnvoll, sich darüber abzusprechen, wo die Organisationen des Roten Tisches in dieser Hinsicht gemeinsame Aufgaben sehen oder politische Initiativen für geboten halten. Hierzu können auch Initiativen in Betrieben und Gewerkschaften gehören, wie dies mit dem Vorschlag einer „Sozialcharta“ bereits angeregt wurde.

Insgesamt

wäre die Fähigkeit der am Roten Tisch beteiligten Organisationen, eine solche unsektiererische gemeinsame Debatte und Tätigkeit zu entfalten, ein Test für die Möglichkeit, sich politisch anzunähern und gemeinsam eine positive Rolle in den neuen politischen Standortbestimmungen, Klassenkämpfen und fortschrittlichen Mobilisierungen im entstehenden kapitalistischen Großdeutschland zu spielen.

Manuel Kellner, VSP

Neuerscheinung

Die nebenstehende Broschüre erscheint auf Beschluß der ersten zentralen Konferenz des „Roten Tisches“. Dieser fand auf Einladung der DKP am 23./24. Juni in Leverkusen statt. Sie enthält: Beiträge von Vertretern der PDS, der DKP, des BWK und der VSP zum Verfassungsentwurf des „Runden Tisches“ der DDR sowie zu der Verfassungsdiskussion, die in Reaktion auf die Annexion der DDR und deren Folgen für die Lohnabhängigen in BRD und DDR erneut begonnen hat. Der Verfassungsentwurf des „Runden Tisches“ der DDR, der im Frühjahr 1990 von allen am „Runden Tisch“ vertretenen Parteien und Bürgerbewegungen einstimmig verabschiedet worden ist, sowie der Briefwechsel des „Runden Tisches“ und der DDR-Volkskammer über den Verfassungsentwurf sind vollständig dokumentiert.

ISBN 3-926922-04-4. 36 Seiten DIN-A-4, broschiert.

Preis: 3,50 DM

Zu beziehen bei: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

ROTERTISCH

BRD- und DDR-Linke diskutieren über die Verfassung

PDS: Zum Verfassungsentwurf des Runden Tisches

DKP: Volksentscheid über eine neue Verfassung

BWK: Krise der Verfassung und sozialistische Politik

VSP: Bringt uns die Verfassungsdebatte weiter?



Dokumentiert: Verfassungsentwurf des Runden Tisches für die DDR

Politische Erklärung des Treffens vom 25.8.90 in Hannover

„Linke sozialistische Kandidatur in Niedersachsen zu den gesamtdeutschen Wahlen“

I.

Am 25.8.1990 haben sich in Hannover etwa 50 Mitglieder aus 16 verschiedenen politischen Parteien und Vereinigungen Niedersachsens und der PDS Sachsen-Anhalt sowie zahlreiche Einzelpersonlichkeiten aus 21 Städten Niedersachsens und zweien der DDR versammelt, um über ihren Beitrag für eine Kandidatur einer linken, sozialistischen Liste zu den bevorstehenden gesamtdeutschen Bundestagswahlen in Niedersachsen zu beraten.

Die Konferenz nimmt zur Kenntnis, daß inzwischen die „Linke Liste/PDS“ gegründet wurde. Teilnehmer äußerten Kritik an der Art der Gründung ohne Bezugnahme auf bestehende Bündnisse. Die Konferenz unterstützt die Kandidatur der „Linken Liste /PDS“ zu diesen Wahlen. Die Landesinitiative „Linke Liste /PDS“ soll nicht in Konkurrenz zu bestehenden fortschrittlichen Gruppierungen und Organisationen treten. Voraussetzung zur Mitarbeit soll lediglich der Wille zur solidarischen Zusammenarbeit, die Bereitschaft, voneinander zu lernen, der Verzicht auf die Ausgrenzung anderer linker Kräfte und das Bekenntnis zu dem für das Bündnis verbindlichen Minimalprogramm sein. Letzteres darf den Dialog und die Zusammenarbeit mit Kräften, die in einigen Fragen, insbesondere bezüglich der Kandidatur, anderer Auffassung sind, nicht ausschließen.

Die Konferenz hat sich auf die nachstehenden politischen Aussagen verständigt und wird diese auch in die bundesweite Diskussion zum Standort der Linken im zukünftigen „Großdeutschland“ einbringen, insbesondere im Hinblick auf das Wahlprogramm der „Linken Liste/PDS“ und den Bundestagswahlkampf.

II.

Die Einverleibung der DDR durch die Bundesrepublik führt zu einem „Großdeutschland“, in dem der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital die wesentliche Form des gesellschaftlichen Lebens darstellt und das westdeutsche Großkapital die Inhalte von Wirtschaft und Politik maßgeblich bestimmt. Diese Ausweitung des Herrschaftsbereichs der westdeutschen Industrie- und Bankkonzerne läßt unsere Gesellschaft weder friedfertiger, noch demokratischer, noch ökologischer, noch sozialer werden. Die bisherige DDR droht das Armenhaus Deutschlands zu werden. Die Interessen des Großkapitals werden auf eine Absenkung der Lebensbedingungen orientiert sein, um seine Bedingungen für eine weltweite ökonomische Expansion zu verbessern. Ein derartiger Sozialabbau bedeutet zugleich die Tendenz zum Abbau demokratischer Rechte. Die „deutsche Einheit“ unter kapitalistischen Vorzeichen wird also die sozialen und politischen Probleme national und international verschärfen.

Der realexistierende Sozialismus ist zweifellos gescheitert, weil er nicht in der Lage war, die inneren und äußeren Probleme der Gesellschaft demokratisch zu lösen. Jetzt aber sollen auch die vielfältigen sozialistischen Ideen aus der Politik und den Köpfen verschwinden. Unser Ziel ist eine herrschafts- und ausbeutungsfreie Gesellschaft, eine emanzipatorische moderne Gesellschaft. Bedingung einer solchen Politik ist: der Zusammenbruch des „Realsozialismus“ und die umfassende Krise jedweder sozialdemokratischer und sozialistischer Politik in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften muß schonungslos

und selbstkritisch aufgearbeitet werden. Im zukünftigen „Großdeutschland“ soll von der DDR offensichtlich nichts bleiben. Wir wenden uns gegen die Annexionspolitik der Regierung der BRD und der etablierten Parteien. Wir wenden uns gegen die Versuche, jegliche linke Kraft im Parlament als Sprachrohr gesellschaftlicher Bewegungen des Widerstandes, vor allem der am meisten gedrückten und ärmsten Teile der Bevölkerung, auszuschalten. Wir wenden uns dagegen, den außerparlamentarischen Widerstand zu kriminalisieren.

III.

Wir bringen folgende programmatische Positionen als Grundstruktur eines Aktionsprogramms in die Diskussion ein:

Frieden und Abrüstung

— Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Für eine entmilitarisierte, antimilitaristische, demokratische, antifaschistische, ant imperialistische, neutrale BRD, das heißt: Auflösung der NATO-Strukturen. Keine Ausdehnung der NATO. Austritt der BRD aus der NATO und der WEU (Westeuropäische Union). Keine Ausdehnung der Bundeswehr auf die DDR. Stattdessen: Auflösung der Bundeswehr. Vernichtung und Abzug aller ABC-Waffen aus der BRD. Rückzug der NATO-Truppen aus der BRD. Keine BRD-Kriegsschiffe in den Golf oder das Mittelmeer.

— Völkerrechtliche Anerkennung der bestehenden Staatsgrenzen, insbesondere der Westgrenze der Republik Polen (Oder/Neiße-Flußlinie) durch die BRD. Gegen die Volksgruppenpolitik gegenüber den osteuropäischen Staaten, insbesondere der Republik Polen. Auflösung aller revanchistischen und faschistischen Organisationen. Volle Anwendung aller Bestimmungen zur Befreiung des deutschen Volkes von Faschismus und Militarismus (Art. 139 GG); Aufhebung der Art. 23, 116, 146 des GG — Für die soziale, wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit anderer Staaten, keine Einmischung von außen. Für das Recht auf Selbstbestimmung aller neokolonialistisch unterdrückten Völker. Einhaltung der völkerrechtlichen Abkommen der Anti-Hitler-Koalition.

Soziale und politische Rechte

— Schaffung einer neuen, demokratischen Verfassung unter Mitwirkung der gesellschaftlichen Kräfte, die durch Volksentscheid bestätigt werden muß. Recht auf Arbeit. Mindesteinkommen, das die Sicherung einer eigenständigen Existenz ermöglicht und Armut verhindert. Anhebung der unteren Lohngruppen. Abschaffung ungeschützter Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, befristete Arbeit usw. Gesetzliche und tarifliche Beschränkung der Arbeitszeit, gesetzliche 40-Stunden-Woche, gesetzlicher 8-Stunden-Tag. Normalarbeitstag gegen Nachtarbeit. Verbot von Nachtarbeit für Frauen. Normalarbeitswoche gegen Wochenendarbeit. Keinen Dienstleistungsabend. Mindestarbeitsbedingungen und Einstellungen gegen Rationalisierungsfolgen und Intensivierung. Ausreichende soziale Sicherung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, im Alter, Verfügung der Lohnabhängigen über die Sozialversicherungen, ausschließliche Finanzierung durch die Kapitalisten.



Oben: Protestaktion im Landtagswahlkampf in Niedersachsen. Unten: Aktion gegen EG-Gipfel in Hannover 1988

— Uneingeschränktes Streik- und Koalitionsrecht, Streichung des § 116 Arbeitsförderungsgesetzes, Aussperrungsverbot. Erweiterung der Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten und Gewerkschaften. Besserer Kündigungsschutz. Gegen besondere Entrechtung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, einheitliches Dienstrecht.

— Recht auf ausreichenden und billigen Wohnraum mit Mindeststandards. Für ein Wohnungsbauprogramm gefördert aus öffentlichen Mitteln. Erhalt und Ausbau flächendeckender gesellschaftlicher Einrichtungen wie Kinderkrippen und -gärten usw. Kostenlose, allgemeine und gleichwertige Bildung.

— Ein Wahlrecht ohne Sperrklausel. Ersatzlose Streichung des § 129 a Strafgesetzbuch. Abschaffung der Notstandsgesetze. Keine Diskriminierung politisch Andersdenkender. Abschaffung der Isolationshaft. Aufhebung des KPD- und FDJ-Verbots. Aufhebung der Berufsverbote. Auflösung des Bundesnachrichtendienstes (BND), Auflösung des Verfassungsschutzes und des Militärischen Abschirmdienstes (MAD). Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter.

— Schutz der Kommunen vor Eingriffen der Zentralgewalt in ihre Beschlüsse. Gesetzlich garantierte Ansprüche der Bevölkerung auf kommunale Versorgungsleistungen. Finanzielle Absicherung der Kommunalhaushalte, kommunale Steuerhoheit, Umverteilung der Steuern zugunsten der Kommunen. Wirtschaftsrecht für Kommunen. Gegen Privatisierung. Gegen weitere Zentralisierung von Landes- und kommunalen Aufgaben. Demokratische Selbstverwaltung der Kommunen. Abbau der Zentralgewalt.

— Die rechtlichen, materiellen und städtebaulichen Bedingungen für Menschen mit Behinderungen sind so zu gestalten, daß sie entsprechend ihren Möglichkeiten selbstbestimmt leben können.

— Schutz der Lebensbedingungen von Kindern und Ausbau der Rechte von Kindern.

— Trennung von Kirche und Staat.

Jugendforderungen

— Recht auf einen qualifizierten Ausbildungsplatz. Recht auf Übernahme in den erlernten Beruf. Erhöhung der Ausbildungsvergütungen auf einen Stand, der ein eigenständiges Leben finanziell absichert. Ausweitung der Rechte für Ju-

gend- und Ausbildungsververtretungen. Verbesserung des Jugendarbeitsschutzgesetzes. Verbesserung des Berufsbildungsgesetzes. 2. Berufsschuljahr für alle. Konsequente Neuordnung der Berufsbilder und Umsetzung derselben. Flächendeckendes Berufsgrundbildungsjahr, das vom Unternehmer finanziert wird. Wer nicht ausbildet muß zahlen — Lehrstellengesetz. Recht auf demokratische und fortschrittliche Bildung und Berufsbildung — wir brauchen neue Inhalte und Methoden. Ausweitung der Rechte von Schülervertretungen, Fachschaftsräten, Asten und anderen Hochschulvertretungsorganen. Einführung des Schüler-Bafög, elternunabhängiges Bafög. Für eine sinnvolle Freizeitunterstützung der selbstverwalteten Jugendprojekte (Kommunikationszentren etc.).

Gegen patriarchalische Strukturen

— Ersatzlose Streichung des § 218. Für das Recht der Frau auf selbstbestimmte Schwangerschaft. Ersatzlose Streichung des § 175 Strafgesetzbuch. Quotierung gegen das geschlechtsspezifische Einstellungsverhalten.

Gegen Faschismus und Rassismus

— Ausländerwahlrecht. Weg mit dem Ausländergesetz. Uneingeschränktes Asylrecht. Verbot faschistischer Organisationen und Parteien.

— Gleiche Rechte für alle in der BRD lebenden Menschen, Beseitigung aller diskriminierenden Gesetze und Verordnungen.

— Festschreibung einer gesetzlichen Regelung für die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter, der Berufsverbotsopfer und der Opfer des KPD-Verbots. Ausbau der Entschädigung für Verfolgte des Naziregimes. Unterstützung der Sinti und Roma im Kampf um Bleiberecht, Stellplätze usw.

— Einstellung der Kurdenprozesse in Düsseldorf und Celle.

— Keine Bundes- und Landesmittel für revanchistische Einrichtungen wie das Schlesiermuseum in Hildesheim oder das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg.

Schutz der Umwelt

— Anwendung des Verursacherprinzips bei Umweltschäden. Stilllegung aller Atomkraftwerke. Schaffung alternativer

Energieanlagen und ökologischer Umbau der Produktion. Verbot der Verwendung gesundheitsgefährlicher Lösungsmittel am Arbeitsplatz. Verbot von FCKW (Fluorchlorkohlenwasserstoffe).

— Stopp des Autobahnausbaus, Förderung des öffentlichen Nahverkehrs.

Für eine sozialistische Perspektive

— Verfügung der organisierten Produzenten über das Eigentum an gesellschaftlichen, kollektiven und genossenschaftlichen Produktionsmitteln. Ausstattung der Produzenten mit weitgehenden Rechten gegenüber dem Staat wie zum Beispiel: uneingeschränktes Streik- und Koalitionsrecht, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit. Absicherung der sozialen Interessen der arbeitenden Menschen als Rechtsansprüche. Keine Verschmelzung von Partei- und Staatsapparat. Für eine kritische Aufarbeitung der Geschichte von SED und kommunistischen/sozialistischen Organisationen in der BRD.

— Für gesellschaftlichen Besitz an Grund und Boden und den wesentlichen Industriebereichen; gegen Weltmarktkonkurrenz mit ihrem menschen- und naturausbeutenden Charakter: Für Völkerverständigung und Internationalismus.

Weiter diskutiert werden sollen folgende Punkte: EG als Ordnungsmacht, soziale Mindestsicherung, Räte-demokratie, Stellung zu GRÜNEN und SPD. Die aufgeführten Positionen sind notwendig unvollkommen, bedürfen der Ergänzung und weiteren Ausarbeitung. Sie sind aber auch ausreichend, um eine gemeinsame Kritik am bundesdeutschen Kapitalismus zu leisten und eine gemeinsame Praxis dagegen zu entfalten.

Redaktionelle Bearbeitung: Koordinationsausschuß der Konferenz „Linke sozialistische Kandidatur in Niedersachsen zu den gesamtdeutschen Wahlen“ Edith (Volksfront), Georg (BWK), Gert (VSP), Gunnar (DKP), Hans (PDS), Heinz

Hannover, den 28.8.1990
Kontaktadressen: BWK Landesverband, Große Duwelstr. 55, 3000 Hannover I (0511 85 35 27), DKP Niedersachsen, Postfach 15 23, 3000 Hannover I

jetzt als Broschüre:

VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg

Entschließung des Bundeskongress
vom November 1989

Grundsätze (1979)

Satzung in der Fassung von 1989

Herausgegeben vom Zentralen Vorstand der Volksfront. Zu bestellen bei: GNN-Verlag, Zülpicherstr. 7, 5000 Köln 1. Preis: 2,50 DM.

Die Linke zwischen „nationalem Taumel“ und geistigem Rauschen

Zur Kritik der Theorielosigkeit der Linken am Beispiel der „Wiedervereinigung“

Die westdeutsche Linke scheint der be-
stehenden „Wiedervereinigung“
wenig entgegenzusetzen zu haben. Daß
die latente Freude über ein geeintes
Deutschland bis weit in die Grünen hin-
reich, gibt kaum Anlaß zur fundier-
ten Kritik, höchstens ist es eine gefühls-
mäßige Distanz, mit der sich von den
Wiedervereinigungs-Befürwortern ab-
gegrenzt wird. Die Kritik der „Wieder-
vereinigung“ findet sich in einem Sam-
melbecken linker Kräfte, deren Konsens
ein diffuses Unbehagen ist. Einzig ist es
Angst vor dem „nationalen Taumel“,
vor dem „neuen Nationalismus“, die
man der Kolonialisierung Osteuropas
und der Annexion der DDR entgegenzu-
setzen weiß. In den Formulierungen der
Angst, aber auch in den Forderungen
eines Großteils derjenigen, die den bun-
desdeutschen Demonstrationen auf-
trugen, spiegelt sich der Zustand ei-
ner Linken, die mittlerweile keinen Bo-
den mehr unter den Füßen hat: Nachdem
man sich theoretisch auf Sozialarbeiter-
niveau und Bindestrichökologie einge-
pendelt hat, nachdem man jahrelang mit
einer defensiven Praxis der politischen
Reaktion hinterherhinkte, nachdem man
schließlich über Nacht auch noch seinen
Ort des Vorzeigernationalismus —
Nikaragua — verloren hat, scheint es
nicht mehr möglich zu sein, eine revolu-
tionäre Politik hervorzubringen, die
über radikale Lippenbekanntnisse hin-
ausgeht. Dieses festzustellen ist weder
neu noch originell; es ist jedoch bezeich-
nend, gerade angesichts eines Themas
wie „Wiedervereinigung“, zu dem sich
ausgerechnet die linke Politprominenz
eingeladen fühlt, Stellung zu beziehen.
Die Stellungen, die schließlich bezogen
werden, sind getragen von einer politi-
schen Phänomenologie, also einem Poli-
tikverständnis, das sich an den Erschei-
nungen der Dinge orientiert, jedoch
nicht versucht, dem Wesen dessen auf
die Spur zu kommen, indem es histo-
risch analysiert und in die dialektischen
Verhältnisse des gesellschaftlichen Gan-
zen gesetzt wird. Oder, wie Mao
schreibt: „Zur Beurteilung der Dinge
muß man von ihrem Wesen ausgehen,
ihre äußere Erscheinung dagegen darf
man nur als Wegweiser betrachten, der
zu einer Pforte führt. Ist man durch diese
Pforte eingetreten, dann muß man das
Wesen der Frage erfassen.“ (Mao, Aus-
gewählte Werke, Bd. 1, S. 136) Diese
politische Phänomenologie ist über ih-
ren journalistischen Stil zudem durch die
individuelle Betroffenheit des einzelnen
getragen, orientiert sich also nicht am
Klasseninteresse der Arbeiter; nicht
geht es um die Formulierung einer revo-
lutionären-wissenschaftlichen Theorie,
sondern es reicht die Angst, die man an-
gesichts des drohenden Unheils hat, um
zur politischen Praxis überzugehen.

„Deutschland denken heißt Ausch-
witz denken“ (so der Titel einer Veran-
staltung in Hamburg zur Befreiung vom
Faschismus), als scheint die Linke es nö-
tig zu haben, mit dem Schlimmsten ar-
gumentieren zu müssen. Nach der
„Wiedervereinigung“ soll möglich
sein, daß Auschwitz sich wiederholt —
als sei der geteilte Kapitalismus davor
gefeilt und als sei der systematische Völ-
kermord an eine bestimmte Größe eines
Landes gebunden. Nicht hat jedoch
Auschwitz den Kapitalismus hervorge-
bracht, sondern der Kapitalismus
Auschwitz: daß der Mensch „schon in
seiner formalen Freiheit ... so fungibel
und ersetzbar ist, wie dann unter den
Tritten der Liquidatoren“, (Adorno,
Negative Dialektik, S. 355) wie jemand
sagte, der etwas mehr gemacht hat als
nur Auschwitz gedacht, legt doch nahe,
der „Wiedervereinigung“ anders beizu-
kommen, als mit der berechtigten Angst
um ein neues Auschwitz: der Mensch,
den der Faschismus in den Konzentra-
tionslagern vernichtete, war derselbe,
dem er vorher seine Arbeitsrechte nahm,
dem er sein Klassenbewußtsein nahm,
dem der Kapitalismus schon immer sei-
ne Arbeitskraft raubte. Derselbe
Mensch, der nach 1945 der Kollektiv-
schuld angeklagt wurde, mit der sich das
Kapital freisprach; der Mensch, den
man hüben wie drüben um seine politi-
schen Rechte betrog. Den Menschen
und zumal den Arbeiter wenigstens in
diesem Punkt historisch zu denken, fällt
natürlich schwer, wenn schon im Auf-
ruf zur Veranstaltung „Deutschland denken

heißt Auschwitz denken“ philosophi-
sche Anleihen beim Vorzeigeeistenzia-
listen und Atombombenideologen Ja-
spers gemacht werden.

Deutschland denken muß heißen, den
Kapitalismus denken, vor allem, wenn
diesem Denken eine politische Praxis
folgen soll; Deutschland denken heißt,
über seinen Horizont als Konkret-Jour-
nalist hinauszuweisen und wirklich kon-
kret über die nachzudenken, die als erste
von der „Wiedervereinigung“ betroffen
sind und nicht erst von einer bevorste-
henden Verfolgung unbehaglicher Intel-
lektueller: Hier ist das Wort für Arbei-
terinteressen zu ergreifen. Statt dessen
versucht die Linke, die hier für die vor-
herrschenden Positionen repräsentativ
ist, über die „Wiedervereinigung“ ihre
bisherigen defizitären politischen Felder
wiederzubeleben, die immer schon von
einem klassenkämpferischen Stand-
punkt getrennt waren. Da kann man sich
dann wenigstens freuen zu lesen: „Der
kapitalistisch produzierte Wohlstand ba-
siert auf Krisen, Erwerbslosigkeit,
Frauenunterdrückung und Rassismus,
... Hunger und Elend.“ (Aufrufungs-
flugblatt) Es werden die Schlechtigkei-
ten der Welt aufgezählt und glauben ge-
macht, damit sei das kapitalistische Sy-
stem auseinanderzunehmen. Wahr-
scheinlich sind dieses sogar neue Gedan-
ken, die sich die Linke, bzw. die Radika-
le Linke hier macht, hat doch der Groß-
teil der Linken die alten ML-Bücher
schon auf Flohmärkten veräußert, als in
der DDR noch MEWs produziert wur-
den, über deren Nichterscheinen sich
jetzt beklagt wird. Wer noch den 23.
Band der Blauen hat, könnte hier näm-
lich nochmal nachlesen, wie es sich mit
dem Wohlstand, dem gesellschaftlichen
Reichtum denn verhält. Tatsächlich
kommt da so etwas ins Spiel wie Ware,
von der der Arbeiter die elendste ist, in-
dem er seine Arbeitskraft verkaufen
muß: Reichtum ist nicht mehr als eine
ungeheure Ansammlung derselben, hin-
gegen ist es doch absurd zu glauben, daß
auf der Basis von Arbeitslosigkeit und
Krisen Reichtum entsteht!

Die zweite Variante, mit der in der
„Wiedervereinigungs“-Debatte die Ar-
beiterinteressen ausgeblendet werden,
basiert nicht auf Theorielosigkeit, son-
dern im Gegenteil auf der zur Theorie
verdichteten Erkenntnis, daß es ja ge-
rade die Arbeiter sind, die sich voll im na-
tionalen Taumel bewegen. Sie sind von
der Forderung nach einem „friedlichen,
emanzipatorischen und solidarischen
Zusammenleben von Menschen ver-
schiedener Herkunft und Kulturen“ aus-
geschlossen, weil sie mit ihrem Nationa-

lismus ja gerade das friedliche, emanzi-
patorische und solidarische Zusammen-
leben unmöglich machen — gerade jetzt,
wo ein bedeutender Teil der westdeut-
schen Arbeiterklasse nicht mehr den so-
zialen Frieden hinnehmen will, gegen
die Emanzipation des Kapitals in den
Streik tritt und sich ziemlich unsolida-
risch gegenüber den Arbeitgeberverbän-
den verhält. Die Arbeiter können aus
den politischen Prozessen ausgegrenzt
werden, weil man sich darauf beruft
„sich seine Brüder und Schwestern
selbst auszusuchen“ (Demo-Zeitung,
Nr. 3). Eine Klasse oder ein Volk ver-
dient solange die Solidarität der Linken
wie man sich mit ihnen identifizieren
kann — das ist jenes humanistische Aus-
schlußverfahren, mit dem vor 200 Jah-
ren schon die bürgerlichen Aufklärer
gegen das revoltierende Volk zu Felde
zogen.

Wie die politische Praxis dieser Lin-
ken ohne Theorie auskommt, kommt ihre
Theorie auch ohne Praxis aus: Die
Erkenntnis über den Nationalismus der
Arbeiter ist dafür so exemplarisch. Daß
selbst die bürgerliche Presse — wie z. B.
die „Zeit“ — hier differenziertere Un-
tersuchungen vorlegt als die kopflastige
Cheftage der Radikalen Linken, sollte
beschämen. Ein anderer Trick, um über
die theoretischen wie praktischen Unzu-
länglichkeiten hinwegzukommen, sei
hier zu empfehlen: das politische Eltern-
haus hat ihn mit seinem Zentralorgan
schon vorgelegt: Radikale Linke könnte
auf RL reduziert werden, das würde
peinliches Nachfragen nach radikalen
Inhalten ihrer Politik ersparen.

Da steht sie nun, die Linke, vom revo-
lutionären Subjekt genauso verraten wie
vom Kapital, das mit Expansionsbestre-
bungen überrascht. Wenn dann schon
der Nationalismus als Taumel festge-
stellt wird, von dem quer durch alle Par-
teien, quer durch alle Klassen alle ergrif-
fen sind, sollte es sich doch zumindest
bei dem Begriff Nationalismus um einen
theoretisch fundierten Begriff handeln.
Es wäre zu hoffen, daß sich die Radikale
Linke mit ihrem Konsortium gerade
über Nation, Nationalität, Nationalis-
mus Gedanken gemacht hat. Gewichtig
beruft sich die Radikale Linke in diesem
Sinne auf einen „negativen Patriotis-
mus“ („Nie wieder Deutschland“).
Doch dieser negative Patriotismus er-
setzt mit gewichtigem Klang des Wortes
nur eine Theorie, die falsche Vater-
landsliebe wirklich, also praktisch ne-
gieren würde. So ist mit negativem Pa-
triotismus niemandem geholfen, schon
gar nicht denjenigen, denen man Solida-
rität entgegenbringt. Negativer Patrio-

tismus, das ist dann eher die Präventiv-
versicherung, schon damals gegen die
„Wiedervereinigung“ gewesen zu sein,
wie dann den Kindern erzählt werden
kann. Mit einem theoretischen Funda-
ment, mit dem sich dem Nationalismus
und der Nation kritisch genähert werden
könnte, hat dieser Begriff allerdings we-
nig zu tun. Vielmehr haben wir es hier
wieder mit jener politischen Phänome-
nologie zu tun, die den ganzen Nationa-
lismus zur Erscheinung erhebt, wobei
der Terminus „negativer Patriotismus“,
also eine negativ gewendete Vaterlands-
liebe, irgendwie doch noch Nationalität
bestätigt, nur daß sie abgelehnt wird.
Die ganze historische Dialektik, die den
Begriff der Nation prägt, wird hier nicht
wahrgenommen. Sonst könnte der Na-
tionalismus ja auch nicht als ewig Mythi-
sches hervorgebracht werden. Die paar
Querverweise auf die deutsche Ge-
schichte ergeben dabei noch keine histo-
rische Analyse, sondern reihen sich
höchstens in das positivistische Ge-
schichtsbild derjenigen ein, die kritisiert
werden, nur daß dem das Vorzeichen
des Negativen gegeben wird. Weder
wird die Nation als historische Stufe
ökonomischer Verhältnisse erklärt, als
Begriff, der über die Bedeutung von dem
Volk als Nation sich zum nationalen
Staat, zum Reichsbegriff entwickelte,
und damit auch ideologisiert wurde;
noch wird eben dieser ideologische Ge-
halt des Nationalen, des Nationalismus
näher untersucht, zum Beispiel bei der
Frage, ob denn die Menschen wirklich
nationalistisch sind, oder ob sie als Na-
tionalisten bestimmt werden, weil ihr
Wunsch nach etwas mehr Lebensstan-
dard sich wunderbar mit dem Wunsch
des Kapitals nach etwas mehr Kapitalis-
mus deckt. Was den Nationalismus para-
dox macht, ist doch gerade, daß er min-
destens von Seiten des Kapitals nicht ver-
wirklicht wird, außer als ideologisches
Instrument vorgelagerter Selbstbestim-
mung der „Deutschen“. „Der neue
Staat ist aber noch weniger als die frühe-
ren national im echten, wirklichen, ideo-
logiefreien Sinn; er ist bestenfalls nicht-
international, nämlich autark oder ein
Rest der zusammengebrochenen Welt-
wirtschaft. Und er ist ebenso eminent in-
ternational, sofern das Kapital in allen
faschistischen Staaten die gleiche Art
Nationalgefühl und Nationalideologie
ausbilden muß, nämlich gegen klassen-
bewußtes Proletariat.“ (Bloch, Erbschaft
dieser Zeit, Ffm 1981, S. 98) wie Ernst
Bloch über das faschistische Deutsch-
land schrieb. Nun haben wir heute we-
der eine Weltwirtschaftskrise, noch Fa-
schismus, noch ein für sich klassenbe-

wußtes Proletariat. Dennoch trifft diese
Doppelzüngigkeit der Internationalität
des Kapitals und der Nationalität seiner
Ideologie die Sache damals wie heute.
Hingegen könnte mit dem mythologi-
sierten Nationalismus der Radikalen
Linken jedes Recht kolonialisierter Völ-
ker auf nationale Selbstbestimmung ab-
gesprochen werden. Was Konkret und
KB praktisch schon mit Kurdistan und
Palästina vorgelegt haben, wird hier
theoretisch nachgeholt. Vor der
„Wiedervereinigung“ der BRD und der
DDR nahm die hiesige Gesellschaft eine
bedeutende Wiedervereinigung vorweg:
Es war die Reintegration des Marxismus
in die bürgerliche Wissenschaft, die ihn
seiner kritisch-revolutionären Gehalte
beraubte. Der theoretisch-revolutionäre
Rest wurde dann mit dem realen Sozialis-
mus gleichgesetzt, und so hat dann die
gefeierte These, daß mit dem Ende des
realen Sozialismus auch der Marxismus
zu Ende sei, auch bei Linken großen An-
klang gefunden, allerdings in pervertier-
ter Form: Wenn schon der Sozialismus
untergeht, dann kann nur mit dem Mar-
xismus etwas nicht gestimmt haben.
Was die 68er an wiedererrinnerte marx-
istische Theorie fetischisierten, ohne es
— bis auf wenige Ausnahmen — wirk-
lich zu verstehen, wird jetzt an verges-
sener Theorie fetischisiert. Es kann da-
her niemandem vorgeworfen werden,
nur sein Gefühl als Kriterium für politi-
sches Handeln zu benutzen. Der Vor-
wurf fängt allerdings da an, wo die poli-
tisch Handelnden sich Inhalt geben und
als radikal verstehen. Eine so formulie-
te Politik wird es in ein paar Jahren nicht
mehr geben: entweder, weil sie sich
selbst in ihrer Theorielosigkeit an der
kapitalistischen Realität totläuft, oder in
ihrer praktischen Unfähigkeit sich zu
wehren, von der Reaktion zerschlagen
wird. Das Prinzip des Vergessens, das
viele Ex-Linke in New-Age-Seminaren
teuer bezahlen müssen, scheint bei der
Radikalen Linken noch kostenlos wohl-
feil geboten zu werden: Man kommt
auch ohne Marxismus aus, beizeiten so-
gar ganz ohne Theorie, besinnt man sich
seines Gefühls und der unheimlich pro-
duktiven Kraft, in Sisyphusarbeit das
theoretische Rad der Revolution noch
einmal erfinden zu wollen. Frohes
Schaffen.

„Das alles war im Rausch bereits, als
dampf. Licht fiel nur schief, gleichsam
zufällig herein. Hier nun erscheint es an
Ort und Stelle, als eigenes, das sozusagen
Dunkel denkt.“ Ernst Bloch

GJA/R-Hamburg



Demonstration „Nie wieder Deutschland“ am 12. Mai 1990 in Frankfurt

Historiker, Propheten und die „entfesselte“ Bourgeoisie

Von den Politischen Berichten über die SoZ bis hin zum Arbeiterkampf dominierten in den letzten Monaten geschichtsträchtige Szenarien eines militaristischen „Großdeutschlands“, das kurz vor der Eingliederung des „Rest-Europas“ steht. Begleitet wurden sie von ökonomistischen Artikeln nach Lafontaines Wahlkampfmotto: Was uns die Einheit noch kosten wird. Einen gewissen Querschnitt an linker Publizistik zu diesem Thema bietet die letzte Beilage. Drei jeweils mehrseitige Artikel widmen sich der deutschen Frage. Ihre jeweiligen Fehleinschätzungen sind symptomatisch für die westdeutsche Linke.

Die „Reichsprotektorate“

maf und huh vom BWK beschäftigen sich bereits mit der Errichtung der „Reichsprotektorate“ im Osten. „Die diesbezügliche Politik der großdeutschen Staatsbildung (gemeint ist die heute von der BRD betriebene Politik, A.S.) ist zwangsläufig verbunden mit der Wiederaufrichtung von Protektoren, General-Gouvernements, Reichskommissariaten und ähnlichen Kolonialgebilden. Das ist gewiß, denn zum strategischen Konzept der „Schaffung einer neuen Architektur Gesamteuropas“ gibt es Lehren.“ (Beilage 1/90, S. 2) An diesem Phantasie-Gemälde aus dem kleinen linken Horrorkladen ist der letzte Satz richtig. Es gibt „Lehren“ aus der Geschichte zur „Schaffung einer neuen Architektur Gesamteuropas“. maf und huh haben allerdings zielsicher die falschen Lehren gezogen. In den Protokollen des Nürnberger Tribunals wollen sie die entscheidenden Hinweise auf die Zielsetzung und Methoden der heutigen westdeutschen Politik gefunden haben. Jedes Zitat, welches die beiden Autoren aus diesen Protokollen anführen, beweist die Fehlerhaftigkeit ihrer Argumentation. So zitieren maf und huh aus den Protokollen des Tribunals folgende Passage:

„Denn die Angriffspläne der Nazi-Regierung waren keine Zufälle, die sich aus der politischen Lage des Augenblicks in Europa und der Welt ergaben; sie waren ein wohlüberlegter und notwendiger Teil der Außenpolitik der Nazis. Die nationalsozialistische Bewegung behauptete von Anfang an, daß ihr Ziel die Einigung des deutschen Volkes ... sei. Die Zerstörung der europäischen Ordnung, die seit dem Versailler Vertrag bestanden hatte, und die Schaffung eines Großdeutschen Reiches über die Grenzen von 1914 hinaus. Dies bedeutete notwendigerweise die Besitzergreifung fremden Staatsgebietes. Wenn diese Ziele erreicht werden sollten, so mußte ein Krieg als unvermeidlich, zumindest aber als höchstwahrscheinlich betrachtet werden.“

Für maf und huh sind die Parallelen zu heute offenkundig. Auch die BRD strebt die Einheit aller Deutschen an, verweigert die Anerkennung der polnischen Westgrenze, strebt die Wiedervereinigung mit der DDR an und steht damit der bisherigen „europäischen Ordnung“ feindlich gegenüber. Zusätzlich besitzt sie mit der Bundeswehr ein Mittel, diese Ziele militärisch umzusetzen. Diese Parallele dem Leser zu suggerieren, ist dem Kern der Sache nach der gesamte Inhalt des über 3,5 Zeitungsseiten gehenden Artikels von maf und huh. Diese Parallele ist allerdings völlig verfehlt. Nicht die BRD hat die europäische Nachkriegsordnung „zerstört“, wie das Urteil des Nürnberger Tribunals es durchaus zutreffend für Nazi-Deutschland konstatierte; sondern die SU. Der Anfang aller Veränderungen in Osteuropa lag in der SU, und dem Beginn der inneren Umgestaltung der SU entsprach auch eine neue Konzeption der Außenpolitik. Die neue Außenpolitik der SU unter Gorbatschow zielt auf die Auflösung der Militärblöcke, die Aufgabe der militärischen Positionen der SU und der USA in Europa und damit notwendigerweise auf die Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

„Ohne Überwindung der Spaltung der deutschen Nation kann auch die Spaltung Europas unmöglich überwunden werden. Und eben diese Aufgabe stellen wir uns, als wir die Idee vom Bau eines gemeinsamen europäischen Hauses formulierten“, so Eduard Schewardnadse zur BamS. (8.7.90) Die Urheber und die Zielsetzung des Prozesses wer-

den hier vom sowjetischen Außenminister deutlich genannt. Die SU wollte die Zerstörung der europäischen Nachkriegsordnung, und die deutsche Einheit war das Mittel zu diesem Zweck. Das Ziel dieser Politik: Die „Überwindung der Spaltung Europas“, d.h. Auflösung der Militärblöcke in Europa. Dazu wurden die Staatsstiche und demokratischen Revolutionen in Osteuropa massiv von der SU unterstützt. Nach dem Sturz der Regierungen in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und der DDR konnte die deutsche Karte offen von der SU gespielt werden.

Das historische Beispiel der beiden BWK-Autoren erweist sich bereits im Ansatz als falsch. Die treibende Kraft der heutigen „Zerstörung“ der Nachkriegsordnung ist die in den Köpfen von maf und huh bereits in Reichsprotektorate aufgeteilte SU. Mit ihren weiteren Schlußfolgerungen zum künftigen „Großdeutschland“ liegen die Autoren ebenso daneben. Im weiteren Verlauf dieses Prozesses der „Zerstörung der Nachkriegsordnung“ — zu deren bisher heimlichen Anhängern sich maf und huh durch die Bejammern ihres Endes bekennen — werden die beiden anderen Parallelen unserer BWK-Autoren in den kommenden Monaten gründlich widerlegt werden.

1. Es wird keine deutsche Einheit ohne vollständige völkerrechtliche Anerkennung der polnischen Westgrenze geben. Ein neues Locarno (Nichtanerkennung der Ostgrenzen Deutschlands) wird ausgeschlossen werden.

2. Die militärische Macht Deutschlands wird auf annähernd die Hälfte der jetzigen Mannschafstärke der Bundeswehr reduziert werden. ABC-Waffen wird das wiedervereinigte Deutschland nicht besitzen.

Beides wird sowohl von den NATO-Partnern der BRD wie von den Warschauer-Pakt-Staaten gefordert. Beides ist bereits von der BRD zugesichert. Es gibt keine bedeutende politische Kraft in der BRD, erst Recht keine der politischen Parteien des Kapitals, die diese Orientierung in Frage stellt. Die historischen Parallelen, die huh und maf uns in der Beilage verkaufen wollen, liegen darum völlig jenseits der politischen Realität.

Der „alte Grundzug“

Ebenfalls über 3,5 Zeitungsseiten versucht W. Wolf seine Vision der deutschen Zukunft dem Leser nahezubringen. „Das ‚einig Vaterland‘ kommt, von einem abstrakt-objektiven Standpunkt

des Kapitals aus gesehen, zu schnell, zu teuer und ist enorm risikoreich“, meint W. Wolf. Allerdings bezieht das Kapital zum Bedauern Wolfs keinen „abstrakt-objektiven Standpunkt“, sondern „die Geschichte der deutschen Bourgeoisie weist Beispiele auf, in denen eher das Gegenteil eintrat: die unmittelbaren und kurzfristigen Kapitalinteressen setzten sich durch oder wurden durchgesetzt“. Darin sieht Wolf einen „alten Grundzug“ des „deutschen Großbürgertums ...: die Neigung der deutschen Bourgeoisie zu Abenteuerlust, zu einem Vabanque-Spiel, zur Klassenpolitik des größtmöglichen Risikos“, was immer das sein mag.

Nach diesem 2 Zeitungsseiten einnehmenden historischen Exkurs mit ökonomischen Einlagen, ist endlich das Terrain erreicht, um von den „abstrakt-objektiven“ zu den konkreten Absichten der westdeutschen Bourgeoisie zu gelangen. „Früher oder später wird das Thema der Grenzen von 1937 erneut auf die Tagesordnung kommen“, verrät uns Wolf über die zukünftige Politik der westdeutschen Bourgeoisie, denn die heutige Anerkennung der Grenzen geschehe „ausschließlich aus taktischen Gründen“. „Das gilt natürlich auch für die Frage der militärischen Bewaffnung.“

Etwas schlicht ist die obige Argumentation des Genossen Wolf schon. Seine Belege reduzieren sich auf „einen alten Grundzug des deutschen Großbürgertums“, die Gesamtheit der diesem „Grundzug“ widersprechenden vertraglichen und militärischen Tatsachen eben die gesamte heutige politische Realität wird von ihm als taktische Finesse des Kapitals in den zwei zitierten Sätzen abgetan.

Wer diesen sozialpsychologisch begründeten Prognosen Wolfs über die künftige Politik Deutschlands Glauben schenken will, der sei an das Schicksal der beiden letzten Prognosen desselben Autors erinnert. Im Dezember 89 verkündete er die Chance einer Linksentwicklung in der DDR (Beilage 4/89), im April 90 — unter dem Eindruck der DDR-Wahlen — prophezeigte er eine Rechtsentwicklung für die BRD und das spätere Gesamtdeutschland („Zunächst einmal unterstreiche ich, daß wir gegenwärtig tatsächlich eine Rechtsentwicklung erleben“. Beilage 1/90).

Inzwischen haben die Wahlen in NRW und Niedersachsen stattgefunden und belegt, daß „in der BRD die Sorge über die sozialen Folgen einer Wiedervereinigung in Form von Steuererhö-

hungen, Zinssteigerungen und Inflation, die von Wolf unterstellte nationale Euphorie bei weitem (überwiegen) ... Die Mehrheiten in der BRD stehen nicht hinter einem imaginären ‚nationalen Größenwahn‘, hinter ‚Ostexpansion‘ und Nichtanerkennung der Oder-Neiße Grenze, sondern hinter der Wahrung ihres sozialen Besitzstandes.“ So stand es in der 2ten Nummer der Kommunistischen Presse, und zwar vor den Wahlen in NRW und Niedersachsen.

Etwas schlechtes Gewissen hat W. Wolf bei seinen permanenten Fehlprognosen doch entwickelt. Er läßt darum seinen Artikel mit dem versöhnlichen Hinweis ausklingen: „Keiner sah eine Entwicklung, wie sie derzeit abläuft, voraus.“ Es bleibt zu hoffen, daß diese Erkenntnis für den Genossen Wolf ein Anlaß ist, künftig auf (Fehl)prognosen zu verzichten und sich der tatsächlichen Politik zuzuwenden.

Die „Entfesselung der Außen- und Machtpolitik“

Den einzigen politischen Ansatz in den drei Beilagenartikeln liefert der Gen. M. Weiß. Statt unpassender historischer Parallelen und sozialpsychologischer Beweisführung wendet er sich den tatsächlichen politischen Ereignissen zu und sucht sie zu interpretieren. Er kommt dabei zu folgenden drei Kernaussagen:

1. Daß die Form der Auflösung der Nachkriegsordnung und der „beschleunigte Weg zur staatlichen Verschmelzung der DDR mit der BRD ... Bestandteil eines Pakets von Vereinbarungen zwischen der UdSSR und den USA“ seien, „an deren Zustandekommen die BRD-Diplomatie nicht unwesentlich beteiligt war“.

2. „Die UdSSR hat, wie es scheint, die deutsche Karte gespielt und dabei einen Durchbruch in der europäischen Politik gewonnen. Die westdeutsche Bourgeoisie hat gleichzeitig mit der russischen Karte gepokert“ und wie der Gen. Weiß meint: „gewonnen“.

3. Der Gewinn der westdeutschen Bourgeoisie soll in der „Entfesselung der bürgerlichen Außen- und Machtpolitik“ bestehen. Die Aufgabe der Linken darum: „Linien gegen die Entfesselung der (bundes)deutschen Bourgeoisie“ zu finden. Alle drei Aussagen sind so nicht richtig. Welches Interesse sollte die USA an Abkommen mit der SU haben, die nachweislich die Nachkriegsordnung in Europa zerstören, die deutsche Einheit verwirklichen und damit letztendlich die NATO und die amerikanische Truppenpräsenz in Europa beseiti-

gen? Das Ende der europäischen Nachkriegsordnung ist zugleich das Ende des „amerikanischen Jahrhunderts“, dem Kern die amerikanische Vorherrschaft über Westeuropa war. Dieses Ende herbeizuführen liegt im objektiven Interesse der SU. Die von der UdSSR unterstützten bürgerlich-demokratischen Umgestaltungen in Osteuropa sind die Voraussetzung für die deutsche Einheit und den damit verbundenen letztendlichen Verlust der militärischen Stellung der USA und der UdSSR in Europa. Der Abzug aus Deutschland ist für beide, für die USA wie für die SU, der Verlust ihrer militärischen Stellung in Europa. Für die USA ging diesem sich abzeichnenden militärischen Verlust bereits eine Einschränkung ihrer ökonomischen Stellung in Europa voraus und die Begrenzung ihres politischen Einflusses folgte auf dem Fuße. Anders stellt sich diese Entwicklung für die Sowjetunion dar. Die Aufgabe der ökonomisch bereits unhaltbar gewordenen militärischen Stellung der SU in Europa eröffnet ihr für die Zukunft eine erhebliche Verstärkung ihrer ökonomischen und politischen Rolle in Europa. Die letztendliche Einbindung in den entstehenden europäischen Binnenmarkt, die Schaffung eines „Rates für Großeuropa“, das Ende der Adenauerschen West- und Europapolitik durch die BRD, kurz und bündig, eine neue europäische Stellung der SU, das ist der Preis für die deutsche Einheit und ein Ziel der sowjetischen Politik.

Das amerikanische Interesse

Eine solche politische Entwicklung liegt im Interesse der SU und heute auch im Interesse des westdeutschen Kapitals (was nicht immer so war), keineswegs aber im Interesse der USA, Englands oder Frankreichs. Dementsprechend hat die Sowjetunion „die deutsche Karte gespielt“ und die BRD die „russische“, wie der Gen. Weiß an anderer Stelle schreibt. Mit dieser Beschreibung haben wir dann auch zugleich die beiden Hauptakteure dingfest gemacht, die den „beschleunigten Weg zur staatlichen Verschmelzung der DDR mit der BRD“ diplomatisch vorbereitet haben und im Moment praktisch umsetzen. Die USA mußten sich zu dieser Entwicklung verhalten. Sie haben sie weder gewünscht noch herbeigeführt, wie der Gen. Weiß hier noch immer von der alten bipolaren Weltansicht geprägt — in der Beilage nahezulegen sucht. Amerikas Interesse in den laufenden Verhandlungen ist, so viel wie möglich von der NATO und der



amerikanischen Truppenpräsenz in Europa zu erhalten. Dies geht nur mit der Bundesregierung und unter Ausnutzung der vorhandenen Differenzen zwischen der BRD und der SU. Amerikas Rolle — wenn auch später — Propagandist der deutschen Einheit und einer vollen deutschen Souveränität findet hier seine Erklärung. Jede offene Torpedierung der deutschen Einheit würde die amerikanische Stellung in Deutschland nur noch unhaltbarer machen. und die durchaus geschichtsbewußten Außenminister Genscher und Schewardnadse würden sich dann nicht nur in Brest und Münster treffen, sondern auch in Taugen und Rapallo.

So wenig die sich abzeichnende deutsche Einheit das Ergebnis eines Deals zwischen der SU und der USA war, so wenig ist die westdeutsche Bourgeoisie der alleinige Gewinner dieses Geschäftes. Der schnelle Ablauf der national-demokratischen Revolution in der DDR

hat zwar den deutsch-sowjetischen Zeitplan zur Auflösung der Militärblöcke und ihre Ersetzung durch die KSZE durcheinandergebracht, aber keineswegs aufgehoben. Ohne Festschreibung dieser Entwicklung und westdeutsche Garantien wird die „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“ unter welchen Etiketten auch immer — an der Elbe stehen bleiben.

Die Handlungsfreiheit der „entfesselten (deutschen) Bourgeoisie“ findet an den real existierenden ausländischen Truppen in Deutschland weiterhin ihre Grenzen. Um diese Truppen zu vermindern und letztlich loszuwerden, bleibt dem westdeutschen Kapital nur die weitere Zusammenarbeit mit der SU übrig. Um zu einer tatsächlichen „außen- und machtpolitischen Entfesselung“ zu gelangen, ist die deutsche Außenpolitik für die nächsten Jahre an die politische Konzeption der SU von einem blockfreien Europa gefesselt. Die Phrase von der

„entfesselten“ Bourgeoisie entpuppt sich bei näherem Hinsehen als verbales Zugeständnis an die ideologischen Phantasiegemälde der Linken. Nirgendwo in seinem Artikel verrät der Autor uns, worin die „Entfesselung“ bestehen soll, und wer die westdeutsche Bourgeoisie wovon „entfesselt“ habe. Die militärischen Beschränkungen der heutigen BRD werden unzweifelhaft auch für das vereinigte Deutschland bestehen bleiben, die politischen und militärischen Bindungen im kommenden Jahrzehnt in die KSZE eingebracht.

Die Aufgaben der Linken

Und damit kommen wir zu den Aufgaben der Linken, wie sie der Gen. Weiß sieht. „Linien gegen die Entfesselung der (bundes)deutschen Bourgeoisie“ soll die Linke entwickeln. Er selbst bietet den Friedensvertrag mit sechs Begründungen als Antwort auf die bürgerliche Außenpolitik an. Dies ist in einer

Situation, wo die außenpolitischen Verhandlungen bereits über diese Forderung hinweggegangen sind, völlig unzureichend. Forderungen, die gestern richtig und notwendig waren — wie der Friedensvertrag — müssen entsprechend den veränderten Bedingungen ebenfalls weiterentwickelt werden. Gerade in Zeiten rapider politischer Umbrüche wie wir sie im Moment erleben, führt ein bloßes Festhalten an alten Losungen sehr schnell dazu, daß man von der Tagespolitik überholt wird. Wer den „außen- und machtpolitischen“ Ambitionen des deutschen Kapitals entgegenzutreten will, der muß sich mit den Plänen für die „neue europäische Friedensordnung im Rahmen des KSZE-Prozesses“ auseinandersetzen. Die Institutionalisierung des KSZE-Prozesses soll nach deutsch-russischer Vorstellung den Friedensvertrag ersetzen. Die Ausgestaltung dieser KSZE Dokumente, die sog. „neue europäische Friedensordnung“, die die So-

wjetunion und Deutschland auf der KSZE an Stelle eines Friedensvertrages festschreiben wollen, der „Rat für Großeuropa“, mit all seinen Befugnissen und Einmischungsmöglichkeiten, die damit verbundenen Tendenzen zur Schaffung von Berufsarmeen, dies muß im Mittelpunkt einer linken Politik gegen die „außen- und machtpolitische“ Konzeption des deutschen Kapitals stehen. Für eine solche politische Ausrichtung müßte die Linke erst einmal die tatsächliche Politik der westdeutschen Bourgeoisie wahrnehmen. Solange ihre außenpolitische Kritik sich mit einer imaginären und nicht der realen Politik des Bürgertums beschäftigt, sind „Linien gegen die außen- und machtpolitische“ Konzeption unseres Klassengegners von dort nicht zu erwarten. Die letzte Nummer der Beilage hat dies anschaulich demonstriert.

Alfred Schröder,
Kommunistische Presse

Lieber Willy Boepple,

es scheint mir sinnvoll, in der Antwort auf Deine Leserzuschrift in Beilage 1/90 mit den von Dir eingebrachten „Denkmälern“ zu beginnen. Warum soll man ein Denkmal, das nichts taugt, nicht schänden dürfen? Überhaupt: Denkmäler haben in den Reihen der Kommunisten nichts zu suchen, weil der gläubige Umgang mit den *theoretischen* Ausarbeitungen Anderer eben das Gegenteil dessen ist, diese mit dem eigenen Verstand gedanklich nachzuvollziehen und damit entweder für richtig oder eben für falsch zu befinden. Insofern liegt Du auch mit Deinem Einwand, ich könnte mich auf gar keinen Fall auf Marx und den Marxismus *berufen*, ganz daneben: Dies war und ist auch überhaupt nicht meine Absicht. Die Behandlung des Marxismus und der marxistischen Klassiker als *Berufungsinstanz* ist nämlich der Auftakt munteren Ideologisierung, und der Weg von dieser Unsitte zur stalinistischen Dogmatik ist alles andere als weit. Dies nachzuweisen war, neben anderem, ein Hauptanliegen meines Diskussionsbeitrages. Wer, statt zu denken, nur zitiert und anderen damit „Abweichungen“ von der „reinen Lehre“ nachzuweisen sucht, der ersetzt Kritik durch *moralische Rechthaberei* und braucht sich deshalb auch nicht zu wundern, wenn er sich der Form nach ganz in der Nähe kirchlicher *Dogmatik* befindet. Ein für allemal: Denkmäler taugen für alle möglichen religiösen und politischen Sekten. Für die Kritik der bürgerlichen Welt und die Politik der Kommunisten taugen sie nie etwas.

Kommen wir zur Moral. Mir selbst ist die von Dir anempfohlene Schrift Trotzki unbekannt. Aber auch so kann ich Deiner Zuschrift entnehmen, in welcher Beziehung Du zum moralischen Denken stehst und was daran falsch ist. Du ergreifst Partei für eine andere, „unsere“, für eine „kommunistische“ Moral. Aber, mal ehrlich, warum sollte ausgerechnet die Moral, also alle Erscheinungsformen versubjektivierten Zwanges, das *Mittel* der Kommunisten sein? Kommunisten kritisieren und bekämpfen Verhältnisse, die, damit man sie aushält, der Moral bedürfen. Dabei stoßen sie allenthalben auf Moralisten, die sie nicht mit einer wie auch immer andersgearteten Moral zu umgarnen, sondern zu kritisieren haben. Moral ist nie und zu keiner Zeit für *kommunistische* Politik funktionalisierbar.

Und um eine weitere Denkmalschändung zu begehen: Es war Friedrich Engels mit seinem ebenso bekannten wie *falschen* Postulat, daß die Freiheit die Einsicht in die Notwendigkeit sei, der dem Einzuz der Moral in die kommunistische Politik Tür und Tor geöffnet hat. Ist Dir schon einmal aufgefallen, in welcher inhaltlichen Nähe sich Engels damit zum kategorischen Imperativ Immanuel Kants befindet? Beide fordern je auf ihre Art die Selbstaufgabe, die freiwillige Unterordnung des menschlichen Willens. Und beide feiern ausgerechnet *dies* als den Königsweg zur menschlichen Freiheit. Sie haben damit beide Glanzpunkte des *moralischen* Denkens gesetzt.

Es scheint, als seien wir uns in der *Abrechnung* stalinistischer Politik einig. Aber das nützt wenig, wenn man keinen Begriff davon hat, was Stalinismus ist. Was Du als „Erklärung“, als Ursache des Stalinismus, anbietest ist folgendes: „Nein, die terroristische Praxis der *Herzogen* stammt aus dem Repertoire von dem Marxismus-Bolschewismus absolut

Zuschriften

Wieder nur eine moralische Ehrenrettung Lenins

beziehungslos gegenüberstehenden bürokratischen Parasiten, die nicht die Entwicklung der sozialistischen Demokratie, sondern die Verteidigung und den Ausbau ihrer Privilegien, und zwar mit den brutalsten, bis zum politischen Mord reichenden Mitteln im Sinne haben.“

Diese Anschauung könnte sich allein schon daran blamieren, daß die Opfer der blutigen Säuberungen, insbesondere innerhalb der KPdSU, nicht wenige altgediente Führungskader, also nach Deiner eigenen Definition „Privilegierte“ des Sowjetsystems getroffen hat. Zudem kolportiert es die alberne Anschauung, Stalins Politik hätte ausschließlich darauf gezielt, sich und seinesgleichen mit den Reichtümern der Welt zu versorgen. Dies ist so falsch, wie die in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit dem *Ansatz* breitgetretene Sicht, der Realsozialismus der DDR hätte nur dazu gedient, die alten Herren des Politbüros der SED zu bereichern. Aber Dein Fehler ist viel prinzipiellerer Art: Alles ist Dir *Bedingung* und *objektive Realität*, überall entdeckst Du *gesellschaftliche Kräfte* und *Interessen*, nur die KPdSU selbst mit ihrer Weltanschauung und ihrer davon ganz wesentlich bestimmten politischen Praxis gilt Dir als pure idealistische Konstruktion, als bloße Kopfgeld. Und das ausgerechnet in Bezug auf eine Gesellschaft, in der historisch erstmals die Verhältnisse der Menschen nicht entlang von *Sachzwängen*, sondern willentlich und bewußt, planmäßig und per *politischem Beschluß* eingerichtet wurden. Das Leben noch des letzten kirgisischen Bauern war ja fundamental berührt von den Parteitagebeschlüssen der KPdSU. Und deren Ideologie, geschöpft aus einer *falschen* Kritik der bürgerlichen Welt, soll keine *objektive Bedingung* der sowjetischen Wirklichkeit gewesen sein?

Vehement verteidigst Du Lenin gegen den Vorwurf, Mitbegründer des bolschewistischen Geschichtsfetischismus zu sein, um den Vorwurf gegen Stalin gelten zu lassen: „Die vulgärmarxistische Vorstellung einer Naturgesetzmäßigkeit der geschichtlichen Entwicklung einfach auf Grund der durch die Geschichte verbürgten Fälligkeit des Übergangs zum Sozialismus, spiegelt sehr wohl Stalins undialektisches mechanistisches Denken wider. Wo gibt es in Lenins Schriften eine solche Automatik? Hat er nicht mit großer Sorge darauf hingewiesen, daß nach dem Ausbleiben der proletarischen Revolution in Europa und vor allem in Deutschland eine lange, eine sehr lange und schwierige Etappe des Übergangs zum Sozialismus zu durchschreiten sei, wobei er sogar offen ließ, wie dieser zu erwartende schwere Kampf ausgehen werde (. . .)“ Mal abgesehen von der Frage, warum ausgerechnet Stalin, der wie kein anderer das *Sich-Berufen* auf Lenin praktiziert und Leninzitate stets im Munde geführt hat, nichts mit dem Leninismus zu tun haben soll, sei folgendes angemerkt: Du wie ich, die wir, wie ich glaube, beide die rostbraunen Bände zu Hause stehen haben, wissen doch ganz genau, worin die „große Sorge“ Lenins, die Du als Argument bemüht hast, bestanden hat. - Doch darin, daß er so recht eigentlich

die sozialistische Revolution historisch „nur“ in den von Dir selbst aufgezählten Nationen auf der Tagesordnung stehen, geschichtlich notwendig und *geboten* sah. Und nur deshalb hat ja innerhalb der bolschewistischen Partei eine ebenso muntere wie absurde Diskussion darüber stattgefunden, um was für eine Revolution es sich überhaupt handelt, die sie da *gemacht* haben und ob es überhaupt zu mehr reicht als zu dem, was 1789 in Frankreich stattgefunden hat. Ihre Vorstellung war deshalb, daß sie im Zuge sozialer Revolutionen in den Hauptländern des Imperialismus quasi in eine „neue Zeit“ mit hinüber katapultiert werden. Für sich genommen sahen sie sich angesichts der „russischen Verhältnisse“ und deren Vorgeschichte nicht so recht in der Lage, eine „historische Epoche“ einfach zu *überspringen*. Und das soll kein Geschichtsfetischismus sein?

Zur Sache selbst, also dazu, weshalb der Geschichtsfetischismus ein Fehler ist, nur soviel: Die Absicht dieser Geschichtsauffassung ist es, die *Notwendigkeit* des Kommunismus zu begründen. Dabei unterläuft den Vertretern dieser Theorie eine folgeschwere Verwechslung mit der logischen Kategorie der Notwendigkeit. Ihnen gerät der Kommunismus zu einer Notwendigkeit *der Geschichte*, die sich, quasi naturgesetzlich, vom Niederen zum Höheren entwickelt. Das wirkliche Subjekt der Geschichte, *die Menschen*, treten immer nur als Vollstrecker je schon determinierter Geschichtsepochen in Erscheinung, bleiben also immer eine abhängige Variable, Objekt der Geschichte, einer Geschichte, die im Kommunismus zu sich selbst findet und mit ihm ihr Endziel und ihren Endzweck erreicht. Deshalb ist der auf diese Art abgeleitete Kommunismus, selbst bei Bloch, dem wohl brilliantesten Vertreter dieser Denkart, auf so eigentümliche Weise tot. Wo der wirkliche Progreß, das Leben, so richtig erst beginnt und nicht jeder Fortschritt sozialen Gegensätzen geschuldet ist und die große Mehrheit um ihr Leben betrogen wird, sondern sich alle Talente des Menschen und sein Materialismus überhaupt erst entfalten können, da ist bei dieser Denkschule der Progreß am Ende, die Geschichte an ihrem vorgegebenen Ziel angelangt.

Plausibilität gewinnt diese Anschauung daraus, daß geschichtliche Ereignisse und Entwicklungen selbstverständlich vom jeweilig historisch Gewordenen ihren Ausgangspunkt nehmen, auf diesen „Bedingungen“ und „Möglichkeiten“ als ihrem Material basieren. Aber gerade nicht als einem darin enthaltenen inneren, notwendigen Sachzusammenhang. Aus Möglichkeiten und Bedingungen wird für sich genommen gerade keine Geschichte. Ob und vor allem welche historische Wirklichkeit sich aus diesen Voraussetzungen entwickelt, hängt nämlich davon ab, ob überhaupt und wie sich die Klassen ihrer Interessen und Mittel bewußt werden, welche Zwecke sie sich setzen und vor allem, wie erfolgreich sie diese geltend machen und durchsetzen können. So werden und sind die Menschen Subjekt der Geschichte, schaffen mit ihren Kriegen und Klassenkämpfen und der Ent-

wicklung der materiellen Produktion, ohne sich diesen Zweck zu setzen, für die folgenden Generationen *deren* historische Voraussetzungen und Bedingungen. So zeugen sie Geschichte als eine höchst unerfreuliche Kette von Klassenkämpfen und anderen Kriegen, voller Gewalt und Elend für die meisten von ihnen. Vom Standpunkt des je Gewordenen, aus der Sicht des jeweiligen Resultates also, läßt sich das Ganze dann spekulativ so verdrehen, daß die je vorangegangenen Ereignisse, Epochen etc. als die notwendigen und unabdingbaren Durchgangsstationen zu jenen geschichtlichen Resultaten erscheinen, von denen aus sie gerade betrachtet werden. Und diese Mystifikation bewerkstelligt der historische Materialismus. So hat diese „Weltanschauung des Proletariats“, sinnstiftend und hoffnungsträchtig wie Philosophie nun einmal ist, diesem Fach eine weitere Variante allen philosophischen Trachtens hinzugesellt und damit ein weiteres mal bewiesen, was Philosophie ihrem Begriffe nach ist: Theologie ohne Gott oder gottlose Theologie. Und damit ist alles fetischiert.

Die Notwendigkeit für den Kommunismus ist ganz anders beschaffen. Marxisten kennen die schädlichen Notwendigkeiten, unter die die kapitalistischen Produktionsverhältnisse das arbeitende Volk setzen; sie kennen die sachliche Notwendigkeit, mit der Abhängigkeit, Armut und Gewalt zum Kapitalismus gehören und sie wissen, daß es „nur“ die Notwendigkeiten der bürgerlichen Welt sind. Daraus folgt die praktische Notwendigkeit, diese Produktionsweise insgesamt zu bekämpfen und durch eine vernünftig geplante gesellschaftliche Arbeitsteilung zu ersetzen, wenn aus den diensttuenden Klassen der bürgerlichen Gesellschaft jemals etwas besseres werden soll als die Manövriermasse des Kapitals und der Staatsgewalt, die für die Herrschaft des kapitalistischen Eigentums sorgt.

Im übrigen konnten sich Lenin und seine Zeitgenossen in dieser Geschichtsauffassung durchaus auf die damaligen Klassiker - Marx und Engels - stützen. Im „Anti-Dühring“ wie erst recht in der „Deutschen Ideologie“ und im „Manifest“ finden sich genügend Stellen, auf die man sich, wenn man will, für diese Sicht *berufen* kann. Und aus diesen *ideologischen* Schriften hat die kommunistische Weltbewegung den *historischen Materialismus* herausdestilliert, dem Du selbst in Deiner Zuschrift das Wort redest. Und der ist eben ein Fehler. Im historischen Materialismus hat der Geschichtsfetischismus, die Versubjektivierung der Geschichte, ihren *Begriff*. Die Kommunisten täten also gut daran, sich von dieser Ideologie zu trennen.

Es war erfrischend, bei Dir zu lesen, daß Kommunismus Abstinenz von jedweder *Herrschaft* bedeutet, weil es in ihm „nichts mehr zu beherrschen gibt.“ Damit war das Ende unserer Gemeinsamkeit aber auch gleich wieder erreicht. Ich kann mich Dir nämlich nicht anschließen, wenn Du Demokratie mit *Volksherrschaft* übersetzt und dies auch noch für den *Begriff* der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus hältst. Dieses schönfärberische Ideal bürgerlicher Herrschaft gehört in die Klamotten-

kiste der Politologie, die mit diesem Etikett — zwar begriffslos, aber nicht zu unrecht — die politische Gewalt der imperialistischen Staaten kennzeichnet. Die von Kommunisten und den von ihnen agitierten arbeitenden Klassen mit *Gewalt* durchgesetzten Verhältnisse, die die Privatmacht des Geldes und die Souveränität des Staates brechen, alle Bedingungen so umkrempeln, daß es ihrem Materialismus nützt und die sozialen Gegensätze beseitigt, so daß die proletarische Gewalt überflüssig wird, hat mit Demokratie nichts gemein. Aus diesem guten *Grund* hat Marx diese Phase einer sozialistischen Gesellschaft einmal als *Diktatur des Proletariats* bezeichnet. Du liegst mit diesem Abschnitt Deines Briefes aber auch noch aus einem anderen Grund ganz daneben. In der Auseinandersetzung mit den Ansichten des Genossen maf ist es nämlich darum gegangen, *worin* der Fehler der KPdSU unter Stalins Leitung lag. Und der soll unter anderem darin gelegen haben, daß es an politischen Organen der Volksherrschaft und der politischen Verständigung gemangelt habe. Und das ist der Fehler, um den es mir in diesem Zusammenhang ging. Politische Organe und Organisationsformen ersetzen nämlich nicht die Kritik an und das Wissen um eine Sache. Oder, einmal von der praktischen Seite angepackt: Was hätten Kommunisten, einmal unterstellt, es hätte diese Organe der Selbstverwaltung oder Räte gegeben, in diesen zu tun gehabt? In Kritik der sowjetischen Verhältnisse hätten sie auf deren Veränderung dringen und um Mehrheiten für diese Einsichten kämpfen müssen. Aber das hätte vorausgesetzt, daß sie überhaupt einen Begriff dessen gehabt hätten, was ihnen das Leben so schwer gemacht hat. Und zu kritisieren hätte es vieles gegeben, weil es eben an Kommunismus und nicht an Demokratie gefehlt hat.

Um Mißverständnisse in diesem Punkt zu vermeiden, noch dies: Kommunisten wollen und müssen wissen, was andere denken, und denken entweder das Gleiche oder argumentieren dagegen. Sie nützen die Freiheit der Kritik zum kritisieren, statt die Modalitäten der *Kritikerlaubnis* zu begutachten, für ihre Gewährung lauter Komplimente auszustellen und sich mit dem Recht aufs freie Meinen zu belanglosen Meckern herabstufen zu lassen. Daß es in einer Übergangsgesellschaft überall dort, wo es die arbeitenden Klassen miteinander oder mit anderen zu tun also auch zu beratschlagen und gründend auf Wissen zu beschließen haben, auch die dafür notwendigen Einrichtungen geben muß, ist Kommunisten so selbstverständlich, das sie davon kein Aufhebens machen. Zumal das Verboten und Übersmaulfahren nicht die Mittel sind, mit denen Marxisten die auf Einsicht in gemeinsame Interessen gründende Einheit der arbeitenden Menschen herstellen wollen und können. „Zu dem wirtschaftstheoretischen Teil“ wolltest Du nicht Stellung nehmen und hast es dann doch getan. Und dabei hast Du Dich ausgerechnet daran gestoßen, daß ich das Festhalten der KPdSU am *Tauschwert* kritisiert habe. Und zwar als einem selbstgeschaffenen Fetisch. Aber, mal ehrlich: Ist Dir je zu Ohren gekommen, daß in der Sowjetunion der Rubel außer Kraft gesetzt werden sollte oder je außer Kraft gesetzt war? Woran glaubst Du wohl, hat das gelegen? Doch wohl daran, daß die KPdSU *mehrheitlich* dies so wollte. Aber *Geld* taugt nun mal nichts für den Kommunismus, auch nicht auf dem Weg dorthin. — (thk)

„Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“ (Paul Celan)

Gegen das Feiern — Gegen das Vergessen. Internationalistische Demonstration am 3. 11. 90 gegen deutschen Nationalismus, Rassismus und Imperialismus

Die Lieblingsformel des Spiegel-Herausgebers: „Der Zug ist abgefahren“ ... wie oft hat (sie) Eichmann in Telegrammen nach Berlin benutzt, um die Abfahrt von Judentransporten nach Auschwitz zu melden. (Editorial der jüdischen Zeitung „Semit“, Nr. 2/1990)

Der Zug, von dem der „Spiegel“ so gerne spricht, rollt:

- Vom Vergessen und Verdrängen der planmäßigen Judenvernichtung zum aggressiven Antisemitismus
- von restriktiven Ausländergesetzen zur Abschaffung des Asylrechts
- von der Währungsunion zur Fahndungsunion
- von stamm-heimlichen „Selbstmorden“ zur Forderung nach der Todesstrafe für Honecker
- vom Anschluß der DDR zur ökonomischen Durchdringung und Germanisierung Osteuropas
- vom Niederwalzen der DDR-Betriebe zu einem gesamtdeutschen Arbeitslosenheer
- von der Streichung der Fristenlösung zur Heim- und Herd-Ideologie
- vom Vorrücken der Bundeswehr und Nato an die polnische Grenze zum Einsatz der neuen deutschen „Reichswehr“ im Golfkrieg
- vom Waffenexport in die „Dritte Welt“ zum führenden Waffenhändler und Unterstützer menschenfeindlicher Regimes
- von der „Montanunion“ der europäischen Schwer- und Kriegsindustrie zur „Festung Europa“ unter deutscher Hegemonie.

Anschluß — nur gegen uns!

„Der 9. November wird in die Geschichte eingehen, erklärte der Bürgermeister von Westberlin ... Man vergaß, daß der 9. November bereits Geschichte wurde ... — mit der Kristallnacht. Die Freude über die Gegenwart überlagert die Vergangenheit. Niemand in Berlin oder sonstwo hat die Verbindung gezogen ... Was wird noch alles vergessen werden?“ (Elie Wiesel)

Vor 52 Jahren, in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938, fand im ganzen damaligen Deutschen Reich ein staatlich organisierter Massenpogrom gegen alle Jüdinnen und Juden statt — die sogenannte „Reichskristallnacht“. Die Feuerwehr sah zu, als die Synagogen niedergebrannt und jüdische Geschäfte verwüstet und geplündert wurden. Die Polizei sah zu, die Justiz verfolgte niemanden wegen der Gewalttaten und den zahlreichen Morden. Mehr als 20000 Jüdinnen und Juden wurden allein am 9. und 10. November verhaftet, tausende in Konzentrationslager verschleppt, viele gefoltert und erschlagen. Der 9. November war das Fanal zur endgültigen Vertreibung und Vernichtung der europäischen Juden. Die NSDAP hat das Datum 9. November bewußt gewählt und bereits am 9. November 1923 mit dem Putschversuch in München (Marsch auf die Feldherrnhalle) diese Methode angewandt: der Tag der Novemberrevolution — 9. November 1918 — der Tag der Befreiung von Kaiser, Reich und Krieg, sollte überlagert werden von dem Akt der Unterdrückung, dem Krieg im Inneren, zur Einstimmung auf den neuerlichen äußeren Krieg: den Zweiten Weltkrieg.

Der in der deutschen Gesellschaft bis heute tief verwurzelte Antisemitismus mündete in faschistische Mordpolitik. Ihr war die schrittweise Entrechtung der jüdischen Bevölkerung vorausgegangen. Die nationalsozialistischen Verbrechen waren also kein Produkt raffinierter dämonischer Verführer. Der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung wußte von den Verbrechen, nahm vielfach passiv billigend oder aktiv daran teil. Eine große Zahl von Anwältinnen und Künstlern, aus der Ärzteschaft, dem universitären, geschäftlichen, kulturellen und anderen Bereichen profitierte von der Herausdrängung der Jüdinnen und Juden.

Zuvor, als notwendig erster Schritt zur Installierung der nationalsozialistischen Herrschaft, wurde der antifaschistische Widerstand zerschlagen.

Konzerne wie Hertz, die die Nazis aktiv förderten, konnten ohne wesentliche Einbußen ihren Arisierungsgewinn nach 1945 behalten; die meisten großen deutschen Unternehmen — z. B. Daimler, Siemens, der Höchst-Vorläufer IG Farben, ließen JüdInnen, Sinti und Roma, sog. „FremdarbeiterInnen“, Ho-

mosexuelle und politische Gegner als Arbeitssklaven und -sklavinnen zu Tode schuften.

In der deutschen Nachkriegsgesellschaft wurde die eigene Täterschaft verdrängt und verleugnet. Allerorten bestanden faschistische Kontinuitäten fort: Richter, Politiker und Ärzte färbten nur oberflächlich ihre braune Weste weiß. Nazistische Gesetze wurden von anstößigen Wörtern, nicht aber vom Inhalt bereinigt. So wirkten Antisemitismus und Rassismus weiter. Kaum jemand vermißte die „verschundenen“ Juden und Jüdinnen. Heute will sich dieses mörderische Deutschland endgültig rehabilitieren, die Entsorgung des Nationalsozialismus wird vollzogen.

Am Jahrestag der Reichspogromnacht wollen die Herrschenden das „einig Vaterland“ zelebrieren. Indem die Erinnerung an die Opfer ausgelöscht wird, soll auch die Erinnerung an die Täterschaft und daran, wozu faschistischer und imperialistischer Nationalismus in Deutschland fähig ist, ausgelöscht werden. Was bisher noch jedesmal zum Skandal geriet — Historikerdebatte, die Ehrung von SS-Gräbern in Bitburg — wird heute Normalität. Jetzt ist es möglich,

- daß am Jahrestag der Reichspogromnacht parteiübergreifend die Nationalhymne im Deutschen Bundestag angestimmt wird;
- daß Menschen jüdischer Herkunft oder links engagierte Menschen als „Nichtdeutsche“ ausgegrenzt, entrechtet und Zielscheibe des neuen Antisemitismus und Rassismus werden;
- daß der „Spiegel“ Gregor Gysi im „Stürmer“-Stil porträtiert;
- daß Friedhöfe — und Bert Brechts und Helene Weigels Grab — mit antisemitischen Sprüchen beschmiert werden und sich kaum öffentlicher Protest erhebt;
- daß der von Deutschen verübte millionenfache Mord an SowjetbürgerInnen und PolInnen mit der „Vertreibung“ der Deutschen nach 1945 verrechnet wird.

Schlußstrichmentalität — nur gegen uns!

„Und ich zitiere, was eine — sagen wir — einfache Frau meines Alters, die vor sechzig Jahren ein Kindermädchen im Geburtsort meiner Frau war, vor vier Jahren verzapfte: „Warum seid ihr Juden eigentlich fort? Ihr hättet wirklich bleiben sollen! (...) Wissen Sie, die Türken, die jetzt hier leben, sind ja viel schlimmer als die Juden waren ...“ (Henry W. Katz, emigrierter jüdischer Schriftsteller).

In der Tradition der NS-Gesetzgebung erließ die Bundesregierung Gesetze gegen EinwanderInnen. Die Hetze gegen eine „durchmischte und durchrassete Gesellschaft“ (Stoiber, CSU), gegen einen „Bevölkerungsgulasch“ (Alber, CDU) wurde institutionell abgesichert durch ein Staatsangehörigkeitsrecht, das auf Blut und Abstammung beruht. So werden sogar hier geborenen Immigranten und Immigrantinnen demokratische Grundrechte verwehrt.

Während Flüchtlingen aus Krisen- und Kriegsgebieten die Aufnahme verweigert wird, erbringt der Nachweis des Deutscheins (z. B. mit Hilfe eines SS- oder Wehrmachtsausweises in der Familie) alle Privilegien der „Herrenrasse“.

Trotz antifaschistischen Anspruchs war auch die SED-Politik in ihren Auswirkungen rassistisch. Ausländische Beschäftigte waren durch ein rassistisches Klima aus der Gesellschaft ausgegrenzt. Eine Vielfalt von Maßnahmen wie ghettoisierte Unterbringung in unmenschlichen Baracken und Arbeitsverträge mit Sonderbedingungen bringen diese Atmosphäre zum Ausdruck. Die Bereitschaft der SED, auf Anforderung der SPD 1986 das „Schlupfloch Berlin“ für Asylsuchende dicht zu machen, ist ein trauriges Indiz dieser deutsch-deutschen Gemeinsamkeit.

Im Gebiet der DDR vergeht kein Tag ohne Terror gegen nicht-deutsche oder nicht-weiße Minderheiten, und deutsche Belegschaften fordern zum Schutz „ihrer“ Arbeitsplätze die Ausweisung ausländischer KollegInnen.

Das neue Ausländergesetz der BRD effektiviert staatliche Schikane und Ausweisung, die BürgerInnen werden zu Spitzel- und Hilfsdiensten aufgefordert, Angestellte öffentlicher Stellen sogar dazu verpflichtet.

Das „Schengener Abkommen“, das

zunächst Frankreich, die Benelux-Staaten und die BRD zu einer Polizei-Fahndungsgemeinschaft und einem einheitlichen Datenerfassungssystem verbindet, kam auf Betreiben der Bundesrepublik zustande und ist als Modell für die ganze EG gedacht. Es macht Europa zu einer fast unüberwindbaren Festung für politisch Verfolgte oder dem Hunger Entfliehende aus Drittländern. Mauern fallen nur dort, wo es Kapital und Großmachtinteressen nützt. Mauern werden dort hochgezogen, wo es diesen Interessen nützt.

Was früher als rechtsradikales Gedankengut zurückgewiesen wurde, ist heute der „Konsens der Demokraten“.

Eine jahrelange entwürdigende Asylpolitik, die Asylsuchende ghettoisiert und stigmatisiert, führte zur Aushöhlung des Asylrechts, so daß es heute als Grundgesetzartikel zur Disposition gestellt wird. Lafontaine schwört das sozialdemokratische Lager schon auf diese Absicht ein. Er im Saarland und Rau in NRW führen die neue Linie vor: Vertreibung ist angesagt. Die Pogromstimmung im saarländischen Asylager in Lebach und die Behandlung der Sinti und Roma in NRW symbolisieren ein rassistisches Bündnis, das seit dem 9. November 89 zusammenfindet.

So wächst zusammen, was zusammengehört — Nur gegen uns!

„Ein vereinigtes Deutschland würde unweigerlich zum dritten Mal, wenn auch unter veränderten Vorzeichen, das Problem eines ungeheueren Ungleichgewichts in Europa aufbringen ... Denn wenn Herr Kohl zum Annaberg will oder die Komödie in Bitburg inszeniert, zeigt das doch, daß es bei uns einen konservativen Kern gibt, der unfähig ist, über jenen Schatten zu springen, der den deutschen Sonderweg bewirkte, der in Auschwitz geendet hat.“ (Ralph Giordano)

Die erst nach monatelangem Zögern verabschiedete Erklärung von Bundestag und Volkskammer zur polnischen Westgrenze beruhigt nur auf den ersten Blick.

- Nicht nur, daß die Stahlhelmer bereits angekündigt haben, das letzte Wort könne erst der neue Reichstag sprechen;
- nicht nur, daß auf eine Änderung des GG § 116 verzichtet werden soll, der Millionen Menschen als Deutsche definiert, weil sie oder ihre Vorfahren innerhalb früherer Reichsgrenzen lebten und der eine rassistisch-völkische Definition von „deutscher Volkszugehörigkeit“ voraussetzt;
- nicht nur, daß die CSU eine vertragliche Rückführung der Deutschen in die ehemaligen Ostgebiete will;
- nicht nur, daß der Erklärung jede völkerrechtliche Verbindlichkeit fehlt. Für Kohl ist die Verabschiedung ein „notwendiger Preis“ für die deutsche Einheit. Schon fordern die Vertriebenen eine Volksabstimmung über die „Europäisierung“ der ehemals deutschen Gebiete, westdeutsche Bankmanager betreiben das Projekt eines Technologiezentrum in dem ehemaligen Ostpreußen. Ziel der deutschen Banken und Konzerne und der Bonner Regierung ist die ökonomische Kontrolle über Osteuropa als Faustpfand für die Beherrschung des gesamten Kontinents. Dafür finden sie im gesamten Bereich des zerfallenden Sowjetblocks Verbündete — auch chauvinistische, klerikalfaschistische und antisemitische.

Sicherheitsinteressen und Souveränitätsrechte anderer Völker werden vom neuen Deutschen Reich faktisch verhöhnt: während der Warschauer Pakt zerfällt, rückt die NATO vor bis zu Oder und Neiße, wird weiter aufgerüstet und werden Strategien zur Kriegsführung flexibilisiert. „Friedensfähig“ wird dieses Deutschland nicht werden. Erst wenn ihm „morgen die ganze Welt“ gehört, wird sein Expansionsdurst gestillt sein. Die deutsche „Friedensfähigkeit“ existiert nur in der „Pax Germanica“.

Deutschland marschiert — ohne uns!

„Zu keinem Zeitpunkt seit 1933, vielleicht seit 1914 hat das deutsche Volk mit so großer Zuversicht der Zukunft entgegen gesehen können wie heute.“ (Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz Wagner, CDU)

Die „Wiedervereinigung“ ist eine An-

nexion, die die fortschrittlichen Ansätze der DDR-Gesellschaft und diejenigen der demokratischen Bürgerbewegung zunichte macht. Für die BRD zeichnet sich die vollkommene Rücknahme aller Veränderungen ab, die die 68er-Revolution und die Bewegungen der 70er Jahre dem „Modell Deutschland“ abgerungen haben.

Kapitalismus, kapitalistisches Wachstum und die zugehörige Ideologie feiern fröhliche Urständ: der harte technologische Weg ist gewählt: von der Automobilgesellschaft bis zur Atomkraft. Profit für wenige — Zerstörung der Umwelt- und Lebensbedingungen für alle.

Die Arbeitslosigkeit steigt sprunghaft. Bereits für 1991 wird gesamtdeutsch mit vier bis fünf Millionen Arbeitslosen gerechnet. Für die Unternehmer und Banker ist diese Reservearmee das Faustpfand in der Tasche, mit dessen Hilfe sie im gesamten Deutschland Lohnsenkung, Arbeitsintensivierung und den Abbau gewerkschaftlicher Rechte durchsetzen wollen.

Das Gebiet der DDR — und in verstärktem Maße die daran angrenzenden osteuropäischen Länder — sollen zum Mezzogiorno des neuen deutschen Reiches, zu einem einzigen Zonenrandgebiet werden. Die DDR-Waren verfaulen; überbeuerte BRD-Waren werden angeboten; die Kaufkraft sinkt; die Mieten steigen; Grundstücksmakler und Miethae profitieren beim Verwalten des Notstands.

Für die Bevölkerung der DDR ist die Tatsache, daß sie binnen kürzester Zeit ihr gesamtes ökonomisches und soziales Netz verlieren kann, neu. Die Antwort darauf ist jedoch alt: Nationalismus und Rassismus. Die ökonomische Krise verschärft diese ohnehin in unsrer Gesellschaft vorhandenen Aggressionen.

In besonderem Maße sind die Frauen von der Anschluß-Politik betroffen. Die zukünftige gesamtdeutsche Regierung wird diese Entwicklung nutzen, um Frauen in noch stärkerem Maße zurück zu Kindern, Heim und Herd, zu Heimarbeit und ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen zu treiben. Die Bundesregierung hat den ideologischen Weg schon mit ihren Plakatkampagnen (1 + 1 = 3) vorgezeichnet. Die patriarchalen Strukturen gipfeln in der selbstherrlichen Entscheidung parlamentarischer „Vertreter“ zum Paragraphen 218. Alle hier gemachten „Kompromiß“-Vorschläge zielen darauf ab, autonome Entscheidungen von Frauen zu verhindern. Der Paragraph 218 soll so bald wie möglich gesamtdeutsch gelten. Bei der vorgesehenen Übergangsregelung geht es allein darum, den Sturm der Entrüstung zu glätten und mögliche Denkmäler bei der Wahl zu verhindern.

Verbesserungen für die Frauen der DDR wie die Fristenlösung oder Kinderbetreuungsstrukturen, die eine Ausgangsbasis für radikale emanzipatorische Ansätze bilden könnten, sollen abgeschafft werden.

Damit sich berechtigter Zorn nicht gegen Kapital und Patriarchat organisiert, werden linke und feministische Politikansätze unterdrückt.

Bei der Zerschlagung von Widerstand hat Deutschland eine lange Tradition. Im Zuge des Kalten Krieges wurden Gesetze installiert, die ihre Geschichte haben:

- KPD-Verbot,
- Notstandsgesetze,
- Isolationsfolter,
- der Geiselsstatus von politischen Gefangenen,
- die Toten in Stammheim,
- immer mehr Verurteilungen nach dem Gesinnungsparagraphen 129a,
- die Hetze mittels des Stasi-RAF-Konstrukts begleiten den Weg zur europäischen Großmacht.

Die BRD ist federführend im Export von Repressionskonzepten und bei der Ausbildung entsprechender „Fachkräfte“. Jüngstes Beispiel: die BRD-Linie als Antwort auf den Hungerstreik der politischen Gefangenen für ihre Zusammenlegung in Spanien. In Düsseldorf „Schauprozessen“ tritt die Bundesanwaltschaft als internationale Verfolgungsinstanz gegen KämpferInnen aus dem kurdischen und irischen Befreiungskampf auf.

In der DDR wird gegen linke KünstlerInnen und Intellektuelle ein McCarthy-Klima angeheizt. Die putschartige

Festsetzung der Reichstagswahlen unter diskriminierenden Bedingungen für die DDR- und BRD-Linken soll selbst die reformistische Opposition an den Rand drücken. Eine neue Berufsverbotsverordnung droht, wenn staatspolitisch erforderlich, ein Verbot der PDS.

Roll back — nur gegen uns!

„Für uns ist der Kapitalismus kein noch zu verwirklichender Traum, sondern eine Wirklichkeit gewordener Alptraum. Unsere Staaten und alles andere auch sind zu Schleuderpreisen von Großgrundbesitzern und Banken eingekauft worden. Für uns ist der Markt nichts anderes als ein Piratenschiff: je freier, desto übler. Wir leben in einer Region, in der europäische Preise und afrikanische Löhne gelten. Kapitalismus ist in Lateinamerika antidemokratisch, mit und ohne Wahlen: Die meisten Menschen sind Gefangene der Not, verurteilt zu Einsamkeit und Gewalt.“ (Eduardo Galeano)

Diejenigen, die ein Triumphgeheul über den Einzug der Marktwirtschaft in Osteuropa anstimmen, vergessen nicht nur die künftigen Opfer dieses Wirtschaftssystems. Sie verschweigen auch, daß der ökonomische Kollaps Osteuropas die nachhaltige Verwüstung zur Voraussetzung hatte, die der deutsche Imperialismus dort hinterlassen hat.

Während die BRD mit dem Marshall Plan zum Bollwerk gegen den Osten gepöppelt wurde, mußte die DDR nicht nur auf diese Hilfe verzichten, sondern fast 100 Milliarden Mark mehr als die BRD Reparationsleistungen zahlen.

In Polen starb ein Fünftel der Bevölkerung durch deutsche Hand. Der Nazi-Überfall auf die Sowjetunion brachte 27 Millionen Menschen den Tod. Daimler-Benz und Deutsche Bank ernten heute auf dem Boden, den sie vor 50 Jahren mit Panzern und Kanonen bestellen ließen.

Grundlage des Anschlusses der DDR ist auch die imperialistische Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt. Daran hat die Bundesrepublik maßgeblichen Anteil. Als Exportnation Nr. 1 bestimmt sie die ausbeuterischen Welthandelsstrukturen mit. In Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) setzt sie sich für „Strukturanpassungen“ ein, die Profit für die Banken und Eliten und Elend für die Bevölkerungen bedeuten. Gegenüber allen Versuchen selbstbestimmter Entwicklungen wendet sie mit ihren Kumpanen ökonomischen und sogar militärischen Druck an.

Dieser Weltwirtschaftsordnung fallen täglich 60000 Menschen durch Verhungern zum Opfer. 80 Prozent der Menschheit werden von erträglichen Lebensbedingungen ausgeschlossen und leben in bitterer Armut. Der Wirtschaftskrieg gegen die ausgebeuteten armen Länder tötet nach den Regeln des Marktes. Der wirtschaftliche Erfolg und relative Reichtum der Bundesrepublik beruhen auf dem Anteil, den die Bundesrepublik an der Ausplünderung der sog. Dritten Welt hat.

Der westdeutsche Imperialismus zeigt heute schon sein häßliches Gesicht:

Daß eine Diktatur wie Südafrika ökonomisch floriert, daß Staaten wie Irak und Pakistan C- und A-Waffen bauen, all das ist Resultat bundesdeutscher Hilfe, die dabei skrupelloser als andere kapitalistische Staaten agiert.

Was in den Augen ihrer Herrschenden ein entscheidendes Manko der BRD darstellte, nämlich daß sie aufgrund internationaler Abkommen nach dem 2. Weltkrieg keine Kanonenbootpolitik machen konnte und — offiziell — keine ABC-Waffen herstellen durfte, droht wegzufallen: mit dem Abschluß der „2 + 4-Verhandlungen“ erhält Deutschland die volle innere und äußere Souveränität. Auch dies ist Teil der gefährlichen Euphorie des nationalen Aufbruchs. Das neue alte Deutschland bedient sich der EG, um sich ganz Europa zu unterwerfen und weltweit eine Vormachtstellung zu erreichen.

Gegen dieses Deutschland des Nationalismus, Rassismus und Imperialismus wird sich internationaler Widerstand entwickeln, zu dessen Zusammenführung und Stärkung wir beitragen wollen.

Wir sind und bleiben Gegnerinnen und Gegner des Projekts Deutschland. Denn:

Der Tod ist ein Meister aus Deutschland!